



Monatsbericht September 2016

68. Jahrgang
Nr. 9

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
16. September 2016, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
Wertpapiermärkte.....	10
Zahlungsbilanz	11
■ Verteilungseffekte der Geldpolitik.....	15
<i>Historische Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland.....</i>	<i>20</i>
<i>Verteilungskonsequenzen der Vermögenspreisinflation im Euro-Währungsgebiet</i>	<i>27</i>
<i>Verteilungswirkung von Geldpolitik aus Bewertungs- und Allgemeinen Gleichgewichtseffekten</i>	<i>32</i>
■ Globalisierung und die Transmission globaler finanzieller Schocks in die EWU-Mitgliedstaaten – Folgen für die (nationale) Wirtschaftspolitik.....	39
<i>Übertragung finanzieller Schocks durch grenzüberschreitende Kredite</i>	<i>47</i>
<i>Einfluss der Bereitstellung von Notenbankliquidität auf die interne Anpassung nach einem Sudden Stop</i>	<i>53</i>
<i>Auslandsverbindlichkeiten und Vermögenspreise</i>	<i>57</i>
■ Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2015.....	63
<i>Methodische Erläuterungen</i>	<i>65</i>
<i>Die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die Bausparkassen</i>	<i>68</i>

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

■ Kurzberichte

■ Konjunkturlage

Grundtendenzen

*Deutsche
Wirtschaft im
Sommerquartal
2016 mit etwas
geringerem
Wachstum
als zuvor*

Nach der recht kräftigen Expansion im Frühjahr dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung im dritten Vierteljahr 2016 etwas langsamer zunehmen. Dies zeigt sich unter anderem an der merklichen Eintrübung der Stimmung bei den Unternehmen. Zudem war der Einstieg in das Quartal den Konjunkturindikatoren zufolge vor allem in der Industrie sehr schwach. Demgegenüber befindet sich die Bauwirtschaft nach der wetterbedingten Anpassungsphase im Frühjahr wieder klar auf Expansionskurs. Die Geschäftsaktivität in den Dienstleistungsbranchen zeigt zudem weiter deutlich nach oben, worauf unter anderem der anhaltende Beschäftigungsaufbau hinweist. In dieses Bild passt auch das hohe Niveau des Konsumentenvertrauens. Die konjunkturelle Grundtendenz dürfte angesichts der weiter günstigen Fundamentalfaktoren trotz der gegenwärtig verhaltenen Industrieaktivitäten nach wie vor recht kräftig bleiben.

Industrie

*Kräftiger Rückgang der Industrie-
produktion*

Die industrielle Erzeugung in Deutschland ist im Juli gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt kräftig gesunken ($-2\frac{1}{4}\%$). Mit Blick auf die einzelnen Industriezweige fiel der Rückgang breit gefächert aus. Die durch starke Volatilität geprägte Kfz-Produktion stach jedoch mit Einbußen von $5\frac{1}{2}\%$ besonders heraus. Diese hängen vermutlich mit einer außergewöhnlichen Konzentration der Werksferien deutscher Automobilhersteller auf den Juli zusammen, was daher in dieser Branche zu einer starken Gegenbewegung im August führen dürfte. Darauf deuten auch die bereits für den abgelaufenen Monat verfügbaren Angaben des Verbands der Automobilindustrie hin. Dagegen fielen im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt vergleichsweise wenige Schulfertigtage in den Juli.

Dies könnte für sich betrachtet die Industrieproduktion insgesamt möglicherweise eher gestützt haben. Auch den durchschnittlichen Stand des zweiten Vierteljahres unterschritt die Industrieproduktion deutlich ($-1\frac{3}{4}\%$), wobei der Rückschlag bei den Investitionsgüterherstellern besonders stark ausfiel. Insgesamt müssen die Ergebnisse für den Ferienmonat Juli mit Vorsicht interpretiert werden. Mehr Klarheit wird erst mit Veröffentlichung der Werte für den August erreicht werden.

Die Auftragseingänge in der Industrie expandierten im Juli mit saisonbereinigt $\frac{1}{4}\%$ gegenüber dem Vormonat nur schwach. Damit verharnte das Ordervolumen auf dem Stand des zweiten Vierteljahres. Wie in den Monaten zuvor gab es in regionaler Betrachtung erhebliche Unterschiede. So musste die deutsche Industrie im Vergleich zum Frühjahrsquartal erhebliche Einschnitte bei den inländischen Orders verkraften ($-3\frac{1}{4}\%$). Dagegen wuchsen die Bestellungen aus dem Euro-Raum ($+1\frac{1}{4}\%$) und den Drittstaaten ($+3\frac{1}{4}\%$) kräftig. In der Aufgliederung nach Gütergruppen nahmen die Bestellungen von Investitionsgütern zu, während die Aufträge für Konsumgüter besonders stark zurückgingen. Ausschlaggebend für das im Vergleich zum Frühjahr ausgeglichene Gesamtergebnis waren Großaufträge, insbesondere aus anderen Ländern der Europäischen Währungsunion; ohne Großbestellungen fiel der Auftragszufluss spürbar geringer aus ($-\frac{1}{2}\%$).

*Auftragseingänge trotz
Großaufträgen
ohne Impulse*

Die Umsätze in der Industrie sanken im Juli verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt deutlich um $1\frac{1}{2}\%$. Der Durchschnitt des zweiten Vierteljahres wurde damit erheblich unterschritten ($-2\frac{1}{4}\%$). Die stärksten Umsatzeinbußen waren im Inlandsgeschäft und in Drittländern zu verzeichnen. Das Absatzminus im Euro-Raum fiel dagegen spürbar geringer aus. Hiervon profitierten vor allem die deutschen Konsumgüterproduzenten, die ihre Umsätze in der Europäischen Währungsunion sogar kräftig

*Umsätze in der Industrie
und Ausfuhren
deutlich rückläufig*

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2015 4. Vj.	110,0	105,9	113,4	121,5
2016 1. Vj.	111,0	105,0	115,8	129,1
2. Vj.	110,5	106,0	114,2	129,1
Mai	110,6	104,9	115,3	131,4
Juni	110,3	105,8	114,0	129,0
Juli	110,5	102,6	116,9	...
Produktion; 2010 = 100				
	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Inves- titions- güter- produ- zenten	
2015 4. Vj.	110,0	106,1	117,5	106,3
2016 1. Vj.	112,2	107,6	120,2	109,5
2. Vj.	111,5	106,6	119,3	105,2
Mai	110,3	106,7	116,4	105,1
Juni	112,1	105,9	121,0	105,3
Juli	109,5	105,1	116,7	107,2
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2015 4. Vj.	297,63	236,83	60,80	64,16
2016 1. Vj.	298,40	236,43	61,97	73,84
2. Vj.	300,07	233,25	66,82	72,87
Mai	99,55	77,42	22,13	24,16
Juni	99,73	78,29	21,44	23,05
Juli	97,11	77,71	19,40	20,03
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
Anzahl in 1 000				
2015 4. Vj.	43 253	608	2 768	6,3
2016 1. Vj.	43 402	630	2 728	6,2
2. Vj.	43 525	647	2 697	6,1
Juni	43 570	654	2 690	6,1
Juli	43 609	657	2 682	6,1
Aug.	...	664	2 675	6,1
Preise; 2010 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise ²⁾	Ver- braucher- preise
2015 4. Vj.	99,0	102,9	111,8	106,9
2016 1. Vj.	96,2	101,5	112,5	106,6
2. Vj.	97,0	101,6	113,1	107,3
Juni	97,7	102,0	.	107,5
Juli	97,8	102,2	.	107,5
Aug.	107,5

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

steigern konnten. Die nominalen Wareneinfuhren gaben im Juli im Vormonatsvergleich kräftig nach (-2¾%). Der Durchschnitt des Vorquartals wurde um 3% verfehlt, und aufwärtsgerichtete Ausführpreise vergrößerten das Minus in realer Rechnung zusätzlich (-3¼%). Die nominalen Wareneinfuhren unterschritten im Juli den Vormonatsstand spürbar (-¾%). Der Stand des zweiten Vierteljahres konnte dagegen gehalten werden. Allerdings setzen auch die Einfuhrpreise ihre Aufwärtsbewegung fort, sodass in realer Rechnung ein merklicher Rückgang der Warenimporte zu verzeichnen war (-1%).

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe expandierte im Juli im Vormonatsvergleich saisonbereinigt mit 1¾% kräftig. Verglichen mit dem Mittel des zweiten Quartals betrug der Zuwachs 2%. Damit dürfte sich der Bausektor – nach einer dreimonatigen wetterbedingten Anpassungsphase und einem leichten Zuwachs im Juni – wieder klar auf Wachstumskurs befinden. Besonders deutlich stieg dabei die Produktion im Ausbau-gewerbe (+3¼%). Aber auch im Bauhauptge-werbe legte die Aktivität mit ¾% spürbar zu, wobei sich die Expansion gleichermaßen auf den Hoch- und den Tiefbau erstreckte. Die Auf-tragseingänge des Bauhauptgewerbes konnten im zweiten Vierteljahr – bis dahin liegen Daten vor – im Gegensatz zur Bauproduktion den zu Jahresbeginn erreichten sehr hohen Stand hal-ten. Im Verein mit der weiterhin hohen Zahl der Baugenehmigungen sowie der – laut ifo Ins-titut – gestiegenen Kapazitätsauslastung zeich-net dies ein sehr günstiges Konjunkturbild im Bausektor.

Baugewerbe wieder klar auf Wachstumskurs

Arbeitsmarkt

Der gleichmäßige Beschäftigungsanstieg hat sich auch zu Beginn des Sommers fortgesetzt. Im Juli erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland in saisonbereinigter Berechnung um

Gleichmäßiger Beschäftigungsanstieg setzt sich fort

39 000 gegenüber dem Vormonat, und damit nahezu so stark wie im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte 2016. Der Vorjahresabstand betrug 535 000 Personen oder 1,2%. Dies ist in erster Linie der kräftigen Zunahme sozialversicherungspflichtiger Stellen zu verdanken, wengleich der Anstieg im Juni nach der ersten Schätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) gering war. Gleichwohl waren 614 000 beziehungsweise 2,0% mehr Stellen besetzt als ein Jahr zuvor. Die positive Beschäftigungsentwicklung sollte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Sowohl das ifo Beschäftigungsbarometer als auch das Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie der BA-Stellenindex (BA-X) der Bundesagentur für Arbeit verbesserten sich trotz der bereits erreichten hohen Stände weiter.

Vermehrter Einsatz aktiver Arbeitsmarktpolitik; registrierte Arbeitslosigkeit weiter gesunken

Auch im August verminderte sich die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat leicht. Bei der BA waren 2,68 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Die zugehörige Quote betrug wie im Juli 6,1%. Verglichen mit dem Vorjahresmonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 111 000 und die Quote um 0,3 Prozentpunkte. Die konjunkturelle Grundtendenz ist sogar etwas positiver einzuschätzen, da sich verstärkt Flüchtlinge bei der BA arbeitslos melden. Der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosigkeit wird jedoch wiederum dadurch gedämpft, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgeweitet werden und hier Instrumente zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung von Flüchtlingen im Vordergrund stehen. In den nächsten Monaten könnte sich die registrierte Arbeitslosigkeit dem Arbeitsmarktbarometer des IAB zufolge weiter leicht verringern.

Preise

Rohölnotierungen wieder mit Aufwärtstendenz

Nachdem die Rohölnotierungen im Juli nachgegeben hatten, stiegen sie bis etwa Mitte August wieder an, sodass im Monatsdurchschnitt der Stand vom Juli knapp übertroffen wurde. In der ersten Hälfte des September

schwankten die Rohölnotierungen um 48 US-\$. Zum Abschluss dieses Berichts notierte das Fass Brent bei knapp 47 US-\$. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs Monaten knapp 2½ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten knapp 4½ US-\$.

Die Einfuhr- und Erzeugerpreise setzten im Juli ihre Aufwärtsbewegung fort. Zwar gaben die Preise für Energie auf der Einfuhrstufe nach und blieben im Inlandsabsatz unverändert. Preise für andere Waren stiegen dagegen erneut merklich. Insgesamt verminderte sich der negative Vorjahresabstand bei den Einfuhren auf 3,8% und bei den gewerblichen Erzeugnissen auf 2,0%.

Einfuhr- und Erzeugerpreise ohne Energie weiter gestiegen

Auf der Verbraucherstufe blieben die Preise im August saisonbereinigt unverändert. Während sich Energie erneut verbilligte, stiegen die Preise für Nahrungsmittel an, wengleich nur noch wenig. Auch die gewerblichen Waren verteuerten sich trotz eines deutlichen saisonbereinigten Preisrückgangs für Bekleidung und Schuhe leicht. Die Preise für Dienstleistungen verharrten auf dem Stand des Vormonats. Bei den Mieten verstärkte sich der Anstieg leicht. Die Vorjahresrate betrug beim nationalen Verbraucherpreisindex weiterhin +0,4%. Beim harmonisierten Index sank sie leicht auf +0,3%, nach +0,4% zuvor. Gemäß der aktuell an den Finanzmärkten erwarteten Entwicklung der Rohölpreise dürfte die Vorjahresrate in den kommenden Monaten langsam ansteigen.

Verbraucherpreise mit Seitwärtsbewegung

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

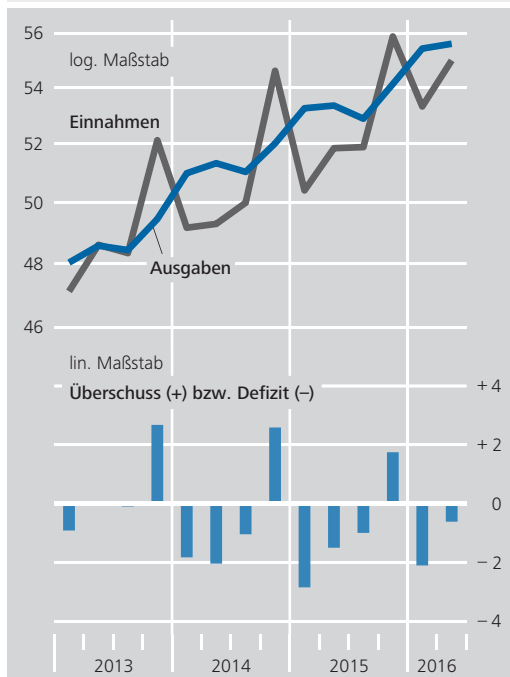
Gesetzliche Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung verbuchte im zweiten Quartal 2016 nach vorläufigen An-

¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) wird die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal umfassend dargestellt.

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung *)

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.
 Deutsche Bundesbank

Merklich verbessertes Finanzergebnis im zweiten Quartal

gaben ein Defizit von ½ Mrd €. Die Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr um 1 Mrd € hängt mit einer – nach der deutlichen Erhöhung der Zusatzbeitragssätze – günstigeren Finanzsituation der Krankenkassen, aber auch mit der Rückkehr zum regulären Bundeszuschussniveau beim Gesundheitsfonds zusammen.

Ausgabenanstieg der Kassen bislang unter den Erwartungen

Die Einnahmen der Krankenkassen legten, verstärkt durch die zu Jahresbeginn auf durchschnittlich 1,08% gestiegenen Zusatzbeitragssätze, um gut 5% kräftig zu. Dagegen blieb der Ausgabenanstieg auch im zweiten Quartal mit gut 4% merklich hinter dem vom Schätzerkreis für das Gesamtjahr prognostizierten Wert von 5½% zurück. Vor allem die Aufwendungen für Krankenhausbehandlungen wuchsen mit 3% erneut unterdurchschnittlich. Hier war nicht zuletzt aufgrund der mit dem Krankenhausstrukturgesetz beschlossenen Leistungsausweitungen ein spürbar höherer Anstieg erwartet worden. Diese sind aber offenbar bislang nur verzögert umgesetzt worden. Der Anstieg im Arzneimittel-

bereich lag etwa im Durchschnitt, wobei hier auch Rabattvereinbarungen kostendämpfend wirkten. Die Ausgaben für ambulante Behandlungen stiegen etwas stärker um 4½%.

Die Einnahmen des Gesundheitsfonds fielen im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahr mit einem Plus von 6½% deutlich höher aus. Die anhaltend gute Entgelt- und Beschäftigungsentwicklung und die höheren Zusatzbeitragsätze sorgten für weiter kräftig steigende Beitragszahlungen der Beschäftigten (+ 6%). Die Beiträge auf Renten wuchsen mit 4½% unterdurchschnittlich, da die Renteneinkommen weniger stark stiegen als die beitragspflichtigen Entgelte.²⁾ Insgesamt legten die Beitragseingänge um gut 5½% zu. Auch der Bundeszuschuss erhöhte sich deutlich um ½ Mrd € auf den regulären Betrag, nachdem er in den drei Vorjahren ad hoc gekürzt worden war.

Gesundheitsfonds mit etwas verringertem Defizit

Für das Gesamtjahr 2016 ist mit der Rückkehr zum regulären Bundeszuschussniveau von 14 Mrd € für den Gesundheitsfonds ein weitgehend ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten. Aufseiten der Krankenkassen wuchsen die Ausgaben bisher weniger stark als für das Gesamtjahr prognostiziert. Eine gewisse Beschleunigung ist hier allerdings zu erwarten, insbesondere weil die Leistungsausweitungen sich zunehmend bemerkbar machen sollten. Alles in allem zeichnet sich bei den Krankenkassen aber ein positives Finanzergebnis ab.³⁾

Für Gesamtjahr deutet sich Überschuss an

2 Durch eine Umstellung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 2014 fiel die Rentenanpassung im Jahr 2015 um 1 Prozentpunkt niedriger aus. Dem stand Mitte des laufenden Jahres eine entsprechend stärkere Anpassung gegenüber.

3 Grundsätzlich schlagen sich unerwartete Entwicklungen auf der Einnahmenseite beim Gesundheitsfonds nieder, da die Zuweisungen an die Kassen auf Basis der Einnahmeprognose des Schätzerkreises der gesetzlichen Krankenversicherung (unter Beachtung des von der jeweiligen Kasse erhobenen Zusatzbeitragssatzes) festgelegt werden. Abweichungen von der erwarteten Ausgabenentwicklung gehen demgegenüber zulasten oder zugunsten der Kassen. Die Zusatzbeitragssätze liegen dieses Jahr ungefähr auf dem vom Schätzerkreis als ausgabendeckend ermittelten Niveau. Der für das Gesamtjahr unterstellte Ausgabenzuwachs von 5½% dürfte aber nicht mehr erreicht werden.

Perspektivisch steigende Zusatzbeiträge angelegt

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung wachsen im Trend stärker als die um Beitragssatzsteigerungen bereinigten Einnahmen. Auch die in den letzten Jahren beschlossenen Leistungsausweitungen tragen weiterhin hierzu bei. Zur Finanzierung dieses Ausgabenüberhangs werden höhere Zusatzbeiträge nötig – zumindest wenn die teils beachtlichen Rücklagen (bis zur Mindesthöhe) verbraucht sind. Zur Vermeidung übermäßiger Beitragssatzsteigerungen werden daher Maßnahmen zur Kostendämpfung erforderlich sein.

Rückgriff auf Rücklage des Gesundheitsfonds im kommenden Jahr

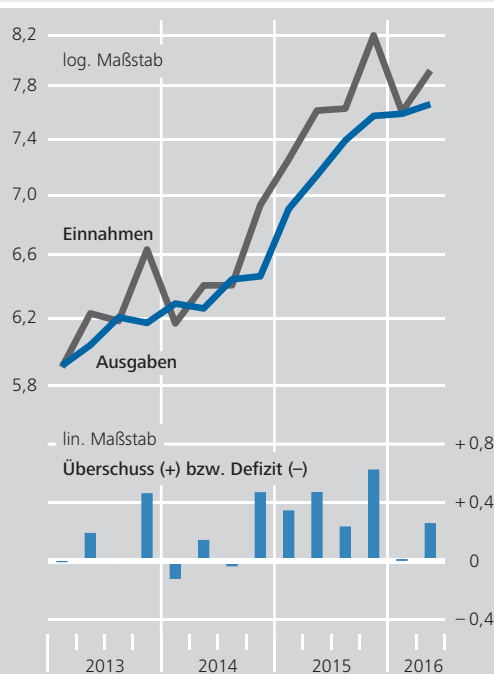
Den Krankenkassen sollen im kommenden Jahr 1½ Mrd € aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zufließen. Hierdurch sollen erwartete Mehrbelastungen erstattet werden, insbesondere aufgrund des vorübergehend vermehrten Eintritts von Flüchtlingen in die gesetzlichen Krankenkassen nach der Schutzbewilligung im Asylverfahren.⁴⁾ Im Umfang dieser gesonderten Zuführung werden Rückgriffe auf Kassenrücklagen oder höhere Zusatzbeiträge im Jahr 2017 vermieden.

Weiterhin starke Ausgabenanstiege dämpfen Überschuss im zweiten Quartal

Die soziale Pflegeversicherung erzielte im zweiten Quartal einen im Vergleich zum Vorjahr verringerten Überschuss von knapp ½ Mrd € (operativer Bereich). Zusätzlich wurde der Pflegevorsorgefonds planmäßig um fast ½ Mrd € aufgestockt. Im operativen Bereich erhöhten sich die Einnahmen um 4%. Die Beiträge der Beschäftigten wuchsen dabei überproportional um 5%. Die Gesamtausgaben⁵⁾ stiegen mit fast 7½% aber spürbar stärker, was im Wesentlichen auf ein immer noch kräftiges Wachstum bei den – quantitativ besonders bedeutsamen – Sachleistungen zurückzuführen ist. Diese wurden im Rahmen des ersten Pflegestärkungsgesetzes im Jahr 2015 merklich ausgeweitet, was jedoch offenbar erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung voll finanzwirksam wird. Insofern hat sich die Vorjahresrate im zweiten Quartal weiter abgeschwächt, was sich im Jahresverlauf fortsetzen dürfte.

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung^{*)}

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Ab 2015: Pflegeversicherung im operativen Bereich ohne Vorsorgefonds. Vorläufige Vierteljahresergebnisse.
 Deutsche Bundesbank

Auch für das Gesamtjahr ist im operativen Bereich ein rückläufiger Überschuss angelegt. Zusätzlich wird der Pflegevorsorgefonds insgesamt um gut 1 Mrd € aufgestockt. Zum 1. Januar 2017 steigen dann die Beitragssätze um 0,2 Prozentpunkte von 2,35% auf 2,55% (für Kinderlose zuzüglich des Aufschlags von 0,25 Prozentpunkten). Gleichzeitig wurde mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz eine umfassende Restrukturierung des Leistungsbereichs beschlossen. Insgesamt dürften die Ausgaben mit den damit verbundenen Leistungsausweitungen weiter stärker wachsen als die beitragspflichtigen Entgelte. Zur Deckung der Finanzierungslücke dürfte zunächst auf die (zur Jahresmitte auf 8½ Mrd € angewachsene) operative Rücklage zurückgegriffen werden. Grundsätz-

Im laufenden Jahr Überschuss, aber perspektivisch Defizite zu erwarten

⁴ Voraussichtlich werden für diese Personen zunächst im Wesentlichen die relativ niedrigen Beiträge bei ALG II-Bezug gezahlt.

⁵ Die Gesamtausgaben im operativen Bereich umfassen auch die seit dem Jahr 2015 an den Vorsorgefonds weiterleitenden Mittel aus einem zehntel Beitragssatzprozentpunkt.

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2015	2016	
	Juli	Juni	Juli
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 3,0	- 7,6	- 26,6
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	0,6	- 2,2	- 16,3
Anleihen der öffentlichen Hand	- 5,3	- 0,7	- 11,4
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	1,1	2,5	- 4,1
Erwerb			
Inländer	10,0	15,2	- 1,6
Kreditinstitute ³⁾	11,6	- 8,5	- 10,0
Deutsche Bundesbank	13,2	16,9	18,1
Übrige Sektoren ⁴⁾	- 14,8	6,8	- 9,7
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 22,3	3,9	- 14,5
Ausländer ²⁾	- 11,9	- 20,2	- 29,1
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	- 1,9	- 5,0	- 30,7

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

lich sind perspektivisch aber weitere Beitragsansteige angelegt, wenn die Ausgabenentwicklung nicht stärker begrenzt wird.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Nettotilgungen am deutschen Rentenmarkt

Der Bruttoabsatz am deutschen Rentenmarkt lag im Juli 2016 mit 110,2 Mrd € über dem Wert des Vormonats (100,7 Mrd €). Angesichts ebenfalls gestiegener Tilgungen (131,8 Mrd €) und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten sank der Umlauf inländischer Rentenpapiere allerdings netto um 26,6 Mrd €, nachdem er im Juni bereits um 7,6 Mrd € zurückgegangen war. Auch der Umlauf ausländischer Titel am deutschen Markt sank um 4,1 Mrd €, sodass sich der Umlauf von in- und ausländischen Schuldtiteln in Deutschland im Ergebnis um 30,7 Mrd € verringerte.

Die heimischen Kreditinstitute verringerten im Juli ihre Kapitalmarktverschuldung um 16,3 Mrd €. Im Ergebnis sank vor allem der Umlauf von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (zu denen bspw. die öffentlichen Förderbanken gerechnet werden) um 14,1 Mrd €. Auch die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen sowie Öffentliche Pfandbriefe wurden netto getilgt (2,4 Mrd € bzw. 1,0 Mrd €). Hingegen wurden Hypothekendarlehen für per saldo 1,2 Mrd € begeben.

Gesunkene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Die öffentliche Hand tilgte im Berichtsmonat eigene Anleihen in Höhe von netto 11,4 Mrd €. Dabei führte ausschließlich der Bund seine Kapitalmarktverschuldung zurück (15,5 Mrd €); er tilgte vor allem zehnjährige Bundesanleihen (20,4 Mrd €). Dem standen Nettoemissionen bei zweijährigen Bundesschatzanweisungen und fünfjährigen Bundesobligationen gegenüber (3,7 Mrd € bzw. 3,0 Mrd €). Die Länder begeben Anleihen für per saldo 4,1 Mrd €.

Nettotilgungen der öffentlichen Hand

Inländische Unternehmen platzierten im Berichtsmonat Schuldverschreibungen für per saldo 1,1 Mrd €. Dies ist im Ergebnis ausschließlich auf Sonstige Finanzinstitute zurückzuführen.

Kapitalmarktverschuldung der Unternehmen gestiegen

Auf der Erwerberseite trat im Juli ausschließlich die Bundesbank in Erscheinung, welche nicht zuletzt im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems insgesamt Schuldverschreibungen für netto 18,1 Mrd € erwarb. Hingegen veräußerten ausländische Anleger Rentenwerte für netto 29,1 Mrd €. Auch die heimischen Kreditinstitute und inländische Nichtbanken trennten sich von Schuldverschreibungen für per saldo 10,0 Mrd € beziehungsweise 9,7 Mrd €. Während die Kreditinstitute fast nur ausländische Werte abgaben, veräußerten die Nichtbanken ausschließlich inländische Papiere.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Aktienmarkt

Kaum Nettoemissionen am deutschen Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden im Berichtsmontat Aktien für netto 0,5 Mrd € emittiert. Der Großteil hiervon entfiel auf nicht börsennotierte Unternehmen. Der Absatz ausländischer Aktien in Deutschland betrug im gleichen Zeitraum 2,4 Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten insbesondere inländische Nichtbanken; sie nahmen Papiere im Umfang von netto 4,8 Mrd € in ihre Portfolios auf. Gebietsfremde Anleger kauften inländische Dividendenwerte für 0,2 Mrd €, während heimische Kreditinstitute Aktien für per saldo 2,1 Mrd € veräußerten.

Investmentfonds

Deutsche Investmentfonds verzeichnen Mittelzuflüsse

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Juli einen Mittelzufluss in Höhe von 7,9 Mrd €. Die Mittel kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (6,0 Mrd €). Unter den Anlageklassen profitierten vor allem Aktienfonds (3,4 Mrd €) und Rentenfonds (2,3 Mrd €). Ausländische Fondsgesellschaften setzten am deutschen Markt Anteilscheine in Höhe von netto 1,7 Mrd € ab. Als Erwerber von Investmentfondsanteilen traten im Berichtsmontat im Ergebnis überwiegend inländische Nichtbanken auf (9,9 Mrd €). Heimische Kreditinstitute erwarben Anteilscheine für per saldo 1,2 Mrd €, während sich ausländische Investoren von Fondsanteilen für netto 1,5 Mrd € trennten.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanzüberschuss kräftig gesunken

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Juli 2016 einen Überschuss von 18,6 Mrd €. Das Ergebnis lag um 7,7 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dahinter stand eine Verschlechterung vor allem beim Überschuss im Warenhandel, aber auch beim Passivsaldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen.

Der Überschuss im Warenhandel verringerte sich im Vormonatsvergleich um 5,8 Mrd € auf 20,9 Mrd € im Juli, da die Warenexporte stärker zurückgingen als die Warenimporte.

Aktivsaldo im Warenhandel stark zurückgegangen

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen nahm das Defizit um 1,9 Mrd € auf 2,2 Mrd € im Juli zu. Dies hing mit der Ausweitung der Minussalden in der Dienstleistungsbilanz und in der Bilanz der Sekundäreinkommen zusammen, die den Anstieg der Nettoeinnahmen in der Bilanz der Primäreinkommen überwog. Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz vergrößerte sich um 1,4 Mrd € auf 4,0 Mrd €. Wesentlich dafür waren höhere Ausgaben im Reiseverkehr sowie geringere Einnahmen aus EDV-Dienstleistungen und aus sonstigen unternehmensbezogenen Diensten. Der Passivsaldo bei den Sekundäreinkommen nahm um 1,2 Mrd € auf 3,4 Mrd € zu, was insbesondere mit niedrigeren Einnahmen des Staates aus laufenden Steuern Gebietsfremder auf Einkommen und Vermögen sowie vermehrten Zahlungen an den EU-Haushalt in Verbindung stand. Der Überschuss in der Bilanz der Primäreinkommen lag mit 5,2 Mrd € um 0,8 Mrd € über dem Vormonatsstand. Dazu hat vor allem beigetragen, dass die Dividendenzahlungen an Gebietsfremde erneut zurückgingen, nach dem erheblichen Anstieg zuvor.

Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen ausgeweitet

Die Nachwirkungen des Referendums im Vereinigten Königreich sowie die Erwartungen der Marktteilnehmer über die künftige Ausrichtung der Geldpolitik in den großen Währungsräumen beeinflussten im Juli die Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten. Vor diesem Hintergrund ergaben sich im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands Netto-Kapitalexporte in Höhe von 29,9 Mrd €. Diese Entwicklung war im Ergebnis ausschließlich auf den Verkauf von Wertpapieren durch gebietsfremde Anleger zurückzuführen (30,5 Mrd €). Dabei spielten auch grenzüberschreitende Verkäufe an die Bundesbank im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) eine Rolle. Insgesamt gesehen wurden vorwiegend Geldmarktpapiere (13,7 Mrd €) und

Mittelabflüsse im Wertpapierverkehr

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2015 ¹⁾		2016	
	Juli	Juni	Juli ²⁾	
I. Leistungsbilanz	+ 25,4	+ 26,3	+ 18,6	
1. Warenhandel ¹⁾	+ 25,5	+ 26,7	+ 20,9	
Ausfuhr (fob)	106,1	106,4	94,9	
Einfuhr (fob)	80,6	79,7	74,1	
nachrichtlich:				
Außenhandel ²⁾	+ 24,8	+ 24,7	+ 19,5	
Ausfuhr (fob)	107,1	106,7	96,4	
Einfuhr (cif)	82,2	82,0	76,9	
2. Dienstleistungen ³⁾	- 4,3	- 2,6	- 4,0	
Einnahmen	20,4	21,9	19,7	
Ausgaben	24,7	24,5	23,8	
3. Primäreinkommen	+ 6,6	+ 4,5	+ 5,2	
Einnahmen	16,1	16,1	15,5	
Ausgaben	9,5	11,6	10,2	
4. Sekundäreinkommen	- 2,3	- 2,2	- 3,4	
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 20,3	+ 11,1	+ 15,2	
1. Direktinvestition	+ 8,8	- 16,3	+ 7,6	
Inländische Anlagen im Ausland	+ 2,9	+ 6,6	+ 2,6	
Ausländische Anlagen im Inland	- 5,9	+ 22,9	- 5,0	
2. Wertpapieranlagen	+ 23,8	+ 27,8	+ 29,9	
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 9,2	+ 4,6	- 0,6	
Aktien ⁴⁾	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,8	
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 4,9	+ 0,5	+ 1,7	
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 2,2	+ 4,7	- 1,0	
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 1,1	- 2,1	- 3,1	
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 14,6	- 23,2	- 30,5	
Aktien ⁴⁾	- 3,1	- 2,5	+ 0,2	
Investmentfondsanteile	+ 0,4	- 0,4	- 1,5	
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	- 15,0	- 20,7	- 15,4	
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 3,1	+ 0,5	- 13,7	
3. Finanzderivate ⁸⁾	+ 4,6	+ 0,1	+ 3,1	
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	- 15,7	+ 0,4	- 25,8	
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	- 19,9	+ 12,3	- 16,4	
darunter: kurzfristig	- 19,3	+ 10,7	- 14,7	
Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	- 3,7	- 13,4	+ 11,0	
Staat	+ 2,0	- 5,9	+ 3,1	
Bundesbank	+ 5,8	+ 7,4	- 23,5	
5. Währungsreserven ¹²⁾	- 1,2	- 0,7	+ 0,3	
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	- 5,5	- 15,3	- 3,3	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.
 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genusscheine.
 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr.
 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

öffentliche Anleihen (8,8 Mrd €) an Inländer abgegeben. Ausländische Investoren trennten sich zudem von privaten Anleihen (6,6 Mrd €) und von Investmentzertifikaten (1,5 Mrd €). Dagegen kauften sie inländische Aktien in Höhe von 0,2 Mrd €. Gebietsansässige Anleger trennten sich im Juli per saldo in geringem Umfang von ausländischen Wertpapieren (0,6 Mrd €). Dem Verkauf von Geldmarktpapieren (3,1 Mrd €) und Anleihen (1,0 Mrd €) standen Käufe von Aktien (1,8 Mrd €) und Investmentzertifikaten (1,7 Mrd €) gegenüber.

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im Juli ebenfalls zu Netto-Kapitalexporten, und zwar in Höhe von 7,6 Mrd €. Für diese Entwicklung war vor allem der Abzug finanzieller Mittel durch gebietsfremde Investoren aus Unternehmen in Deutschland verantwortlich (5,0 Mrd €). Dieser erfolgte ausschließlich durch die Nettotilgung konzerninterner Kredite (6,5 Mrd €). Eine wichtige Rolle spielten hierbei die Handelskredite (4,3 Mrd €). Dagegen stockten ausländische Investoren das Beteiligungskapital in ihren hiesigen Niederlassungen im gleichen Zeitraum um 1,5 Mrd € auf. Gebietsansässige Anleger erhöhten im Juli per saldo ihre Direktinvestitionen im Ausland um 2,6 Mrd €. Dies geschah maßgeblich durch eine Erhöhung des Beteiligungskapitals (4,9 Mrd €). Die konzerninterne Kreditvergabe an Unternehmen im Ausland nahm hingegen ab (2,3 Mrd €). Verantwortlich war der Rückgang bei den Handelskrediten (3,5 Mrd €), der die Zunahme bei den Finanzkrediten (1,3 Mrd €) überwog.

Kapitalexporte im Bereich der Direktinvestitionen

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, kam es im Juli zu Kapitalimporten in Höhe von 25,8 Mrd €. Bei den Monetären Finanzinstituten ohne Bundesbank ergaben sich Mittelzuflüsse (16,4 Mrd €). Ihnen standen Netto-Kapitalexporte durch die unverbrieften grenzüberschreitenden Dispositionen von Unternehmen und Privatpersonen (11,0 Mrd €) sowie staatlichen Stellen (3,1 Mrd €) gegenüber.

Mittelzuflüsse im übrigen Kapitalverkehr

Die Nettoforderungen der Bundesbank gegenüber dem Ausland sanken um 23,5 Mrd €. Dies war in erster Linie auf einen Rückgang des TARGET2-Saldos um 20,8 Mrd € zurückzuführen. Darüber hinaus ließ eine Zunahme der kurzfristigen Einlagen bei der Bundesbank – vorwiegend durch Notenbanken außerhalb

des Eurosystems – die Verbindlichkeiten der Bundesbank etwas ansteigen (2,8 Mrd €).

Die Währungsreserven der Bundesbank nahmen im Juli – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,3 Mrd € zu.

*Währungs-
reserven*

■ Verteilungseffekte der Geldpolitik

Notenbanken haben weltweit nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Leitzinsen auf historische Tiefstände gebracht und Rückgriff auf verschiedene unkonventionelle Politiken, vor allem Ankaufprogramme, genommen. Dies hat unter anderem zu einer verstärkten Diskussion darüber geführt, ob und in welcher Weise die Geldpolitik die Verteilung von Einkommen und Vermögen beeinflusst. Zwar ist die Aufgabe der Geldpolitik des Eurosystems das Gewährleisten der Preisstabilität und das politische Mandat für Umverteilung liegt bei der Fiskalpolitik, dennoch ist es auch für die Geldpolitik wichtig, Verteilungseffekte verstärkt zu analysieren, um über ein vertieftes Verständnis der möglichen Wechselwirkungen zwischen Geldpolitik und Verteilung die Erfüllung des geldpolitischen Mandats bestmöglich zu erreichen. Die entsprechende Forschung zu diesen Fragen steckt vielfach noch in den Kinderschuhen und die Erkenntnisse sind in hohem Maße abhängig von den verwendeten Modellen und Annahmen. Dies legt eine vorsichtige Interpretation der diesbezüglichen Ergebnisse nahe. Dennoch lassen sich aus heutiger Sicht bereits einige Aussagen ableiten:

Geldpolitik hat entgegen der früheren Annahme womöglich auch über den Konjunkturzyklus hinweg Verteilungswirkungen, diese sind allerdings verhältnismäßig schwach. Bei herkömmlicher Geldpolitik führen Leitzinssenkungen eventuell zu einem leichten Rückgang der Verteilungsungleichheit, dieser ist aber gering und für die Entwicklung der Verteilung in den vergangenen Jahrzehnten eher unbedeutend.

Die vielerorts zu lesende Aussage, die geldpolitischen Sondermaßnahmen hätten erwiesenermaßen die Ungleichheit erhöht, lässt sich nicht erhärten. Sie wird aus Betrachtungen abgeleitet, die auf einer unzulässigen Verallgemeinerung basieren, erst verzögert auftretende Verteilungseffekte vernachlässigen und nicht das richtige Referenzszenario zugrunde legen.

Auf Grundlage existierender Studien und unter Berücksichtigung dieser drei Aspekte erscheint es zumindest sehr zweifelhaft, dass die expansiven geldpolitischen Sondermaßnahmen der letzten Jahre in der Gesamtschau die Ungleichheit erhöht haben. Dies gilt vor allem für die Einkommensverteilung. Herkömmliche Zinspolitik und unkonventionelle Maßnahmen dürften für sich genommen die Einkommensungleichheit eher verringert haben. Ihr Effekt auf die Vermögensverteilung ist demgegenüber weniger klar.

■ Einleitung

Niedrigzinsen und Vermögenspreisanstiege lassen Kritik an der Geldpolitik aufkommen

In Zeiten außerordentlich niedriger Zinsen werden mehr und mehr Stimmen laut, die die geringen Zinserträge von Sparern beklagen, während gleichzeitig bei Aktienkursen und Immobilienpreisen Höchststände gemeldet werden. Vermutet werden eine Umverteilung hin zu den bereits sehr Vermögenden und damit eine wachsende Ungleichheit sowohl bei Einkommen als auch bei Vermögen. Während das Finden eines sozial akzeptablen oder gar wünschenswerten Ausmaßes an (Un-)Gleichheit normalerweise zur Kernaufgabe der gewählten Parlamente und Regierungen gehört, sind deshalb nun auch die Notenbanken in den Blickpunkt gerückt worden. Angesichts der historisch niedrigen Zinsniveaus in den großen Wirtschaftsräumen und der Fülle von außerordentlichen geldpolitischen Maßnahmen, die seit der Finanzkrise weltweit in die Wege geleitet wurden, wird zunehmend diskutiert, ob das Handeln der Notenbanken einen bestimmten Teil der Gesellschaft systematisch und anhaltend begünstigt.

Interesse der Geldpolitik an Verteilung wegen ihrer mittelbaren Wirkung auf Inflation und ihres Einflusses auf die Transmission

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen ist für die Politik grundsätzlich von Interesse, zählt sie doch zu den Fundamenten des gesellschaftlichen Zusammenhalts und wird kontinuierlich vom Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger geprüft. Demgegenüber ergibt sich ein spezifisches Interesse der Geldpolitik an Verteilungsfragen einerseits mittelbar daraus, dass die Verteilungssituation und -entwicklung über ihre Effekte auf die Wirtschaftsentwicklung Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen der Geldpolitik hat. Andererseits besteht aber auch ein ganz unmittelbares Interesse der Geldpolitik an der Verteilung von Einkommen und Vermögen, da die Wirkung geldpolitischer Maßnahmen auch von der im Währungsgebiet bestehenden Verteilungssituation abhängt, wie eine Reihe jüngerer Forschungsarbeiten darlegt.¹⁾

■ Bestandsaufnahme der Verteilungssituation

Zur Beantwortung der Frage, wie Einkommen und Vermögen innerhalb einer Gesellschaft verteilt sind, muss zunächst der Untersuchungsgegenstand bestimmt werden. Zum einen betrifft dies das zu verwendende Einkommens- und Vermögenskonzept. Besonders gängig ist beim Einkommen neben dem Bruttoeinkommen (vor Steuern) oder dem Markteinkommen (vor Steuern und öffentlichen Transfers) das nach staatlicher Umverteilung verfügbare (Netto-) Einkommen. Bei Vermögen wird üblicherweise das Nettovermögen betrachtet, bei dem die Verbindlichkeiten von positiven Vermögensposten abgezogen werden.²⁾ Herausfordernd ist hier die korrekte Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen wie Immobilien und Unternehmenswerten, für die Marktpreise oft nicht vorliegen, aber auch von impliziten Ansprüchen aus der staatlichen Alterssicherung. Einkommen und Vermögen werden auf der Personenebene oder äquivalenzgewichtet auf der Haushaltsebene berechnet.³⁾

Definitionen und Messung von Verteilung

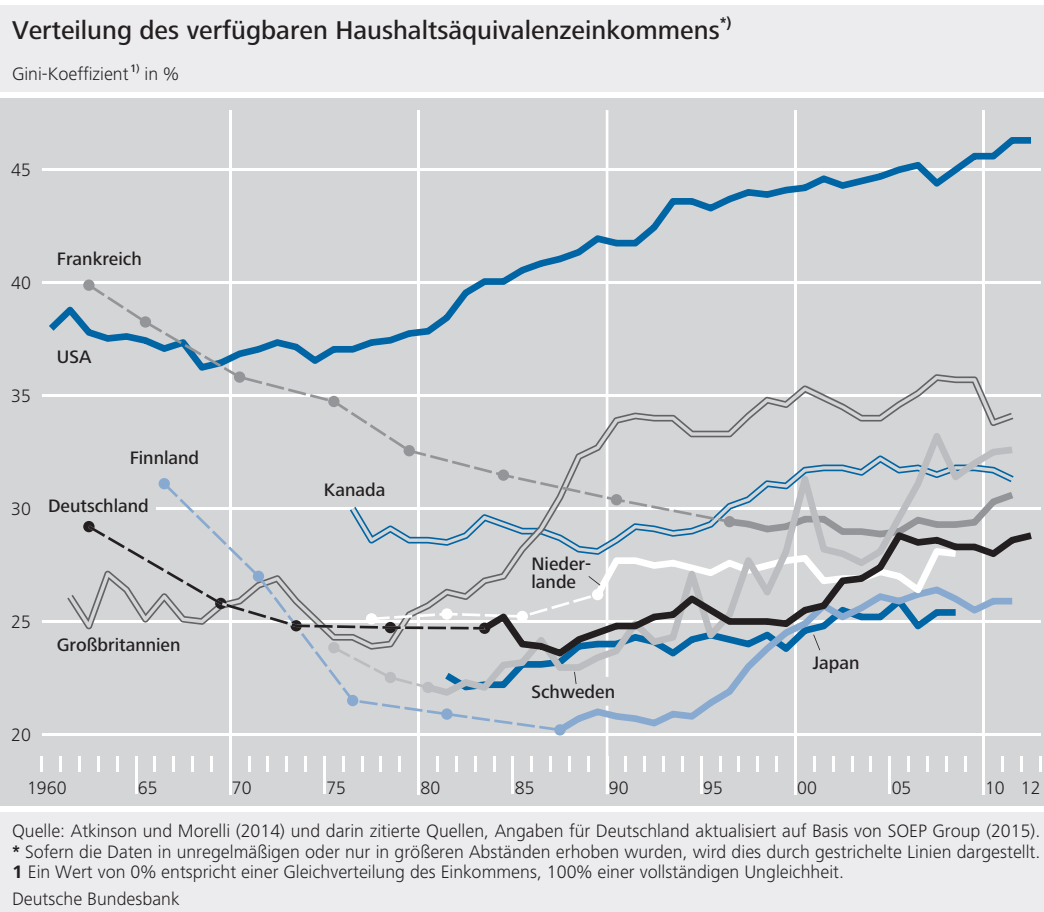
Zum anderen ist zu klären, für welche Personen oder Personengruppen die Verteilung untersucht werden soll. Neben der Aufreihung der Personen oder Haushalte nach Einkommen oder Vermögen und der Untersuchung der ent-

Verteilung ist anhand diverser Haushaltsmerkmale erfassbar

1 Vgl.: G. Kaplan, B. Moll und G. L. Violante (2016), Monetary Policy According to HANK, NBER Working Paper Nr. 21897; A. McKay und R. Reis (2016), The role of automatic stabilizers in the U.S. business cycle, *Econometrica* 84(1), S. 141–194; V. Guerrieri und G. Lorenzoni (2015), Credit crises, precautionary savings, and the liquidity trap, Manuskript, Januar 2015; V. Sterk und S. Teneyro (2016), The Transmission of Monetary Policy through Redistributions and Durable Purchases, Manuskript, April 2016; sowie die weiter unten ausführlicher gewürdigten Papiere Auclert (2016), Gornemann et al. (2016), Luetticke (2015) und O'Farrell et al. (2016).

2 Gelegentlich ist auch die Verteilung bestimmter Einkommens- und Vermögensbestandteile von Interesse, so von Unternehmenseinkommen oder von Immobilienvermögen.

3 Um für Unterschiede in der Haushaltsgröße zu kontrollieren, wird bei der Äquivalenzgewichtung das erste Haushaltsmitglied mit 1 gewichtet, jeder weitere Erwachsene und insbesondere jedes Kind mit einem geringeren Gewicht, da mit zunehmender Haushaltsgröße die Ansprüche unterproportional steigen.



sprechende Perzentile⁴⁾ kann auch die Untersuchung der Verteilung innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Teilgruppen von Interesse sein, zum Beispiel junge und alte Personen, Arbeitslose und Beschäftigte, Gläubiger und Schuldner, Mieter und Hausbesitzer, Aktionäre und Personen ohne Aktienbesitz.⁵⁾

Die Heterogenität in den oben angesprochenen Dimensionen spielt für Zentralbanken insofern eine wichtige Rolle, als Wirtschaftssubjekte abhängig von ihren Eigenschaften und ihrer finanziellen Situation in unterschiedlicher Weise auf geldpolitische Maßnahmen reagieren. Da Verteilungsänderungen entlang jeder der skizzierten Dimensionen auch Änderungen in der geldpolitischen Transmission nach sich ziehen können, ist nicht nur die Verteilung zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern auch deren Veränderung über die Zeit relevant.

Betrachtet wird im Folgenden die Haushaltsebene ohne weitere Untergliederung. Aufgrund

von Erhebungsunterschieden und mangelnder Datenverfügbarkeit ist der Vergleich über die Zeit hinweg nur für eine enge Auswahl von Ländern und auch da nur eingeschränkt möglich.

4 Bei Perzentilen werden die Personen oder Haushalte nach Einkommen oder Vermögen sortiert und dann in 100 gleich stark besetzte Gruppen unterteilt, für die jeweils das durchschnittliche Einkommen oder Vermögen ermittelt wird. Vergleichbare Untergliederungen sind Dezile (zehn Gruppen), Quintile (fünf Gruppen) oder Quartile (vier Gruppen).

5 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise, Monatsbericht, September 2014, S. 19 ff. Untersuchungen zur Verteilung von Einkommen und Vermögen zwischen Sektoren und über Ländergrenzen hinweg sind grundsätzlich ebenfalls von Interesse, werden im Haupttext dieses Aufsatzes aber nicht weiter vertieft.

Verteilung des verfügbaren Einkommens in Deutschland seit zehn Jahren nahezu unverändert und weniger ungleich als im internationalen Durchschnitt

Die Ungleichheit des verfügbaren Einkommens – gemessen am Gini-Koeffizienten⁶⁾ – nimmt zwischen etwa 1980 und 2005 in der Mehrzahl aller untersuchten Länder zu, in Deutschland liegt die Einkommensungleichheit im unteren Mittelfeld aller OECD-, EU- und EWU-Länder (siehe Schaubild auf S. 17).⁷⁾ Seit der Finanzkrise 2007 ist die Entwicklung international uneinheitlich: Während die Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Index in den USA und in Frankreich zugenommen hat, ist sie in Deutschland in etwa gleich geblieben und in Großbritannien leicht gesunken.⁸⁾

Verteilung des Nettovermögens in Deutschland im internationalen Vergleich sehr ungleich, aber seit zehn Jahren nahezu unverändert

Vermögen ist in Deutschland im internationalen Vergleich überdurchschnittlich ungleich verteilt, unter den OECD-Ländern weisen eine vergleichbare oder größere Vermögenskonzentration nur die Niederlande, Österreich und die Vereinigten Staaten sowie Schweden und Dänemark auf.⁹⁾ Allerdings gab es im Zeitraum von 2002 bis 2012 in Deutschland keine bedeutende Veränderung in der Vermögensverteilung; ein Befund, der auch durch Bundesbankdaten aus der Haushaltsbefragung zur Vermögenssituation (PHF/HFCS) bestätigt wird (siehe Schaubild auf S. 19).¹⁰⁾

Aufgabe von Geldpolitik und Kanäle ihrer Verteilungseffekte

Verteilungsänderungen über den Konjunkturzyklus

Das Eurosystem hat die Aufgabe, über seine Geldpolitik im Euro-Raum Preisstabilität zu gewährleisten. Im Konjunkturzyklus bedeutet dies in der Regel in Hochkonjunkturphasen, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das Angebot bei normal ausgelasteten Kapazitäten übersteigt und Preise daher anziehen, dass die Zentralbank den Leitzins erhöht und so die Wirtschaftsaktivität dämpft; in Abschwungphasen mit niedrigem Preisdruck wird der Leitzins entsprechend gesenkt, was die Wirtschaftsaktivität stimuliert. Mit der Annäherung an die effektive Zinsuntergrenze nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 griffen die Notenbanken verstärkt auf unkonventio-

nelle Maßnahmen zurück, um geldpolitische Impulse zu setzen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Geldpolitik als bedeutendes Instrument der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik

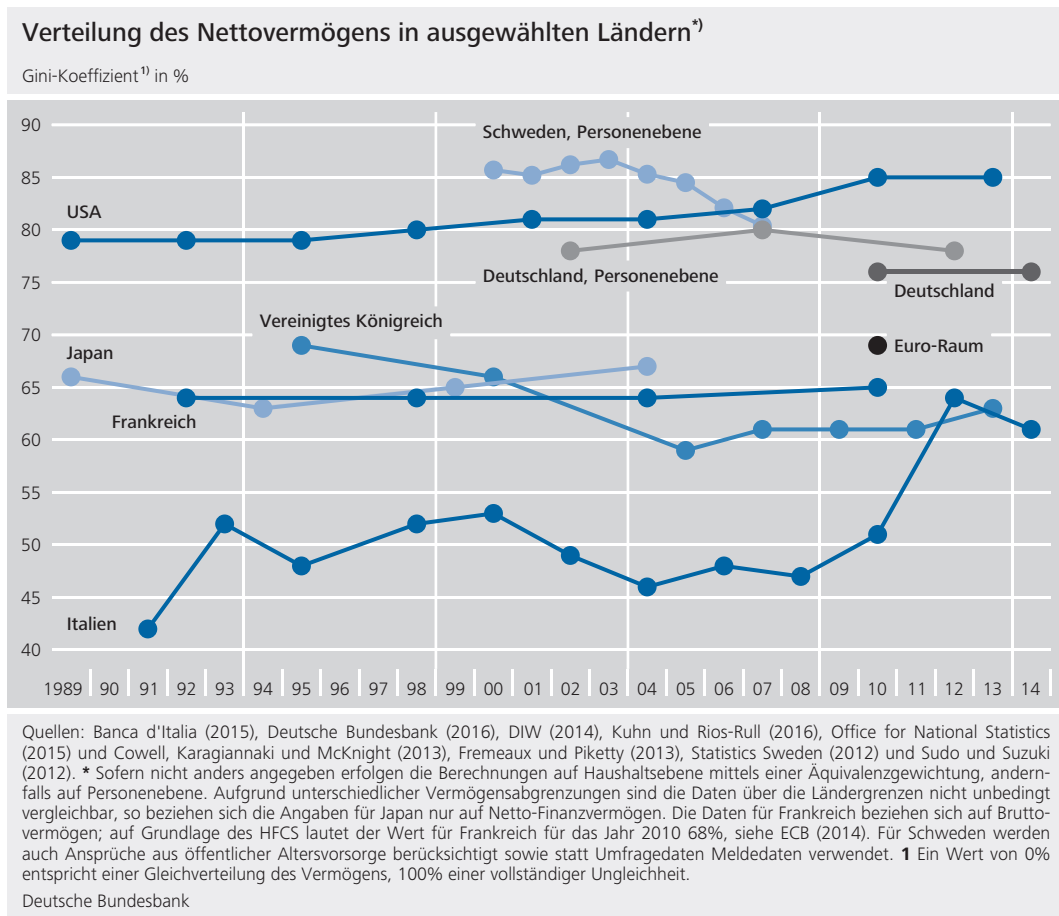
⁶⁾ Der Gini-Koeffizient nimmt den Wert null an, wenn alle Personen ein identisches Einkommen oder Vermögen aufweisen, und den Wert eins, wenn das Gesamteinkommen oder -vermögen in der Hand einer einzigen Person oder eines einzigen Haushalts liegt. Er sagt ebenso wenig aus über das absolute Wohlstandsniveau, Chancengleichheit oder Lebensqualität wie über das Ausmaß absoluter Armut. Eine Erhöhung des Gini-Koeffizienten lässt sich nicht zwangsläufig auf weniger umverteilende Steuer- oder Sozialpolitikmaßnahmen zurückführen, sie kann auch auf demografische Änderungen wie eine Erhöhung der Geburtenzahl, die Immigration von ärmeren Personen oder eine Senkung der Lebenserwartung oder der durchschnittlichen Haushaltsgröße zurückgehen. Ein geringer Gini-Koeffizient bei Einkommen kann mit einem hohen Gini-Koeffizient bei Vermögen einhergehen, wie im Falle Schwedens. Alternative Verteilungsmaße neben dem Gini-Koeffizienten sind z. B., erstens Einkommens- und Vermögensverhältniszahlen zwischen verschiedenen Perzentilen (99/1, 95/5, 90/10, 90/50, 75/25), die Einkommensunterschiede am Rand der Verteilung deutlicher gewichten, während der Gini-Index Unterschiede nahe am Median genauso gewichtet wie solche weit davon entfernt; vgl. A. Atkinson (1970), On the measurement of inequality, *Journal of Economic Theory* 2, S. 244–263; zweitens, Absolutmaße wie der Anteil des Einkommens oder Vermögens in Händen der Ärmsten x %, die eine bessere Vorstellung vom Ausmaß der (relativen) Armut ermöglichen, vgl. F.G. De Maio (2007), Income inequality measures, *Journal of Epidemiology and Community Health* 61(10), S. 849–852; und, drittens, der Theil-Index, der eine Zerlegung in Untergruppen ermöglicht.

⁷⁾ Vgl.: OECD (2015), In it together. Why less inequality benefits all, insbesondere Abbildungen 1.1 und 1.3. Eine vergleichbare Aussage vermittelt der Sachverständigenrat auf Grundlage von Daten des SOEP; Sachverständigenrat (2014), Jahresgutachten 2014/15, Abbildungen 85, 88 und 89, S. 375 ff.

⁸⁾ Vgl.: R. O'Farrell, Ł. Rawdanowicz und K. Inaba (2016), Monetary Policy and Inequality, OECD Economics Department Working Paper Nr. 1281, Box 1.

⁹⁾ Siehe: OECD (2015), Household wealth inequality across OECD countries: new OECD evidence, OECD Statistics Brief 21, Juni 2015, Figure 2. Messgrundlage ist hier der Anteil des Gesamtvermögens, der in den Händen der vermögendssten 10% der Bevölkerung liegt. Die Länder Schweden und Dänemark erscheinen in dieser Publikation nicht, vergleichbare Publikationen zum gleichen Maß legen dies aber sowohl für das oberste Dezil als auch für den Gini-Index nahe; siehe Credit Suisse Global Wealth Databook 2015, S. 16; Allianz Global Wealth Report 2015, S. 52; sowie Sachverständigenrat (2014), Jahresgutachten 2014/15, Abbildung 93.

¹⁰⁾ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014, Monatsbericht, März 2016, S. 61 ff.; DIW (2014), Vermögensverteilung, DIW Wochenbericht Nr. 9.2014; Sachverständigenrat (2014), Jahresgutachten 2014/15, Tabelle 26 und Abbildungen 90 und 93, S. 382 ff.; sowie O'Farrell et al. (2016), Box 1. Die im Vergleich zur Einkommensverteilung hohen Werte des Gini-Index für Vermögen sind u. a. auf den signifikanten Anteil von Haushalten oder Personen ohne positives Vermögen zurückzuführen.



auch die Einkommens- und Vermögensverteilung beeinflusst.¹¹⁾

Ansicht in Aufschwungphasen überwiegend stärkere Auswirkungen auf Ausgaben und

Frühere Annahme einer über den Zyklus verteilungsneutralen Geldpolitik zunehmend hinterfragt

Zwar ist die Feststellung, dass geldpolitische Maßnahmen auch eine Verteilungsdimension besitzen, nicht neu. Dabei wurde jedoch typischerweise implizit unterstellt, Geldpolitik sei über den Konjunkturzyklus verteilungsneutral, indem sie im Aufschwung die eine Teilgruppe der Gesellschaft bevorteile, im Abschwung die andere.¹²⁾

Diese These wird allerdings zunehmend hinterfragt. Sie gilt beispielsweise nicht, wenn es Asymmetrien im Verhalten der Geldpolitik gibt, Geldpolitik also zum Beispiel mit Blick auf die Finanzstabilität auf Vermögenspreiserückgänge stärker reagiert als auf entsprechende Anstiege.¹³⁾ Eine zweite mögliche Ursache für asymmetrische Verteilungseffekte der Geldpolitik liegt in unterschiedlicher Wirksamkeit der Geldpolitik über den Konjunkturzyklus. Unerwartete Leitzinsänderungen haben nach dieser

11 Allerdings käme es auch ohne geldpolitische Maßnahmen über den Konjunkturzyklus zu Änderungen in der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung. Und auch in einer hypothetischen Wirtschaft ohne Geld würden in einer Aufschwungphase tendenziell diejenigen mehr Einkommen und Vermögen erzielen, die unternehmerisches Risiko eingehen, während dieselben Personen in einer Abschwungphase überproportionale Verluste erlitten.

12 Vgl.: Rede von R. Rajan an der Universität Frankfurt, 10. November 2015; sowie O'Farrell et al. (2016), S. 12. Vgl. auch: P. Krusell und A. Smith (1998), Income and Wealth Heterogeneity in the Macroeconomy, *Journal of Political Economics* 106(5), S. 867–896.

13 Zwischen 1987 und 2000 hatte die Fed unter Gouverneur Alan Greenspan mehrmals in Reaktion auf fallende Aktienkurse den Leitzins gesenkt, während bei steigenden Aktienkursen eine Leitzinserhöhung weitgehend unterblieb, und viele Marktteilnehmer erwarteten ein solches Verhalten auch für die Zukunft. Siehe auch: S. H. Ravn (2012), Has the Fed reacted asymmetrically to stock prices?, *The B. E. Journal of Macroeconomics* 12(1), S. 1–36; S.H. Ravn (2014), Asymmetric monetary policy towards the stock market: A DSGE approach, *Journal of Macroeconomics* 39 (A), S. 24–41.

Historische Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland

Ein Einblick in die längerfristige Entwicklung der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland ist die empirische Grundlage für die aktuelle Debatte über die Einkommens- und Vermögensverteilung im internationalen Vergleich. Als Messgröße der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen dient hier der Gini-Koeffizient. Ein natürlicher Schnitt im zeitlichen Verlauf der Vermögens- und Einkommensungleichheit ergibt sich durch die deutsche Wiedervereinigung. Im Folgenden werden zunächst die Entwicklung der Einkommensverteilung und danach der Vermögensverteilung skizziert.

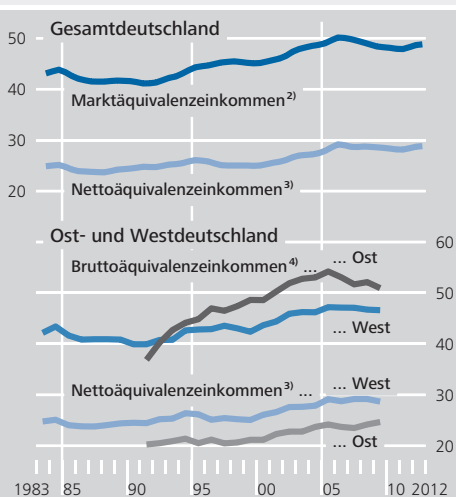
Die alte Bundesrepublik Deutschland war vor der Wiedervereinigung gemessen am Einkommen laut OECD-Daten einer der wohlhabendsten und egalitärsten Staaten.¹⁾ Der Gini-Koeffizient des westdeutschen

Haushaltsnettoeinkommens lag in den achtziger Jahren unter 25% und blieb zwischen 1960 und 1990 konstant (vgl. unten stehendes Schaubild).²⁾

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung gab es zunächst kaum Anzeichen für eine Veränderung in der Einkommensverteilung. Obwohl sich einerseits die Einkommensungleichheit durch die Zusammenführung der westdeutschen Bevölkerung mit der ärmeren Bevölkerung der neuen Bundesländer tendenziell erhöhte, waren andererseits die Einkommen in Ostdeutschland gleichmäßiger verteilt, was die Disparität eher verringerte.³⁾ Allerdings scheint der erstgenannte Faktor im Laufe der Jahre dominanter geworden zu sein, da sich die Ungleichverteilung des Bruttoeinkommens danach erhöhte.

Einkommensverteilung in Gesamt-, Ost- und Westdeutschland¹⁾

Gini-Koeffizient¹⁾ in %



Quellen: Behringer et al. (2014) und Corneo et al. (2014) auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) sowie eigener Berechnungen. * Die Vergleichbarkeit des Einkommens von Mehrpersonen- und Einpersonenhaushalten wird anhand der modifizierten OECD-Äquivalenzskala gewährleistet, die die Größe und Zusammensetzung der Haushalte berücksichtigt. **1** Ein Wert von 0% entspricht einer Gleichverteilung des Einkommens, 100% einer vollständigen Ungleichheit. **2** Einkommen vor Steuern und öffentlichen Transfers. **3** Einkommen nach Steuern und Transfers. **4** Einkommen vor Steuern. Deutsche Bundesbank

1 Vgl.: G. Corneo, S. Zmerli und R. Pollak (2014), Germany: Rising Inequality and the Transformation of Rhine Capitalism, Changing Inequalities and Societal Impacts in Rich Countries: Thirty Countries' Experiences, Kapitel 12, S. 271ff.

2 Vgl.: OECD (2008), Growing unequal?: Income distribution and poverty in OECD countries. Das äquivalente Markteinkommen beinhaltet das Lohneinkommen (einschl. Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen), Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögenseinkommen ohne Veräußerungsgewinne, ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers. Wenn alle individuellen Markteinkommen in einem Haushalt zusammengefasst werden, spricht man vom Haushaltsmarkteinkommen. Diese Einkommen können im Haushaltskontext personalisiert werden. Dazu rechnet man das Haushaltsmarkteinkommen mithilfe der Äquivalenzgewichte der modifizierten OECD-Skala, die Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigen, in ein personalisiertes Einkommen um. Das daraus resultierende Einkommen wird als Marktäquivalenzeinkommen bezeichnet. Zieht man vom Haushaltsmarkteinkommen Steuern ab und fügt Transfers hinzu, entsteht das Haushaltsnettoeinkommen. Vgl. zur genauen Abgrenzung des Markteinkommens: S. Bach, G. Corneo und V. Steiner (2007), From Bottom to Top: The Entire Distribution of Market Income in Germany, 1992–2001, SOEPpapers on Multi-disciplinary Panel Data Research 51, DIW Berlin, Oktober 2007, Kapitel 3.2 und Anhang 1.

3 Für eine Diskussion und weitere Referenzen vgl.: T. Brück und H. Peters (2009), 20 Years of German Unification: Evidence on Income Convergence and Heterogeneity, DIW Diskussionspapier Nr. 925.

Entwicklung der Gini-Koeffizienten für das Vermögen im Zeitablauf und nach Datenquellen

Position	Studie	1973	1983	1988	1993	1998	2002	2008	2010	2012	2014
Deutschland	EVS	–	–	–	63,2	68,5	71,3	74,8	–	74,3	–
	SOEP	–	–	–	–	–	75,4	75,9	–	74,2	–
	PHF	–	–	–	–	–	–	–	75,8	–	76,1
Westdeutschland	EVS	74,8	70,1	66,8	62,5	64,1	69,9	73,5	–	72,5	–
	SOEP 1)	–	–	–	–	–	76,1	78,4	–	76,8	–
	PHF	–	–	–	–	–	–	–	73,8	–	74,6
Ostdeutschland	EVS	–	–	–	69,4	67,6	71,9	75,3	–	77,2	–
	SOEP 1)	–	–	–	–	–	81,6	82,3	–	79,2	–
	PHF	–	–	–	–	–	–	–	76,6	–	78,4

Quellen: Gini-Koeffizienten für 1973: H. Mierheim und L. Wicke (1978), Die personelle Vermögensverteilung, Tübingen, S. 58–59. Gini-Koeffizienten für 1983: H. Schломann (1992), Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, Frankfurt a. M./New York, S. 136–139. Gini-Koeffizienten für Ost- und Westdeutschland von 1988 bis 1998: R. Hauser und H. Stein (2001), Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland, Frankfurt a. M./New York, S. 112–124. Gini-Koeffizienten für Gesamtdeutschland von 1993 bis 1998: A. Ammermüller, A. M. Weber und P. Westerheide (2005), Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens, Abschlussbericht zum Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. Gini-Koeffizienten für Deutschland auf Basis des SOEP: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (März 2013), Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Gini-Koeffizienten für West- und Ostdeutschland auf Basis des SOEP: M. M. Grabka und C. Westermeier (2014), Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW Wochenbericht Nr. 9.2014, Berlin. Gini-Koeffizienten auf Basis der PHF-Studie: Deutsche Bundesbank, Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014, Monatsbericht, März 2016, S. 61ff. Gini-Koeffizienten für Deutschland nach 2002 auf Basis der EVS: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (März 2013), Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Gini-Koeffizienten für West- und Ostdeutschland nach 2002 auf Basis der EVS: Sonderauswertung für die Deutsche Bundesbank. Hier wurden die Gini-Koeffizienten für Ost- und Westdeutschland nach 2002 vom Statistischen Bundesamt im Rahmen einer Sonderauswertung für die Bundesbank berechnet. Für Westdeutschland erfolgte die Kalkulation für das Jahr 2013 ohne Berlin, für die Jahre 2003 und 2008 indes unter Berücksichtigung Westberlins. Für Ostdeutschland erfolgte die Kalkulation für 2003 und 2008 unter Einbeziehung Ostberlins, während für 2013 die Gesamtstadt Berlin berücksichtigt wurde. 1 Alle Gini-Koeffizienten mit Ausnahme der SOEP-Daten für Ost- und Westdeutschland sind auf Haushaltsebene ausgewiesen.

Deutsche Bundesbank

Das Schaubild auf Seite 20 verdeutlicht, dass die Nettoeinkommensverteilung nach 1999 den Pfad des zunehmend ungleich verteilten Bruttoeinkommens nachzuzeichnen begann, wie der Anstieg des Gini-Koeffizienten des Nettoeinkommens belegt. Der Gini-Koeffizient für das Nettohaushaltseinkommen stieg zwischen 2000 und 2006 erkennbar an. Darauf ging er zwar leicht zurück, ohne jedoch den Anstieg im letzten Jahrzehnt vollständig zu kompensieren. Im Jahr 2012 betrug er 29%. Damit lag er nach Angaben der OECD leicht unter dem OECD-Durchschnitt (31,5%) sowie über den Gini-Koeffizienten der nordischen OECD-Staaten, aber unter dem Wert für die Vereinigten Staaten.⁴⁾

Laut Corneo et al. (2014) hängt der Anstieg der Einkommensdisparität in Deutschland mit Veränderungen im Wirtschaftssystem wie etwa beim Steuerrecht, am Arbeitsmarkt oder im Sozialversicherungssystem zusammen.⁵⁾ Biewen und Juhasz (2012)

untersuchen sechs mögliche Bestimmungsfaktoren, die zusammen etwa 80% des Anstiegs zwischen den Jahren 1999/2000 und 2005/2006 erklären können. Etwa die Hälfte des Anstiegs wird durch Lohnspreizung erklärt, etwa ein Viertel von der Beschäftigungsentwicklung.⁶⁾

Neben der Einkommensverteilung spielt bei der Analyse der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte auch die Verteilung des Vermögens eine wichtige Rolle. Allerdings stehen für die Untersuchung der Vermögensverteilung nur begrenzt Daten zur Verfügung. Die oben stehende Tabelle bietet

4 Vgl.: OECD (2015), In it Together: Why Less Inequality Benefits All, Abbildung 1.1.

5 Corneo et al. (2014), a. a. O. Die Autoren argumentieren ferner, dass andere institutionelle Veränderungen wie ein Rückgang des Gewerkschaftseinflusses und ein erhöhtes Einkommensrisiko aufgrund eines verringerten Angebots an dauerhaften Stellen zu einer Ausweitung der Ungleichheit geführt hätten.

6 Vgl.: M. Biewen und A. Juhasz (2012), Understanding Rising Inequality in Germany, 1999/2000–2005/06, Review of Income and Wealth, Bd. 58, S. 622–647.

einen Überblick über die Gini-Koeffizienten, die aus verschiedenen Erhebungen und für unterschiedliche Zeiträume verfügbar sind. Hauser und Stein (2003)⁷⁾ sowie Ammermüller, Weber und Westerheide (2005)⁸⁾ untersuchen die Entwicklung der Vermögensungleichverteilung seit den siebziger Jahren auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS);⁹⁾ für den Zeitraum nach der Jahrtausendwende werden zusätzliche Daten auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) herangezogen.¹⁰⁾ Für die jüngste Vergangenheit, das heißt ab dem Jahr 2010, stehen zudem die Daten der Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) zur Verfügung.¹¹⁾ Obwohl den einzelnen Studien unterschiedliche Ansätze der Vermögensmessung und verschiedene Methoden zugrunde liegen, liefern sie dennoch vergleichbare Ergebnisse.

Die Ungleichverteilung des verfügbaren Nettovermögens der privaten Haushalte in den alten Bundesländern vor der Wiedervereinigung war rückläufig, von 74,8% im Jahr 1973 auf 70,1% im Jahr 1983 und 66,8% im Jahr 1988 (siehe Tabelle auf S. 21).¹²⁾ Gini-Koeffizienten für Ostdeutschland sind erst für die Jahre ab der Wiedervereinigung verfügbar.

Seit der Wiedervereinigung ist zunächst bis etwa 2008 eine zunehmend ungleiche Verteilung des Vermögens in Deutschland festzustellen, der Gini-Koeffizient für Gesamtdeutschland erhöhte sich von 63,2% im Jahr 1993 auf 68,5% im Jahr 2003 und 74,8% im Jahr 2008.¹³⁾ Während diese Entwicklung in den alten Bundesländern nahezu deckungsgleich vorstattenging, gab es in den neuen Bundesländern zunächst einen Rückgang der im Niveau etwas höheren Vermögensungleichheit von 69,4% im Jahr 1993 auf 67,6% im Jahr 1998, bevor der auch im Westen beobachtete Anstieg bis zum Jahr 2008 erfolgte.

Die Entwicklung der Vermögensverteilung seit dem Jahr 2008 erscheint auf Grundlage

der verschiedenen Datenquellen uneinheitlich und in etwa seitwärts gerichtet. Legt man die PHF-Studie zugrunde, ergibt sich für das Nettovermögen der Haushalte für den Zeitraum von 2010 bis 2014 ein gleichbleibend hoher Gini-Koeffizient von etwa 76%.¹⁴⁾

7 R. Hauser und H. Stein (2003), *Inequality of the distribution of personal wealth in Germany 1973–1998*, Working Paper Series Nr. 298, The Levy Institute.

8 A. Ammermüller, A. Weber und P. Westerheide (2005), *Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens*, Abschlussbericht zum Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung.

9 Eine detaillierte Beschreibung der EVS findet sich bei Hauser und Stein (2003). Die EVS des Statistischen Bundesamtes wird seit 1962/1963 in fünfjährigen Abständen unter Befragung von 45 000 bis 60 000 Haushalten durchgeführt. Vermögensdaten werden erst seit 1973 erhoben. In den Jahren 1973 und 1983 wurden die Beteiligungen an Privatunternehmen nach dem Steuerwert erhoben und mussten anschließend an den Marktwert angepasst werden. Die Finanzaktiva umfassen auch am Markt handelbare Aktien. Die Erhebungen der Jahre 1993 und 1998 enthalten Schätzungen der Marktpreise von Immobilien und Grundstücken. Durch das Ausklammern von Haushalten mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von 18 000 € und mehr könnten die Schätzungen nach unten verzerrt sein. Als regelmäßige sektorübergreifende Umfrage bietet die EVS im Zeitverlauf nur begrenzte Vergleichbarkeit.

10 Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Längsschnittstudie von Einzelpersonen in privaten Haushalten in Deutschland. Im Jahr 2002 wurde ein Vermögensfragebogen mit Fragen zu unterschiedlichen Vermögenskomponenten eingeführt. Um die Vergleichbarkeit im Zeitverlauf zu verbessern, sind die wohlhabendsten Haushalte im SOEP überproportional repräsentiert und werden in allen Umfragerwellen kontinuierlich zu den verschiedenen Vermögenskomponenten befragt. Für Einzelheiten vgl.: J.R. Frick (2006), *A General Introduction to the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Design, Contents and Data Structure*.

11 Die Panelstudie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) ist eine Befragung der Bundesbank zu Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland. Einzelheiten finden sich bei: U. von Kalkreuth, M. Eisele, J. Le Blanc, T. Schmidt und J. Zhu (2012), *The PHF: a comprehensive panel survey on household finances and wealth in Germany*, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 13/2012.

12 Untersuchungen zur Entwicklung der Vermögensverteilung vor der Wiedervereinigung auf Grundlage der EVS finden sich bei Hauser und Stein (2003), Mierheim und Wicke (1978) sowie Schломann (1992).

13 A. Ammermüller, A. Weber und P. Westerheide (2005), a. a. O.

14 Deutsche Bundesbank, *Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014*, Monatsbericht, März 2016, S. 61 ff.

Herausforderungen bei der Ermittlung der Verteilungswirkungen der Geldpolitik

Preise als in Abschwungphasen.¹⁴⁾ Es wäre daher denkbar, dass Asymmetrien der einen oder der anderen Art auch zu Verteilungswirkungen der Geldpolitik führen, die sich über den Konjunkturzyklus hinweg nicht vollständig ausgleichen.

Aussagen über die Verteilungseffekte der Geldpolitik sind allerdings aus einer ganzen Reihe von Gründen mit großer Unsicherheit verbunden. Zuerst ist es sehr schwierig, die Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen exakt zu ermitteln. Dies liegt daran, dass die Geldpolitik beim Einsatz ihrer Maßnahmen in aller Regel auf Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagiert. Bei einer Analyse der Wirkungen einer derart regelgebundenen Geldpolitik ist es deshalb sehr schwierig zwischen den Wirkungen der Geldpolitik und den sie begründenden ökonomischen Veränderungen zu unterscheiden. So ist es trotz großer Fortschritte in der wissenschaftlichen Literatur weiterhin schwierig, die Effekte von Geldpolitik von den Effekten anderer, zeitgleich oder kurz zuvor auftretender Ereignisse klar zu isolieren.¹⁵⁾

Zweitens wäre für die Wirkungsanalyse einer auf andere Einflüsse reagierenden Geldpolitik die kontrafaktische Entwicklung, also die Entwicklung, zu der es ohne die Reaktion der Geldpolitik gekommen wäre, zu kennen. Auch das Unterlassen einer geldpolitischen Maßnahme wie einer Zinsänderung hat eine Verteilungswirkung. Die Alternative zu den Verteilungswirkungen einer bestimmten geldpolitischen Maßnahme lautet nicht keine Verteilungswirkungen, sondern andere Verteilungswirkungen, entweder aufgrund sonstiger Veränderungen der Ökonomie oder gerade aufgrund des Ausbleibens der geldpolitischen Maßnahme und dadurch eventuell enttäuschter Erwartungen. Um diese kontrafaktische Entwicklung abzuschätzen, bedarf es eines theoretischen Modells, dessen Ergebnisse dann allerdings neben den Daten auch von den Annahmen über die Modellstruktur getrieben sein können.

Drittens gibt es Messschwierigkeiten, beispielsweise bei Einkommen und Vermögen von sehr reichen Personen¹⁶⁾ oder bei Preisanpassungen illiquider Vermögensgegenstände wie Immobilien.

Viertens ist die Verteilungswirkung einer geldpolitischen Maßnahme nicht zwangsläufig über die Zeit konstant. So kann eine Leitzinssenkung kurzfristig Ungleichheit erhöhen, während die positiven realwirtschaftlichen Effekte erst im weiteren Zeitverlauf Ungleichheit senkend wirken.¹⁷⁾

Diese Überlegungen zeigen bereits, dass eine trennscharfe Untersuchung zu den möglichen Verteilungswirkungen der Geldpolitik mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert ist. Dazu kommt noch erschwerend, dass die Verteilungswirkungen der Geldpolitik sich über eine Vielzahl unterschiedlicher Kanäle einstellen können.

In der jüngeren Literatur werden fünf Wirkungskanäle identifiziert.¹⁸⁾ (i) Einkommenszusammensetzung: Eine Leitzinsänderung wirkt je nach vorwiegender Einkommensart unterschiedlich auf das verfügbare Einkommen. Mit sinkenden Zinsen fallen tendenziell die Einkommen aus Finanzvermögen, während die Ein-

Wirkungskanäle

¹⁴ Siehe: S. Tenreyro und G. Thwaites (2016), Pushing on a String: US Monetary Policy is Less Powerful in Recessions, *American Economic Journal: Macroeconomics*, im Erscheinen. Siehe auch: O'Farrell et al. (2016), a. a. O., S. 12 f.; E. Santoro, I. Petrella, D. Pfajfar und E. Gaffeo (2014), Loss Aversion and the Asymmetric Transmission of Monetary Policy, *Journal of Monetary Economics* 68, S. 19–36.

¹⁵ Hierauf wird u. a. weiter unten im Abschnitt zu Mikrosimulationsstudien näher eingegangen.

¹⁶ Vgl.: P. Vermeulen (2016), Estimating the Top Tail of the Wealth Distribution, *American Economic Review: Papers & Proceedings* 106(5), S. 646–650.

¹⁷ Vgl.: DIW (2016), a. a. O.

¹⁸ O. Coibion, Y. Gorodnichenko, L. Kueng und J. Silvia (2016), Innocent Bystanders? Monetary Policy and Inequality in the U.S., Manuskript, 17. Februar 2016. Eine ältere Fassung des Papiers erschien 2012 als NBER Working Paper 18170. Den dort aufgeführten fünf Kanälen fügt das DIW (2016) noch einen Zinsrisikokanal nach Auclert (2016) hinzu, der hier in die Kanäle (i), (ii) und (iii) eingeht; DIW (2016), EZB-Anleihekäufe können Vermögensverteilung beeinflussen, DIW Wochenbericht 7.2016, 17. Februar 2016; Adrien Auclert (2016), Monetary policy and the redistribution channel, Manuskript, Princeton University, Januar 2016.

Wirkungskanäle von Geldpolitik auf die Einkommensverteilung ^{*)}

Wirkungskanal	Wirkungsweise
(i) Einkommenszusammensetzung	Einkommen aus Unternehmens- und Finanzvermögen sowie aus Transfers reagieren anders als Erwerbseinkommen auf Leitzinsänderungen ¹⁾
(ii) Finanzsegmentierung	Haushalte, die aktiv und häufig am Finanzmarkt handeln, sind besser in der Lage, von den positiven Effekten von Leitzinsänderungen zu profitieren
(iii) Portfolio	Haushalte mit überproportional hohem Anteil an nicht inflationsgeschützten Vermögenspositionen wie Bargeld leiden stärker unter der inflationären Wirkung einer Leitzinssenkung
(iv) Ersparnisumverteilung	Unerwartete Leitzinssenkungen (oder Inflationssteigerungen) belasten Sparer zugunsten von Schuldnern, das heißt typischerweise Vermögendere zugunsten weniger Vermögender ²⁾
(v) Erwerbseinkommen	Erwerbseinkommen reagieren abhängig von Lohnrigiditäten, Ersetzbarkeit der Arbeit durch Kapital und Arbeitsangebotsverhalten unterschiedlich stark auf unerwartete Leitzinsänderungen. Leitzinssenkungen senken tendenziell kurzfristig Arbeitslosigkeit (als deutlichste Form der Lohneinkommensreaktion) und nützen so überproportional Ärmeren mit geringerer Bildung und höherem Arbeitslosigkeitsrisiko

* Nach Coibion, Gorodnichenko, Kueng und Silvia (2016). ¹ Gedacht ist hier an die Heterogenität von Haushalten in Bezug auf die Haupteinkommensquelle. Im Consumer expenditure survey werden Haushalte nach den vier Einkommensquellen Erwerbseinkommen, Unternehmens-, Finanz- und sonstiges Einkommen gefragt. Da die Elastizität der jeweiligen Einkommensquelle auf Leitzinsänderungen unterschiedlich groß ist, ergeben sich Verteilungseffekte. Vgl. Coibion et al. (2016), S. 2ff., Abschnitt 3.4 und Tabelle 2 im Anhang. ² Dieser Kanal wird häufig auch als Fisher-Kanal bezeichnet nach I. Fisher (1933), The Debt-Deflation Theory of Great Depressions, *Econometrica* 1 (4), S. 337–357, so in Auclert (2016). Eine wichtige Untersuchung hierzu liefert M. Doepke und M. Schneider (2006), Inflation and the Redistribution of Nominal Wealth, *Journal of Political Economy* 114 (6), S. 1069–1097.

Deutsche Bundesbank

kommen aus Unternehmensbesitz tendenziell steigen. Erwerbseinkommen und Transfers reagieren in der Regel etwas verzögert und insbesondere über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Der Gesamteffekt auf die Verteilung des Einkommens nach einer expansiven Maßnahme über den Einkommenszusammensetzungskanal ist ex ante unbestimmt. Dies gilt nicht für das Einkommen von Haushalten, die aktiv und häufig am Finanzmarkt handeln. Sie sind in der Lage, von einer Zinssenkung stärker zu profitieren als andere Haushalte – der frühe Vogel fängt den Wurm (ii: Finanzsegmentierung). Das Einkommen ist zudem abhängig von der Zusammensetzung des Vermögensport-

folios: Haushalte mit einem hohen Anteil nicht inflationsgeschützter Positionen leiden stärker unter dem preistreibenden Effekt einer Zinssenkung (iii: Portfolio). Expansive Geldpolitik wirkt über die Kanäle (ii) und (iii) tendenziell Einkommensungleichheit erhöhend. Dem stehen jedoch gegenläufige Effekte aus zwei anderen Kanälen gegenüber: Unerwartete Leitzinssenkungen oder steigende Preise belasten Sparer zugunsten von Schuldnern (iv: Ersparnisumverteilung) und senken zugleich zumindest vorübergehend die Arbeitslosigkeit (v: Erwerbseinkommen). Schon aus dieser kursorischen Übersicht wird deutlich, dass bereits die Wirkungszusammenhänge der herkömmlichen Zinspolitik komplex und nicht eindeutig gleichgerichtet sind.¹⁹⁾ Es ist demnach eine empirische Frage, wie die Geldpolitik auf die Einkommensverteilung wirkt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Studien, die sich dieser Frage explizit annehmen, oftmals nicht sämtliche der skizzierten Wirkungskanäle betrachten oder die gewählten Methoden nicht eine eindeutige Zuordnung zu einzelnen Transmissionskanälen erlaubt.²⁰⁾ Dennoch erlauben die beschriebenen Wirkungskanäle eine hilfreiche, didaktische Strukturierung (vgl. nebenstehende Übersicht), anhand derer im Folgenden zunächst die Verteilungseffekte herkömmlicher Geldpolitik, im Anschluss dann Verteilungseffekte der geldpolitischen Sondermaßnahmen, wie sie in den vergangenen Jahren zunehmend zu beobachten waren, analysiert werden.

Verteilungswirkungen herkömmlicher Geldpolitik

Jüngeren empirischen Arbeiten für die Vereinigten Staaten sowie das Vereinigte Königreich zufolge scheinen überraschende Leitzinserhöhungen die Einkommensungleichheit kurzfristig zu

¹⁹ Außerdem ist die Wirkung expansiver und kontraktiver Geldpolitik über die verschiedenen Kanäle nicht zwangsläufig spiegelbildlich, so im Fall von Kanal (ii).

²⁰ Diese Kanäle lassen sich nicht vollständig auf die Verteilungseffekte auf Vermögen übertragen u. a. deshalb, da dort bspw. auch die Anpassung bei der Humankapitalbildung zu untersuchen ist.

*Überraschende
Leitzinssenkungen
verringern
zyklische Einkommens-
ungleichheit,
haben aber
keine signifi-
kante Auswir-
kung auf den
Verteilungstrend*

erhöhen, während überraschende Leitzinssenkungen die Einkommensungleichheit kurzfristig senken.²¹⁾ Als wesentlicher Treiber wird für die USA die Einkommenszusammensetzung identifiziert (Kanal (i)): Während Löhne nahezu invariant sind und Unternehmenseinkommen steigen, fallen mit niedrigerem Zins die Finanzeinkommen deutlich, während die antizyklischen Transfers steigen. Allerdings ist bei den Transfers der kausale Zusammenhang zur Geldpolitik nicht klar. Der Anstieg der Transfers treibt jedoch die sinkende Einkommensungleichheit wesentlich, da Transfers bei Beziehern niedriger Einkommen einen Großteil des Einkommens ausmachen.²²⁾ Geldpolitik hat allerdings in den Modellen nur einen geringen Erklärungsgehalt für die Entwicklung der Einkommensungleichheit. Und sie hat keinen Einfluss auf den Trendanstieg der US-Einkommensungleichheit seit den achtziger Jahren.²³⁾ Die Verteilungswirkung von Geldpolitik scheint geringer zu sein, wenn die Zentralbank einem Inflationsziel folgt.²⁴⁾ Dies könnte als Indiz gesehen werden, dass bei zunehmender Bindung der Zentralbanken an Regeln auch die Bedeutung von unsystematischen Geldpolitikmaßnahmen für die Verteilung abnimmt. Während die Studien ebenfalls Indizien für Wirkungen entlang der Kanäle (ii) bis (v) finden, so erscheinen diese jedoch quantitativ relativ vernachlässigbar.

*Verteilungswir-
kung im Wesent-
lichen über
Einkommens-
wirkung von
Arbeitslosigkeit*

Das Hauptergebnis aus Coibion et al. (2016) – expansive Geldpolitik senkt die Einkommensungleichheit, kontraktive erhöht sie – findet sich auch in strukturellen Modellen jüngerer Datums. In einem neuklassischen Modellrahmen mit Arbeitsmarktfriktionen, in dem der relative Erwerbseinkommenseffekt in Abhängigkeit vom Qualifikationsniveau des Arbeitnehmers detailliert modelliert wird, führt eine expansive Geldpolitik zunächst zu niedrigerer Arbeitslosigkeit. Da Arbeitslosigkeit aber gerade die unteren Einkommenschichten besonders hart trifft, wirkt expansive Geldpolitik über den Erwerbseinkommenskanal Ungleichheit verringern.²⁵⁾ Darüber hinaus senkt expansive Geldpolitik die Ungleichheit der Verteilung von Ein-

kommen und Vermögen in einem Modellrahmen mit illiquiden Vermögenspositionen, in dem die Heterogenität der Haushaltsportfolios sowie Liquiditätsbeschränkungen eine bedeutende Rolle spielen (siehe die Erläuterungen auf

21 Coibion et al. (2016), a. a. O., Basis sind US-Daten von 1980 bis 2008; sowie H. Mumtaz und A. Theophilopoulou (2015), Monetary Policy and Inequality in the UK, School of Economics and Finance at Queen Mary University of London Working Paper Nr. 738, und dies. (2016), The Impact of Monetary Policy on Inequality in the UK. An Empirical Analysis, School of Economics and Finance at Queen Mary University of London Working Paper Nr. 783. Die Autoren verwenden Jahresdaten des Vereinigten Königreichs von 1968 bis 2008 bzw. Quartalsdaten von 1969 bis 2012. In allen drei Papieren wird der Fokus auf überraschenden Leitzinssenkungen und deren Ungleichheit erhöhende Wirkung gelegt. Da die gewählten VAR-Ansätze linear sind, lassen sich die Ergebnisse dank der Symmetrie spiegelbildlich für überraschende Leitzinserhöhungen darstellen. Unbeachtet bleiben bei diesem Ansatz zwangsläufig die oben genannten möglichen Asymmetrien zwischen expansiven und kontraktiven geldpolitischen Maßnahmen.

22 Insofern der Anstieg der Transfers mehr Reaktion auf eine konjunkturelle Abkühlung als auf eine überraschende geldpolitische Maßnahme ist, dürfte der Ungleichheit senkende Effekt expansiver Geldpolitik überzeichnet sein.

23 Die Ergebnisse von Coibion et al. (2016) sind allerdings insofern kritisch zu hinterfragen, als sie sich nur auf den unsystematischen, überraschenden Teil der Geldpolitik beziehen – gemessen hier mittels des narrativen Ansatzes von Romer und Romer (2004); Ch. D. Romer und D. H. Romer (2004), A new measure of monetary shocks: derivation and implications, American Economic Review 94(4), S. 1055–1084. Die Zeitreihe für solche, sog. geldpolitische Schocks ergibt sich aus (i) einer Zeitreihe intendierter Leitzinsänderungen (ermittelt u. a. aus FOMC-Protokollen) und (ii) den Fed-internen Prognosen für Inflation und BIP. Die bei der Regression von (i) auf (ii) verbleibenden Fehler bilden dann die gewünschte Zeitreihe für geldpolitische Schocks. Mit ähnlichen Daten wie Coibion et al (2016) kommt Davtyan (2016) zur gegenteiligen Aussage, überraschende Leitzinssenkungen erhöhten die Einkommensungleichheit; K. Davtyan (2016), Income Inequality and Monetary Policy: An Analysis on the Long Run Relation, Universität de Barcelona Research Institute of Applied Economics Working Paper 2016/04.

24 Mumtaz und Theophilopoulou (2015), a. a. O. Die überraschenden geldpolitischen Maßnahmen werden hier über Vorzeichenrestriktionen identifiziert.

25 N. Gornemann, K. Kuester und M. Nakajima (2015), Doves for the rich, hawks for the poor? Distributional consequences of monetary policy, Manuskript. Dank des theoretischen Modells können die Autoren auch die Auswirkungen von Änderungen in der geldpolitischen Reaktionsfunktion – also im regelgebundenen Teil der Geldpolitik – analysieren, sie finden auch hier signifikante Verteilungswirkungen.

S. 32 ff.).²⁶⁾ In diesem Modell finden neben Kanal (i) auch der Portfoliokanal (iii) und der Ersparnisumverteilungskanal (iv) eine ausführliche Beachtung, beide werden allerdings in ihrer Bedeutung als sekundär eingeschätzt.

Zum dritten schließlich lassen sich Ungleichheit reduzierende Wirkungen expansiver Geldpolitik finden, wenn die heterogenen Effekte von kurzfristigen Realzinsänderungen detailliert betrachtet werden. Diese Realzinsänderungen treten im Zusammenhang mit geldpolitischen Maßnahmen auf und treffen Haushalte je nach ihrer Portfoliostruktur sehr unterschiedlich.²⁷⁾ In diesem Ansatz erscheinen alle fünf Kanäle relevant für die Umverteilungswirkung von Geldpolitik, und umgekehrt erscheint Umverteilung hier als ein relevanter Kanal für asymmetrische realwirtschaftliche Effekte der Geldpolitik: Zinserhöhungen weisen in diesem Papier stärkere Umverteilungseffekte auf als eine Zinssenkung.

Mikrosimulationsstudien für den Euro-Raum ohne expliziten Bezug zur Geldpolitik

Mikrosimulationsstudien geben zwar nicht Auskunft über Verteilungseffekte der Geldpolitik, beleuchten aber bestimmte Verteilungszusammenhänge sehr genau

Neben der expliziten Analyse der Wirkung geldpolitischer Maßnahmen auf die Verteilung liefern auch Mikrosimulationsstudien wertvolle Hinweise auf die Verteilungseffekte aus einem überraschenden Rückgang des Preisniveaus oder einer Erhöhung von Vermögenspreisen. Die Stärke dieser Mikrosimulationsmethode ist, die tatsächliche Verteilung der diversen Vermögenskomponenten in unterschiedlichen Haushalten, Sektoren und Ländern des Euro-Raums exakt abzubilden. Allerdings handelt es sich bei solchen Studien nicht um Analysen zu den Verteilungseffekten einer geldpolitischen Maßnahme, denn die erste Transmissionsstufe von der geldpolitischen Maßnahme hin zu Preisniveau oder Vermögenspreisen wird nicht modelliert.²⁸⁾ Es handelt sich hier um klassische Partialanalysen, die bestimmte Teile der Gesamtwirkung sowie Rückkopplungs- und Zweit-rundeneffekte außer Acht lassen. Zwei Studien, die sich dieses Ansatzes mit Bundesbankdaten

aus der Haushaltsbefragung zur Vermögenssituation (PHF/HFCS) bedienen, werden im Folgenden erläutert. Sie zielen nicht auf die Einkommensverteilung ab, sondern stellen die Vermögenssituation in den Mittelpunkt.

Im ersten Fall wird von einem plötzlichen und unerwarteten Rückgang des Preisniveaus um 10% ausgegangen und dessen Auswirkung auf die Vermögensverteilung untersucht.²⁹⁾ Ein solcher Rückgang dürfte üblicherweise nach einer starken Ausweitung des gesamtwirtschaftlichen Angebots oder einem deutlichen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auftreten, er könnte aber auch mit einer unvorhergesehenen, sehr kontraktiven Geldpolitik in Verbindung gebracht werden, denn auch diese wirkt dämpfend auf das Preisniveauwachstum. Betrachtet werden hier im Wesentlichen die oben genannten Portfolio- und Ersparnisumverteilungskanäle (iii) und (iv). Es zeigt sich, dass ein derartiger, überraschender Inflationsrückgang die Nettovermögensungleichheit im Euro-Raum insgesamt erhöht, in Deutschland allerdings wie auch in Österreich und Malta senkt. Grund für die Entwicklung ist im Wesentlichen der Verschul-

Plötzlicher Preisniveaurückgang führt zu Umverteilung zwischen Haushalten, Sektoren und Ländern

²⁶ C. Bayer, R. Luetticke, L. Pham-Dao und V. Tjaden (2015), Precautionary savings, illiquid assets, and the aggregate consequences of shocks to household income risk, CEPR Discussion Paper Nr. 10849; R. Luetticke (2015), Transmission of monetary policy with heterogeneity in household portfolios, mimeo, Universität Bonn. Luetticke (2015) stellt außerdem fest, dass überraschende Leitzinssenkungen trotz der inflationsbedingten Vermögensverluste sowohl die Einkommensungleichheit als auch die Vermögensungleichheit senken.

²⁷ A. Auclert (2016), Monetary policy and the redistribution channel, a. a. O. Die wesentliche Neuerung in seiner Arbeit ist eine detaillierte Analyse des Zinsrisikokanals, der die Auswirkungen des kurzfristigen Realzinsrückgangs nach einer Leitzinssenkung erfasst. Diese hängen nach Auclert von den Vermögensposten der Haushalte einschl. ihres Humankapitals ab, abzüglich ihrer Verschuldung, zu der Auclert im Sinne einer Verpflichtung auch die geplanten zukünftigen Konsumausgaben zählt. Auclerts Zinsrisikokanal (Interest rate exposure channel) geht in der hier vorgenommenen Darstellung von fünf Kanälen in Kanäle (i) bis (iii) ein.

²⁸ Ohne geldpolitische Maßnahme als Ausgangspunkt können auch Verteilungseffekte über Kanäle ohne direkten Vermögensbezug wie Teile des Einkommenszusammensetzungskanals (i) und der Erwerbseinkommenskanal (v) selbstredend nicht analysiert werden.

²⁹ K. Adam und J. Zhu (2016), Price Level Changes and the Redistribution of Nominal Wealth Across the Euro Area, Journal of the European Economic Association 14(4), S. 871–906.

Verteilungskonsequenzen der Vermögenspreisinflation im Euro-Währungsgebiet

Die geldpolitischen Sondermaßnahmen zahlreicher Zentralbanken gehen tendenziell mit einem erheblichen Anstieg der Vermögenspreise einher. Dieser kann mit umfangreichen Verteilungseffekten verbunden sein und gerät daher zunehmend in den Blickpunkt politischer Entscheidungsträger und der breiten Öffentlichkeit.¹⁾

In einer kürzlich vorgelegten Studie (Adam und Tzamourani, 2016)²⁾ wird der Versuch unternommen, die Verteilungseffekte von Vermögenspreisanstiegen im Euro-Gebiet zu quantifizieren. Datenbasis der Analyse ist die letzte verfügbare Erhebung der Haushaltsbefragung des Eurosystems zu Finanzen und Konsum (Household Finance and Consumption Survey: HFCS), die detaillierte, harmonisierte und repräsentative Informationen zur Finanzlage der privaten Haushalte in den Euro-Ländern für das Referenzjahr 2010 liefert.³⁾ Insgesamt wurden rund 62 000 Haushalte aus allen damaligen Mitgliedstaaten des Euro-Gebiets (außer Irland) befragt.

Die Verteilung des Kapitalzuwachses in der Bevölkerung

In der Studie wird zunächst untersucht, wie sich bei einem Anstieg der Aktien-, Anleihe- und Hauspreise um 10% der Kapitalzuwachs bezogen auf das Nettovermögen der privaten Haushalte im Euro-Gebiet verteilt.

Wie in der unten stehenden Tabelle dargestellt, konzentriert sich der Kapitalzuwachs im Zusammenhang mit höheren Aktien- oder Anleihepreisen auf eine relativ kleine Gruppe von Haushalten im Euro-Raum. Für den Median-Haushalt haben diese Preisanstiege keinerlei Auswirkung, während bei den 5% der Haushalte, die davon am meisten profitieren, eine Zunahme des Nettovermögens um etwa 3% bis 4% zu beobachten ist. Dieser Wertzuwachs ist recht hoch, wenn man bedenkt, dass hier ein Anstieg der Aktien- oder Anleihepreise von 10% betrachtet wird. Dagegen wirken sich Hauspreisanstiege auf einen deutlich größeren Teil der Bevölkerung aus als höhere Aktien- oder Anleihepreise; für den Median-Haushalt ergibt sich hier ein deutlicher

¹ Vgl.: M. Draghi (2015), The ECBs recent monetary policy measures: Effectiveness and challenges, Camdessus lecture, IWF, Washington, DC, 14. Mai 2015; sowie A. Haldane (2014), Unfair shares, Rede beim Bristol Festival of Ideas, Bristol, 21. Mai 2014.

² K. Adam und P. Tzamourani (2016), Distributional Consequences of Asset Price Inflation in the Euro Area, European Economic Review 89, S. 172–192.

³ Zur Methodik und Zusammenfassung der Ergebnisse siehe: Household Finance and Consumption Network (HFCN) (2013), The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey, Methodological Report, Europäische Zentralbank; HFCN (2013), The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey – Results from the First Wave, Europäische Zentralbank. Die Daten der zweiten Welle liegen erst für wenige Länder vor. Zu Ergebnissen für Deutschland siehe: Deutsche Bundesbank, Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014, Monatsbericht, März 2016, S. 61ff.

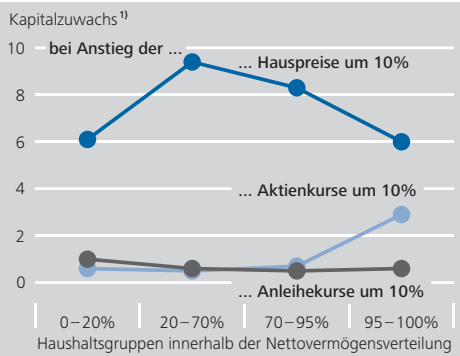
Verteilung des Kapitalzuwachses im Euro-Gebiet bei einem Anstieg der Aktien-, Anleihe- und Hauspreise um 10%

in % des Nettovermögens der privaten Haushalte

10%-Anstieg der	Position der Haushalte in der Verteilung des Kapitalzuwachses						
	5. Perzentil	10. Perzentil	25. Perzentil	Median	75. Perzentil	90. Perzentil	95. Perzentil
Anleihekurse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	2,1	3,8
Aktienkurse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	1,7	3,3
Hauspreise	0,0	0,0	0,0	7,3	9,6	12,1	17,6

Quelle: Adam und Tzamourani (2016).
 Deutsche Bundesbank

Kapitalzuwachs entlang der Nettovermögensverteilung im Euro-Raum



Quelle: Adam und Tzamourani (2016). 1 In % des Nettovermögens der Gruppe.
 Deutsche Bundesbank

Nettovermögenszuwachs von knapp 8%. Im nächsten Abschnitt wird untersucht, ob zwischen dem Kapitalzuwachs und dem Nettovermögen der Haushalte ein systematischer Zusammenhang besteht. Dafür wird weiter der Kapitalzuwachs betrachtet, aber nicht mehr, indem alle Haushalte nach der Höhe ihres Kapitalzuwachses aufgereiht, sondern nach der Höhe ihres Nettovermögens in vier Gruppen eingeteilt werden.

Kapitalzuwachs entlang der Nettovermögensverteilung

Je nach Anlageklasse geht von den Kapitalzuwächsen im Euro-Gebiet eine recht unterschiedliche Verteilungswirkung aus. Das oben stehende Schaubild zeigt die bei den verschiedenen Haushaltsgruppen der Nettovermögensverteilung festzustellenden Kapitalzuwächse (Durchschnittszuwachs der Gruppe geteilt durch das durchschnittliche Nettovermögen). Als arm werden die Haushalte im unteren 20%-Bereich der Nettovermögensverteilung des Euro-Gebiets verstanden, in die Gruppe der Mittelschicht-Haushalte fallen definitionsgemäß die 50% der Haushalte, die direkt über den armen Haushalten liegen, und Haushalte der oberen Mittelschicht nehmen den nächsthöheren 25%-Bereich ein. Die reichen Haushalte schließlich entsprechen dem obersten 5%-Bereich der Nettovermögensverteilung.

Was die Auswirkungen des Kapitalzuwachses aus gestiegenen Anleihepreisen betrifft, so lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den vier betrachteten Gruppen von Haushalten feststellen. Die Anzahl der von höheren Anleihepreisen profitierenden Haushalte ist relativ gering und dabei in allen Bereichen der Nettovermögensverteilung ungefähr gleich groß. Demgegenüber konzentrieren sich die Gewinne aus Aktienpreisanstiegen sehr stark auf die vermögendsten 5% der Haushalte. Die Zugewinne aus höheren Hauspreisen weisen indes eine buckelförmige Verteilung auf, wobei sie sich auf die Mittelschicht und die obere Mittelschicht der Nettovermögensverteilung des Euro-Gebiets konzentrieren. Arme und reiche Haushalte profitieren – gemessen an ihrer Nettovermögensposition – in geringerem Umfang von Hauspreisanstiegen; unter den armen Haushalten gibt es weniger Immobilieneigentümer, und bei den reichen Haushalten machen Immobilien einen geringeren Anteil am Vermögen aus.

Wie Adam and Tzamourani (2016) zeigen, lassen sich in den einzelnen Ländern des Euro-Währungsgebiets beträchtliche Unterschiede feststellen. So verfügen in einigen Ländern auch arme Haushalte häufiger über eigene Wohnimmobilien und sind hoch verschuldet. Folglich ziehen diese Haushalte (gemessen an ihrem Nettovermögen) einen höheren Nutzen aus steigenden Hauspreisen als andere Schichten. Das Gegenteil gilt für Österreich, Deutschland, Frankreich und Italien; dort sind arme Haushalte seltener Immobilieneigentümer und profitieren deshalb – verglichen mit anderen Gruppen der Nettovermögensverteilung – am wenigsten von Hauspreisanstiegen. In Deutschland, wo die Eigentumsquoten besonders gering sind, haben Preisanstiege bei Wohnimmobilien keinerlei Auswirkungen auf den Median-Haushalt.

Die daraus resultierenden Veränderungen der Vermögensungleichheit spiegeln sich in der Veränderung des Gini-Koeffizienten der

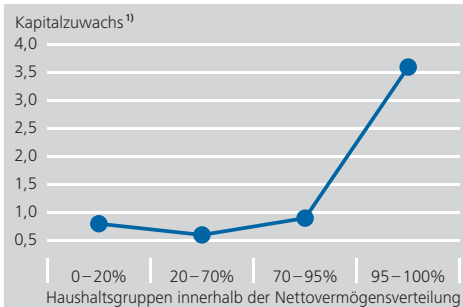
Nettovermögensverteilung wider. Höhere Hauspreise führen zu einem deutlichen Rückgang des Gini-Koeffizienten, besonders in Ländern, in denen arme Haushalte unverhältnismäßig stark von solchen Anstiegen profitieren. Steigende Aktienpreise bewirken eine signifikante Zunahme des Gini-Koeffizienten, während die Nettovermögensverteilung von einem Preisanstieg der Anleihen weitgehend unberührt bleibt.

Während die Analyse der HFCS-Daten keine Kausalanalyse der Effekte geldpolitischer Überraschungen erlauben, kann doch versucht werden, zumindest die direkten Verteilungseffekte über Vermögenspreise abzuschätzen. Dazu werden in Anlehnung an die Studie von Peersman und Smets (2003)⁴⁾ die Wirkung einer unerwarteten Leitzinsänderung auf Aktien-, Anleihe- und Hauspreise ermittelt und dann die unmittelbaren Konsequenzen auf die Vermögensverteilung analysiert. Das Ergebnis lautet, dass eine unerwartete Lockerung der Geldpolitik zu einem überproportionalen Anstieg des Kapitalzuwachses im oberen Bereich der Nettovermögensverteilung führt: Auf die vermögendsten 5% der Haushalte entfällt ein im Durchschnitt fünfmal so hoher Zuwachs wie auf die übrigen Haushalte. Umgekehrt sind diese Haushalte bei einer unvorhergesehenen geldpolitischen Straffung von fünfmal höheren Kapitalverlusten betroffen.

Verteilungskonsequenzen der OMT-Ankündigungen der EZB

Im Sommer 2012 wurde das Programm der geldpolitischen Outright-Geschäfte (Outright Monetary Transactions: OMT) der EZB angekündigt, jedoch ohne dass diesbezügliche Geschäfte in der Folge durchgeführt worden sind. Dennoch hatte die OMT-Ankündigung weitreichende und anhaltende Auswirkungen auf bestimmte Finanzmarktpreise. Die Verteilungskonsequenzen des Programms werden in Anlehnung an Krishnamurthy et al. (2004)⁵⁾ aus identifizierten Kommunikationseffekten auf Anleihe-

Kapitalzuwachs bei Aktien und Anleihen im Zusammenhang mit OMT-Ankündigungen¹⁾



Quelle: Adam und Tzamourani (2016). * Outright Monetary Transactions (OMT) der EZB. ¹ In % des Nettovermögens der Gruppe.

Deutsche Bundesbank

und Aktienkurse abgeleitet, während Effekte auf Immobilienpreise aufgrund mangelnder Daten nicht einbezogen wurden.⁶⁾ Was die Verteilungskonsequenzen betrifft, so konnten für die OMT-Ankündigungen qualitativ sehr ähnliche Effekte festgestellt werden wie bei einer unerwarteten Lockerung der Geldpolitik. Auch hier konzentrieren sich die Hauptnutznießer im oberen Ende der Nettovermögensverteilung. Die quantitativen Verteilungseffekte der OMT-Ankündigungen ähnelten weitgehend denen einer überraschenden Senkung der Leitzinsen um 175 Basispunkte. Allerdings werden in dieser Mikrosimulationsstudie nicht alle Wirkungskanäle einer expansiven Politik betrachtet, weshalb bei Verallgemeinerungen Vorsicht geboten ist.

⁴ Vgl.: G. Peersman und F. Smets (2003), The monetary transmission mechanism in the euro area: more evidence from VAR analysis, in: I. Angeloni, A.K. Kashyap und B. Mojon (Hrsg.), Monetary policy transmission in the euro area, Kapitel 2, S. 36–55.

⁵ A. Krishnamurthy, S. Nagel und A. Vissing-Jorgensen (2014), ECB Policies involving Government Bond Purchases: Impact and Channels, Working Paper.

⁶ Betrachtet wurden die Schlusskurse des Barclays Euro Aggregate Bond Index und des EuroStoxx 50 Index am Tag vor sowie am Tag nach der Programmankündigung. Da sich die Hauspreise nicht mit hoher Periodizität beobachten lassen, ist eine Bestimmung der Verteilungseffekte hier nicht möglich.

ungsgrad junger Haushalte mittleren Einkommens. In diesen drei Ländern sind junge Haushalte mittleren Einkommens kaum verschuldet, daher nimmt ihre reale Verschuldung durch den Preisrückgang auch nicht wesentlich zu. Und die Vermögensungleichheit nimmt ebenso wenig zu, da das Vermögen der typischerweise wenig vermögenden jungen Haushalte nicht abnimmt.

Aktienkursanstiege erhöhen die Vermögensungleichheit, Immobilienpreisanstiege senken sie

Im zweiten Fall wird der unmittelbare Effekt eines zehnjährigen Preisanstiegs bei Immobilien, Anleihen und Aktien auf die Vermögensverteilung untersucht.³⁰⁾ Wie unten ausgeführt wird, ist dies der oftmals postulierte isolierte Effekt einer expansiven geldpolitischen Maßnahme (konventioneller oder unkonventioneller Art) auf die Vermögenspreise. Betrachtet wird hier insbesondere der Einkommenszusammensetzungskanal (i) unter der Annahme unveränderten Erwerbseinkommens. Auf der Basis von PHF/HFCS-Daten³¹⁾ zeigt sich, dass die Vermögensungleichheit bei Aktienkursanstiegen zunimmt, bei Immobilienpreisanstiegen hingegen abnimmt.³²⁾ Gerade bei den Immobilienpreisanstiegen gibt es aber eine große Streuung der Effekte auf die Vermögensverteilung. Während in Ländern mit hoher Wohneigentumsquote (Spanien, Finnland) die Ungleichheit deutlich sinkt, tritt diese Wirkung in Ländern mit hohem Mietanteil (Österreich, Frankreich, Deutschland) deutlich schwächer auf (siehe Erläuterungen auf S. 27 ff.).

Verteilungswirkungen geldpolitischer Sondermaßnahmen

Die Erhöhung der Vermögenspreise im Gefolge geldpolitischer Sondermaßnahmen ist nur ein Teilaspekt ihrer Verteilungswirkung

In der aktuellen Situation mit nominalen Leitzinsen nahe 0% in Japan, dem Euro-Raum und dem Vereinigten Königreich ist der Spielraum für Leitzinssenkungen als Mittel für expansive Geldpolitik nahezu ausgeschöpft. Stattdessen sind Zentralbanken zu anderen Maßnahmen übergegangen, sie kaufen beispielsweise in großem Volumen lang laufende Anleihen an und senken so den langfristigen Nominalzins.³³⁾ Auch hierbei kann es zu komplexen Verteilungswirkungen

kommen.³⁴⁾ In der Öffentlichkeit werden die Kaufprogramme der Notenbanken für deutliche Preissteigerungen bestimmter Vermögensteile wie Immobilien und Aktien verantwortlich gemacht, die mit einer Umverteilung hin zu Personen mit höherem Vermögen assoziiert werden.

In der bisher vorliegenden wissenschaftlichen Literatur zeichnet sich die Sichtweise ab, dass geldpolitische Sondermaßnahmen kurzfristig über Vermögenspreise die Vermögensungleichheit erhöht haben. Der mittel- bis langfristige Effekt auf die Vermögensverteilung ist allerdings unklar, da dieser wesentlich von den gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozessen in Reaktion auf die geldpolitischen Maßnahmen abhängt. Diese Anpassungsprozesse werden in der überwiegenden Anzahl der vorliegenden Studien nicht adäquat berücksichtigt (siehe Tabelle auf S. 31). Der Effekt der geldpolitischen Sondermaßnahmen auf die Einkommensverteilung ist von den gleichen Argumenten getrieben. Während die Sondermaßnahmen über den das Finanzeinkommen betreffenden Teil des Einkommenszusammensetzungskanals (i) die

Über andere Wirkungskanäle dürften die expansiven geldpolitischen Sondermaßnahmen die Verteilungsungleichheit mittelfristig senken, der Gesamteffekt ist daher offen

30 K. Adam und P. Tzamourani (2016), Distributional Consequences of Asset Price Inflation in the Euro Area, *European Economic Review* 89, S. 172–192. Ebenfalls einen etwa zehnjährigen Anstieg der Aktienkurse finden auch Event-Studien zur EZB-Ankündigung des OMT-Programms, allerdings hatte diese Ankündigung selbstredend noch eine ganze Reihe weiterer unmittelbarer wie mittelbarer Effekte, die sich ebenfalls über kurz oder lang auf die Verteilung auswirken, weshalb die Studie nicht als Versuch der vollständigen Erfassung der Verteilungswirkung des OMT-Programms missverstanden werden darf; siehe Adam und Tzamourani (2016), insbesondere S. 179 f.

31 Die PHF-Studie (Private Haushalte und ihre Finanzen) ist eine repräsentative Haushaltsbefragung der Deutschen Bundesbank; sie ist Teil des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) des Eurosystems.

32 Aktienkursanstiege nützen nur wenigen, vermögenden Haushalten, während Immobilienpreisanstiege deutlich mehr Haushalte – insbesondere aus der Mittelschicht – nominell vermögender machen. Anstiege bei Anleihekursen führen zu recht gleichmäßig verteilten Vermögenszuwächsen.

33 Das Eurosystem hat darüber hinaus eine Reihe von sehr langfristigen Refinanzierungsgeschäften (LTRO, VLTRO, TLTRO) mit ähnlichem Effekt auf die langfristigen Anleiherenditen durchgeführt.

34 Brunnermeier und Sannikov (2016), a. a. O., sehen darin eine Umverteilung von Steuerzahlern hin zu Banken, bei spezifischen Anleihekäufen wie im Fall des Securities Market Programme (SMP) womöglich gar eine internationale Umverteilung zugunsten bestimmter Länder des Währungsraums.

Verteilungseffekte geldpolitischer Sondermaßnahmen in Zeitreihen- und Partialgleichgewichtsansätzen

Publikation	Betrachtete Maßnahme	Ansatz	Verteilungseffekt	Anmerkung
Saiki und Frost (2014)	Geldbasisausweitung in Japan 2002 bis 2013	VAR	Einkommensungleichheit gestiegen	Kontrafaktische Situation und makroökonomische Anpassungseffekte nicht analysiert
Mumtaz und Theophilopoulou (2016)	Quantitative Lockerung (QE) der Bank of England 2009 bis 2012	Partialgleichgewicht	Die 5% vermögendsten Haushalte haben überdurchschnittlich profitiert	Der Ansatz ignoriert jegliche Effekte, die QE jenseits von Anleihekursen haben könnte
Bank of England (2012)				Aggregierte Effekte von QE dürften für eine breite Mehrheit der Bevölkerung vorteilhaft sein
Domanski et al. (2016)				Vermögenspreisänderungen in Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich
Adam und Tzamourani (2016)	Vermögenspreisänderungen in den Ländern des Euro-Raums	Semistrukturelles ökonomisches Modell sowie Satellitenmodelle	Vernachlässigbar geringe Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung, da sich Vermögenspreisanstiege und höhere Beschäftigung in ihrer gegenläufigen Verteilungswirkung neutralisieren	Simulation einer kontrafaktischen Situation, allerdings keine vollständig konsistente Erfassung der allgemeinen Gleichgewichtseffekte in einem Modell
DIW (2016)	Wirkungen von geldpolitischen Sondermaßnahmen des Eurosystems in Italien: SMP, OMT-Ankündigung, Dreijahrestender; PSPP			

Quellen: A. Saiki und J. Frost (2014), Does unconventional monetary policy affect inequality? Evidence from Japan, *Applied Economics* 46(36), S. 4445–4454; H. Mumtaz und A. Theophilopoulou (2016), The Impact of Monetary Policy on Inequality in the UK. An Empirical Analysis, School of Economics and Finance at Queen Mary University of London Working Paper Nr. 783; Bank of England (2012), The distributional effects of asset purchases, *Quarterly Bulletin* 2012 Q3, S. 254–266; D. Domanski, M. Scatigna und A. Zabai (2016), Wealth inequality and monetary policy, in: *BIS Quarterly Review*, März 2016; K. Adam und P. Tzamourani (2016), Distributional consequences of asset price inflation in the Euro Area, *European Economic Review* 89, S. 172–192, speziell Abschnitt 4.5; DIW (2016), EZB-Anleihekäufe können Vermögensverteilung beeinflussen, *DIW Wochenbericht* 7.2016, 17. Februar 2016; M. Casiraghi, E. Gaiotti, L. Rodano und A. Secchi (2016), A „reverse Robin Hood“? The distributional implications of non-standard monetary policy for Italian households, *Banca d'Italia Temi di discussione* Nr. 1077.

Deutsche Bundesbank

Einkommensungleichheit tendenziell erhöhen, senken sie diese absehbar über die nicht das Finanzeinkommen betreffenden Teile des Einkommenszusammensetzungskanals (i) sowie über den Ersparnisumverteilungskanal (iv) und den Erwerbseinkommenskanal (v), wenn auch mit gewisser zeitlicher Verzögerung. Im Lichte der oben zusammengetragenen Erkenntnisse zur Verteilungswirkung herkömmlicher expansiver Geldpolitik erscheint ein Rückgang der Einkommensungleichheit infolge der geldpolitischen Sondermaßnahmen wahrscheinlich, sofern Sondermaßnahmen wenigstens in den wesentlichen Zügen nicht gänzlich anders auf die Verteilung wirken als herkömmliche Geld-

politik. Da insbesondere Änderungen bei der Beschäftigung die Verteilungsentwicklung wesentlich prägen,³⁵ sollten bei der Abschätzung der Verteilungswirkungen von geldpolitischen Sondermaßnahmen nicht nur unmittelbare Effekte auf Vermögenspreise in den Blick genommen werden, sondern auch verzögert eintretende Verteilungseffekte über Veränderungen am Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

35 Vgl.: D. Krueger, K. Mitman und F. Perri (2016), On the Distribution of the Welfare Losses of Large Recessions, *NBER Working Paper* Nr. 22458, Juli 2016.

Verteilungswirkung von Geldpolitik aus Bewertungs- und Allgemeinen Gleichgewichtseffekten

Viele wichtige Fragen zu Umverteilungskonsequenzen von Geldpolitik lassen sich nur im Rahmen eines mikrofundierten Allgemeinen Gleichgewichtsmodells beantworten. So können zum Beispiel die Gewinner und Verlierer systematischer Geldpolitik aufgrund der Endogenität geldpolitischer Maßnahmen nur mittels einer kontrafaktischen Analyse bestimmt werden. Ein Modell ermöglicht es zudem, die Verteilungswirkungen überraschender geldpolitischer Maßnahmen in einzelne Einkommens- und Vermögenseffekte zu zerlegen. Insbesondere lassen sich auch Aussagen über Wohlfahrts-effekte treffen, die über Aussagen zu reinen Bewertungseffekten, die Geldpolitik auf Vermögenstitel hat, hinausgehen.

Hierzu ist es wichtig, die Wechselwirkungen zwischen geldpolitischen Maßnahmen einerseits und der Verteilung der Einkommen und Vermögen andererseits theoretisch konsistent zu erfassen. Bayer, Luetticke, Pham-Dao und Tjaden (2015),¹ und darauf aufbauend Luetticke (2015)² haben einen für diese Fragestellungen geeigneten Modellrahmen entwickelt, welcher das Neukeynesianische Modell mit seinen Preissetzungsrigiditäten um Haushaltsheterogenität erweitert und dabei die Verteilung der Vermögen und die Liquidität der Vermögensgegenstände im Modell detailliert abbildet.

In diesem Modellrahmen sind die (Wohlfahrts-)Effekte geldpolitischer Maßnahmen sehr ungleich verteilt. Geldpolitik wirkt als eine Verzerrung der relativen Preise von Arbeit, illiquiden und liquiden Vermögenstiteln und verändert so das Gesamtvermögen (inkl. des Humankapitals) von Haushalten auf sehr unterschiedliche Weise. Somit wirkt Geldpolitik nicht nur über inter-

temporale Substitution, sondern auch über ihre Verteilungseffekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Ein Neukeynesianisches Modell mit heterogenen Haushalten

Im Vergleich zu einem Neukeynesianischen Modell mit repräsentativem Agenten, welches üblicherweise für die Analyse von Geldpolitik herangezogen wird, weichen Bayer et al. (2015) und Luetticke (2015) von der Annahme ab, Finanzmärkte seien vollständig, das heißt, der Haushaltssektor könne sich perfekt gegen spezifische Einkommensrisiken versichern. Haushalte können sich nur beschränkt verschulden und sparen folglich vorsorglich in nominalen und realen Vermögenstiteln, wobei diese unterschiedlich liquide sind: Nominale Vermögenstitel sind liquider als reale Titel. In diesem Rahmen halten ärmere Haushalte einen größeren Anteil ihres Gesamtvermögens in liquiden nominalen Wertpapieren (z. B. in Form von Sichteinlagen) mit geringer Rendite, während vermögendere Haushalte überwiegend in illiquidere reale Vermögensgegenstände mit höherer Rendite (z. B. Immobilien) investieren. Dieses Muster findet sich gemäß dem Survey of Consumer Finances (SCF) auch in der empirischen Verteilung von Portfolios in den USA wieder (siehe Schaubild auf S. 33).

Der private Sektor kann illiquide Vermögenstitel schaffen, indem er in physisches Kapital investiert, sodass eine Veränderung der

¹ C. Bayer, R. Luetticke, L. Pham-Dao und V. Tjaden (2015), Precautionary savings, illiquid assets, and the aggregate consequences of shocks to household income risk, CEPR Discussion Paper Nr. DP10849.

² R. Luetticke (2015), Transmission of monetary policy with heterogeneity in household portfolios, mimeo.

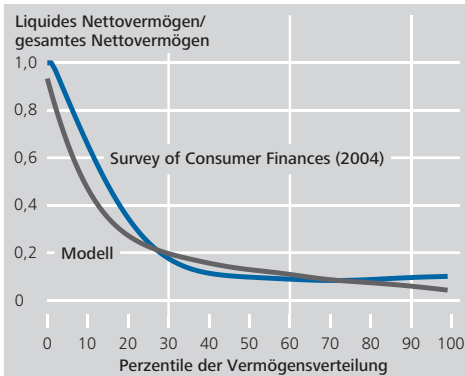
Nachfrage nach illiquiden Vermögengstiteln sich in Investitionsveränderungen unmittelbar niederschlägt. Eine veränderte Nachfrage nach oder ein verändertes Angebot an liquiden Vermögengstiteln, zum Beispiel durch Zentralbankpolitik, wirken sich hingegen nur indirekt auf die Investitionen in der Ökonomie aus, indem sie die relativen Renditen von illiquiden und liquiden Vermögengstiteln verändern.

In diesem Modellrahmen ist es nun möglich, neben den Verteilungswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Folgen von Geldpolitik auf den Konjunkturzyklus (Konjunkturreffekt) auch den Einfluss der Zentralbank auf Preisentwicklungen von nominalen sowie realen Vermögengsgegenständen (Portfolioeffekt/Schuldendeflation) zu betrachten.

Verteilungswirkungen von überraschenden Leitzinsänderungen

Luetticke (2015) betrachtet die Verteilungswirkungen einer unerwarteten temporären Erhöhung des Nominalzinses um eine Standardabweichung, das heißt in Höhe von 18 Basispunkten. Zunächst führt dies wie in

Anteil des liquiden Vermögens an Haushaltsportfolios



Quelle: Bayer et al. (2015).
 Deutsche Bundesbank

einem Modell mit repräsentativem Agenten zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Konsum- und Investitionsnachfrage und somit hier zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 0,54%.³⁾

³⁾ Die Größenordnung des Effekts liegt im Rahmen der Literatur, vgl.: L. Christiano, M. Eichenbaum und Ch. Evans (2000), Monetary Policy Shocks: What Have We Learned and to What End?, in: J. Taylor und M. Woodford (Hrsg.), Handbook of Macroeconomics 1, S. 65–148.

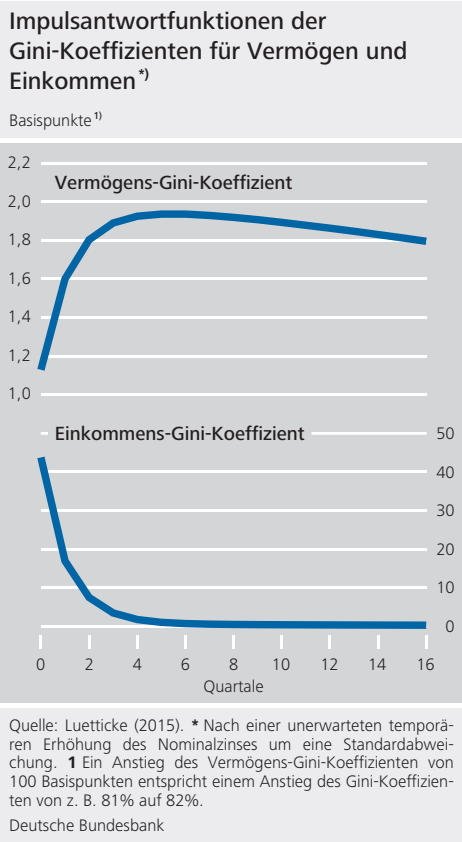
Gewinne und Verluste durch überraschende Leitzinsanhebung nach Vermögensdezilen ^{*)}

in %

Vermögensdezil	Einkommensgewinne/-verluste			Vermögensverluste/-gewinne
	Realzins auf liquide nominale Wertpapiere $\Delta \left(\frac{R_t^B}{\pi_t} \right)$	Rendite auf illiquides Realvermögen Δr_t	Lohneinkommen und Unternehmensgewinne $\Delta(W_t N_t + \Pi_t)$	Wert von illiquidem Realvermögen Δq_t
0– 10	-0,23	-0,00	-1,62	-0,00
10– 20	-0,10	-0,01	-1,57	-0,04
20– 30	-0,03	-0,03	-1,53	-0,13
30– 40	0,02	-0,05	-1,51	-0,21
40– 50	0,04	-0,08	-1,49	-0,31
50– 60	0,06	-0,11	-1,45	-0,43
60– 70	0,08	-0,14	-1,40	-0,56
70– 80	0,10	-0,20	-1,28	-0,80
80– 90	0,15	-0,52	0,01	-2,11
90–100	0,29	-1,27	1,39	-5,18

Quelle: Luetticke (2015). * Verluste und Gewinne der einzelnen Vermögensdezile sind ausgedrückt in Prozent des durchschnittlichen Konsumniveaus innerhalb eines Dezils in der Periode der überraschenden Leitzinsanhebung.

Deutsche Bundesbank



Die Vermögen und Einkommen der Haushalte sind jedoch sehr unterschiedlich von dieser Politik betroffen. Die Tabelle auf Seite 33 quantifiziert die Verluste und Gewinne einzelner Vermögensdezile in der Periode der überraschenden Leitzinsanhebung relativ zum durchschnittlichen Konsumniveau innerhalb des Dezils und verdeutlicht somit die Größenordnungen der Veränderungen für die jeweiligen Vermögensgruppen.⁴⁾ Höhere Nominalzinsen gekoppelt mit fallender Inflation führen zu einem umso stärkeren Anstieg des Realzinses auf nominale Schuldtitel und somit zu einer Umverteilung von Schuldnern zu Sparern. Im Modell wird angenommen, dass entsprechend den SCF-Daten etwas mehr als 20% der Haushalte zunächst Nettoschuldner sind. Durch die sogenannte Schuldeninflation (Fisher (1933)) erhöht sich sowohl der Anteil als auch der Verschuldungsgrad dieser Haushalte.⁵⁾ Sparbemühungen privater Haushalte führen zu einem

weiteren Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Konsumnachfrage und verdeutlichen auf diese Weise die Wechselwirkung zwischen Umverteilungskonsequenzen und gesamtwirtschaftlichen Effekten von Geldpolitik.

Eine restriktive Geldpolitik verschärft darüber hinaus die Ungleichheit der Einkommen und somit indirekt die der Vermögen, da die zumeist vermögendere Unternehmerhaushalte von steigenden Gewinnmargen profitieren, während Lohneinkommen aufgrund rückläufiger Arbeitsnachfrage fallen. Auf der anderen Seite sehen sich die wohlhabenderen Haushalte, die ihre Vermögen größtenteils in illiquiden realen Vermögengtiteln halten, aufgrund fallender Preise von Investitionsgütern Wertverlusten ausgesetzt. Da diese Verluste jedoch aufgrund des langfristigen Anlagehorizonts nur teilweise realisiert werden, steigt insgesamt die Vermögensungleichheit dennoch leicht an.

Das oben stehende Schaubild zeigt die Veränderungen der Gini-Koeffizienten für Vermögen und Einkommen in Basispunkten und im Zeitverlauf. Kontraktive Geldpolitik erhöht die Vermögensungleichheit nur minimal, während sich die Einkommensungleichheit kurzfristig erkennbar vergrößert, nach etwa einem Jahr aber nahezu wieder zum Ausgangszustand zurückgeht.

Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit den empirischen Ergebnissen von Coibion et al. (2012), dass eine restriktive Geldpolitik die Ungleichheit erhöht.⁶⁾ Ein Modell hat hier im

4 Der Konsum wird in theoretischen Modellen häufig als Referenzgröße gewählt, da es sich hierbei um eine reale Größe mit einem bedeutenden und direkten Einfluss auf die Wohlfahrt handelt.

5 I. Fisher (1933), The debt-deflation theory of great depressions, *Econometrica* 1(4), S. 337–357.

6 O. Coibion, Y. Gorodnichenko, L. Kueng und J. Silvia (2012), Innocent bystanders? Monetary policy and inequality in the US, NBER Working Paper Nr. 18170.

Wohlfahrtsgewinne und -verluste durch geldpolitische Stabilisierung

in % des Konsums eines Jahres

Verteilung	1. Quintil 1)	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil
Verteilung liquider Vermögen	2,7	1,3	0,55	0,1	-0,45
Verteilung illiquider Vermögen	0,35	0,45	0,7	0,95	1,35
Verteilung der Arbeitseinkommen	2,05	1,5	0,85	0,2	-0,35

Quelle: Bayer et al. (2015). 1 Ein Haushalt im untersten Quintil der Verteilung liquider Vermögen mit einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen und illiquiden Vermögen wäre bereit, auf 2,7% seines Jahreskonsums zu verzichten, damit die Zentralbank stabilisierend interveniert.

Deutsche Bundesbank

Vergleich zu einer vektorautoregressiven (VAR) Schätzung den Vorteil, dass die einzelnen Einkommens- und Vermögenseffekte, wie in der Tabelle auf Seite 33 dargestellt, unterschieden und quantifiziert werden können.

Verteilungswirkungen systematischer Geldpolitik

Insbesondere im Falle systematischer Geldpolitik ist eine empirische VAR-Analyse zu den Verteilungswirkungen aufgrund der Endogenität von Geldpolitik nicht mehr möglich. Reagiert die Geldpolitik systematisch auf Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds, lässt sich der Beitrag der Geldpolitik auf die Gesamtwirtschaft und Ungleichheit von den simultanen Veränderungen anderen Faktoren empirisch nicht mehr eindeutig trennen. Die Betrachtung eines theoretischen Modells ist daher in diesem Fall unabdingbar.

Bayer et al. (2015) zeigen zu diesem Zweck zunächst, dass ein erhöhtes Einkommensrisiko zu einem Rückgang der Konsum- und Investitionsnachfrage führt, da Haushalte vorsorglich Rücklagen in liquiden Wertpapieren bilden und Haushalte mit Liquiditätsengpässen reale Vermögenswerte liquidieren. Infolgedessen kommt es zu fallender Inflation, einem Investitionsrückgang und einem Wertverfall von illiquiden Kapitalgütern.

Insbesondere untersuchen sie die Verteilungswirkungen von stabilisierender Geldpolitik als Reaktion auf einen Nachfrageeinbruch. In der „Großen Rezession“ wurde vor allem die langsame Erholung der US-Wirtschaft mit einer anhaltend schwachen Nachfrage begründet. Während dafür häufig als Ursache verschärfte Kreditbedingungen und die Notwendigkeit eines Schuldenabbaus aufgeführt werden,⁷⁾ zeigen Bayer et al. (2015), dass eine erhöhte Unsicherheit über zukünftige Einkommensentwicklungen ebenfalls einen erheblichen Beitrag zu einer geschwächten Nachfrage leisten kann.

Das Modell ermöglicht hier eine kontrafaktische Analyse und insbesondere eine Gegenüberstellung von stabilisierender und nicht stabilisierender Geldpolitik im Falle von Nachfrageveränderungen. Die Zentralbank kann die Gesamtwirtschaft stabilisieren, indem Sie die erweiterte Nachfrage nach liquiden Wertpapieren durch eine Erhöhung der Geldmenge bedient und auf diese Weise deflationären Kräften entgegenwirkt.

Eine solche Stabilisierungspolitik der Zentralbank hat einen positiven Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt. Der Haushaltssektor wäre im Schnitt bereit, auf circa 0,8% des Konsums eines Jahres zu verzichten.

7 G. B. Eggertsson und P. Krugman (2012), Debt, Deleveraging, and the Liquidity Trap: A Fisher-Minsky-Koo Approach, *The Quarterly Review of Economics* 127(3), S. 1469–1513.

ten, damit die Zentralbank stabilisierend interveniert. Die Tabelle auf Seite 35 verdeutlicht, dass diese Durchschnittszahl jedoch den Blick auf sehr heterogene Wohlfahrtsveränderungen verstellt.

Stabilisiert die Zentralbank die Volkswirtschaft, so führt dies insbesondere zu einem Anstieg der Preise illiquider Vermögenstitel (z. B. Immobilien) relativ zu Arbeitseinkommen und im Vergleich zum Szenario der Nichtintervention. Sehr einkommensstarke Haushalte (oberstes Quintil der Einkommensverteilung), die noch wenig illiquides Vermögen aufgebaut haben, verlieren sogar durch die Stabilisierungspolitik. Ließe die Zentralbank die Rezession zu, so wären sie zwar von fallenden Arbeitseinkommen betroffen, würden aber durch den günstigeren Kaufpreis realer Vermögenswerte teilweise kompensiert. Haushalte mit hohen liquiden Vermögenstiteln sind gemäß dem Modell

ebenfalls benachteiligt, da sie die monetäre Expansion finanzieren. Umgekehrt begünstigt eine stabilisierende Geldpolitik insbesondere vermögendere Haushalte mit einem großen Anteil an Realvermögen, sowie arme und einkommensschwache Haushalte, die nur auf ihr Arbeitseinkommen zurückgreifen können und für die deshalb eine Stabilisierung der Löhne und Beschäftigungsnachfrage existenziell ist. Letztlich wirkt sich eine Stabilisierung der Einkommen insbesondere von Haushalten mit Liquiditätsengpässen und hoher Konsumneigung im Modell auch wieder positiv auf die Konsumnachfrage und somit die Effektivität systematischer Geldpolitik aus.

Schließlich ist zu beachten, dass die Verteilungsentwicklung zumeist relativ zum Status quo vor der betreffenden geldpolitischen Maßnahme betrachtet wird; relevanter ist jedoch der Vergleich mit der kontrafaktischen Situation, in der die Zentralbanken keine Maßnahmen ergriffen hätten.³⁶⁾

Für die Analyse der Verteilungseffekte bei Unterlassen der geldpolitischen Maßnahme bedarf es wie oben erläutert eines strukturellen, theoretischen Modells, in dem sowohl geldpolitische Sondermaßnahmen als auch eine ausreichende Heterogenität der Agenten adäquat abgebildet sein müssen. Einen ersten Schritt auf diesem Weg gehen Bayer et al. (2015).³⁷⁾ Ausgangspunkt ihrer Untersuchung ist ein plötzlich gestiegenes Risiko von Einkommensverlusten, auf das Haushalte mit dem Wunsch nach liquiden Anlageprodukten reagieren. Bei einer Überschussnachfrage nach solchen Anlageprodukten kann es zu Konsum- und Investitionszurückhaltung und damit zu Wohlfahrtsverlusten kommen. Mit diesem Modellierungsansatz wird ein

bedeutender Aspekt sowohl der akuten Finanzkrise als auch der sich daran anschließenden schwachen Konjunkturentwicklung der Gegenwart erfasst, und auch die Bedeutung der Geldpolitik wird schnell ersichtlich: Durch die Bereitstellung eines hinreichenden Ausmaßes an liquiden Aktiva – speziell von Zentralbankgeld – kann sie die Wohlfahrt erhöhen, aber auch zu Vermögenspreisanstiegen beitragen. Agiert die Zentralbank entsprechend regelgebunden optimierend, so ziehen im Modell Haushalte mit hohem Anteil an Realvermögen sowie solche mit geringem Einkommen (und großem Vorteil aus hoher Beschäftigung) besonders großen Gewinn aus dem geldpolitischen Handeln, während Haushalte mit hohem Einkommen, aber

Unter Berücksichtigung der kontrafaktischen Situation und der Ausgangslage vor Einführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen erscheinen diese trotz ihrer Verteilungseffekte wohlfahrtssteigernd

³⁶ Siehe die oben aufgeführte Literatur, insbesondere Bayer et al. (2015), Casiraghi et al. (2016) sowie Bank of England (2012).

³⁷ C. Bayer, R. Lueticke, L. Pham-Dao und V. Tjaden (2015), Precautionary savings, illiquid assets, and the aggregate consequences of shocks to household income risk, CEPR Discussion Paper Nr. DP10849.

geringem Realvermögen eher benachteiligt werden (siehe Erläuterungen auf S. 32 ff.).

■ Fazit

Verteilungseffekte ein Erkenntnisziel der Geldpolitik, aber kein geldpolitisches Ziel

Angesichts des geldpolitischen Mandats zur Wahrung von Preisstabilität und der Aufgabenteilung mit den national verantworteten Politikbereichen sind Verteilungseffekte weder Ziel oder Nebenziel der Geldpolitik, noch können sie es sein. Allerdings beeinflusst die Verteilungssituation die Wirkungsweise geldpolitischer Maßnahmen. Für die Zentralbanken sind daher ein vertieftes Verständnis dieser Wirkungsweise und damit die Forschung zu den Wechselwirkungen zwischen Geldpolitik und Verteilung auch in Zukunft wichtig.

Forschung zum Thema Geldpolitik und Verteilung noch jung

Viele Fragen zur Wirkung von geldpolitischen Maßnahmen auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen und mehr noch zur Wirkung von Verteilung auf die geldpolitische Transmission sind derzeit noch nicht vollständig geklärt. Die Tatsache, dass auf der Grundlage der ersten beiden Erhebungen der Bundesbankvermögensstudie (Private Haushalte und ihre Finanzen: PHF) keine starken Anzeichen für eine deutliche Umverteilung zwischen 2010/2011 und 2014 gefunden werden, könnte ein Indiz dafür sein, dass die bis 2014 erfolgten geldpolitischen Sondermaßnahmen des Eurosystems keine starken Umverteilungswirkungen hatten.³⁸⁾ Weitere Forschung erscheint hierzu jedoch nötig, insbesondere Auswertungen von Mikrodaten zur Verteilung in Verbindung mit theoretischen Modellen, um die für die Beurteilung unverzichtbare, in der öffentlichen Diskussion aber häufig ausgeblendete und schwerer zu kommunizierende kontrafaktische Situation abschätzen zu können.

Aktueller Stand des Wissens

Auf Grundlage der vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten erscheinen aus heutiger Sicht die folgenden Schlüsse angebracht:

Geldpolitik hat entgegen der früheren Annahme womöglich auch über den Konjunktur-

zyklus hinweg Verteilungswirkungen; diese sind allerdings verhältnismäßig schwach.

Bei herkömmlicher Geldpolitik führen Leitzinssenkungen eventuell zu einem leichten Rückgang der Verteilungsungleichheit; dieser ist aber gering und für die Entwicklung der Verteilung in den vergangenen Jahrzehnten eher unbedeutend.

Die vielerorts zu lesende Aussage, die geldpolitischen Sondermaßnahmen hätten erwiesenermaßen die Ungleichheit erhöht, lässt sich nicht erhärten. Sie wird aus Betrachtungen abgeleitet, die auf einer unstatthafter Pars-pro-toto-Annahme basieren, erst verzögert auftretende Verteilungseffekte vernachlässigen und nicht das richtige Referenzszenario zugrunde legen.

Zum ersten betrachtet die Mehrzahl der verfügbaren Studien allein die Vermögenspreisentwicklungen und deren Auswirkungen auf die Verteilung von Vermögen und Einkommen. Nachdem die Vermögenspreisanstiege mehr oder weniger eng in Verbindung mit geldpolitischen Maßnahmen gebracht werden, wird dann argumentiert, die Geldpolitik habe die Ungleichheit erhöht. Dies ist insofern falsch, als es sich nur um einen Teilaspekt der Auswirkung der geldpolitischen Maßnahmen handelt. Neben Vermögenspreisen wirken sich geldpolitische Maßnahmen generell und die Sondermaßnahmen der letzten Jahre im Speziellen auch auf die konjunkturelle Entwicklung, die Beschäftigung, die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit und das Vertrauen der Marktteilnehmer aus. Wesentlicher Faktor für die Entwicklung insbesondere der Einkommensungleichheit ist der Arbeitsmarkt und das Arbeitslosigkeitsrisiko gering qualifizierter, ärme-

³⁸ Einschränkung gilt aber bspw., dass einerseits Umverteilungswirkungen in der Vermögensverteilung erst mit einer gewissen Verzögerung sichtbar werden, andererseits starke Umverteilungseffekte durch ebenso starke gegenläufige Umverteilungseffekte mit anderen Ursachen ausgeglichen worden sein könnten und schließlich die kontrafaktische Entwicklung ohne geldpolitische Maßnahmen unbekannt ist.

rer Haushalte.³⁹⁾ Gerade über die Effekte auf dem Arbeitsmarkt führen starke Rezessionen zu deutlichen Wohlfahrtsverlusten.⁴⁰⁾ Geldpolitische Maßnahmen, die das Arbeitslosigkeitsrisiko senken, haben daher ein großes Potenzial, Verteilungsungleichheit zu senken.

Zum zweiten gilt auch für die Verteilungseffekte der Geldpolitik, dass diese sich nicht überall gleichzeitig einstellen. Während sich zum Beispiel Aktienkurse nahezu unmittelbar in Reaktion auf geldpolitische Maßnahmen hin anpassen, sind Preisänderungen bei illiquiden Vermögensgegenständen bestenfalls erst mit deutlicher Verzögerung messbar, und realwirtschaftliche Effekte über Konsum, Investitionen und Beschäftigung ebenso. Daraus folgt, dass sich auch die Verteilungseffekte geldpolitischer Sondermaßnahmen mit fortschreitendem zeitlichen Abstand zur geldpolitischen Maßnahme verändern können und Maßnahmen, die zunächst als nach oben umverteilend erscheinen, sich später als gegenteilig wirkend entpuppen können.

Zum dritten schließlich wird bei der Beurteilung von geldpolitischen Maßnahmen zumeist der Status quo vor Beginn der Maßnahme als Referenzpunkt herangezogen. Dies ist aber insofern nicht sinnvoll, als die Maßnahme zumeist genau deshalb eingeführt wurde, weil dieser Status quo im Begriff war, sich aufgrund

unvorhergesehener Ereignisse zu ändern. Der adäquate Referenzpunkt zur Beurteilung der Verteilungswirkung einer geldpolitischen Maßnahme ist also nicht die Verteilung vor Beginn der Maßnahme, sondern die Verteilung, die sich eingestellt hätte, wenn die Maßnahme nicht erfolgt wäre. Zur Ermittlung dieser sogenannten kontrafaktischen Situation bedarf es allerdings einer ganzen Reihe von Annahmen, die am besten im Rahmen eines konsistenten theoretischen Modells getroffen werden.

Untersucht man die vorhandene Literatur auf diese drei Aspekte hin, so erscheint es zumindest sehr zweifelhaft, dass die expansiven geldpolitischen Sondermaßnahmen der letzten Jahre in der Gesamtschau die Ungleichheit erhöht haben. Während die Sondermaßnahmen bei der Einkommensverteilung für sich genommen zu einem Rückgang der Ungleichheit geführt haben dürften, ist ihr Gesamteffekt auf die Vermögensverteilung angesichts der oben genannten drei Gründe noch unklar.

39 Siehe Coibion et al. (2016) und Gornemann et al. (2016), beide a. a. O.; vgl. auch: L. P. Feld und Ch. M. Schmidt (2016), *Jenseits der schrillen Töne. Elemente für eine rationale Diskussion über die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Deutschland*, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 17(2), S. 188–205.

40 Vgl.: Krueger et al. (2016), a. a. O.

Globalisierung und die Transmission globaler finanzieller Schocks in die EWU-Mitgliedstaaten – Folgen für die (nationale) Wirtschaftspolitik

In den vergangenen Jahren haben die Erfahrungen mehrerer Schwellenländer im Zusammenhang mit der internationalen Finanzkrise den maßgeblichen Einfluss globaler Faktoren auf die Finanzmärkte und die begrenzten Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik zur Glättung von Kapitalzu- und -abflüssen erneut vor Augen geführt. Dies führte zu der These, dass die nationale Geldpolitik kaum noch in der Lage sei, die finanziellen Bedingungen im Inland zu beeinflussen und dass die globalen Finanzströme nur durch eine Regulierung des Kapitalverkehrs gezügelt werden könnten. Das Problem ist auch für die Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion (EWU) relevant, in der das Eurosystem für die Geldpolitik zuständig ist und die Finanzmärkte in hohem Maße integriert sind. Die zentrale Frage ist, ob die gemeinsame Geldpolitik globale Schocks eher dämpft oder die Abhängigkeit der Mitgliedstaaten von externen Faktoren noch verstärkt. Für die Funktionsfähigkeit der Währungsunion ist auch von Bedeutung, welche Möglichkeiten die nationale Wirtschaftspolitik hat, um makroökonomischen Ungleichgewichten vorzubeugen und nachhaltige Bedingungen, intern und in den Beziehungen nach außen, zu gewährleisten.

Empirische Untersuchungen der Bundesbank, die auch die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise einschließen, zeigen, dass die EWU die Widerstandsfähigkeit der Mitgliedstaaten im globalen finanziellen Umfeld stärkt. Aufgrund der Größe des Euro-Währungsgebiets ist das Eurosystem eher als die Notenbanken kleiner Länder in der Lage, die monetären und finanziellen Bedingungen in seinem Zuständigkeitsbereich zu beeinflussen und von den Vorteilen eines flexiblen Wechselkurses des Euro gegenüber anderen Währungen zu profitieren. Asymmetrische Effekte globaler Schocks auf die verschiedenen Länder werden durch den einheitlichen Zugang der Geschäftsbanken zu den Offenmarktgeschäften des Eurosystems und die Umverteilung von Liquidität innerhalb des Eurosystems durch den TARGET-Mechanismus teilweise kompensiert. Die Erfahrungen einiger Länder des Euro-Raums haben jedoch auch verdeutlicht, dass ein solcher Schutz vor abrupten Kapitalumschwüngen notwendige Reallohnanpassungen verzögern kann. Die Implementierung einer europäischen Kapitalmarktunion kann dazu beitragen, die internationale Risikoteilung auf marktwirtschaftlicher Basis weiter auszubauen und zugleich Anreize zu effizienteren Wirtschaftsstrukturen zu setzen. Dies ist umso wichtiger, als in den vergangenen Jahren nationale Einflussgrößen auf den privaten Kapitalverkehr gegenüber globalen Faktoren wieder an Gewicht gewonnen haben.

Der Handlungsspielraum, den die Schutzfunktion der Währungsunion den Mitgliedstaaten verschafft, muss dazu genutzt werden, mithilfe einer angemessenen Politikmischung aus gesunden öffentlichen Finanzen, einer wirksamen Regulierung des Finanzsektors und zielgerichteten makroprudenziellen Maßnahmen finanzielle und makroökonomische Stabilität sicherzustellen. Eine Regulierung der Kapitalflüsse zwischen den Mitgliedsländern stellt hingegen eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Binnenmarkts dar und stört den geldpolitischen Transmissionsmechanismus; sie kann daher nur temporär und als Ultima Ratio in Betracht gezogen werden.

*Maßgeblicher
Einfluss globaler
Faktoren auf
internationale
Finanzmärkte*

■ Einleitung

Mehrere Schwellenländer haben in der Finanzkrise erneut die Erfahrung gemacht, dass globale Faktoren die Kapitalströme wesentlich beeinflussen. Insbesondere die amerikanische Geldpolitik übt einen maßgeblichen Einfluss auf die internationalen Finanzmärkte aus und begrenzt die Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik – vor allem kleinerer Länder – zur Glättung von Kapitalzu- und -abflüssen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das Theorem der „unmöglichen Trinität“ im Zuge der Globalisierung noch seine Gültigkeit hat. Es besagt, dass ein Staat prinzipiell (nur) zwei der drei wirtschaftspolitischen Ziele „unabhängige Geldpolitik“, „stabile Wechselkurse“ und „freier Kapitalverkehr“ gleichzeitig realisieren könne. In den vergangenen Jahren mehrten sich jedoch Zweifel, ob flexible Wechselkurse noch in der Lage sind, den nationalen Zentralbanken genügend Spielraum für eine unabhängige Geldpolitik zu verschaffen. Als Konsequenz könnte nur eine unmittelbare Kontrolle der Kapitalströme unerwünschte Übertragungseffekte von außen auf die heimische Wirtschaft und den Finanzsektor unterbinden.¹⁾ Die Wirksamkeit der Geldpolitik im Hinblick auf globale Störungen ist auch für die Mitgliedsländer der EWU von Bedeutung, zumal die Geldpolitik des Eurosystems nicht immer den mitunter divergierenden Belangen auf nationaler Ebene gerecht werden kann. Das ökonomische Gewicht des Euro-Raums in der Weltwirtschaft in Verbindung mit dem flexiblen Wechselkurs des Euro kann aber auch helfen, die Auswirkungen externer Schocks auf die europäischen Volkswirtschaften zu dämpfen. Für den Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit der Währungsunion ist entscheidend, inwieweit Veränderungen des globalen finanziellen Umfelds asymmetrische Reaktionen der Kapitalströme in die einzelnen Mitgliedstaaten hervorrufen und wie solche Divergenzen aufgefangen werden können. Unabhängig davon sind Vorkehrungen zu treffen, um dem Aufbau makroökonomischer Ungleichgewichte frühzeitig entgegenzuwirken.

■ Die internationale Finanzverflechtung

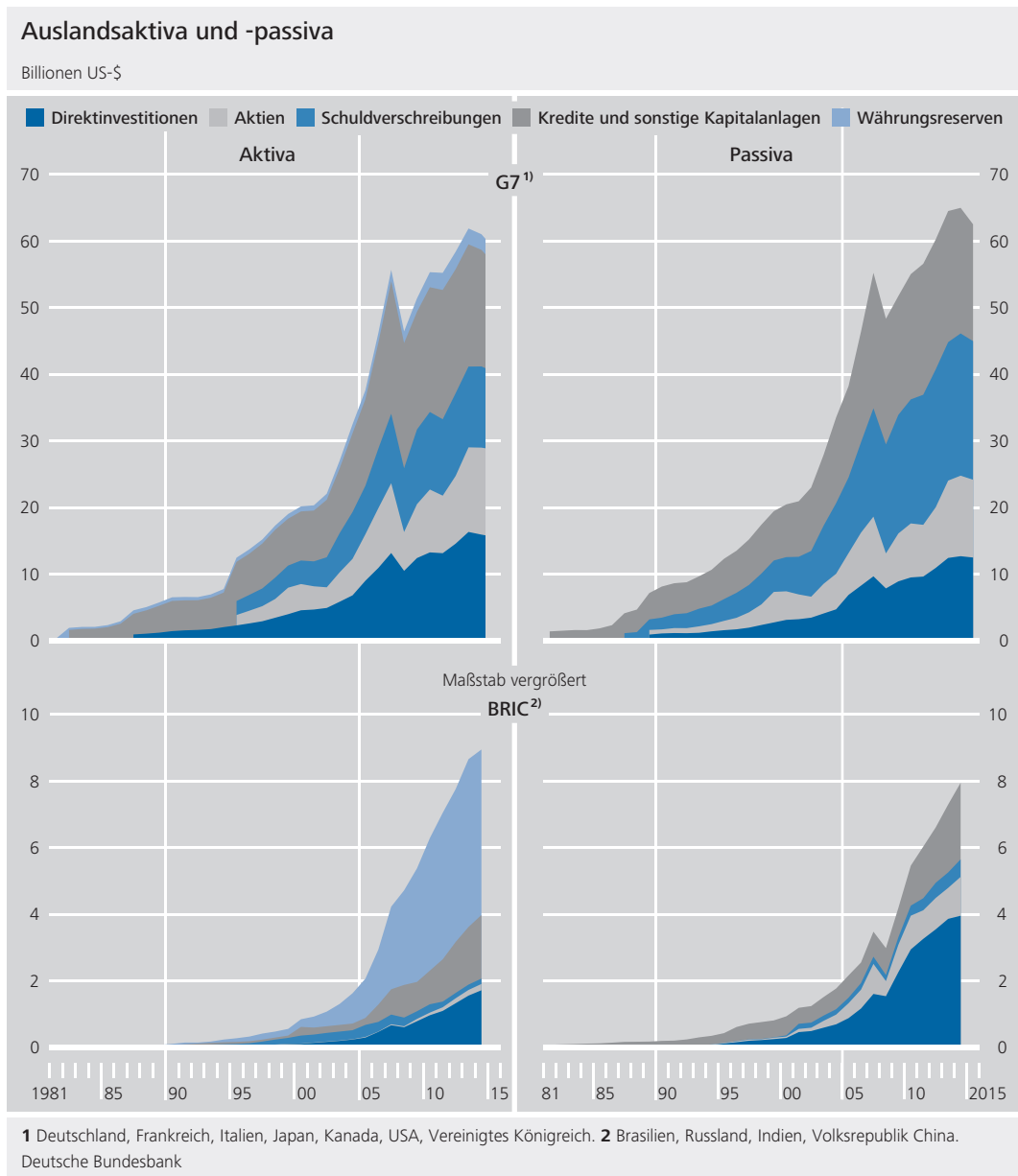
Für den Begriff der Globalisierung gibt es keine einheitliche Definition. Generell ist darunter der Prozess einer zunehmenden internationalen Verflechtung und einer weltweiten Integration der Märkte zu verstehen. Die Auswirkungen der Globalisierung reichen weit über rein wirtschaftliche Aspekte hinaus. In dem Maße, wie natürliche und künstliche Grenzen an Bedeutung verlieren, werden auch politische Ideen, Wissen und Kultur immer schneller und umfassender verbreitet. Bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinein war vor allem der Warenhandel die treibende Kraft beim Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In den achtziger Jahren brachten Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnik eine rapide Ausweitung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs mit sich. Die Transaktionskosten für Finanzgeschäfte reduzierten sich erheblich und geografische Entfernungen wurden nahezu bedeutungslos. Eine wichtige Kennziffer zur Messung der internationalen finanziellen Verflechtung eines Landes ist der finanzielle Offenheitsgrad. Er ist definiert als die Summe der grenzüberschreitenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten eines Landes in Relation zu seinem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Als Pendant hierzu bildet der reale Offenheitsgrad die internationale Integration des Handels mit Waren und Dienstleistungen ab und setzt die gesamten Exporte und Importe eines Landes zum BIP ins Verhältnis.

In den vergangenen 40 Jahren ist der finanzielle Offenheitsgrad in den meisten Volkswirtschaften deutlich stärker angestiegen als der reale Offenheitsgrad. Allerdings bestehen erhebliche Unterschiede im Niveau zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den meisten Schwellenländern. Während die internationalen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

*Begriff
Globalisierung*

*Anstieg des
finanziellen
Offenheitsgrades*

¹ Vgl.: H. Rey (2015), Dilemma not Trilemma: The Global Financial Cycle and Monetary Policy Independence, NBER Working Paper 21162.



Deutschlands zum Jahresende 2014 fast viermal so hoch waren wie das BIP des entsprechenden Jahres, betrug der finanzielle Offenheitsgrad Chinas 2014 nur 100%; er war damit aber noch deutlich höher als in den meisten anderen Schwellenländern. In den USA und Japan lag die Kennziffer bei knapp 300% und 250%.

Er leitet sich aus dem Verhältnis des Anteils ausländischer Wertpapiere am Portfolio heimischer Anleger zu ihrem Anteil am Weltportfolio ab:²⁾

$$\text{Home Bias} = 1 - \frac{\text{Anteil ausländischer Wertpapiere am Inlandsportfolio}}{\text{Anteil ausländischer Wertpapiere am Weltportfolio}}$$

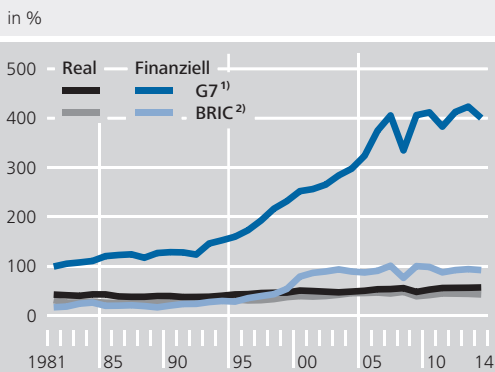
Sinkender Home Bias

Eine weitere Kennziffer zur Messung der internationalen finanziellen Integration ist der sogenannte Home Bias, der vor allem bei Portfolioinvestitionen in Aktien oder Schuldverschreibungen häufig verwendet wird und ein Indikator für die Präferenz heimischer Finanzaktiva gegenüber ausländischen Vermögenswerten ist.

Ein Wert von eins bedeutet, dass inländische Anleger ausschließlich heimische Wertpapiere

²⁾ Das Weltportfolio entspricht den weltweit im Umlauf befindlichen Aktien oder Schuldverschreibungen. Als ausländische Wertpapiere werden die Wertpapiere bezeichnet, die von Emittenten mit Sitz außerhalb des betrachteten Landes begeben wurden.

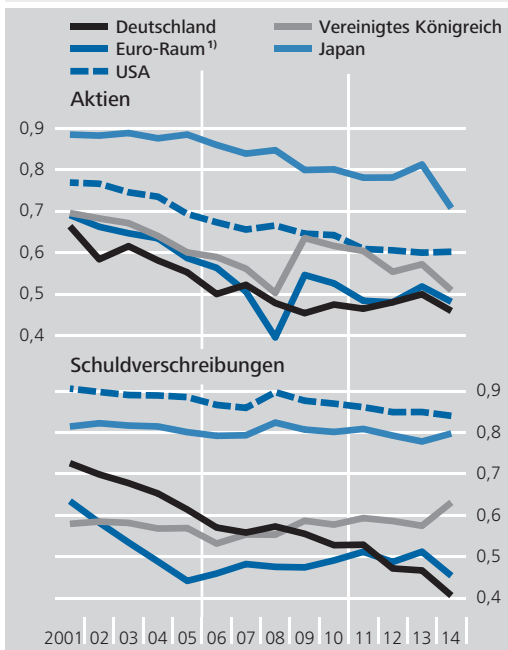
Realer und finanzieller Offenheitsgrad^{*)}



* Realer Offenheitsgrad: Summe aus Exporten und Importen in Relation zum BIP. Finanzieller Offenheitsgrad: Summe aus Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten in Relation zum BIP. **1** Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, USA und Vereinigtes Königreich. **2** Brasilien, Russland, Indien und Volksrepublik China.

Deutsche Bundesbank

Home Bias^{*)}



Quellen: IWF, BIZ, Weltbank und eigene Berechnungen.* Unterrepräsentanz ausländischer Wertpapiere im nationalen Portfolio gemessen an ihrem Anteil am Weltportfolio. **1** Ungewichteter Durchschnitt in der jeweiligen Zusammensetzung ohne Luxemburg und Irland (bei Aktien außerdem ohne Malta und Zypern).

Deutsche Bundesbank

in ihren Portfolios halten. Bei einem Wert von null entspricht die Zusammensetzung des nationalen Wertpapierportfolios exakt jener des Weltportfolios. Ein negativer Wert des Home Bias weist dagegen auf eine Überrepräsentation ausländischer Vermögenswerte in den Händen der inländischen Investoren hin.

Weltweit ist bei den meisten Ländern – speziell für Aktien – ein abnehmender Home Bias zu beobachten.³⁾ Dabei weisen die Länder des Euro-Währungsgebiets einen allgemein niedrigeren Home Bias auf als zum Beispiel Japan, die Vereinigten Staaten oder das Vereinigte Königreich. Insbesondere die wechselseitige finanzielle Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten des Euro-Raums ist stark ausgeprägt.

Eine grenzübergreifende Optimierung der Kapitalallokation ermöglicht Effizienzgewinne und damit verbundene positive Wohlfahrtseffekte. Eine internationale Streuung der Finanzanlagen kann auch dazu dienen, Risiken besser zu diversifizieren und somit das Gesamtrisiko von Investitionen zu reduzieren. Andererseits wächst aber auch die wechselseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaften, und für einzelne Länder wird es schwieriger, sich von ungünstigen Entwicklungen im Ausland abzukoppeln. Die Zunahme der internationalen Finanzströme und die hohe Reaktionsgeschwindigkeit der Kapitalmärkte haben die Rahmenbedingungen für die nationale Wirtschaftspolitik offener Volkswirtschaften somit grundlegend verändert.

Vor allem aus der Sicht kleiner offener Volkswirtschaften werden grenzüberschreitende Kapitalbewegungen bisweilen stärker von globalen Faktoren beeinflusst als von lokalen Gegebenheiten. Für Schwellenländer mit vergleichsweise unterentwickelten Finanzsektoren stellte dies bereits in den neunziger Jahren ein erhebliches Problem dar.⁴⁾ In der jüngsten Finanzkrise gewann die Thematik besondere Brisanz. Anders als in früheren Krisen, die im Wesentlichen Schwellenländer betrafen, löste diesmal der Zusammenbruch von Lehman Brothers in den USA die finanziellen Turbulen-

Grenzüberschreitende Kapitalallokation ermöglicht Effizienzgewinne, ...

... erhöht aber auch die Abhängigkeit von globalen Einflüssen

³ Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise in vielen Ländern zwischenzeitlich unterbrochen, setzt sich inzwischen aber wieder fort. Allerdings liegt das Niveau des Home Bias in einigen Volkswirtschaften noch über dem Wert von Ende 2007.

⁴ Vgl.: G. A. Calvo, L. Leiderman und C. M. Reinhart (1993), Capital Inflows and Real Exchange Rate Appreciation in Latin America: The Role of External Factors, IMF Staff Papers 40.

zen aus und erfasste zunächst vornehmlich die fortgeschrittenen Volkswirtschaften Nordamerikas und Europas.⁵⁾ In den Folgejahren griff die amerikanische Notenbank (Federal Reserve: Fed) auch auf unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen zurück und senkte so die Geldmarktzinsen auf ein historisch niedriges Niveau. Durch den Kauf von langfristigen amerikanischen Staatsanleihen (Quantitative Easing) durch die Fed gerieten auch die Kapitalmarktzinsen in den Industrieländern erheblich unter Druck, zumal die Geldpolitik in anderen Industrieländern ebenfalls stark expansiv ausgerichtet wurde.⁶⁾ Dies setzte Anreize für die Investoren, Kapital in Schwellenländern anzulegen, die von den unmittelbaren Folgen der Finanzkrise überwiegend verschont geblieben waren und zudem ein höheres Zinsniveau aufwiesen. In einigen Zielländern führte das plötzliche Anschwellen der Kapitalzuflüsse zu einer realen Aufwertung der Landeswährung und einer entsprechenden Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kam eine steigende Auslandsverschuldung – teilweise in Fremdwährung –, welche zusätzliche Risiken für die Finanzstabilität mit sich brachte. Im Frühjahr 2013 führte die Ankündigung der Fed, das Anleihekaufvolumen schrittweise zu senken (Tapering Talk), in vielen dieser Länder zu einer kurzfristigen Umkehr der Kapitalströme oder einer abrupten Abwertung der heimischen Währung.⁷⁾

■ Der globale Finanzzyklus

Finanzielle Schocks umfassen prinzipiell alle unerwarteten Einflüsse, welche das finanzielle Umfeld aus Sicht der Finanzmarktakteure verändern. Unabhängig von der konkreten Ursache schlagen sie sich in der Regel in einer Veränderung der Risikobewertung durch die Marktteilnehmer nieder, welche wiederum beispielsweise an den Reaktionen diverser Volatilitätsindizes für die internationalen Aktienmärkte (z. B. dem VIX für den Aktienindex S&P 500) ablesbar sind. Die umfassenden Übertragungseffekte finanzieller Schocks können weitrei-

chende Auswirkungen auf die makroökonomische und finanzielle Stabilität der einzelnen Volkswirtschaften haben. In der akademischen Literatur lebhaft diskutiert wird ein Ansatz, nach dem die weltweite Umverteilung von Liquidität durch grenzüberschreitende Bankkredite einen globalen Finanzzyklus mit einem internationalen Gleichlauf von Kreditströmen und Immobilienpreisen bewirke, dem sich einzelne Länder nur schwer entziehen könnten.⁸⁾ Auch flexible Wechselkurse bieten dieser Auffassung zufolge keinen vollkommenen Schutz gegenüber dem Auf und Ab der Kapitalwellen. Zwar vermöge eine restriktive nationale Geldpolitik unerwünschte Liquiditätsschwemmen abzuwehren, doch geschehe dies um den Preis einer massiven Aufwertung der Inlandswährung und einer Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Hohe Zinsdifferenzen gegenüber dem Ausland böten zudem Anreize, Fremdwährungskredite aufzunehmen. Auf diese Weise werde nicht nur der Einfluss der nationalen Geldpolitik auf die Entwicklung der Güter- und Vermögenspreise beeinträchtigt, sondern es stiegen auch die finanziellen Risiken der Schuldner für den Fall eines Umschwungs an den internationalen Devisenmärkten und einer möglichen Abwertung der Inlandswährung.

Umgekehrt nährten feste Wechselkurse durch den unbegrenzten und nahezu risikofreien Umtausch ausländischer Währungen in nationale Währung den globalen Finanzzyklus und leisteten der Entstehung spekulativer Blasen an den

Dominanz globaler Faktoren kann zu globalen Finanzzyklen führen

5 Vgl.: B. Eichengreen und P. Gupta (2014), Tapering Talk: The Impact of Expectations of Reduced Federal Reserve Security Purchases on Emerging Markets, IBRD Policy Research Working Paper 6754.

6 Vgl.: J. Chen, T. Mancini-Griffoli und R. Sahay (2014), Spillovers from United States Monetary Policy on Emerging Markets: Different This Time?, IMF Working Paper 14/240.

7 Besonders betroffen waren Brasilien, Indien, Indonesien, Südafrika und die Türkei, die daher auch als die Gruppe der „Fragile Five“ bezeichnet wurden.

8 Vgl.: M. Drehmann, C. Borio und K. Tsatsaronis (2012), Characterising the Financial Cycle: Don't lose Sight of the Medium Term!, BIS Working Paper 380; oder V. Bruno und H. S. Shin (2015), Cross-border Banking and Global Liquidity, The Review of Economic Studies 82, S. 535–564.

*Trade-off
zwischen
externem
Gleichgewicht
und Finanz-
stabilität*

heimischen Märkten für Vermögenswerte weiteren Vorschub.⁹⁾

Trifft diese Analyse zu, so ist die nationale Geld- und Währungspolitik mit einem Trade-off zwischen der Wahrung eines externen Gleichgewichts und der Sicherstellung interner Finanzstabilität konfrontiert. Kontrolliert sie im Falle einer globalen Liquiditätsschwemme die nationale Geldmenge und stemmt sich gegen mögliche Vermögenspreisblasen, gefährdet sie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Passt sie die heimische Geldversorgung dem monetären Umfeld im Ausland an, um Zinsdifferenzen und Wechselkursschwankungen zu begrenzen, begünstigt sie dagegen eine exzessive Kreditvergabe in Verbindung mit steigenden Vermögenspreisen. Die damit verbundenen Risiken im Finanzsektor werden unter Umständen erst offenkundig, wenn die globale Liquidität wieder versiegt und als Sicherheiten genutzte Vermögenswerte an Wert verlieren.¹⁰⁾

*IWF erachtet
Regulierung von
Kapitalströmen
unter bestimm-
ten Umständen
für gerechtfertigt*

Unter dem Eindruck des vermuteten Kontrollverlustes der nationalen Wirtschaftspolitik wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion, aber auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF), ein aktives Management der Kapitalflüsse als geeignetes Mittel der Politik angesehen, um die Anfälligkeit gegenüber Störungen von außen zu reduzieren.¹¹⁾ Eingriffe in den freien Kapitalverkehr sollten allerdings nur als Ultima Ratio eingesetzt werden. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Beschränkungen des Kapitalverkehrs mit der Zeit an Wirkung verlieren, da sie zunehmend zu Ausweichreaktionen führen. Langfristig sind sie daher eher geeignet, die Zusammensetzung der Finanzströme zu beeinflussen, als deren absolute Höhe zu regulieren.¹²⁾ Des Weiteren bedeutet eine Eingrenzung des Kapitalverkehrs zugleich den Verzicht auf mögliche Vorteile, die sich aus einer effizienten Diversifizierung von Risiken ergeben können. Der stärkeren Abschottung gegenüber externen Störungen steht nämlich die geringere Möglichkeit gegenüber, sich gegen negative Auswirkungen lokaler Ereignisse abzusichern. Neben dem Aspekt einer breiteren Risikostreuung spre-

chen auch Effizienzgesichtspunkte für einen freien Kapitalverkehr, der jedem Investor die größtmögliche Auswahl an Investitionsmöglichkeiten garantiert. Schließlich ist für den Fall einseitiger Maßnahmen zulasten ausländischer Anleger stets mit Vergeltungsmaßnahmen zu rechnen, welche den ursprünglichen Intentionen der eigenen Vorkehrungen meist entgegenstehen.¹³⁾

Die EWU und globale finanzielle Schocks

Die Mitgliedsländer der EWU befinden sich im Hinblick auf die Übertragung und die Absorption finanzieller Schocks aus Ländern außerhalb des Währungsgebiets in mehrfacher Hinsicht in einer besonderen Situation, die sich deutlich von der Ausgangslage anderer Volkswirtschaften unterscheidet. Zum einen wurde die Geldpolitik auf das Eurosystem übertragen und kann somit nicht mehr autonom von den nationalen Zentralbanken wahrgenommen werden. Dadurch ist der nationale Handlungsspielraum stärker begrenzt als bei geldpolitisch unabhängigen Volkswirtschaften. Dieser Souveränitätsverzicht macht sich besonders dann bemerkbar, wenn die einzelnen Mitgliedsländer sich in Hinblick auf die Flexibilität der Arbeitsmärkte oder ihrer Steuer- und Sozialsysteme unterscheiden und daher auch in unterschiedlicher Weise von finanziellen Schocks betroffen sind. Mit Blick auf die Geldpolitik können sie in diesem Fall di-

*Besonderheiten
der EWU*

⁹ Neben dem skizzierten Zusammenhang können auch andere Übertragungseffekte eine Rolle spielen. So können sich z. B. Finanzkrisen durch Portfolioumschichtungen auch auf Länder ausbreiten, die einen geringen Grad internationaler finanzieller Verflechtung aufweisen.

¹⁰ Zu den Zielkonflikten der Geldpolitik vor dem Hintergrund der finanziellen Globalisierung vgl.: M. Obstfeld (2015), Trilemmas and Trade-offs: Living with Financial Globalisation, BIS Working Paper Nr. 480.

¹¹ IWF (2015), Measures which are Both Macroprudential and Capital Flow Management Measures: IMF Approach, Washington D. C.

¹² Vgl. z. B.: J. D. Ostry et al. (2010), Capital Inflows: The Role of Controls, IMF Staff Position Note 10/04; sowie J. D. Ostry (2012), Managing Capital Inflows: What Tools to Use?, Asian Development Review 29, S. 82–88.

¹³ Vgl.: B. De Paoli und A. Lipinska (2013), Capital Controls: A Normative Analysis, Federal Reserve Bank of New York Staff Reports, Nr. 600.

vergerende Interessen aufweisen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Rückgriff auf Kapitalverkehrskontrollen in der Europäischen Union (EU) aufgrund des Europäischen Binnenmarkts grundsätzlich nicht zur Verfügung steht. Innerhalb der EWU würden sie zudem die Wirkungsweise der Geldpolitik beeinträchtigen. Die gegenwärtigen Beschränkungen in Griechenland oder die inzwischen aufgehobenen Ausnahmeregelungen in Zypern sind lediglich als letzte Zuflucht vor dem Hintergrund eines drohenden Zusammenbruchs des Finanzsystems zu betrachten. Keinesfalls stellen sie ein reguläres Politikinstrument zur Stabilisierung von Kapitalströmen innerhalb des Euro-Raums dar.

Andererseits vertritt das Eurosystem selbst einen großen Währungsraum und hat somit einen spürbaren Einfluss auf die globale Liquiditätsentwicklung. Zugleich können die Mitgliedstaaten von den Vorteilen eines flexiblen Wechselkurses des Euro gegenüber anderen Währungen profitieren. Den Interessen des Euro-Währungsgebiets als Ganzes kommt eine gemeinsame Geldpolitik im globalen Kontext also zugute. Für den Zusammenhalt der EWU ist entscheidend, ob letztlich alle Mitgliedsländer von diesen Kooperationsgewinnen profitieren und ob es einen Mechanismus gibt, der asymmetrische Effekte einer externen Störung trotz der Restriktionen einer einheitlichen Geldpolitik zumindest teilweise ausgleichen kann.

Korrekturmechanismen zur Vorbeugung langfristiger Ungleichgewichte notwendig

Ergänzend zu dieser kurzfristigen Betrachtungsweise ist zu untersuchen, inwieweit die EU und insbesondere die EWU über mittelfristige Korrekturmechanismen verfügen, um dem Aufbau von makroökonomischen und finanziellen Ungleichgewichten in den einzelnen Mitgliedstaaten und in ihren Beziehungen untereinander entgegenzuwirken. Hier stellt sich auch die Frage nach der Verantwortung der nationalen Wirtschaftspolitik und der Rolle makroprudenzieller Maßnahmen, die nicht auf einer Diskriminierung zwischen in- und ausländischen Akteuren beruhen und somit auch nicht als Kapitalverkehrskontrollen im engeren Sinne anzusehen sind.

Der hohe Grad finanzieller Integration im Euro-Währungsgebiet lässt prinzipiell zunächst eine starke Transmission finanzieller Schocks erwarten. Ein ungehinderter Kapitalverkehr ist jedoch nicht zwangsläufig auch mit einer höheren Volatilität der Kapitalströme verbunden. Empirische Studien belegen, dass die überwiegend prozyklischen grenzüberschreitenden Bankkredite durch gegenläufige Bewegungen anderer Finanzinstrumente teilweise kompensiert und die Kapitalströme insgesamt auf diese Weise geglättet werden. Dies gilt insbesondere für hochentwickelte Volkswirtschaften wie den Euro-Raum.¹⁴ Im ungünstigsten Fall können falsch eingesetzte Kapitalverkehrskontrollen die Volatilität der Kapitalströme insgesamt sogar erhöhen. Dies wäre der Fall, wenn sie an Instrumenten ansetzten, die vermeintlich starken Schwankungen unterliegen, jedoch negativ mit den übrigen Kapitalströmen korreliert sind. Auch in den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sind die Kapitalbewegungen der einzelnen Finanzinstrumente teilweise gegenläufig. Dies zeigt sich bereits bei der herkömmlichen Unterscheidung zwischen Direktinvestitionen, Aktien, Schuldverschreibungen sowie übrigen Kapitalverkehr. Insbesondere Aktien, Schuldverschreibungen und übriger Kapitalverkehr sind enge Substitute und schwanken im Verbund somit weniger als bei isolierter Betrachtung. Die längerfristig ausgerichteten Direktinvestitionen sind von kurzfristigen Störungen ohnehin weniger beeinflusst und werden daher in der Regel als besonders wirksames Instrument der Risikodiversifizierung angesehen.

Eine Besonderheit der grenzüberschreitenden Zahlungsströme der EWU-Mitgliedstaaten wird aber erst offensichtlich, wenn der übrige Kapitalverkehr weiter untergliedert wird in Kreditbeziehungen zwischen privaten Investoren auf der einen Seite und den Finanzbeziehungen zwischen den nationalen Zentralbanken und

Substitutive Kapitalströme können Kapitalverkehr insgesamt glätten

Negative Korrelation zwischen privatem Kreditverkehr und TARGET-Strömen

¹⁴ Vgl.: C. Becker und C. Noone (2008), Volatility and Persistence of Capital Flows, BIS Papers 42, S. 159–180.

der EZB auf der anderen Seite.¹⁵⁾ Die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Eurosystems beruhen außer auf Ausgleichsposten für nationale Unterschiede im Bargeldumlauf vor allem auf TARGET-Salden, welche durch die täglichen Verrechnungen des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs zwischen den Teilnehmern zustande kommen.¹⁶⁾ Diese TARGET-Ströme sind insbesondere mit dem privaten Kreditverkehr stark negativ korreliert.

Einheitlicher Zugang zu geldpolitischen Instrumenten ...

Empirische Untersuchungen der Bundesbank bestätigen, dass dem einheitlichen Zugang zu geldpolitischen Instrumenten und der Umverteilung von Liquidität zwischen den nationalen Zentralbanken bei der Abfederung globaler finanzieller Schocks innerhalb des Euro-Währungsgebiets eine herausgehobene Stellung zukommen (vgl. Erläuterungen auf S. 47 ff.). Von einem überraschenden Anstieg der Risikobewertung an den amerikanischen Aktienmärkten – die in empirischen Studien häufig als Indikator für die globale Unsicherheit verwendet wird – werden die Mitgliedstaaten den Schätzungen zufolge zunächst sehr unterschiedlich betroffen. Die privaten Netto-Kreditströme in einige Länder der europäischen Peripherie mit weniger robusten Fundamentaldaten gehen nach einer Phase erhöhter Volatilität mittelfristig zurück. Hierzu zählen Griechenland, Irland, Italien, Portugal oder Spanien (die sog. GIIPS). Im Ausgleich zu der erschwerten Refinanzierung über den Interbankenmarkt partizipieren die betroffenen Geschäftsbanken über ihre zuständige Zentralbank verstärkt an den Offengeschäften des Eurosystems, deren Konditionen für alle teilnehmenden Kreditinstitute unabhängig von ihrer Nationalität oder Gebietsansässigkeit gleich sind. In der Bilanz der nationalen Zentralbank schlagen sich die privaten Liquiditätsabflüsse letztlich in einer gestiegenen Forderung gegenüber dem heimischen Bankensektor und einer höheren TARGET-Verbindlichkeit gegenüber der EZB nieder. Bei den übrigen Ländern des Euro-Währungsgebiets sind per saldo keine spürbaren Auswirkungen auf die Netto-Kreditströme zu erkennen. Zwar steigen ihre

TARGET-Forderungen gegenüber der EZB spiegelbildlich zu den höheren Verbindlichkeiten der Zentralbanken in den Peripherieländern, was auf private Nettozuflüsse aus dieser Region hindeutet. Dies wird aber durch eine geringere Inanspruchnahme von Mitteln aus Drittländern außerhalb des Euro-Raums weitgehend kompensiert.

Im Ergebnis werden die zunächst asymmetrischen Effekte globaler finanzieller Schocks über die Mitgliedsländer der EWU hinweg im Hinblick auf die gesamten Netto-Kapitalströme tendenziell breiter gestreut. Im letzten Schritt der Transmission auf die Realwirtschaft ist im gesamten Euro-Raum ein abgeschwächter Rückgang der Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken an Unternehmen und private Haushalte zu verzeichnen.

...führt zu breiterer Streuung asymmetrischer Störungen

Aus ökonomischer Sicht stellt die einheitliche Liquiditätsversorgung aller Geschäftsbanken im Euro-Raum eine besondere Form der internationalen Risikoteilung dar, welche den Mitgliedstaaten der EWU anders als den Volkswirtschaften außerhalb des Währungsraumes zur Verfügung steht. Deshalb kommt der Werthaltigkeit der bei den Zentralbanken eingereichten Sicherheiten eine zentrale Bedeutung für die Begrenzung der von der Gemeinschaft zu tragenden Risiken zu. Die Qualitätsanforderungen an notenbankfähige Wertpapiere bestimmen auch das Ausmaß der möglichen Liquiditätsbereitstellung durch das Eurosystem.

¹⁵ Der Begriff „Kredite“ umfasst hier neben den Finanz- und Handelskrediten vor allem auch die Kategorie „Bargeld und Einlagen“. In der Zahlungsbilanzterminologie werden Positionen, bei denen der Schuldner eine Geschäftsbank ist, als „Bargeld und Einlagen“ verbucht. Darüber hinaus zählen zum übrigen Kapitalverkehr auch bestimmte Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen sowie Anteilsrechte, die nicht als Portfolio- oder Direktinvestition erfasst sind.

¹⁶ Die ursprüngliche Version von TARGET wurde in den Jahren 2007 und 2008 auf die Nachfolgeversion TARGET2 umgestellt. Dabei ging es im Wesentlichen um abwicklungstechnische Neuerungen. In diesem Beitrag wird der Einfachheit halber durchweg von TARGET gesprochen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, TARGET2 – das neue Zahlungsverkehrssystem für Europa, Monatsbericht, Oktober 2007, S. 69–83.

Übertragung finanzieller Schocks durch grenzüberschreitende Kredite

Die weltweite Integration der Finanzmärkte hat dazu geführt, dass sich Entwicklungen an wichtigen Geld- und Kapitalmärkten rasch grenzüberschreitend ausbreiten.¹⁾ Es bildet sich ein globaler Finanzzyklus mit einem internationalen Gleichlauf von Kreditströmen aus, dem sich einzelne Länder nur schwer entziehen können. Rey (2015) untersucht im Rahmen einer vektorautoregressiven (VAR) Analyse die Übertragung globaler finanzieller Schocks über internationale Kreditströme auf die Finanzmärkte von Schwellenländern.²⁾ Die Fragestellung ist auch für die Mitgliedsländer des Euro-Währungsgebiets relevant, wobei jedoch den Besonderheiten der Währungsunion Rechnung zu tragen ist.³⁾ Im Rahmen eines Panel-VAR-Modells lassen sich die Effekte eines überraschenden Anstiegs der Unsicherheit an den amerikanischen Aktienmärkten – gemessen an dem Chicago Board Options Exchange Volatility Index (VIX) – analysieren. Es zeigt sich, dass der so modellierte finanzielle Schock eine Reaktion der effektiven umsatzgewichteten Tagesgeldsätze für den US-Dollar (Federal Funds Rate) und den Euro (EONIA) nach sich zieht. Diese Tagesgeldsätze repräsentieren die Antwort der Geldpolitik in den USA und in Europa auf das schwierigere finanzielle Umfeld. Neben den grenzüberschreitenden Kreditströmen, die in der Literatur als zentrale Transmissionskanäle des globalen Finanzzyklus beschrieben werden, berücksichtigt das verwendete Modell auch die Finanzbeziehungen zwischen den nationalen Zentralbanken und der EZB über das TARGET-System.⁴⁾ Beide Variablen gehen als Relation zum nationale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in die Gleichungen ein. Die Auswirkungen auf nationale Variablen in den EWU-Mitgliedstaaten selbst schlagen sich in den Wachstumsraten der

Kreditvergabe an den Privatsektor und des realen BIP nieder.

Das Panel umfasst die 11 Gründungsmitglieder der EWU sowie Griechenland mit Quartalsdaten vom ersten Vierteljahr 1999 bis zum letzten Quartal 2014. Dabei wird explizit zwischen den als vergleichsweise anfällig geltenden Ländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien (GIIPS) und den übrigen Mitgliedstaaten unterschieden. Das VAR-Modell wird mit einem „least square dummy variable estimator“ (LSDV) geschätzt.⁵⁾ Die Reihenfolge, mit der die Variablen in das Gleichungssystem aufgenommen werden, legt Cholesky-Restriktionen fest, die der Identifizierung von Schocks dienen. Dabei kann jede Variable zeitgleich auf Störungen der vorangehenden Variablen reagieren; auf die nachfolgenden Variablen reagiert sie jedoch frühestens im folgenden Quartal. Da das BIP von allen berücksichtigten Größen am stärksten reagiert, geht es als erste Variable in das Modell ein. Ihm folgt die Wachstumsrate der heimischen Kredite an den Privatsektor. Der grenzüberschreitende Kreditverkehr sowie TARGET-

¹ Vgl. z. B.: S. Eickmeier und T. Ng (2015), How do US Credit Supply Shocks Propagate Internationally? A GVAR Approach, *European Economic Review* 74, S. 128–145.

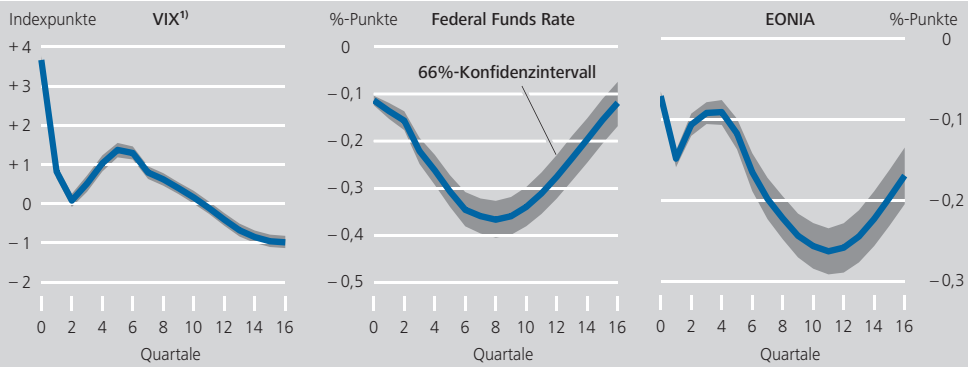
² Vgl.: H. Rey (2015), Dilemma not Trilemma: The Global Financial Cycle and Monetary Policy Independence, NBER Working Paper 21162.

³ Vgl.: M. Gelman, A. Jochem und S. Reitz (2016), Transmission of Global Financial Shocks to EMU Member States: The Role of Monetary Policy and National Factors, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 23/2016.

⁴ Zusätzlich zu den Veränderungen der TARGET-Salden enthält die Variable „TARGET-Ströme“ auch Kapitalzuflüsse über offizielle Hilfsprogramme, da diese sich unmittelbar in den TARGET-Salden der begünstigten Zentralbanken niederschlagen und die Refinanzierung über das Eurosystem ersetzen.

⁵ Das verwendete Stata-Programm stammt von: T. Cagala und U. Glogowsky (2014), Panel Vector Autoregressions for Stata (xtvar).

Impuls-Antwort-Funktionen nach einer Erhöhung des VIX um eine Standardabweichung



1 Chicago Board Options Exchange Volatility Index. **2** Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien.
 Deutsche Bundesbank

Flüsse reagieren unmittelbar auf diese nationalen Faktoren und haben ihrerseits einen sofortigen Einfluss auf den VIX sowie die Tagesgeldsätze in den USA und in Europa. Insgesamt ergibt sich die Reihenfolge:⁶⁾ reales Wirtschaftswachstum, Kreditwachstum, privater Kreditverkehr, TARGET-Ströme, VIX, Federal Funds Rate, EONIA.

Für die Daten zum VIX und zum US-Tagesgeldsatz wurde auf Thomson Reuters Datastream zurückgegriffen, während der EONIA von der EZB stammt. Die Daten zu den grenzüberschreitenden Kreditströmen sind der Zahlungsbilanzstatistik von Eurostat entnommen. Eurostat stellt auch die Zahlen zum BIP und zur inländischen Kreditvergabe an den Privatsektor bereit. Informationen über die Auszahlungen aus offiziellen Hilfsprogrammen finden sich auf den Internetseiten der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds, während die TARGET-Salden im Statistical Data Warehouse der EZB veröffentlicht werden.

Impuls-Antwort-Funktionen verdeutlichen die Auswirkungen globaler Schocks auf das nationale Kreditwachstum in den beiden Ländergruppen und die zugehörigen Transmissionskanäle. Ein Anstieg des VIX hat einen Rückgang des effektiven Tagesgeldsatzes in den USA zur Folge, der durch eine entsprechende Reaktion des EONIA gespiegelt wird. Trotz dieser geldpolitischen Lockerung reagieren die privaten Netto-Kreditströme in die GIIPS-Ländergruppe dem Modell zufolge signifikant auf die Störung und fallen nach einer Phase erhöhter Volatilität in den ersten Quartalen über einen längeren Zeitraum unter das Ausgangsniveau zurück. Die Fluktuation der privaten Kreditströme wird jedoch durch die gegenläufige Inanspruchnahme von Zentralbankliquidität durch die Geschäftsbanken und Mittelflüsse innerhalb des Eurosystems in Form von

TARGET-Transaktionen weitgehend ausgeglichen.

In dem übrigen Teil des Euro-Währungsgebiets kommt es zu spiegelbildlichen Kapitalbewegungen im Rahmen von TARGET. Die mittelfristig zu verzeichnenden privaten Mittelzuflüsse aus der Peripherie schlagen sich per saldo allerdings nicht signifikant im privaten Kreditverkehr der Kernländer nieder, da sich die dort ansässigen Geschäftsbanken im Gegenzug weniger bei Kreditinstituten außerhalb des Euro-Währungsgebiets refinanzieren. Im Ergebnis werden die ursprünglich asymmetrischen Effekte des exogenen Schocks durch die Liquiditätsumverteilung über das Eurosystem breiter gestreut und die Auswirkungen auf das private Kreditwachstum sind in beiden Ländergruppen ähnlich.

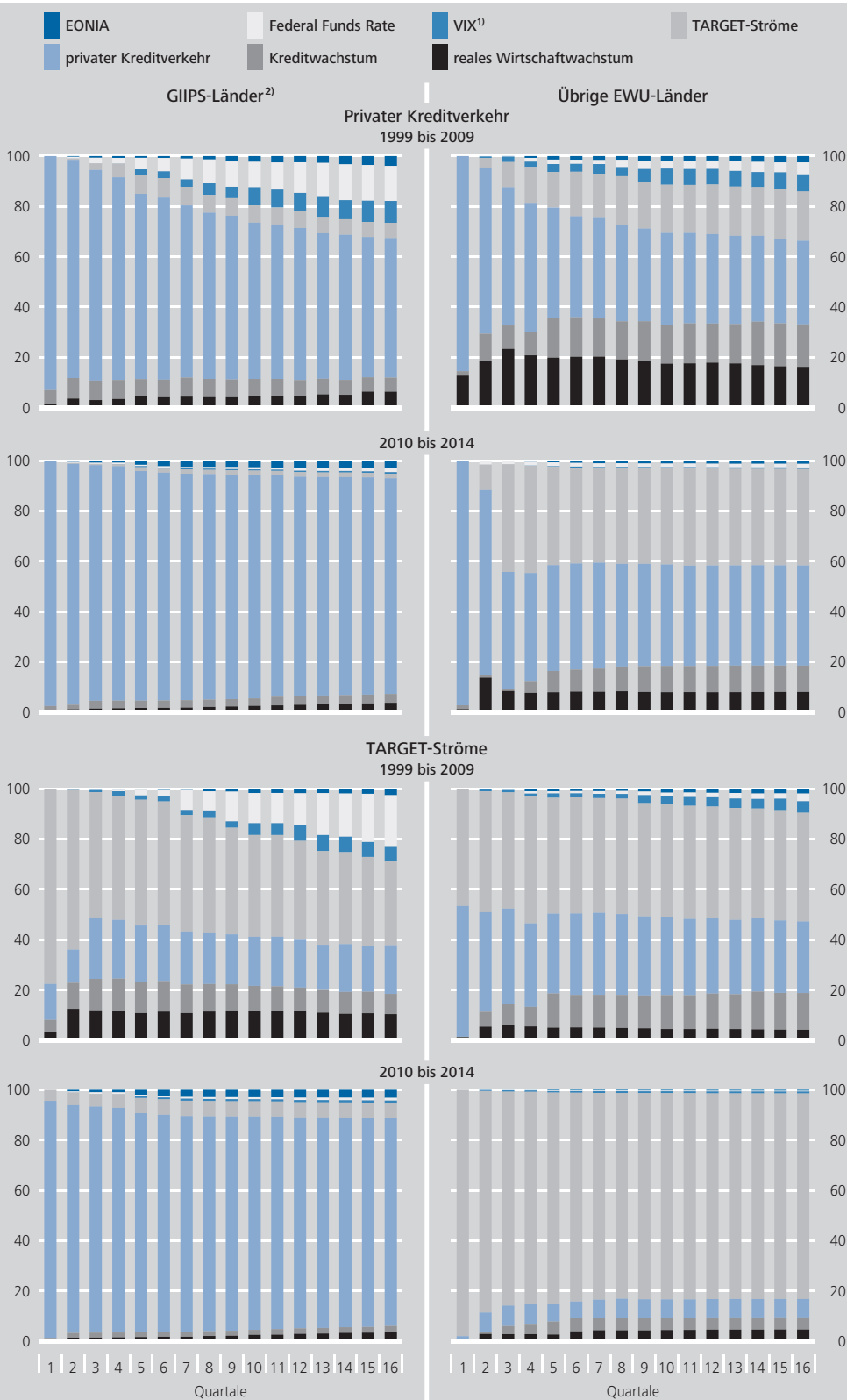
Eine Unterteilung des Samples in die Zeit vor dem Ausbruch der europäischen Schuldenkrise und die Zeit danach macht deutlich, dass der Einfluss globaler Faktoren auf die Kreditströme der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zurückgegangen ist.⁷⁾ Dies gilt insbesondere für die GIIPS-Ländergruppe. Die Varianzzerlegung der Prognosefehler des Modells („forward error variance decomposition“: FEVD) gibt Aufschluss darüber, auf welche Einflussfaktoren die Unsicherheit über die künftige Entwicklung einer bestimmten Variable zurückzuführen

⁶ Sämtliche Variablen im Sample sind auf einem Signifikanzniveau von 5% stationär. Herangezogen wurden die Einheitswurzeltests von Im, Pesaran und Shin sowie der Fisher-PP- und ADF-Test nach Maddala und Wu. Vgl.: K. S. Im, M. H. Pesaran und Y. Shin (2003), Testing for Unit Roots in Heterogeneous Panels, *Journal of Econometrics* 115, S. 53–74; sowie G. S. Maddala und S. Wu (1999), A Comparative Study of Unit Root Tests with Panel Data and a New Simple Test, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 61, S. 631–652.

⁷ Auch andere Studien zeigen, dass sich die Übertragungseffekte finanzieller Schocks im Zeitverlauf stark verändern können. Vgl. z. B.: N. Metiu, B. Hilberg und M. Grill (2016), Credit constraints and the international propagation of US financial shocks, *Journal of Banking and Finance*, im Erscheinen.

Varianzzerlegung von Prognosefehlern

in %



1 Chicago Board Options Exchange Volatility Index. 2 Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien.
 Deutsche Bundesbank

ist. Solange das Vertrauen der internationalen Anleger in die rasch wachsenden südlichen Mittelmeeranrainer und Irland noch intakt war, wurde die Unsicherheit über die Netto-Kreditströme in diese Länder zu über 30% von amerikanischen Einflussgrößen (VIX, Federal Funds Rate) oder von Faktoren getrieben, die mit der europäischen Geldpolitik und dem Eurosystem in Verbindung stehen (EONIA, TARGET).⁸⁾ Nach dem Ausbruch der europäischen Schuldenkrise traten globale und europäische Variablen als Einflussgrößen auf den Kreditverkehr in den Hintergrund. Dies dürfte allerdings weniger auf eine gestiegene Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks als auf die weitgehende Abkoppelung des heimischen Finanzsektors von den internationalen Kapitalmärkten zurückzuführen sein.

Diese Abkoppelung macht sich auch darin bemerkbar, dass die Varianz der Prognose-

fehler für die TARGET-Flüsse dieser Länder seit 2010 fast ausschließlich auf die unsichere Entwicklung der privaten Kreditströme zurückzuführen ist. Dies bestätigt die Bedeutung des ungehinderten Zugriffs auf Zentralbankliquidität und ihrer Umverteilung über das TARGET-System als Substitut für den privaten Kreditverkehr. Dagegen werden die Veränderungen der TARGET-Salden in den übrigen EWU-Mitgliedstaaten maßgeblich von den TARGET-Transaktionen der nationalen Zentralbanken aus den Krisenländern getrieben, wie das Analyseinstrument der Varianzzerlegung nahelegt.

⁸ Dies gilt für einen Prognosehorizont von 16 Quartalen.

Bedeutung globaler Faktoren ...

Allerdings sollte der Einfluss globaler und europäischer Faktoren auf den privaten Kapitalverkehr der einzelnen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets insgesamt nicht überschätzt werden. Die Bedeutung verschiedener Bestimmungsfaktoren für unerwartete Veränderungen einer Variable lässt sich mithilfe einer Varianzzerlegung der Vorhersagefehler („forward error variance decomposition“: FEVD) abschätzen. Dieses Instrument ordnet die Gesamtvarianz bei der Vorhersage einer Variablen den exogenen Schocks in den einzelnen Modellvariablen zu und macht so die Ursachen für Unsicherheit deutlich. Vor Beginn der europäischen Schuldenkrise war in dem verwendeten Schätzmodell die Unsicherheit bezüglich der weiteren Kursentwicklung an den amerikanischen Aktienmärkten und der US-Geldpolitik langfristig für rund 7% der Fehlervarianz des grenzüberschreitenden Kreditverkehrs in die Mitgliedstaaten der EWU (einschl. der innereuropäischen Kreditströme) verantwortlich. Weitere 24% entfielen auf europäische Einflussgrößen, die der ge-

meinsamen Geldpolitik zugeordnet werden können.¹⁷⁾ Der Großteil der Prognoseunsicherheit war hingegen nationalen Faktoren geschuldet oder nicht näher zu spezifizieren.

Der Einfluss außereuropäischer Faktoren hat nach Ausbruch der europäischen Schuldenkrise sogar noch etwas abgenommen.¹⁸⁾ Das gilt vor allem für die von der Krise besonders betroffenen Länder. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des privaten Kreditverkehrs in Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien hatte in den vergangenen Jahren ihre Ursachen fast überwiegend in heimischen Faktoren und war selbst maßgeblich für die Volatilität der TARGET-Flüsse zwischen den nationalen Zen-

... seit Beginn der europäischen Schuldenkrise zurückgegangen

¹⁷ Die Angaben beziehen sich auf die Aufteilung der Prognosevarianz bei einer Vorhersage für 16 Quartale. Den Schätzungen liegen vierteljährliche Beobachtungen vom ersten Quartal 1999 bis zum vierten Quartal 2009 zugrunde.

¹⁸ Die folgenden Angaben beruhen auf Schätzungen für den Zeitraum vom ersten Quartal 2010 bis zum vierten Quartal 2014.

tralbanken des Eurosystems. Darüber hinaus spiegelt die Entwicklung aber auch die Bemühungen der europäischen Banken wider, ihre Eigenkapitalausstattung den verschärften Regulierungsvorgaben anzupassen. Dies ging in vielen Fällen mit einem Abbau des Auslandsengagements und einer Konzentration auf das Kerngeschäft und die Kernmärkte einher (Deleveraging).¹⁹⁾

TARGET-Salden ...

Die Funktion des Eurosystems als „Krisenmanager“ im Falle einer Störung des privaten Kreditverkehrs und die großvolumige Umverteilung von Zentralbankgeld zwischen den Mitgliedsländern waren bei der Gründung der Währungsunion und der Etablierung von TARGET keineswegs vorgezeichnet. Bis zum Ausbruch der internationalen Finanzkrise im Herbst 2008 war der grenzüberschreitende private Zahlungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten weitestgehend ausgeglichen. TARGET-Salden traten nur temporär und in geringer Größenordnung auf.

... sind in Krisenzeiten gestiegen

In den folgenden Monaten stiegen die TARGET-Salden innerhalb des Eurosystems allerdings spürbar an; sie erreichten im ersten Quartal 2009 mit kumulierten Forderungen und Verbindlichkeiten von 421 Mrd € einen vorläufigen Höhepunkt. Zugleich überstanden die Mitgliedstaaten der EWU die weltweiten Turbulenzen besser als viele andere Industrieländer. Mit der Stabilisierung der finanziellen Lage in den USA begannen auch die Interbankenmärkte wieder besser zu funktionieren, und die TARGET-Salden im Eurosystem sanken vorübergehend. Schon im zweiten Quartal 2010 kam es jedoch zu einem neuerlichen Anstieg, als die griechische Regierung erstmals die fristgerechte und vollständige Bedienung der öffentlichen Schulden infrage stellte und privates Kapital aus dem Land abfloss. Dieses Mal lagen die Ursachen der finanziellen Störung anders als zwei Jahre zuvor also innerhalb der Währungsunion. Der Mechanismus der Schockabsorption durch die großzügige Bereitstellung und Umverteilung von Liquidität über die Zentralbanken sowie ein umfassendes Hilfspaket der internationalen Staa-

tengemeinschaft halfen in dieser Phase, einen Kollaps des griechischen Finanzsektors (mit möglichen Dominoeffekten auf andere europäische Länder) zu verhindern.

Insgesamt zeigt sich, dass die internationale Risikoteilung über das Eurosystem zwar geeignet ist, die unmittelbaren Belastungen finanzieller Störungen zu reduzieren. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass die abgeschwächte Sanktionierung durch den Kapitalmarkt notwendige Anpassungsprozesse verzögert. Untersuchungen der Bundesbank belegen, dass dies insbesondere für finanziell anfällige Sektoren gilt, deren Kreditaufnahme vor Ausbruch der internationalen Finanzkrise besonders schnell gewachsen war. Die großzügige Bereitstellung von Liquidität durch das Eurosystem im Gefolge der Krise führte dazu, dass die Reallöhne in den betroffenen Unternehmen vergleichsweise hoch waren. Langfristig droht daher bei wieder steigenden Refinanzierungskosten ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Erläuterungen auf S. 53 ff.). Unabhängig davon, ob letztlich der Vorteil geringerer Kapitalkosten oder der Nachteil höherer Lohnkosten überwiegt, wird deutlich, dass die gemeinsame Geldpolitik nicht nur regionale Verteilungseffekte, sondern auch sektorale Verschiebungen zur Folge haben kann.

Sollen die Vergemeinschaftung langfristiger Risiken und eine Beeinflussung der strukturellen Entwicklung durch das Eurosystem vermieden werden, müssen sowohl auf gemeinschaftlicher als auch auf nationaler Ebene Maßnahmen ergriffen werden, die einerseits die private Risikoteilung fördern, die andererseits aber auch die Mitgliedstaaten selbst in die Pflicht nehmen.

Risikoteilung über das Eurosystem kann Anpassungen verzögern

¹⁹ Vgl.: M. Brunnermeier et al. (2012), Banks and Cross-Border Capital Flows: Policy Challenges and Regulatory Responses, Committee on International Economic Policy and Reform, Brookings Mass; sowie R. Frey (2015), Multi-national banks' deleveraging in the crisis driven by pre-crisis characteristics and behavior, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 18/2015.

Einfluss der Bereitstellung von Notenbankliquidität auf die interne Anpassung nach einem Sudden Stop *)

Im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise kam es zu massiven Kapitalabflüssen aus verschiedenen europäischen Ländern innerhalb und außerhalb des Euro-Raums – vergleichbar mit einem Sudden Stop. Das Eurosystem reagierte auf diesen Liquiditätsschock und auf die angespannten Verhältnisse auf den Finanzmärkten in der Europäischen Währungsunion (EWU), indem es umfangreich Notenbankliquidität bereitstellte. Während Länder im Euro-Raum (Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien, im Folgenden GIIPS) auf diese Liquidität zugreifen konnten, war dies osteuropäischen Ländern außerhalb des Euro-Raums mit fixem Wechselkurs zum Euro (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, im Folgenden BELL) nicht möglich. Die beiden Ländergruppen weisen neben diesem Unterschied aber auch eine wesentliche Gemeinsamkeit auf: Weder die BELL- noch die GIIPS-Länder konnten auf den Liquiditätsschock mit einer Wechselkursabwertung reagieren (externe Anpassung). Stattdessen mussten die notwendigen Anpassungen intern, also über die Veränderung relativer Preise, stattfinden.

Mit diesem quasi-natürlichen Experiment lässt sich untersuchen, wie die Liquiditätsbereitstellung die interne Anpassung nach dem Liquiditätsschock beeinflusst hat. Hierfür werden Panel-Daten auf Sektorebene für die BELL- und GIIPS-Länder genutzt. Die Grundhypothese ist, dass der Liquiditätsschock einen größeren Anpassungsdruck in denjenigen Sektoren ausübt, die relativ stark von Fremdfinanzierung abhängen. Da die Liquiditätsbereitstellung den ursprünglichen Schock abfedert, könnte sie die interne Anpassung in finanziell abhängigen Sektoren mildern. Sektoren hingegen, die kaum externe Finanzierung benötigen, sollten schon von dem ursprünglichen Schock

weniger stark betroffen sein. Daher dürfte auch eine mögliche Liquiditätsbereitstellung durch die Zentralbank geringere Auswirkungen haben als in finanziell abhängigen Sektoren. Um diese Hypothese zu testen, also die Frage zu beantworten, wie die Liquiditätsbereitstellung des Eurosystems die interne Anpassung beeinflusst hat, wird folgende Difference-in-Difference-Regressionsgleichung geschätzt:¹⁾

$$\Delta_t \log(Y_{ikt}) = \alpha_{it} + \alpha_{it} + \alpha_{kr} + \alpha_{kt} + \beta[FV_k \times X_{it}] + \gamma[FV_k \times LP_{it}] + \varepsilon_{ikt}$$

$\Delta_t \log(Y_{ikt})$ ist ein Maß für die sektorale Anpassung nach dem länderspezifischen Liquiditätsschock. Die sektorale Anpassung wird anhand der kumulierten Veränderungen der Nominal- und Reallöhne und der Preise gemessen. Die Regressionsgleichung beinhaltet zeitvariierende fixe Effekte α , durch die alle (beobachtbaren und unbeobachtbaren) länderspezifischen und sektorspezifischen Einflussgrößen aufgefangen werden. FV_k misst, wie stark ein Sektor von externer Finanzierung abhängt.²⁾ LP_{it} steht für die Bereitstel-

* Diesen Erläuterungen liegt zugrunde: C. M. Buch, M. Buchholz, A. Lipponer, E. Prieto (2016), Liquidity provision, financial vulnerability, and internal adjustment to a sudden stop, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, im Erscheinen.

1 Der Index i steht für die Peripherieländer innerhalb und außerhalb des Euro-Raums, k für die einzelnen Wirtschaftssektoren, t für das Quartal nach dem länderspezifischen Liquiditätsschock und τ für das tatsächliche (Kalender-)Quartal.

2 Wir messen die finanzielle Abhängigkeit anhand der sektoralen Kreditvergabe im Euro-Raum über den Zeitraum 2003 bis 2008. Wie in der Literatur üblich, variiert das Maß für die finanzielle Abhängigkeit zwischen den Sektoren, ändert sich aber im Zeitverlauf nicht; vgl.: R. Rajan und L. Zingales (1998), Financial Dependence and Growth, *The American Economic Review*, 88(3), S. 559–586; sowie P. Agion, D. Hémons und E. Kharroubi (2014), Cyclical Fiscal Policy, Credit Constraints, and Industry Growth, *Journal of Monetary Economics*, 62(C), S. 41–58.

Liquiditätshilfen und interne Anpassung*)

Position	Nominallöhne	Reallöhne	Preise	Beschäftigung
$FV_k \times LP_{it}$	0,465 (1,373)	10,010*** (2,029)	- 3,710*** (1,095)	- 1,537** (0,601)
Obs	1 647	1 647	1 647	1 647
R^2	0,711	0,717	0,627	0,813

* Die Tabelle zeigt den Effekt einer Ausweitung der Liquiditätsbereitstellung (LP_{it}) auf die Anpassung der Nominallöhne, Reallöhne, Preise und Beschäftigung bei einer höheren finanziellen Abhängigkeit auf Sektorebene (FV_k). Alle Regressionen beinhalten länder- und sektorspezifische fixe Effekte und weitere Kontrollvariablen. Standardfehler in Klammern sind cluster-robust auf Länderebene. *** / ** zeigen ein Signifikanzniveau von 1%/5%.

Deutsche Bundesbank

lung von Liquidität durch das Eurosystem, für die BELL-Länder hat diese Variable durchgehend den Wert null.³⁾ X_{it} sind weitere Kontrollvariablen. Der zentrale Parameter ist γ : Er misst, ob eine Ausweitung der Liquidität (1. Differenz) die Anpassung anders beeinflusst, wenn ein Sektor aufgrund einer größeren Abhängigkeit von externer Finanzierung (2. Differenz) stärker von dem ursprünglichen Liquiditätsschock getroffen wurde.⁴⁾

Wie die oben stehende Tabelle zeigt, hat eine erhöhte Liquiditätsbereitstellung die Anpassung der nominalen Löhne nicht signifikant beeinflusst. Im Gegensatz dazu ist der geschätzte Koeffizient für die realen Löhne positiv und statistisch hoch signifikant: In finanziell abhängigen Sektoren sind die Reallöhne bei erhöhter Liquiditätsbereitstellung weniger stark zurückgegangen als in Sektoren, die in geringerem Maße auf externe Finanzierung angewiesen sind.⁵⁾

Der negative und hoch signifikante Parameter in der Regressionsgleichung für die Preise zeigt, dass infolge der Liquiditätsbereitstellung die Preise in finanziell abhängigen Sektoren weniger stark gestiegen sind als in finanziell unabhängigen Sektoren. Dies erscheint auf den ersten Blick überraschend, denn die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen haben ja gerade das Ziel, die Preise zu erhöhen. Die Ergebnisse spiegeln jedoch das Zusammenspiel zwischen Liqui-

ditätsbereitstellung einerseits und einem negativen Liquiditätsschock andererseits wider. Unternehmen könnten in einem solchen Umfeld versuchen, einen negativen Liquiditätsschock zu kompensieren, indem sie ihre Margen ausweiten und ihre Preise erhöhen.⁶⁾ Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass Preiserhöhungen in finanziell abhängigen Sektoren im Zuge der Liquiditätsbereitstellung tendenziell geringer ausfielen, möglicherweise weil sie besonders stark von günstigeren Finanzierungskosten profitier-

3 Wir messen die Liquiditätsbereitstellung anhand der länderspezifischen TARGET-Salden. Auf diese Weise wird nicht nur die Liquiditätsbereitstellung in Form von Offenmarktgeschäften des Eurosystems erfasst, sondern das gesamte Ausmaß an Zentralbankliquidität, auf das die Mitgliedstaaten als Ausgleich für einen „Sudden Stop“ zurückgreifen können.

4 Wir verwenden cluster-robuste Standardfehler auf Ebene der einzelnen Länder. Vgl.: M. Bertrand, E. Duflo und S. Mullainathan (2004), How Much Should We Trust Differences-in-Differences Estimates?, The Quarterly Journal of Economics 119(1), S. 249–275; sowie M. A. Petersen (2009), Estimating Standard Errors in Finance Panel Data Sets: Comparing Approaches, Review of Financial Studies 22(1), S. 435–480.

5 Die Ergebnisse für die Nominal- und Reallöhne spiegeln sich auch in den nominalen und realen Lohnstückkosten wider. Die sektorale Arbeitsproduktivität hingegen wird von erhöhter Liquiditätsbereitstellung nicht wesentlich beeinflusst.

6 Die resultierenden inflationären Effekte von negativen Liquiditätsschocks werden in der jüngeren theoretischen Literatur bspw. beschrieben von: L. J. M. Christiano, S. Eichenbaum und M. Trabandt (2015), Understanding the Great Recession, American Economic Journal: Macroeconomics 7, S. 110–167; W. W. Dou und Y. Ji (2015), External Financing and Customer Capital: A Financial Theory of Markups, MIT, mimeo; sowie S. Gilchrist, S. Raphael, W. S. Jae und E. Zakrajsek, (2015), Inflation Dynamics During the Financial Crisis, Finance and Economics Discussion Series 2015-012, Board of Governors of the Federal Reserve System.

ten. Die Anpassung der Nominallohne unterscheidet sich hingegen nicht wesentlich. Im Ergebnis sind die Reallöhne in finanziell abhängigen Sektoren bei erhöhter Bereitstellung von Liquidität weniger stark gefallen. Dieser geringere Rückgang der Reallöhne war allerdings von einem stärkeren Rückgang der Beschäftigung in diesen Sektoren begleitet.

Diese empirischen Ergebnisse stehen im Einklang mit der theoretischen Arbeit von Schmitt-Grohé und Uribe (2016). Die Autoren betonen die Bedeutung von asymmetrischen Lohnrigiditäten bei fixen Wechselkursen. In einem solchen Umfeld können die Reallöhne durch höhere Preise reduziert werden. Demnach steigt die Arbeitslosigkeit, wenn die Reallöhne – aufgrund der nach unten hin starren nominalen Löhne – nicht genügend fallen.

Auch wenn diese Analyse keine Aussagen zur gesamtwirtschaftlichen Wirkung der Liquiditätsbereitstellung machen kann, zeigt sie einen wichtigen Trade-off auf. Einerseits kann die Bereitstellung von Liquidität gerade für diejenigen Bereiche der Wirtschaft, die besonders stark von einem negativen Liquiditätsschock getroffen sind wie beispielsweise der Bausektor, den preislichen Anpassungsdruck reduzieren. Die notwendigen Anpassungen der (relativen) Preise können damit über einen längeren Zeitraum gestreckt werden. Andererseits besteht aber die Gefahr, dass dieser Zeitgewinn durch eine höhere Arbeitslosigkeit erkaufte wird und dass notwendige (strukturelle) Anpassungen zu lange aufgeschoben werden.

■ Kapitalmarktunion

Kapitalmarktunion soll private Risikoteilung fördern, ...

Als zentrale Maßnahme zur Förderung der privaten Risikoteilung auf europäischer Ebene wird von der EU-Kommission die Verwirklichung einer Kapitalmarktunion vorangetrieben.²⁰⁾ Vor allem bei der grenzüberschreitenden Nutzung von Verbriefungen und Eigenkapitalinstrumenten sehen die Befürworter derzeit noch ein erhebliches Ausbaupotenzial, dessen Ausschöpfung nicht nur effizienzsteigernd wirke, sondern vor allem auch Substitute zu den prozyklischen Bankkrediten bereitstelle. Neben dem Effekt kompensierender Kapitalströme könnte bei Eigenkapitalinstrumenten auch eine breitere Verteilung der Einkommensrisiken stabilisierend wirken. Von Eigenkapitalgebern kann erwartet werden, dass sie sensibler auf die Wirtschaftspolitik in den Anlageländern reagieren und weniger Gefahr laufen, nicht tragfähige Entwicklungen vor Ort zu tolerieren, als beispielsweise Fremdkapitalgeber.

Die finanzielle Integration des Euro-Raums ist zwar bereits weit fortgeschritten und liegt deutlich über dem Grad anderer entwickelter Volkswirtschaften. Geht es aber darum, die implizite Risikoteilung über das Eurosystem zu begrenzen und zugleich den Zusammenhalt des Euro-Währungsgebiets zu stärken, ist die Integration anderer Länder in die Weltwirtschaft nicht der adäquate Maßstab. Vergleicht man stattdessen die private Risikoteilung innerhalb der EWU mit der Risikoteilung zwischen den einzelnen US-Staaten, besteht trotz der unbestreitbaren Fortschritte seit Einführung des Euro als gemeinsamer Währung nach wie vor ein erheblicher Nachholbedarf.²¹⁾ Marktintegration kann aller-

... die im Euro-Raum geringer ist als in den USA

²⁰ Vgl.: Europäische Kommission (2015), Aktionsplan zur Schaffung einer Kapitalmarktunion, http://ec.europa.eu/finance/capital-markets-union/docs/building-cmu-action-plan_de.pdf

²¹ Vgl.: J. Méliitz (2004), Risk Sharing and EMU, *Journal of Common Market Studies* 42, S. 815–840; oder Y. Demyanyk, C. Ostergaard und B. E. Sørensen (2008), Risk Sharing and Portfolio Allocation in EMU, *European Economy, Economic Papers* 334.

dings nicht heißen, dass Unterschiede in der Bewertung und der Ausgestaltung von Finanzinstrumenten zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der EWU völlig verschwinden werden. Solche Unterschiede können durchaus ökonomisch gerechtfertigt sein und dürfen dann keinesfalls politisch eingegeben werden.²²⁾

Ausbau des Marktes für Verbriefungen ...

Auf den Aktienmärkten sind durch den europäischen Aktionsplan zur Verwirklichung einer Kapitalmarktunion vermutlich nur geringe Auswirkungen zu erwarten. Zumindest die Aktien der wichtigsten börsennotierten Unternehmen werden bereits zu einem erheblichen Anteil von Gebietsfremden gehalten und international rege gehandelt. Dies zeigt nicht zuletzt der außerordentlich niedrige Home Bias für Aktien, der für einige Länder bereits eine Übergewichtung des europäischen Auslands gemessen an der Zusammensetzung des Weltportfolios ausweist. Andere Segmente des Kapitalmarkts wie Verbriefungen, das Crowdfunding oder Venture Capital sind in einigen Mitgliedstaaten jedoch noch vergleichsweise schwach entwickelt und auf europäischer Ebene stark fragmentiert.

... und Stärkung der Eigenkapitalfinanzierung

Des Weiteren bestehen in den meisten Mitgliedsländern nach wie vor steuerliche Vorteile bei der Aufnahme von Fremdkapital im Vergleich zur Eigenkapitalfinanzierung, wodurch die Möglichkeiten der Substituierung beeinträchtigt werden. Bei einer verstärkten Förderung grenzüberschreitender Eigenkapitalströme ist jedoch darauf zu achten, dass keine neuen Verzerrungen entstehen. Auch ist zu überprüfen, inwieweit marktbasierende Finanzierungsformen neue Risiken der Finanzstabilität nach sich ziehen, die zum Beispiel auf einer ausgeprägten Informationsasymmetrie zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern beruhen und gerade grenzüberschreitend besonders gravierend sein können. Darüber hinaus ist bei der privaten Risikoteilung sicherzustellen, dass die Risikoträger mögliche „Schadensfälle“ auch tatsächlich absorbieren können. Insbesondere dürfen keine neuen systemischen Risiken entstehen, die letztlich zu einem staatlichen Bail-out führen könnten. Um möglichen Fehlent-

wicklungen vorzubeugen, muss der Ausbau des gemeinschaftlichen Kapitalmarkts durch die Einführung geeigneter mikro- und makroprudenzialer Instrumente flankiert werden.²³⁾

Die Verantwortung der Mitgliedstaaten

Die internationale Risikoteilung über den Kapitalmarkt kann ebenso wie die Risikoteilung über eine Liquiditätsbereitstellung und -umverteilung durch das Eurosystem nur dann nachhaltig funktionieren, wenn es sich dabei tatsächlich um einen – im Sinne einer Versicherung – fairen Schutz gegen die Auswirkungen exogener Schocks handelt. Die „Versicherungsleistungen“ sollten sich also langfristig tendenziell ausgleichen oder zumindest a priori für alle Teilnehmer den gleichen Erwartungswert aufweisen. Weder der Kapitalmarkt noch die gemeinsame Geldpolitik können und sollten anhaltende Transferleistungen zum Ausgleich dauerhafter Ungleichgewichte bereitstellen. Bei der Implementierung des gemeinsamen Kapitalmarkts ist daher neben der Vereinheitlichung von Standards vor allem auf eine hohe Transparenz der Instrumente zu achten, und die Geldpolitik muss bei der Implementierung ihrer Instrumente hohe Qualitätsstandards sicherstellen. Dies gilt nicht nur für die Sicherheitsvorgaben bei traditionellen Refinanzierungsgeschäften, sondern insbesondere auch für die Durchführung von Sondermaßnahmen wie das erweiterte Wertpapierankaufprogramm (expanded Asset Purchase Programme: APP).

Versicherung statt Transferprinzip

Darüber hinaus liegt die Verantwortung für eine konsistente und tragfähige Wirtschaftspolitik aber bei den Mitgliedstaaten der Währungsunion selbst. Die Auswirkungen globaler Finanzzyklen auf die Entstehung makroökonomischer

Vermeidung von Vermögenspreislampen ...

²² Vgl.: Deutsche Bundesbank, Abbau grenzüberschreitender finanzieller Abhängigkeiten, Monatsbericht, Januar 2014, S. 71–83.

²³ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Kapitalmarktunion – Finanzstabilität und Risikoteilung, Finanzstabilitätsbericht 2015, S. 87–96.

Auslandsverbindlichkeiten und Vermögenspreise

Die langfristigen Auswirkungen anhaltender Mittelzu- oder -abflüsse auf die finanzielle und makroökonomische Stabilität einer Volkswirtschaft lassen sich beispielsweise an der Beziehung zwischen den kumulierten Kapitalströmen und den inländischen Vermögens- und Güterpreisen ablesen.¹⁾ Die Erfahrungen aus früheren Finanzkrisen haben gezeigt, dass Immobilienmärkte häufig im Zentrum spekulativer Blasen im Finanzsektor stehen. Darüber hinaus konstatiert die Literatur zur Wirkungsweise des internationalen Finanzzyklus eine enge Verknüpfung zwischen grenzüberschreitenden Bankkrediten und den Entwicklungen am Häusermarkt.²⁾

Im Folgenden wird diese Beziehung für die 11 Gründungsmitglieder der Europäischen Währungsunion sowie Griechenland mit Quartalsdaten vom ersten Vierteljahr 2005 bis zum letzten Quartal 2014 untersucht.³⁾ Kointegrationstests nach Pedroni (2001) und Kao et al. (1999) bestätigen auf einem Signifikanzniveau von 95%, dass die realen Häuserpreise (*house*) mit der „privaten“ Brutto-Auslandsverschuldung (*priv_debt*), der durchschnittlichen Eigenkapitalquote der Geschäftsbanken (*car*) und der konsolidierten Bilanzsumme des Eurosystems (*bal*) kointegriert sind.⁴⁾

Entsprechend dem von Kao und Chiang (2000) beschriebenen Vorgehen kommt eine auf Panel-Daten angepasste Version des „Dynamic Ordinary Least Square (DOLS)“-Schätzers nach Saikkonen (1992) sowie Stock und Watson (1993) zur Anwendung.⁵⁾ Der Endogenität in der Beziehung zwischen den Variablen und serieller Korrelation wird durch die Aufnahme länderspezifischer Leads und Lags der ersten Differenzen aller Variablen auf der rechten Seite der Regressionsgleichung Rechnung getragen.⁶⁾

$$\begin{aligned} house_{i,t} = & \alpha_{0,i} + \alpha_1 debt_{i,t} + \alpha_2 car_{i,t} \\ & + \alpha_3 bal_t + \sum_{k=-1}^1 \gamma_{i,k} \Delta debt_{i,t+k} \\ & + \sum_{k=-1}^1 \delta_{i,k} \Delta car_{i,t+k} \\ & + \sum_{k=-1}^1 \delta_{i,k} \Delta bal_{t+k} + \epsilon_{i,t} \quad (1) \end{aligned}$$

1 Die Unterpositionen des Auslandsvermögensstatus sind erst ab 2005 als Quartalsdaten verfügbar. Aufgrund der verkürzten Beobachtungsspanne ist – anders als in der Untersuchung auf S. 47 ff. – eine Unterteilung des Samples in die Zeit vor und nach Ausbruch der europäischen Schuldenkrise nicht möglich. Auch auf eine Differenzierung zwischen den Peripherieländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien sowie den übrigen EWU-Mitgliedstaaten wird wegen der begrenzten Zahl an Beobachtungen verzichtet.

2 Vgl.: M. Drehmann, C. Borio und K. Tsatsaronis (2012), *Characterising the Financial Cycle: Don't lose Sight of the Medium Term!*, BIS Working Paper 380.

3 Vgl.: M. Gelman, A. Jochem und S. Reitz (2016), *Transmission of global financial shocks to EMU member states: the role of monetary policy and national factors*, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 23/2016.

4 Vgl.: P. Pedroni (2001), *Purchasing Power Parity Tests in Cointegrated Panels*, *The Review of Economics and Statistics* 83, S. 727–731; sowie C. Kao, M.-H. Chiang und B. Chen (1999), *International R&D Spillovers: An Application of Estimation and Inference in Panel Cointegration*, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 61, S. 693–711. Alle hier angeführten Tests wurden beginnend mit nur zwei Variablen und schrittweiser Hinzunahme einer weiteren Variablen durchgeführt, bis eine Kointegrationsbeziehung bestätigt wurde (Bottom-up). Auf diese Weise wird ausgeschlossen, dass mehr als nur eine Kointegrationsbeziehung existiert. Die realen Häuserpreise werden durch den Logarithmus der mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex deflationierten Hauspreisindizes repräsentiert; die Daten zur privaten Brutto-Auslandsverschuldung (Auslandsverschuldung ohne TARGET-Verbindlichkeiten der Zentralbanken) werden mit dem nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) normiert; die konsolidierte Bilanzsumme des Eurosystems ist logarithmiert. Die Daten zu den harmonisierten Verbraucherpreisen, zum BIP und zur Eigenkapitalquote der Geschäftsbanken stammen von Eurostat, die Hauspreisindizes, TARGET-Salden und die konsolidierte Bilanz des Eurosystems werden von der EZB veröffentlicht, und die Angaben zur Auslandsverschuldung sind den „external debt statistics“ der Weltbank entnommen.

5 Vgl.: P. Saikkonen (1992), *Estimation and Testing of Cointegrated Systems by an Autoregressive Approximation*, *Econometric Theory* 8, S. 1–27; sowie J.H. Stock und M. Watson (1993), *A Simple Estimator of Cointegrating Vectors in Higher Order Integrated Systems*, *Econometrica* 61, S. 783–820.

6 Der Index *i* steht für die einzelnen Länder, *t* für die Quartale.

Die Koeffizienten der Leads und Lags gehen zwar in die Regression ein, sind aber nicht Bestandteil der Langfristbeziehung, die durch Gleichung (2) beschrieben wird.⁷⁾

$$\begin{aligned}
 house_{i,t} = & \frac{0,0019}{(0,0005)^{***}} priv_debt_{i,t} \\
 & - \frac{5,118}{(0,940)^{***}} car_{i,t} \\
 & + \frac{0,078}{(0,039)^{***}} bal_t
 \end{aligned} \quad (2)$$

Erwartungsgemäß geht eine hohe private Auslandsverschuldung mit erhöhten realen Häuserpreisen einher. Unerwünschten Entwicklungen auf den Immobilienmärkten kann somit grundsätzlich durch eine Steuerung des Kapitalverkehrs, welche die Höhe der Auslandsverbindlichkeiten begrenzt, entgegengewirkt werden. Die realen Häuserpreise werden jedoch auch von der Eigenkapitalausstattung der Geschäftsbanken und der Liquiditätsbereitstellung durch das Eurosystem beeinflusst. Den Mitgliedstaaten der EWU stehen insbesondere mit makroprudenziellen Maßnahmen, die an Bilanzkennzahlen der Geschäftsbanken ansetzen, daher grundsätzlich auch Instrumente zur Verfügung, die nicht im Konflikt mit dem im gemeinschaftlichen Besitzstand der EU verankerten freien Kapitalverkehr und dem OECD-Kodex zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs stehen.

Neben dem Immobiliensektor reagieren auch andere Märkte für Vermögensgüter sensibel auf den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr. Dies gilt insbesondere für Aktien, auf deren Bewertungsniveau im internationalen Vergleich der effektive Finanzmarktwechsellkurs einen Hinweis geben kann.⁸⁾ Dieser steht wiederum in einer stabilen Langfristbeziehung mit den gesamten Auslandsverbindlichkeiten eines Landes in Form von Eigenkapital (*ext_equ*) und Fremdkapital (*ext_debt*) und mit der öffent-

lichen Gesamtverschuldung (*gov_debt*), jeweils in Relation zum BIP:⁹⁾

$$\begin{aligned}
 refer_{i,t} = & \frac{15,820}{(3,092)^{***}} liab_equ_{i,t} \\
 & + \frac{14,128}{(3,090)^{***}} liab_debt_{i,t} \\
 & - \frac{102,149}{(16,043)^{***}} gov_debt_{i,t}
 \end{aligned} \quad (3)$$

In den EWU-Mitgliedstaaten ist also sowohl die Höhe der Auslandsverschuldung als auch das Ausmaß der extern bereitgestellten Eigenkapitalmittel für die Preisbildung an den heimischen Aktienmärkten relevant. Zudem ist der Beitrag beider Finanzierungsformen sehr ähnlich. Offensichtlich steigern auch Kapitalzuflüsse, die nicht unmittelbar für den Kauf von Aktien und Investmentzertifikaten verwendet werden, mittelbar die Nachfrage nach diesen Anlageformen. Anders als die gesamtwirtschaftlichen Auslandsverbindlichkeiten hat die öffentliche Verschuldung einen dämpfenden Einfluss auf die inländischen Aktienpreise. Während die kumulierten Kapitalzuflüsse aus dem Ausland und der daraus resultierende Aufbau von Auslandsverbindlichkeiten bis zu einem gewissen Grad die Attraktivität der heimischen Volkswirtschaft für ausländische Investoren abbilden, beeinträchtigt eine hohe Staatsverschuldung das Vertrauen der Investoren und wirkt in die entgegengesetzte Richtung. Damit sind solide Staats-

⁷ *t*-Werte stehen in Klammern. ***/** bezeichnen ein Signifikanzniveau von 1%/5%.

⁸ Der effektive Finanzmarktwechsellkurs vergleicht das internationale Preisniveau von Aktien und entspricht konzeptionell dem realen effektiven Wechselkurs für Güter. Die Gewichte der Partnerländer werden anhand der wechselseitigen Anteile an den Portfoliobeständen (CPIS) ermittelt und die bilateralen Wechselkurse (EZB) werden mit den nationalen Aktienpreisindizes (MSCI) deflationiert. Vgl.: M. Gelman, A. Jochem, S. Reitz (2015), Real Financial Exchange Rates and Capital Flows, *Journal of International Money and Finance* 54, S. 50–69.

⁹ Diese Aussage beruht auf den bereits genannten Kointegrationstests bei einem Signifikanzniveau von 95%.

finanzen ein wichtiger Beitrag der Wirtschaftspolitik, um die finanzielle Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu gewährleisten.

Ausgeprägte Kapitalzuflüsse wirken sich nicht nur in hohen Vermögenspreisen aus, sondern können auch die Verbraucherpreise in die Höhe treiben. Ähnlich dem effektiven Finanzmarktwechselkurs steht auch der reale effektive Wechselkurs auf Basis der Verbraucherpreise (*reer*)¹⁰ in einer langfristig stabilen Beziehung zu den Auslandsverbindlichkeiten einer Volkswirtschaft und zu dem öffentlichen Schuldenstand:

$$\begin{aligned} reer_{i,t} = & \frac{0,870}{(0,446)} * liab_equ_{i,t} \\ & + \frac{0,826}{(0,418)} ** liab_debt_{i,t} \\ & - \frac{6,791}{(1,605)} *** gov_debt_{i,t} \end{aligned} \quad (4)$$

Ein hoher effektiver Wechselkurs kann auf einer starken Nachfrage nach im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen beruhen, ist aber möglicherweise auch Ausdruck einer geringen preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Eine Interpretation dieser Größe bedarf ebenso wie die Ursache hoher Kapitalzuflüsse einer eingehenderen und situationsbezogenen Analyse. Langfristig ist eine hohe Verschuldung des Gesamtstaates aber in jedem Fall nur mit einer niedrigen Bewertung der Inlandswährung gemessen am realen effektiven Wechselkurs vereinbar, soll der Aufbau eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts vermieden werden.

¹⁰ Die realen effektiven Wechselkurse basieren auf den relativen Verbraucherpreisen gegenüber 42 Ländern, Quelle: Europäische Kommission.

Ungleichgewichte äußern sich unmittelbar in dem Aufbau von Vermögenspreisblasen.²⁴ Unter dem Gesichtspunkt einer langfristig tragfähigen Wirtschaftsentwicklung stellt sich daher die Frage, wie die Politik Einfluss auf die Beziehung zwischen kumulierten Kapitalflüssen und nationalen Vermögenspreisen nehmen kann.

Empirische Untersuchungen belegen, dass die Wirtschaftspolitik auch in finanziell offenen Volkswirtschaften durchaus in der Lage ist, die Bedeutung globaler finanzieller Bedingungen für die heimische Wirtschaft langfristig in Grenzen zu halten.

So zielen makroprudenzielle Maßnahmen darauf ab, die Kreditvergabe der Geschäftsbanken zu regulieren und einem übermäßigen Anstieg der realen Immobilienpreise vorzubeugen.²⁵ Im Gegensatz zu Kapitalverkehrskontrollen unterbrechen sie den globalen Finanzzyklus nicht an der Grenze zwischen In- und Ausland, sondern zwischen privaten Geschäftsbanken und

Immobilienkrediten. Da sie ohne eine Diskriminierung zwischen Inländern und Ausländern auskommen, ist es grundsätzlich möglich, sie mit dem Europäischen Binnenmarkt und den Prinzipien der Währungsunion in Einklang zu bringen. In den vergangenen Jahren hat der Ausschuss für Finanzstabilität (AFS) der Bundesregierung eine Reihe neuer Instrumente zur makroprudenziellen Aufsicht von Immobilienkrediten empfohlen,²⁶ die auch vom Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board: ESRB) befürwortet wer-

²⁴ Vgl.: M. K. Brunnermeier und I. Schnabel (2016), Bubbles and Central Bank: Historical Perspectives, in: M. D. Bord et al. (Hrsg.), Central Banks at a Crossroads: What can we Learn from History?, S. 493–562.

²⁵ Die realen Immobilienpreise setzen die Preise für Immobilien in Relation zu den Preisen für Konsumgüter.

²⁶ Ausschuss für Finanzstabilität, Empfehlung vom 30. Juni 2015 zu neuen Instrumenten für die Regulierung der Darlehensvergabe zum Bau und Erwerb von Wohnimmobilien, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2015/06/2015-06-30-PM22-empfehlung.pdf?__blob=publicationFile

... durch Einsatz makroprudenzieller Maßnahmen und ...

den.²⁷⁾ Die Koordination der ergriffenen Maßnahmen auf europäischer Ebene ist unerlässlich, um Verzerrungen zwischen den Mitgliedsländern und eine Nivellierung der Standards im Zuge eines Regulierungswettbewerbs zu vermeiden.²⁸⁾

... durch solide Finanzpolitik

Neben einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte ist die Politik aber auch im Rahmen der makroökonomischen Stabilität gefordert. Die in den Erläuterungen auf S. 57 ff. vorgestellten Schätzungen unterstützen die Auffassung, dass solide Staatsfinanzen helfen, die Attraktivität des Landes für internationale Anleger zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft auf den Weltmärkten zu fördern.

Makroökonomisches Überwachungsverfahren als Kontrollinstrument

Der makroökonomische Überwachungsprozess der EU ist grundsätzlich ein geeignetes Instrument, um das verantwortliche Handeln der Mitgliedstaaten zu überprüfen und eine konsistente Wirtschaftspolitik einzufordern. Im Rahmen des Verfahrens sollte insbesondere auf die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts geachtet werden. Er stellt die zentrale Säule zur Vorbeugung makroökonomischer Ungleichgewichte auf nationaler Ebene dar, die auf europäischer Ebene von einer wirksamen Finanzmarktregulierung und Bankenaufsicht ergänzt wird. Die bestehenden Koordinierungsmechanismen müssen jedoch durch neue Instrumente ergänzt werden, die es ermöglichen, die negativen Wechselwirkungen zwischen Staaten und Finanzmärkten nachhaltig zu durchbrechen, da nur so eine Verstärkung der nationalen Verantwortung auch glaubwürdig sein kann. Mögliche Reformansätze in diese Richtung hat die Bundesbank im Juni dieses Jahres vorgestellt.²⁹⁾

begünstigt die Übertragung möglicherweise unerwünschter finanzieller Einflüsse. Die globale Finanzkrise hat diese Zweischneidigkeit deutlich gemacht und einen erheblichen Reformbedarf des globalen Finanzsystems offenbart.

Die EWU stellt in diesem Zusammenhang eine Besonderheit dar, da die Mitgliedsländer die geldpolitische Autonomie an das Eurosystem abgegeben haben und ihnen somit ein wichtiges Anpassungsinstrument an exogene Schocks entzogen ist. Allerdings sind die Möglichkeiten der Geldpolitik im Umfeld globaler finanzieller Schocks ohnehin begrenzt. Dies gilt insbesondere für kleine offene Volkswirtschaften. Die gemeinsame europäische Geldpolitik ist demgegenüber durchaus in der Lage, Einfluss auf weltweite monetäre Entwicklungen zu nehmen. Darüber hinaus stellt die einheitliche Bereitstellung von Zentralbankliquidität in Verbindung mit der Möglichkeit, vorhandene Liquidität innerhalb des Eurosystems zwischen den Zentralbanken umzuverteilen, einen wirksamen Mechanismus zur Glättung der Auswirkungen finanzieller Schocks zwischen den Mitgliedstaaten dar.

Eine einheitliche Liquiditätsbereitstellung durch die Zentralbanken in Verbindung mit einem Ausgleich privater Kreditströme durch TARGET-Ströme zwischen den Zentralbanken impliziert allerdings eine Risikoverlagerung aus dem Privatsektor auf das Eurosystem. Außerdem besteht die Gefahr, dass nicht nur kurzfristige Störungen aufgefangen, sondern darüber hinaus strukturelle Ungleichgewichte genährt werden.

Die bereits eingeführten und geplanten weiteren Reformen des europäischen Rahmen-

■ Fazit

Die finanzielle Integration der Weltwirtschaft eröffnet prinzipiell allen Ländern Chancen einer effizienteren Kapitalallokation und einer besseren Diversifizierung von Risiken. Sie erhöht aber auch die wechselseitige Abhängigkeit und

²⁷ ESRB, Empfehlung zu Zwischenzielen und Instrumenten makroprudenzieller Maßnahmen, ESRB/2013/1, April 2013.

²⁸ Zu den Vorschlägen und Abstimmungsmechanismen makroprudenzieller Maßnahmen in Europa vgl.: Deutsche Bundesbank, Makroprudenzielle Politik, Finanzstabilitätsbericht 2015, S. 73–86.

²⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum, Monatsbericht, Juli 2016, S. 43–64.

werks zielen darauf ab, diesen Trade-off zu begrenzen. So ist es ein erklärtes Ziel der europäischen Kapitalmarktunion, die private Risikoteilung durch die Kapitalmärkte zu fördern. Darüber hinaus soll der Einheitliche Aufsichtsmechanismus eine wirksame und verzerrungsfreie Überwachung des Bankensektors gewährleisten. Auch die Kontrollmaßnahmen im Rahmen des Makroökonomischen Überwachungsverfahrens der EU tragen dazu bei, die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

Die These eines außenwirtschaftlichen Dilemmas mit der Notwendigkeit von Kapitalverkehrskontrollen angesichts einer zunehmenden Ohnmacht der Wirtschaftspolitik gegenüber globalen Faktoren wird für die Länder des Euro-Währungsgebiets nicht bestätigt. Stattdessen lässt sich eine Trinität der Währungsunion formulieren, in der die gemeinsame Geldpolitik im Verbund mit freiem Kapitalverkehr und einer effektiven Regulierung die Vereinbarkeit kurzfristiger Stabilisierung und einer tragfähigen Wirtschaftsentwicklung zumindest im Grundsatz ermöglicht.

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2015

Die operativen Erträge deutscher Banken erhöhten sich gegenüber 2014 trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds um 4,0 Mrd € auf 127,9 Mrd €. Dieser Effekt war maßgeblich durch eine Großbank getrieben, die ihre laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen beträchtlich steigern konnte. Den hingegen um 0,9 Mrd € auf 78,1 Mrd € rückläufigen Nettoertrag aus dem klassischen zinsbezogenen Geschäft kompensierten die Banken durch einen gestiegenen Provisionsüberschuss. Dieser erhöhte sich um 1,2 Mrd € auf 30,5 Mrd €.

Höhere Personalkosten und der Mehraufwand für die Erfüllung neuer regulatorischer Anforderungen, zu denen auch die erstmals im Berichtsjahr nach den neuen europäischen Vorgaben erhobene Bankenabgabe gehört, belasteten die Ausgabenseite. Im Ergebnis verschlechterte sich die Aufwand/Ertrag-Relation als Maß für die Kosteneffizienz um 1,2 Prozentpunkte auf 70,4%.

Erneut erwies sich der von den aktuellen makroökonomischen Rahmenbedingungen begünstigte geringe Bedarf für die Bildung von Wertberichtigungen in den Portfolios als Stützpfeiler der Ertragslage. Im Ergebnis erhöhte sich der Jahresüberschuss vor Steuern spürbar auf 26,5 Mrd €.

Der mit der zunehmenden Konzentration auf täglich fällige Einlagenprodukte verbundenen Laufzeitverkürzung auf der Passivseite stehen Kredite mit wesentlich längeren Zinsbindungsfristen gegenüber, was für sich genommen zwar den Ertrag aus dem zinsbezogenen Geschäft stützt, aber gleichzeitig das bilanzielle Fristentransformationsrisiko weiter ansteigen lässt.

Dank einer deutlich verbesserten bilanziellen Eigenkapitalausstattung ist die Widerstandsfähigkeit der deutschen Banken gegenüber den Belastungen durch das Niedrigzinsumfeld aktuell hoch. Im Berichtsjahr führten sie dem Eigenkapital mit 9,7 Mrd € erneut einen großen Teil des Jahresüberschusses zu.

*Positives real-
wirtschaftliches
Umfeld*

■ Geschäftsumfeld der Banken

Im Berichtsjahr war die deutsche Wirtschaft weiterhin in guter Verfassung. Die kräftigen Zuwächse der Beschäftigung zusammen mit deutlichen Entgeltsteigerungen und der durch den weiteren Ölpreisrückgang günstigen Entwicklung der Kaufkraft stützten den Konsum. Positive Impulse gingen zudem von den staatlichen Ausgaben für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen aus. Zusätzlichen Schub gaben die weiter steigenden Wohnungsbauinvestitionen. Im Dezember 2015 wurde mit einer Jahreswachstumsrate der Wohnungsbaukredite an private Haushalte von 3,5% die höchste Steigerung seit über 13 Jahren erreicht. Hingegen fiel der Zuwachs bei den gewerblichen Bauten im Jahresergebnis niedriger als 2014 aus. Der Außenhandel profitierte von dem günstigen Euro-Wechselkurs und der aufwärtsgerichteten Nachfrage aus dem Euro-Raum. Zum Jahresende fehlten aber Nachfrageimpulse aus China und den rohstofffördernden Schwellenländern.

*Aktueller Stand
der Banken-
union*

Nachdem der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism: SSM)¹⁾ am 4. November 2014 seine Arbeit aufgenommen hatte, wurde im Berichtsjahr mit den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM)²⁾ ein weiterer Pfeiler der Bankenunion geschaffen. Der SRM schafft einheitliche Vorschriften und ein einheitliches Verfahren für die Abwicklung von in Schieflage geratenen Kreditinstituten in den am SSM teilnehmenden Mitgliedstaaten.³⁾ Kernelemente sind der mit entsprechenden Entscheidungsbefugnissen ausgestattete einheitliche Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board: SRB) und der vom SRB verwaltete einheitliche Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund: SRF). Mit vollumfänglicher Aufnahme der Tätigkeit des SRB zum 1. Januar 2016 hat der SRF die nationalen Abwicklungsfonds der teilnehmenden Mitgliedstaaten abgelöst. Bis Ende 2023 soll der SRF sein Zielvolumen von mindestens 1% der gedeckten Einlagen aller in den teilneh-

menden Mitgliedstaaten zugelassenen Institute (rd. 55 Mrd €) erreicht haben. Im Berichtsjahr erfolgte die Erhebung der Bankenabgabe erstmals nach den neuen europäischen Vorgaben. Die deutschen Institute wendeten rund 1,6 Mrd € dafür auf.⁴⁾

Das anhaltende Niedrigzinsniveau stellt viele deutsche Kreditinstitute aufgrund ihrer zinsabhängigen Geschäftsmodelle vor zunehmend größere Herausforderungen. Dazu gehören auch die Bausparkassen,⁵⁾ die in diesem Beitrag erstmals in die Analyse mit aufgenommen wurden (vgl. hierzu auch die Erläuterungen auf S. 68 ff.). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Bundesbank haben im Berichtsjahr erneut eine Umfrage zur Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld durchgeführt, um einen Einblick in die Einschätzung der mittel- bis langfristigen Ertragsaussichten der besonders vom Zinsergebnis abhängigen Institute zu erhalten. Rund 1 500 der weniger signifikanten Kreditinstitute, die weiterhin der direkten Aufsicht dieser nationalen Behörden unterliegen, nahmen daran teil. Sowohl gemäß den institutseigenen Prognosen als auch auf Basis aufsichtlich vorgegebener Zinsschockszenarien erwarten die Institute, dass bei anhaltend niedrigen Zinsen ihre Profitabilität im Prognosezeitraum bis 2019 deutlich unter Druck geraten wird. Angesichts vorhandener Kapitalpuffer und verfügbarer stiller Reserven scheinen die

*Niedrigzins-
umfeld-
Umfrage 2015*

1 Siehe hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Der Start in die Bankenunion – Der einheitliche Aufsichtsmechanismus in Europa, Monatsbericht, Oktober 2014, S. 45 ff.

2 Siehe hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, Monatsbericht, Juni 2014, S. 31 ff.

3 Das sind die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, sowie etwaige freiwillig hinzutretende Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Währungsgebiets.

4 Gemäß Pressemitteilung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) zur Bankenabgabe vom 4. Dezember 2015 entfielen davon 0,9 Mrd € auf Groß- und Regionalbanken, 0,3 Mrd € auf Landesbanken, 0,2 Mrd € auf bestimmte weitere Institute wie Hypothekenbanken und Finanzdienstleister, 0,1 Mrd € auf Sparkassen, 0,06 Mrd € auf Genossenschaftsbanken und 0,04 Mrd € auf die Spitzeninstitute des Genossenschaftssektors.

5 Das Aggregat „Alle Bankengruppen“ wurde ab 1993 entsprechend erweitert. Siehe hierzu auch die Erläuterungen zum Berichtskreis auf S. 65.

Methodische Erläuterungen

HGB-Einzelabschlüsse und monatliche Bilanzstatistik als Datenbasis

Die vorliegenden Ergebnisse aus der Gewinn- und Verlustrechnung beruhen auf den veröffentlichten Jahresabschlüssen der Einzelinstitute gemäß den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Sie unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Konzeption als auch der Ausgestaltung und der Abgrenzung von den international üblichen IFRS-Rechnungslegungsstandards¹⁾ für kapitalmarktorientierte Bankengruppen, sodass ein direkter Vergleich der jeweiligen Geschäftsergebnisse oder bestimmter Bilanz- und GuV-Positionen zwischen dem nationalen und internationalen Buchungsrahmen aus methodischer Sicht nicht möglich ist.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit innerhalb Deutschlands empfiehlt sich für Zwecke der Ertragsanalyse die Betrachtung der Einzelabschlüsse. Ein Abstellen auf Konzernabschlüsse würde eine aussagekräftige Analyse erschweren, da zum einen ein Großteil der deutschen Banken nicht Teil eines Konzerns ist – diese müssten weiterhin mit ihren HGB-Einzelabschlüssen berücksichtigt werden – und zum anderen nicht alle Konzernabschlüsse unter Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards erstellt werden.

Die Werte für das bilanzielle Eigenkapital, die Bilanzsumme und sonstige Bestandsgrößen werden nicht den Jahresabschlüssen entnommen, sondern als jahresdurchschnittliche Werte auf der Grundlage der Gesamtinstitutsmeldungen zur monatlichen Bilanzstatistik berechnet.

Berichtskreis

Zum Berichtskreis der Statistik über die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken

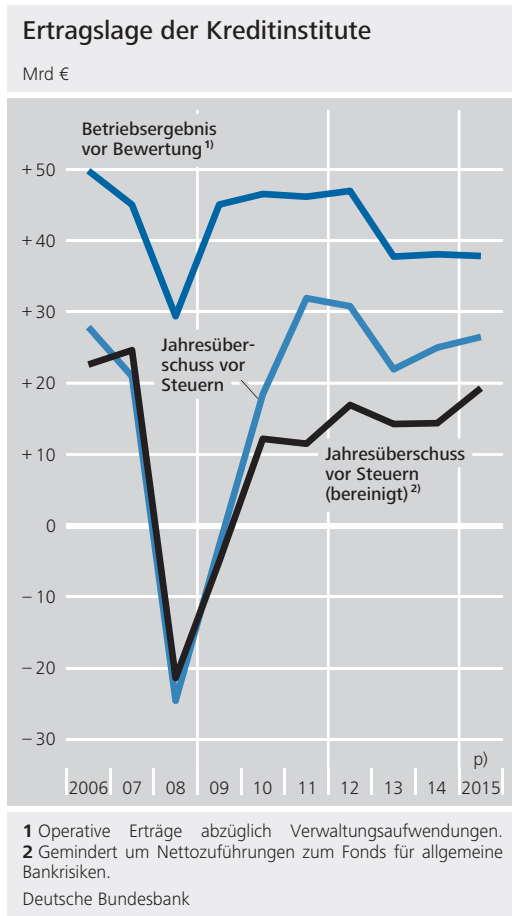
(GuV-Statistik) gehören sämtliche Banken im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG), die zugleich Monetäre Finanzinstitute sind und ihren Sitz in Deutschland haben. Zweigstellen ausländischer Banken, die von den Vorschriften des § 53 KWG befreit sind, Banken in Liquidation sowie Banken mit einem Geschäftsjahr unter 12 Monaten (Rumpfgeschäftsjahr) bleiben bei dieser Ertragsanalyse unberücksichtigt. Die Bankengruppe der Bausparkassen wurde erstmals in die Analyse mit aufgenommen und das Aggregat „Alle Bankengruppen“ ab 1993 entsprechend erweitert. Langfristige Zeitreihen zur Ertragslage sind als PDF-Dokument auf der Internetseite der Bundesbank abrufbar.²⁾

Berechnung des langfristigen Durchschnitts

Mit Beginn der Europäischen Währungsunion 1999 ist der für die Geldmengenberechnung und monetäre Analyse maßgebliche Berichtskreis von der EZB einheitlich für den gesamten Euro-Raum festgelegt und als Sektor der Monetären Finanzinstitute (MFI-Sektor) bezeichnet worden. In Abweichung zum bis dahin für die Bundesbank-Analyse maßgeblichen Berichtskreis gehören dazu auch die Bausparkassen. Wenn nicht explizit ein anderer Zeitraum erwähnt ist, umfassen die Berechnungen zum längerfristigen Durchschnitt die Jahre seit Beginn der Europäischen Währungsunion, das heißt von 1999 bis 2015.

¹ IFRS (International Financial Reporting Standards)-basierte Abschlüsse sind z. B. für Fragestellungen der makroprudenziellen Analyse und Überwachung von Relevanz, die sich auf systemisch relevante Banken und deren internationale Geschäftsaktivitäten (einschl. der Auslandstöchter) konzentrieren. Vgl. hierzu im Einzelnen: Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht 2013, November 2013.

² http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Banken_und_andere_finanzielle_Institute/Banken/GuV_Statistik/Tabellen/tabellen.html



bis 2019 prognostizierten Ertragseinbußen aus dem Niedrigzinsumfeld aber für die meisten Institute gegenwärtig verkräftbar zu sein.

Anzahl der Banken weiter rückläufig

Der Konsolidierungsprozess im Bankensektor hat sich im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. Im Wesentlichen als Folge von Fusionen im Genossenschaftssektor reduzierte sich die Anzahl der in der Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen (GuV-Statistik) berücksichtigten Kreditinstitute⁶⁾ weiter, sodass den nachfolgenden Ausführungen zu den Ergebnissen dieser Statistik ein Berichtskreis von 1 679 Banken (nach 1 715 im Vorjahr) zugrunde liegt.

■ Zinsüberschuss erhöht

Beträchtlicher Anstieg der laufenden Erträge

Der Zinsüberschuss der deutschen Kreditinstitute verbesserte sich im Berichtsjahr spürbar um 2,5 Mrd € auf 95,9 Mrd €. Damit steuerte er 75% zu den operativen Erträgen⁷⁾ bei, trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds 1,7 Pro-

zentpunkte mehr als im langfristigen Durchschnitt.⁸⁾ Getrieben wurde die positive Entwicklung vom Ergebnis außerhalb des eigentlich zintragenden Geschäfts primär durch den Anstieg der laufenden Erträge aus Aktien, anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen um 3,7 Mrd € auf 15 Mrd €. Diese Position machte zusammen mit den Erträgen aus Gewinnabführungen⁹⁾ 8,9% (17,8 Mrd €) aller im Zinsüberschuss berücksichtigten Erträge aus; im langfristigen Durchschnitt lag dieser Anteil bei 5,9%. Demgegenüber entwickelte sich der Nettoertrag aus dem klassischen zinsbezogenen Geschäft¹⁰⁾ um 0,9 Mrd € auf 78,1 Mrd € rückläufig. Dies bestätigt der Tendenz nach die Erwartungshaltung schwindender Ertragsaussichten im anhaltenden Niedrigzinsumfeld, wengleich kein Einbruch zu erkennen ist. In begrenztem Maße minderten Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung den Zinsüberschuss,¹¹⁾ auch weil die handelsrechtlichen Pensionsrückstellungen im Niedrigzinsumfeld zunehmend an den gestiegenen Marktwert der Pensionszusagen angepasst werden.¹²⁾

6 Siehe hierzu auch die Erläuterungen zu den HGB-Einzelabschlüssen und zur monatlichen Bilanzstatistik als Datenbasis auf S. 65.

7 Die operativen Erträge setzen sich aus dem Zinsüberschuss, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis zusammen.

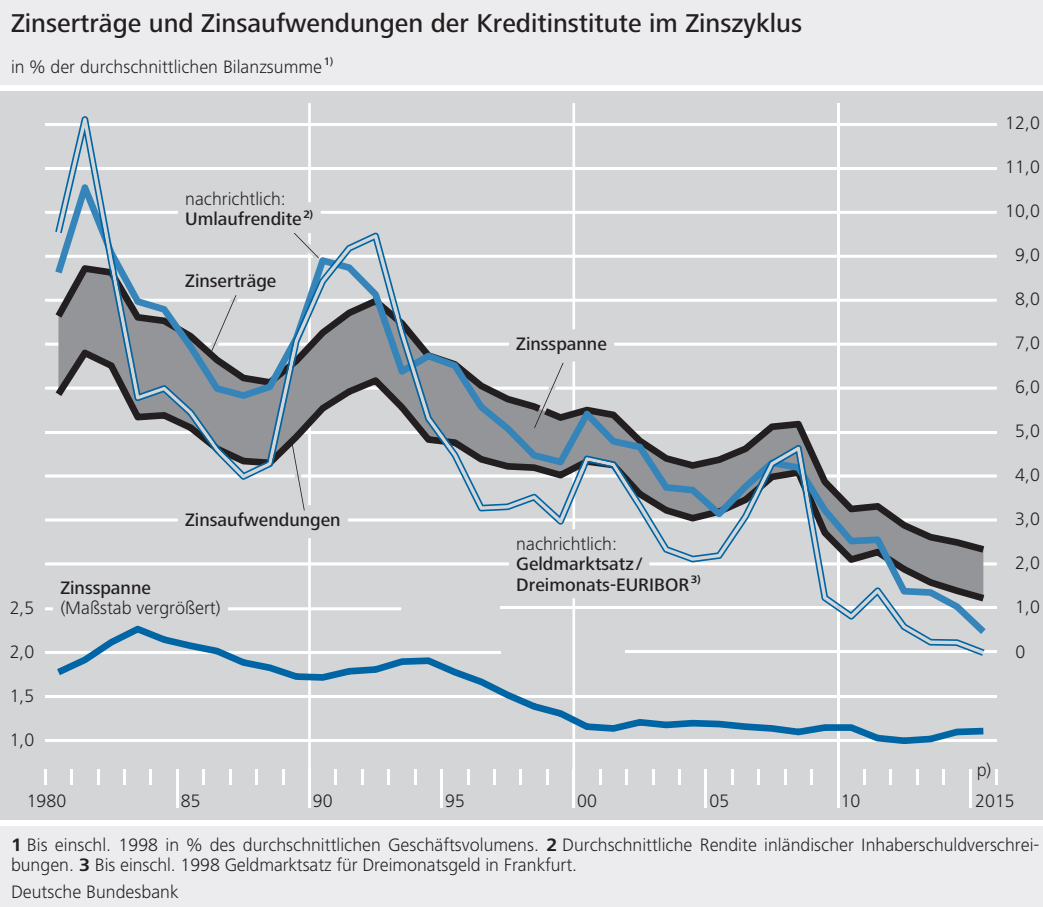
8 Siehe hierzu auch die Erläuterungen zum langfristigen Durchschnitt auf S. 65.

9 Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen.

10 Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen abzüglich Zinsaufwendungen.

11 Gemäß § 253 Abs. 2 HGB sind Pensionsverpflichtungen mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der Vergangenheit abzuzinsen und mit dem vorliegenden und zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden Deckungsvermögen zu saldieren. Die Ermittlung und Bekanntgabe der Diskontierungssätze erfolgt nach der Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung durch die Bundesbank. Ergebniswirkungen aus diesen Berechnungen gehen in den Zinsüberschuss, den Personalaufwand oder laut den veröffentlichten Geschäftsberichten auch vielfach in das sonstige betriebliche Ergebnis ein. Siehe hierzu auch: IDW, Stellungnahme zur Rechnungslegung: Handelsrechtliche Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen (IDW RS HFA 30), Tz. 85 ff.

12 Siehe hierzu auch: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank vom 18. August 2015 zur Entschließung des Deutschen Bundestages zum HGB-Rechnungszins für Pensionsrückstellungen (BT-Drs. 18/5256).



Zinsspanne
 kaum verändert

Trotz des deutlich gestiegenen Zinsüberschusses erhöhte sich die Zinsspanne, berechnet als Relation von Zinsüberschuss zur Bilanzsumme,¹³⁾ im Jahr 2015 nur marginal auf 1,11%.¹⁴⁾ Ursächlich hierfür waren Geschäftsausweitungen, die sich primär in der Bilanzsumme, aber weniger im Zinsergebnis niederschlugen. Die Zinsspanne gibt vor allem bei Kreditinstituten, die schwerpunktmäßig im klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft tätig sind, einen wichtigen Hinweis auf ihre allgemeine Ertragskraft. Dazu gehören im Besonderen die Kreditgenossenschaften und Sparkassen, deren Zinsspannen immer höher ausfallen als diejenigen der anderen Bankengruppen und zudem im Zeitverlauf eine geringere Volatilität aufweisen. Gleichwohl bestätigt die erneut rückläufige Entwicklung der Zinsspannen bei den Verbundinstituten den zunehmenden Margendruck; seit 2011 wuchsen die Zinsüberschüsse in diesen Banken auf Gruppenebene nahezu immer in geringerem Ausmaß als die Bilanzsummen. Im Berichtsjahr lag die Zinsspanne im Genossenschaftssektor mit 2,14%

um 0,07 Prozentpunkte und im Sparkassensektor mit 2,06% um 0,03 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr.

Die Refinanzierungssituation deutscher Banken ist weiterhin günstig. Das bescheinigten auch die an der regelmäßig von der Bundesbank durchgeführten Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS) teilnehmenden Banken. Die Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität lagen mit 0,05% beziehungsweise 0,30% im gesamten Berichtsjahr auf ihrem bis dahin erreichten niedrigsten Niveau in der Geschichte der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Zinssätze am Interbankenmarkt sanken auf immer neue historische Tiefststände; der Zinssatz für unbesicherte Geldmarktgeschäfte im

Günstiges
 Finanzierungs-
 umfeld

¹³ Siehe hierzu auch die Erläuterungen zur Datenbasis auf S. 65.

¹⁴ Auch die um das margenarme Interbankengeschäft bereinigte Zinsspanne wich mit 1,42% kaum vom Vorjahreswert ab.

Die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die Bausparkassen

Am deutschen Wohnimmobilienmarkt hat sich die dynamische Preisentwicklung fortgesetzt. Nach Berechnungen basierend auf Angaben der bulwiengesa AG nahmen die Preise für Wohnimmobilien in deutschen Städten im Berichtsjahr um durchschnittlich 6% zu.¹⁾ Wesentliche Ursache für den Preisanstieg ist die verstärkte Nachfrage nach Wohnimmobilien, die von günstigen Finanzierungsbedingungen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld und guten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestützt wird.

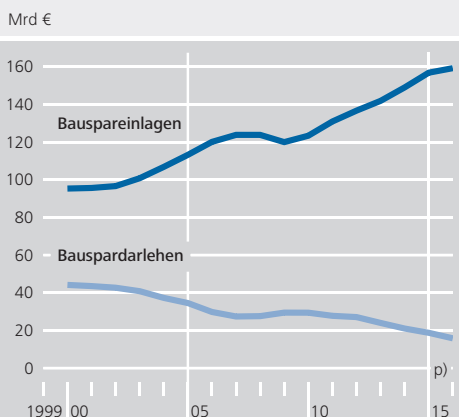
Eine wichtige Rolle bei der Immobilienfinanzierung spielen die 21 privaten und die öffentlich-rechtlichen deutschen Bausparkassen, die definitionsgemäß zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) gehören und deshalb seit Beginn der Währungsunion im Jahr 1999 für die Zwecke der monetären Analyse in die konsolidierte Bilanz der MFIs und in die Geldmengenberechnung einbezogen werden. Zwar macht ihre Bilanzsumme weniger als 3% der über alle Bankengruppen aggregierten Bilanzsumme aus, ihr Marktanteil an Krediten für Unterneh-

men und inländische Privatpersonen beträgt aber rund 10%.

Bausparkassen unterliegen insbesondere den Vorgaben des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sowie des Bausparkassengesetzes (BauSparkG) und werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Bundesbank beaufsichtigt. Das Bauspargeschäft ist darauf ausgerichtet, auf Basis langfristig abgeschlossener Verträge verzinsliche Einlagen entgegenzunehmen und aus den angesammelten Beträgen denjenigen Bausparern für wohnwirtschaftliche Maßnahmen Gelddarlehen auszureichen, die die Zuteilungsvoraussetzungen erfüllen, das heißt, deren Vertrag zuteilungsreif geworden ist. Dabei werden Guthaben- und Darlehensbedingungen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses als Festzins vereinbart.

Im anhaltenden Niedrigzinsumfeld der letzten Jahre verzichteten vermehrt Bausparer zuteilungsreifer, hochverzinsten Altverträge auf die Aufnahme des Bauspardarlehens und nutzten stattdessen die günstigen Guthabenzinsen als lukrative Anlagemöglichkeit. Einen etwaigen Finanzierungsbedarf für wohnwirtschaftliche Maßnahmen deckten sie über Immobilienkredite zu aktuellen Marktkonditionen deutlich unterhalb der vereinbarten Darlehenszinsen aus den zuteilungsreifen Altverträgen. Auch aus diesem Grund hat sich der schon seit Mitte der neunziger Jahre zu beobachtende Rückgang der Bauspardarlehen, trotz der zunehmenden Nachfrage nach Wohnimmobilien und der steigenden Kreditvergabe von Banken, in den vergangenen Jahren weiter fort-

Bauspareinlagen und Bauspardarlehen von Nichtbanken bei den Bausparkassen



Deutsche Bundesbank

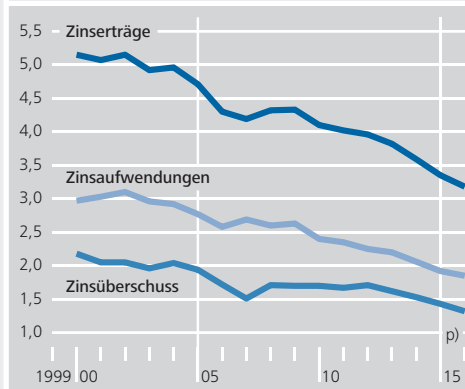
¹ Vgl. hierzu auch: Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2015, Monatsbericht, Februar 2016, S. 53 ff.

gesetzt. Gleichzeitig ist aber die Anzahl der neu abgeschlossenen Bausparverträge seit ihrem Tiefpunkt im Jahr 2009 wieder deutlich gestiegen. Mit diesen Neuabschlüssen sichern sich Bausparer die aktuell günstigen Zinsen für zukünftige Immobilienvorhaben beziehungsweise eine günstige Anschlussfinanzierung. Dabei haben sich auch die Bausparsummen erhöht.

Diese Zunahme von Bauspareinlagen auf der Passivseite bei gleichzeitigem Rückgang der Bauspardarlehen auf der Aktivseite stellt die Bausparkassen vor große Herausforderungen, nachhaltig Erträge zu erwirtschaften, da ihre Geschäftstätigkeit und Anlagemöglichkeiten strengen gesetzlichen Vorgaben unterworfen sind. So dürfen Einlagen nur vorübergehend und in begrenztem Umfang zur Refinanzierung von Vor- und Zwischenkrediten verwendet werden. Darüber hinaus dürfen die Bausparkassen die freien Kollektivmittel weitestgehend nur in sichere Anlagen wie zum Beispiel Bundesanleihen, die derzeit nur eine geringe Rendite haben, investieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die Tarifkonditionen der Altverträge nicht an die veränderten Marktgegebenheiten angepasst werden können. Deshalb verringerte sich der Zinsüberschuss von 2011 bis 2015 um 16% auf nur noch 2,8 Mrd €, während die Bilanzsumme im gleichen Zeitraum stetig gestiegen ist. Diese Besonderheiten erklären den erheblichen Rückgang der Zinsspanne, die sich von 1,71% im Jahr 2011 auf nur noch 1,32% im Jahr 2015 deutlich verringert hat.²⁾ Die rückläufige Entwicklung im Zinsüberschuss konnte auch nicht durch eine Verbesserung des strukturell negativen Provisionsergebnisses – wie in den Vorjahren schlug dieses im Berichtsjahr mit einem hohen Nettoaufwand von 0,6 Mrd € zu Buche – kompensiert werden; im Gegensatz zu den meisten anderen Bankengruppen nehmen die Bausparkassen kaum Provisionserträge ein, sondern verbuchen im

Zinserträge, Zinsaufwendungen und Zinsüberschuss der Bausparkassen

in % der Bilanzsumme



Deutsche Bundesbank

Wesentlichen Provisionsaufwendungen für Vertragsabschlüsse und die Vermittlung durch Vertriebspartner. Zudem tragen das sonstige betriebliche Ergebnis und das Handelsergebnis kaum zur Steigerung der Profitabilität bei, da beide Ergebniskomponenten für die Bausparkassen nur eine sehr geringe bis gar keine Rolle spielen. Mit 2,2 Mrd € befanden sich die operativen Erträge auf neuem historischen Tiefststand. Bei gleichzeitig erheblich reduzierten Verwaltungsaufwendungen auf nur noch 1,7 Mrd € fiel die Aufwand/Ertrag-Relation im Vergleich zum Vorjahr zwar nur geringfügig höher aus, lag aber deutlich oberhalb des langfristigen Durchschnitts, was die Verschlechterung der Kosteneffizienz untermauert.

Insbesondere die mit ihrem speziellen Geschäftsmodell verbundenen regulatorischen Vorgaben erlauben es den Bausparkassen nur bedingt, neben dem Zinsergebnis alternative Ertragsquellen zu erschließen. In den letzten Jahren profitierten sie noch von der geringeren Kreditrisikovorsorge. Gegenüber

²⁾ Für eine detaillierte Analyse der Ertragslage der Bausparkassen siehe: M. Köhler (2015), Die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die Ertragslage der Bausparkassen, Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft, Ausgabe 5, S. 316–322.

dem Vorjahr hatte sich das Bewertungsergebnis auf – 0,1 Mrd € zwar deutlich verschlechtert, lag aber gemessen an der Bilanzsumme mit – 0,03% immer noch über dem langfristigen Durchschnittswert von – 0,05%. Im Ergebnis fiel der Jahresüberschuss vor Steuern mit 0,4 Mrd € um die Hälfte niedriger aus als im Vorjahr, sodass sich die Eigenkapitalrentabilität bei gestärkter Eigenkapitalausstattung auf 4,5% nahezu halbierte.

Den geänderten Rahmenbedingungen und dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld hat der Gesetzgeber Rechnung getragen und das zuletzt im Jahr 1990 geänderte BauSparkG sowie die Bausparkassen-Verordnung zum Jahresende 2015 umfassend novelliert. Eine wichtige Neuerung ist die flexiblere Verwendung des „Fonds zur bauspartechnischen Absicherung“ (FbtA). Der ursprüngliche Zweck dieses Sonderpostens bestand darin,

für gleichmäßige, möglichst kurze Wartezeiten zwischen dem Beginn des Bausparvertrags und dessen Zuteilung zu sorgen, auch wenn die Liquidität mangels neuer Bausparanlagen knapp ist. Durch die Gesetzesänderung kann der FbtA nun auch dazu eingesetzt werden, die für den nachhaltigen Betrieb des Bauspargeschäfts erforderliche kollektiv bedingte Zinsspanne sicherzustellen und durch erfolgswirksame Auflösungen Ertragsbelastungen im aktuellen Niedrigzinsumfeld entgegenzuwirken. Zudem wurde es den Bausparkassen ermöglicht, in begrenztem Umfang risikoreichere Anlagen, zum Beispiel in Aktien, zu tätigen.

Interbankenhandel EURIBOR (Euro InterBank Offered Rate) mit einer Laufzeit von drei Monaten lag monatsdurchschnittlich im Dezember mit – 0,13% deutlich im negativen Bereich, der unbesicherte Interbanken-Tagesgeldsatz EONIA (Euro OverNight Index Average) notierte sogar bei – 0,2%. Angesichts der reichlichen Liquiditätsversorgung durch die geldpolitischen Sondermaßnahmen hat sich aber auch die Überschussliquidität¹⁵⁾ auf den Girokonten bei der Bundesbank von Dezember 2014 bis Dezember 2015 auf knapp 200 Mrd € nahezu vervierfacht. Der auf diese Guthaben zu zahlende Zins – seit Juni 2014 ist der Zinssatz für die Einlagefazilität negativ¹⁶⁾ – sorgte bei den Kreditinstituten im Berichtsjahr für Aufwendungen in Höhe von 248 Mio €. ¹⁷⁾ Diese waren damit zwar fast siebenmal so hoch wie im Jahr zuvor, reduzierten aber die Zinserträge, sofern sie dort als Negativkomponente verbucht wurden, ¹⁸⁾ trotzdem nur um 0,1%.

Mit Ankündigung der Erweiterung der bereits bestehenden Wertpapierankaufprogramme (zum expanded Asset Purchase Programme: APP) durch das Eurosystem zum Jahresbeginn 2015 gaben die Anleiherenditen nochmals spürbar nach. Die deutsche Zinsstrukturkurve¹⁹⁾ flachte weiter ab und verschob sich nach unten. Für sich genommen belastet diese Entwicklung insbesondere die Zinsmargen derjenigen Banken, die ihren Ertrag zu einem großen Teil aus der bilanziellen Fristentransformation generie-

*Zinsstrukturkurve
geprägt von
Negativrenditen
in den kurz- bis
mittelfristigen
Laufzeiten*

¹⁵ Summe aus Überschussreserven und Einlagefazilität.

¹⁶ Am 11. Juni 2014 wurde die Verzinsung der Einlagefazilität auf – 0,10% gesenkt, am 10. September 2014 auf – 0,2% und am 9. Dezember 2015 auf – 0,3%. Seit dem 16. März 2016 liegt sie bei – 0,4%.

¹⁷ Siehe hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 2015, S. 93.

¹⁸ Bisher gibt es keine explizite Ausweisvorschrift für die Abbildung negativer Zinsen innerhalb des Zinsergebnisses, sodass es zu institutsindividuellen Unterschieden kommen kann.

¹⁹ Zinssätze für (hypothetische) Nullkuponanleihen ohne Kreditausfallrisiko mit Restlaufzeiten im Bereich von zwei bis zehn Jahren, geschätzt auf Basis der Kurse von Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen.

Wichtige Ertrags- und Aufwandspositionen für einzelne Bankengruppen 2015^{p)}

in % der operativen Erträge

Position	Alle Banken- gruppen	Groß- banken	Regio- nal- banken	Landes- banken	Spar- kassen	Ge- nos- schaft- liche Zentral- banken	Kredit- genos- schaften	Real- kredit- institute	Bau- spar- kassen	Banken mit Sonder- aufga- ben
Zinsüberschuss	75,0	67,8	65,9	82,5	78,1	71,4	78,4	100,2	126,3	79,2
Provisionsüberschuss	23,8	36,0	26,0	10,0	22,7	19,1	21,0	- 0,5	- 26,2	17,7
Nettoergebnis des Handelsbestandes	2,9	7,6	1,7	5,4	0,0	15,5	0,0	- 0,1	0,0	0,2
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	- 1,7	- 11,4	6,4	2,1	- 0,9	- 5,9	0,6	0,4	- 0,1	2,8
Operative Erträge	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen	- 70,4	- 82,9	- 64,6	- 69,1	- 68,9	- 63,1	- 66,6	- 51,2	- 77,8	- 52,5
davon:										
Personalaufwand	- 36,0	- 35,0	- 28,5	- 35,0	- 43,5	- 29,7	- 40,2	- 22,0	- 32,1	- 26,6
Andere Verwaltungs- aufwendungen	- 34,4	- 48,0	- 36,1	- 34,2	- 25,4	- 33,3	- 26,4	- 29,2	- 45,7	- 25,9
Bewertungsergebnis	- 2,8	0,3	- 6,0	- 11,2	0,3	5,9	- 2,1	- 14,6	- 3,2	- 10,9
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 6,1	- 9,0	- 18,7	- 1,6	- 1,3	- 30,2	- 0,6	- 0,9	- 0,1	7,8
Nachrichtlich:										
Jahresüberschuss vor Steuern	20,7	8,3	10,7	18,1	30,1	12,6	30,6	33,3	18,9	44,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 6,6	- 3,3	- 3,8	- 7,7	- 9,8	- 20,6	- 9,7	- 4,4	- 3,5	- 1,6
Jahresüberschuss nach Steuern	14,1	5,0	6,9	10,4	20,3	- 8,0	21,0	29,0	15,5	42,7

Deutsche Bundesbank

ren. Bei volatiler Entwicklung im weiteren Jahresverlauf war die Zinsstruktur vor allem von einer Ausweitung der Negativrenditen in den unteren Laufzeitbereichen geprägt. Diese lässt die Mittelaufnahme über den Geld- oder Kapitalmarkt im Vergleich zur Einlagenfinanzierung zunehmend attraktiver werden, da die markt-basierte Finanzierung im Gegensatz zu Einlagen von Privatkunden und nichtfinanziellen Unternehmen nicht der geschäftspolitisch beziehungsweise wettbewerblich motivierten Nullzinsgrenze unterliegt. Vor allem bei Banken, die sich überwiegend über Einlagen von Privatkunden und Unternehmen finanzieren, dürfte sich dieser Effekt in weiter sinkenden Zinsüberschüs-

sen niederschlagen und Anpassungen in der Konditionengestaltung oder der Finanzierungsstruktur nach sich ziehen.²⁰⁾

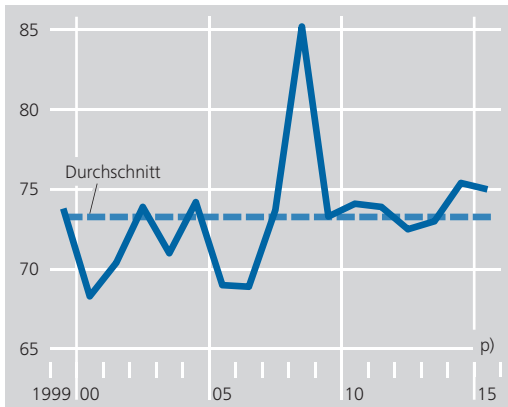
Wie in den Vorjahren war die Passivseite der Bankbilanzen von dem Aufbau kurz- sowie dem Abbau längerfristiger Einlagen insbesondere durch Nichtbanken charakterisiert. Zusätzlich hat die erneut gestiegene Sparquote bei deut-

Erhöhung des Fristentransformationsrisikos durch anhaltenden Sichteinlagenaufbau

²⁰ Bspw. reduzierte sich die monatsdurchschnittliche Umlaufrendite von Bankschuldverschreibungen mit einer mittleren Laufzeit von über ein bis zwei Jahren von 0% im Januar 2016 auf - 0,2% im Juli 2016, während die Verzinsung von Sichteinlagen privater Haushalte im gleichen Zeitraum von 0,12% auf 0,08% (Zinsstatistik, Monatsstände) deutlich weniger abnahm.

Anteil des Zinsüberschusses deutscher Banken an den operativen Erträgen*)

in %



* Berechnet aus den jährlichen Gesamttaggregaten.
 Deutsche Bundesbank

lich höheren verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie die Liquiditätsstärke der deutschen Unternehmen den anhaltenden Sichteinlagenaufbau begünstigt. Durch die mit der zunehmenden Konzentration auf täglich fällige Einlagenprodukte verbundene Laufzeitverkürzung auf der Passivseite werden immer mehr Kredite mit wesentlich längeren Zinsbindungsfristen kurzfristig finanziert. Besonders die im klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft tätigen Verbundinstitute sind dadurch einem erhöhten bilanziellen Fristentransformationsrisiko ausgesetzt; seit 2008 – kurz nach Beginn der Finanzkrise – hat sich der Anteil der Passivseite der Bilanz, der auf Sichteinlagen von Nichtbanken entfällt, bei den Kreditgenossenschaften auf rund 43% und bei den Sparkassen auf rund 41% nahezu verdoppelt. Demgegenüber weitete sich der Anteil der Aktivseite der Bilanz, der auf an Nichtbanken ausgereichte langfristige Kredite entfällt, bei den Kreditgenossenschaften nur um 5,4 Prozentpunkte auf knapp 54% und bei den Sparkassen lediglich um 5,8 Prozentpunkte auf gut 56% aus.

Abnehmende Bedeutung marktbasierter Finanzierung

Vor dem Hintergrund des weiter gewachsenen Einlagenbestandes bei den Banken und der günstig vom Eurosystem zur Verfügung gestellten Liquidität nahm die Bedeutung der marktbasierter Finanzierung kontinuierlich ab. Seit 2008 hat sich der Anteil börsenfähiger Schuld-

verschreibungen an der Bilanzsumme um fast ein Drittel auf rund 15% reduziert. Dabei dürfte der fortgesetzte gezielte Bilanzabbau gerade bei den kapitalmarktorientierten Landesbanken und Realkreditinstituten eine entscheidende Rolle gespielt haben. Auf der Nachfrageseite dürften die strengeren regulatorischen Vorgaben das Engagement institutioneller Anleger insbesondere in lang laufenden unbesicherten Bankschuldverschreibungen unattraktiver gemacht haben.²¹⁾ Im Berichtsjahr fielen bei den Bankschuldverschreibungen die Tilgungen um 77,3 Mrd € höher aus als die Neuemissionen.

Im Berichtsjahr sind die Buchkredite an den Privatsektor spürbar gestiegen. Das Volumen der Buchkredite an private Haushalte (bereinigt um Kreditverbriefungen und -verkäufe) nahm um insgesamt 2,8% zu. Wie bereits im Vorjahr ging dieses Wachstum im Wesentlichen von den Krediten für den privaten Wohnungsbau aus, deren Jahreswachstumsrate sich im vergangenen Jahr spürbar beschleunigte und im Dezember 2015 mit 3,5% die höchste Steigerung seit über 13 Jahren erreichte. Das historisch günstige Zins- und Finanzierungsumfeld – die durchschnittlichen Bankzinsen für Wohnungsbaukredite im Neugeschäft reduzierten sich im Jahresverlauf weiter von 2,0% auf 1,8% – sowie die gesunkene Attraktivität alternativer Anlagemöglichkeiten trugen maßgeblich zur hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien und damit verbundenen Krediten bei.

Kreditgeschäft profitiert erneut von der Kreditvergabe für den Wohnungsbau

Im Gegensatz zum Vorjahr verzeichneten die an nichtfinanzielle Unternehmen vergebenen Buchkredite im Berichtsjahr per saldo einen leichten Zuwachs. Das Wachstum blieb mit

Unternehmenskredite mit leichtem Plus, deutsche Staatsausleihungen rückläufig

²¹ Für Versicherungsunternehmen sind Investitionen in lang laufende unbesicherte Kapitalanlagen im Vergleich zu kurzfristigen Engagements mit mehr Eigenkapital zu unterlegen. Für Banken gelten Investitionen in lang laufende unbesicherte Bankschuldverschreibungen nicht als hochliquide Aktiva gemäß der zum 1. Oktober 2015 als bindende Messgröße in der Europäischen Union neu eingeführten Mindestliquiditätsabdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio: LCR). Diese setzt den Bestand an hochliquiden Zahlungsmitteln ins Verhältnis zu den Netto-Zahlungsmittelabflüssen innerhalb der nächsten 30 Tage und muss im Anschluss an das Phasing-in ab 2019 immer über 100% liegen.

Strukturdaten der deutschen Kreditwirtschaft

Stand am Jahresende

Bankengruppe	Zahl der Institute ¹⁾			Zahl der Zweigstellen ¹⁾			Zahl der Beschäftigten ²⁾		
	2013	2014	2015 ^{p)}	2013	2014	2015 ^{p)}	2013	2014	2015 ^{p)}
Alle Bankengruppen	1 866	1 830	1 793	36 155	35 264	34 001	644 800	639 050	626 237
Kreditbanken	296	295	287	10 142	9 954	9 697	³⁾ 170 700	³⁾ 171 200	³⁾ 169 250
Großbanken	4	4	4	7 610	7 443	7 240	.	.	.
Regionalbanken	178	176	171	2 401	2 363	2 312	.	.	.
Zweigstellen ausländischer Banken	114	115	112	131	148	145	.	.	.
Landesbanken	9	9	9	434	408	402	33 400	33 500	32 600
Sparkassen	417	416	413	12 323	11 951	11 459	244 000	240 100	233 700
Genossenschaftliche Zentralbanken	2	2	2	11	11	11	5 250	5 350	5 587
Kreditgenossenschaften	1 081	1 050	1 025	11 541	11 269	10 822	⁴⁾ 160 100	⁴⁾ 158 700	⁴⁾ 155 300
Realkreditinstitute	17	17	16	50	48	49	.	.	.
Bausparkassen	22	21	21	1 624	1 598	1 536	⁵⁾ 14 450	⁵⁾ 14 000	⁵⁾ 13 550
Banken mit Sonderaufgaben	22	20	20	30	25	25	⁶⁾ 16 900	⁶⁾ 16 200	⁶⁾ 16 250

¹ Quelle: Bankstellenstatistik, in: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik, Statistisches Beiheft 1 zum Monatsbericht, S. 104. Kreditinstitutsbegriff auf KWG bezogen, insoweit Abweichungen zu Angaben in der „Bilanzstatistik“ und der „Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen“. ² Anzahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten, ohne Deutsche Bundesbank. Quellen: Angaben aus Verbänden, sowie eigene Berechnungen. ³ Beschäftigte im privaten Bankgewerbe, einschl. der Realkreditinstitute in privater Rechtsform. ⁴ Nur im Bankgeschäft hauptberuflich Beschäftigte. ⁵ Nur im Innendienst Beschäftigte. ⁶ Beschäftigte bei öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (Realkreditinstitute in öffentlicher Rechtsform) und bei öffentlich-rechtlichen Banken mit Sonderaufgaben.

Deutsche Bundesbank

einer Jahresrate von 0,5% im Dezember 2015 jedoch sehr moderat, auch bedingt durch die Substitution von Bankkrediten mit Eigenmitteln und anderen Kreditquellen. Dagegen reduzierten sich die Ausleihungen an den inländischen öffentlichen Sektor, deren Jahresänderungsrate im Dezember 2015 bei – 0,7% lag.

Zinsüberschuss nach Bankengruppen

Zinsüberschüsse der Großbanken und Genossenschaftlichen Zentralbanken deutlich gestiegen

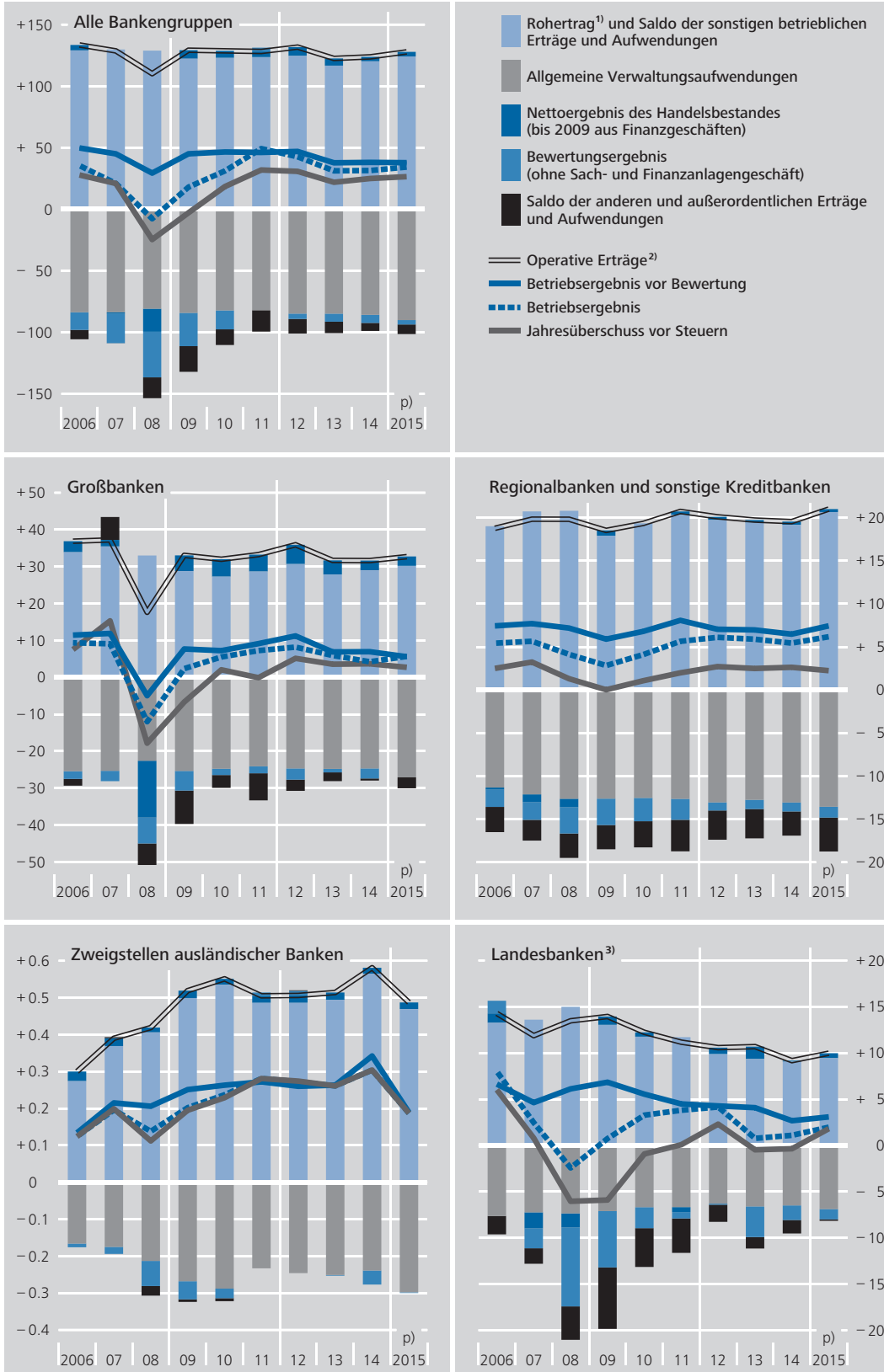
Im Großbankensektor und bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken sind die laufenden Erträge und Erträge aus Gewinnabführungen für die Höhe des Zinsüberschusses traditionell wichtiger als in den anderen Bankengruppen. Bei den Großbanken weitete sich der Zinsüberschuss um 1,7 Mrd € auf 22,2 Mrd € (67,8% der operativen Erträge) aus. Dabei stieg der Ergebnisbeitrag aus laufenden Erträgen und Erträgen aus Gewinnabführungen in der Summe um 2,3 Mrd € auf 10 Mrd €, während sich das Ergeb-

nis aus dem klassischen zinsbezogenen Geschäft um 0,7 Mrd € auf 12,2 Mrd € rückläufig entwickelte. Der Zinsüberschuss bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken wuchs um 0,4 Mrd € auf 1,5 Mrd € (71,4% der operativen Erträge). Hier nahm die Summe der laufenden Erträge und der Erträge aus Gewinnabführungen um 0,3 Mrd € auf 0,9 Mrd € zu. Zudem verbesserte sich das Ergebnis aus dem klassischen zinsbezogenen Geschäft um 0,1 Mrd € auf 0,6 Mrd €. Diese Entwicklung ging aber nicht auf Margenausweitungen, sondern hauptsächlich auf Sondereffekte zurück.²²⁾ Bei gleichzeitig gestiegenen Bilanzsummen erhöhte sich die Zinsspanne der Großbanken um 0,04 Prozentpunkte auf 0,81% und der Genossenschaftlichen Zentralbanken um 0,11 Prozentpunkte auf 0,51%.

²² Zum einen fiel eine Sonderbelastung von 0,1 Mrd € aus dem Vorjahr weg, und zum anderen erhöhte sich das Zinsergebnis um 0,1 Mrd € als Folge der Umgliederung von Derivateerträgen und -aufwendungen mit Zinscharakter aus dem Handelsergebnis.

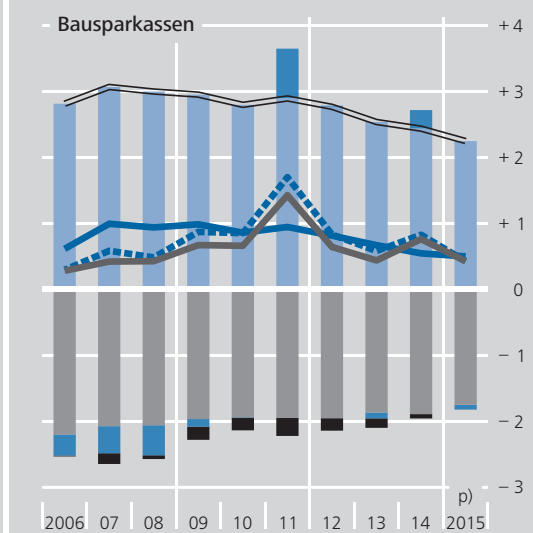
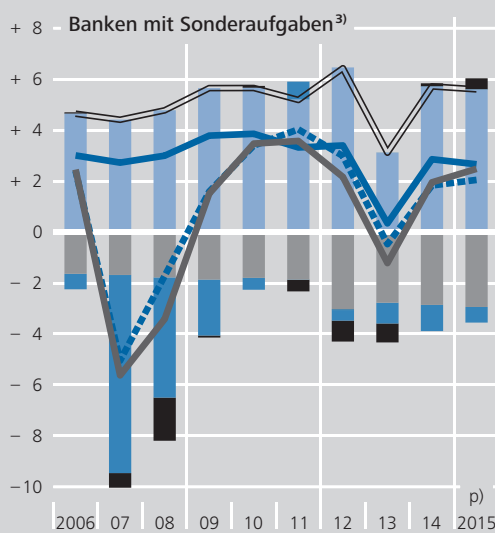
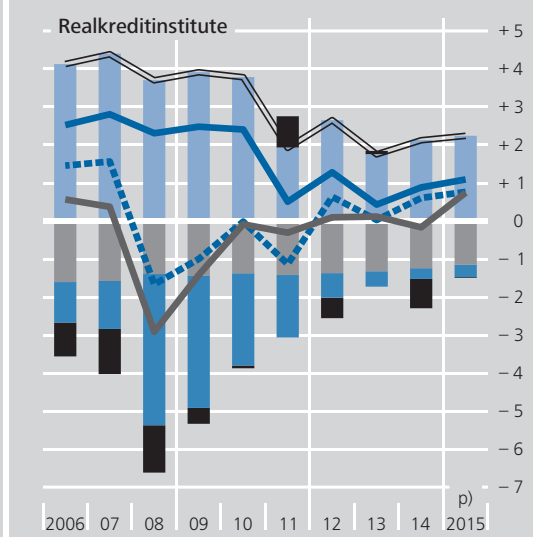
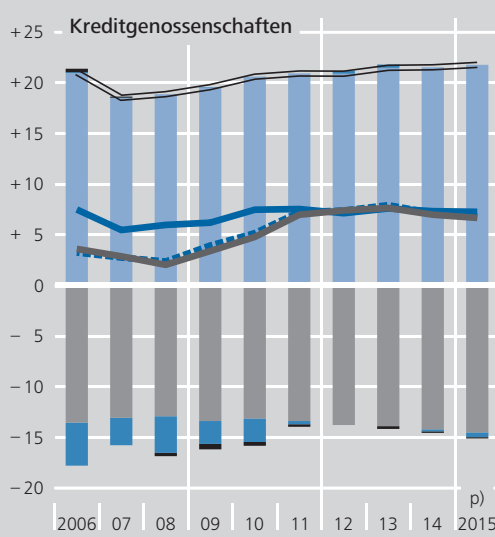
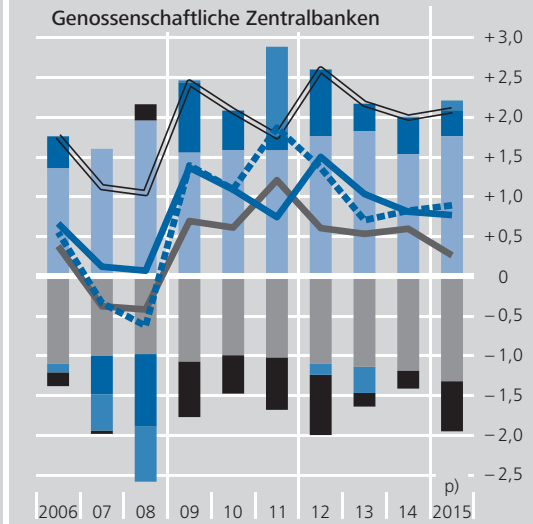
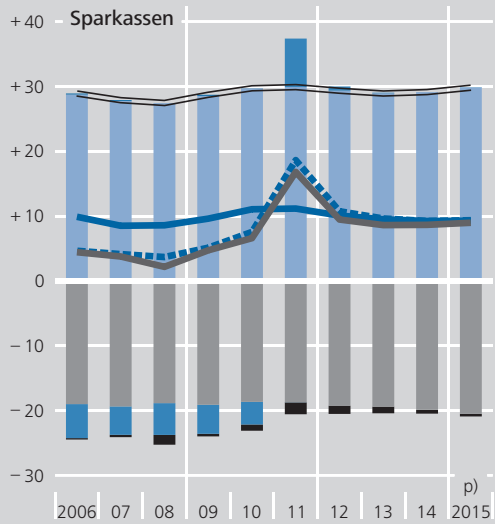
Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen

Mrd €, unterschiedliche Maßstäbe in den Grafiken



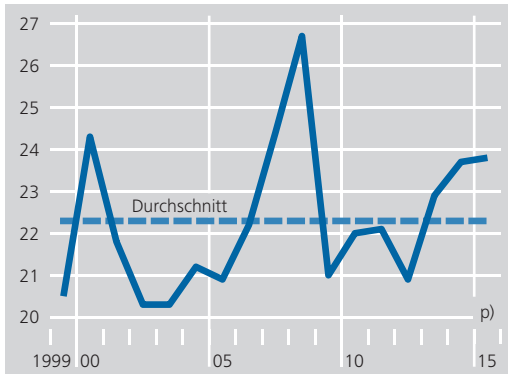
1 Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss. **2** Rothertrag zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes (bis 2009 aus Finanzgeschäften) sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. **3** Ab 2012 Zuordnung der Portigon AG (Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“.

Mrd €, unterschiedliche Maßstäbe in den folgenden Grafiken



Anteil des Provisionsüberschusses deutscher Banken an den operativen Erträgen*)

in %



* Berechnet aus den jährlichen Gesamttaggregaten.
 Deutsche Bundesbank

Landesbanken mit unverändertem Zinsüberschuss bei weiter verkürzter Bilanzsumme

Im von Restrukturierungsmaßnahmen betroffenen Landesbankensektor veränderte sich der Zinsüberschuss mit 8,2 Mrd € (82,5% der operativen Erträge) im Vergleich zum Vorjahr nicht, sodass die Zinsspanne bei weiter verkürzter Bilanzsumme mit 0,76% etwas anstieg. Bei den Realkreditinstituten verbesserte sich der Zinsüberschuss trotz rückläufiger Bilanzsumme um 0,2 Mrd € auf 2,2 Mrd € deutlich. Begleitet wurde diese Entwicklung von stark gegenläufigen Effekten aus dem Schließen von Derivatepositionen bei zwei Instituten. Dass der Zinsüberschuss in dieser Bankengruppe die Gesamtsumme der operativen Erträge im Berichtsjahr knapp übertraf und die entsprechende Relation auch im langfristigen Durchschnitt bei 97,6% lag, bestätigt die geringe Diversifikation hinsichtlich der Einkommensquellen im Bankengruppenvergleich. Dies dürfte auf eine weiterhin hohe Abhängigkeit von der Fristentransformation als Einnahmequelle hindeuten. Die Zinsspanne nahm um 0,12 Prozentpunkte auf 0,6% zu.

Zinsüberschuss der Verbundinstitute durch gestiegenes Kreditvolumen stabilisiert

Aufgrund des größeren Kreditvolumens bei Wohnimmobilienkrediten sowie durch die weitere Ausweitung der bilanziellen Fristentransformation hielten die Sparkassen ihren Zinsüberschuss mit 23,3 Mrd € (78,1% der operativen Erträge) und die Kreditgenossenschaften mit 17,1 Mrd € (78,4% der operativen Erträge) sta-

bil auf dem Vorjahresniveau. Die Regional- und sonstigen Kreditbanken erhöhten ihren Überschuss um 0,3 Mrd € auf 13,8 Mrd € (65,9% der operativen Erträge). Wie bei den Verbundinstituten entwickelte sich auch in dieser stark vom zinsbezogenen Geschäft abhängigen Bankengruppe die Zinsspanne bei deutlich gestiegener Bilanzsumme rückläufig und unterschritt mit 1,56% den Vorjahreswert um 0,06 Prozentpunkte.

Provisionsergebnis deutlich gestiegen

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich deutlich um 1,2 Mrd € auf 30,5 Mrd € und überstieg mit einem Anteil an den operativen Erträgen von 23,8% den langfristigen Durchschnittswert um 1,5 Prozentpunkte. Auf der Suche nach alternativen Ertragsquellen zur Kompensation des schwindenden Ertragspotenzials im zinsabhängigen Geschäft gewinnt das Provisionsergebnis als zweitwichtigste Einkommensquelle zunehmend an Bedeutung. Dies betrifft insbesondere die Entgelte aus dem Giro- und Zahlungsverkehr, dem Wertpapier- und Depotgeschäft sowie die Vergütung der Vermittlertätigkeit bei Kredit-, Spar-, Bauspar- und Versicherungsverträgen. So berichteten mehr als die Hälfte der Banken, die an der Niedrigzinsumfeld-Umfrage 2015 teilgenommen hatten, ihre Provisionen als Reaktion auf die niedrigen Zinsen erhöht zu haben. Gemäß institutseigener Planungen soll das Provisionsergebnis als einzige Komponente des operativen Geschäfts im Verhältnis zur Bilanzsumme zumindest geringfügig wachsen und damit die Erträge stabilisieren. Die zum Vorjahr unveränderte Provisionsspanne bewegte sich mit 0,35% trotzdem nur auf dem Niveau des langfristigen Durchschnitts.

Stabilisierung der Ertragslage über den Ausbau des Provisionsgeschäfts

Gerade die Entgelte im wertpapierbezogenen Geschäft dürften von der positiven Entwicklung an den Aktienmärkten insbesondere im ersten Halbjahr profitiert haben. Zudem begünstigten Kursgewinne den von der Höhe des Depotvolumens abhängigen Ergebnisbeitrag aus der

Günstiges Finanzmarktumfeld

Depotverwaltung.²³⁾ Ebenfalls dürfte sich das anhaltend große Interesse der Bankkunden an Investmentzertifikaten positiv ausgewirkt haben. Bei den Publikumsfonds waren neben gemischten Wertpapierfonds vor allem die im Vorjahr noch wenig beachteten Aktienfonds sehr begehrt. Insgesamt erreichte der Absatz bei den Publikumsfonds mit 30,4 Mrd € fast das Achtfache des Vorjahreswertes. Auch der Absatz der besonders von institutionellen Anlegern nachgefragten Spezialfonds erhöhte sich beträchtlich um fast 24% auf 115,7 Mrd €.

Zuwachs auf Verbundinstitute und Regionalbanken konzentriert

Der Großteil des Zuwachses des Provisionsüberschusses (insgesamt 0,8 Mrd €) entfiel auf diejenigen Bankengruppen, die im Fokus der Niedrigzinsumfeld-Umfrage standen: Die Sparkassen erhöhten ihr Provisionsergebnis um 5,2% auf 6,8 Mrd € (22,7% der operativen Erträge), die Kreditgenossenschaften um 5,5% auf 4,6 Mrd € (21% der operativen Erträge) und die Regional- sowie sonstigen Kreditbanken um 4,3% auf 5,5 Mrd € (26% der operativen Erträge). Mehreinnahmen im Zahlungsverkehr, im Wertpapier- und Depotgeschäft sowie bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften auch im Vermittlungsgeschäft mit den Verbundpartnern (Bausparkassen, Investmentfondsgesellschaften, Versicherungen) trugen maßgeblich zu dieser Entwicklung bei. Die Provisionsüberschüsse der Verbundinstitute erreichten damit neue historische Höchststände. Bei gleichzeitig größeren Bilanzsummen stieg die Provisionsspanne im Vergleich zum Vorjahr bei den Sparkassen um 0,02 Prozentpunkte auf 0,60% und bei den Kreditgenossenschaften um 0,01 Prozentpunkte auf 0,57% trotzdem nur geringfügig, während sie bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken um 0,01 Prozentpunkte auf 0,62% marginal rückläufig war.

Großbanken ebenfalls mit Ergebnissteigerung

Die Großbanken, bei denen das Provisionsgeschäft traditionell eine größere Rolle spielt als bei den anderen Bankengruppen, steigerten ihr Ergebnis um 0,4 Mrd € auf 11,8 Mrd € (36% der operativen Erträge). Die Provisionsspanne entsprach mit 0,43% aber dem Vorjahresniveau. Das Provisionsergebnis im Landesban-

kensektor, das seit 2009 durch hohe Aufwendungen für die Gewährung öffentlicher Garantien bei einzelnen Landesbanken belastet ist, verbesserte sich vor allem aufgrund rückläufiger Garantiegebühren um 0,1 Mrd € auf 1 Mrd € (10% der operativen Erträge). Damit war es allerdings immer noch auffallend niedriger als im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2008.

Handelsgeschäft knapp über Vorjahresniveau

In einem Umfeld schwankungsanfälliger Finanzmärkte stieg das typischerweise von hoher Volatilität geprägte Handelsergebnis leicht um 0,1 Mrd € auf 3,7 Mrd €. Auch der Anteil des Handelsergebnisses an den operativen Erträgen übertraf mit knapp 3% den langfristigen Durchschnittswert geringfügig. Laut den veröffentlichten Geschäftsberichten stellt das Handelsgeschäft kaum originären Eigenhandel dar, sondern ist schwerpunktmäßig vom kundeninduzierten Geschäft geprägt.

Volatile Ertragskomponente

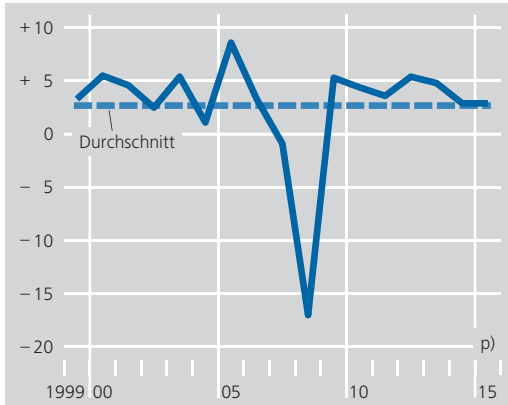
Für die Genossenschaftlichen Zentralbanken ist das Handelsergebnis mit einem Anteil von 9% an den operativen Erträgen im langfristigen Durchschnitt eine wichtigere Einkommensquelle als für die anderen Bankengruppen. Zum Vorjahr reduzierte es sich spürbar um 0,1 Mrd € auf 0,3 Mrd € (15,5% der operativen Erträge). Im Wesentlichen war dies auf die Umgliederung von Derivateerträgen und -aufwendungen mit Zinscharakter in das Zinsergebnis zurückzuführen, welches entsprechend anstieg. Im Großbankensektor fiel das Nettoergebnis ebenfalls niedriger aus, um 0,1 Mrd € auf 2,5 Mrd € (7,6% der operativen Erträge). Dabei wurden deutliche Ergebniseinbußen zum wesentlichen Teil durch hohe Erträge aus Auflösungen des

Handelsergebnis nach Bankengruppen

²³ Siehe hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2010 bis 2015, Statistische Sonderveröffentlichung 4, Mai 2016, S. 15.

Anteil des Handelsergebnisses deutscher Banken an den operativen Erträgen*)

in %



* Berechnet aus den jährlichen Gesamttaggregaten.
 Deutsche Bundesbank

Sonderpostens nach § 340e Absatz 4 HGB²⁴⁾ ausgeglichen. Das von positiven Bewertungs- und Währungseffekten geprägte Handelsergebnis im Landesbankensektor stieg signifikant um 0,4 Mrd € auf 0,5 Mrd € (5,4% der operativen Erträge).

Erneut hoher Negativsaldo im sonstigen betrieblichen Ergebnis

Hohe Aufwendungen für Prozess- und Regresskostenrisiken schlagen erneut negativ zu Buche

Das sonstige betriebliche Ergebnis ist die Sammelposition für diejenigen Erträge und Aufwendungen des operativen Geschäfts, die keine Verbindung zum Zins-, Provisions- oder Handelsergebnis haben. Für den erneut beträchtlichen Negativsaldo von 2,2 Mrd € – im Vorjahr lag das Ergebnis bei –2,5 Mrd € – waren wieder maßgeblich die hohen Aufwendungen für Prozess- und Regresskostenrisiken bei den Großbanken verantwortlich. Zudem wirkten sich – wie schon in den letzten Jahren – Ergebniseffekte aus der Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen negativ aus.²⁵⁾ Entlastend war hingegen der Wegfall von Aufwendungen aus der Rückerstattung von Kreditbearbeitungsgebühren²⁶⁾ bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken, die im Vorjahr bei einzelnen Banken in teils erheblichem Ausmaß zu Buche geschlagen hatten.

Spürbar gestiegene Verwaltungsaufwendungen

Die Ausgabenseite der Banken wird maßgeblich durch die Verwaltungsaufwendungen bestimmt. Diese umfassen Personal- sowie andere Verwaltungsaufwendungen.²⁷⁾ Ihre Summe stieg spürbar um 5% (4,3 Mrd €) auf 90 Mrd € und erreichte einen neuen historischen Höchststand. Gemessen an der Bilanzsumme bewegte sie sich aber auf dem Niveau des langfristigen Durchschnitts.

Verwaltungsaufwendungen nehmen weiter zu

Die Personalaufwendungen beinhalten neben Gehaltszahlungen auch soziale Abgaben sowie betriebliche Aufwendungen für die Altersversorgung. Unter dem Einfluss tarifbedingter Gehaltssteigerungen und der Zahlung variabler Gehaltsbestandteile stiegen trotz fortgesetztem Stellenabbau die Gehaltszahlungen um 1,1 Mrd € auf 36,4 Mrd €. Die sozialen Abgaben sowie die betrieblichen Aufwendungen für die Altersversorgung erhöhten sich um 1 Mrd € auf 9,6 Mrd €. Von diesem Mehraufwand entfiel mit rund 0,5 Mrd € etwa die Hälfte auf Zuführungen zu Rückstellungen für die Altersversorgung, die sich auf 3,7 Mrd € erhöhten. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen, die neben den Kosten für die Bankenabgabe vor

Personalkosten und andere Verwaltungsaufwendungen merklich gestiegen

²⁴ Gemäß § 340e Abs. 4 HGB ist dem Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340g HGB in jedem Geschäftsjahr ein Betrag, der mindestens 10% der Nettoerträge des Handelsbestandes entspricht, zuzuführen und dort gesondert auszuweisen. Er darf nur aufgelöst werden zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestandes, zum Ausgleich eines Fehlbetrages, soweit er nicht durch einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr gedeckt ist, zum Ausgleich eines Verlustvortrages, soweit er nicht durch einen Jahresüberschuss gedeckt ist, oder soweit er 50% des Durchschnitts der Nettoerträge des Handelsbestandes der letzten fünf Jahre übersteigt.

²⁵ Siehe hierzu auch Fußnote 11 auf S. 66.

²⁶ Der Bundesgerichtshof bestätigte mit seinen Urteilen von Mai und Oktober 2014 die Rechtswidrigkeit von Kreditbearbeitungsgebühren, da die Bearbeitung eines Kredits keine Dienstleistung für den Kunden sei. Es liege vielmehr im eigenen Interesse der Bank, die Zahlungsfähigkeit des Kunden zu prüfen und den Vertragsabschluss vorzubereiten. Unter Einhaltung bestimmter Verjährungsfristen könne daher eine Erstattung der in den letzten zehn Jahren gezahlten Kreditbearbeitungsgebühren gefordert werden.

²⁷ Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände.

allem Sachaufwendungen sowie Aufwendungen für externe Dienstleistungen wie beispielsweise Rechts-, Prüfungs-, Beratungskosten und Kosten für IT-Dienstleistungen umfassen, weiteten sich um 2,2 Mrd € auf 44 Mrd € spürbar aus. Diese Entwicklung war unter anderem auf den mit der europäischen Bankenabgabe verbundenen Mehraufwand zurückzuführen und dürfte nicht zuletzt auch den zusätzlichen Implementierungs- und laufenden Verwaltungsaufwendungen für die Erfüllung gesteigerter regulatorischer Anforderungen geschuldet sein.

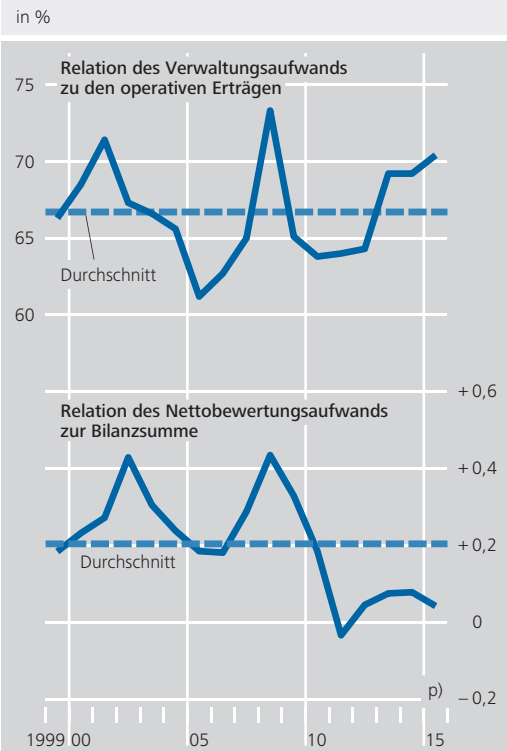
Gehaltszahlungen vor allem bei Großbanken erhöht

Insbesondere bei den Großbanken erhöhten sich die Gehaltszahlungen um 7,9% (um 0,7 Mrd € auf 9,6 Mrd €) deutlich. Neben Tarifierhöhungen wurde dies mit der Zahlung variabler Gehaltsbestandteile sowie zum Teil mit Wechselkurseffekten begründet. In den anderen Bankengruppen bewegte sich der Mehraufwand für die Gehälter im Bereich der tarifvertraglich vereinbarten Gehaltssteigerungen und fiel deutlich moderater aus.²⁸⁾ Den geringsten Anstieg mit jeweils 1,4% verzeichneten die Sparkassen (um 0,1 Mrd € auf 9,8 Mrd €) und Kreditgenossenschaften (um 0,1 Mrd € auf 7 Mrd €). Bei den Realkreditinstituten hingegen reduzierten sich die Gehaltszahlungen sogar um 6,5% (um 0,03 Mrd € auf 0,4 Mrd €), maßgeblich als Folge rückläufiger Personalaufwendungen bei einer Bank.

Andere Verwaltungsaufwendungen nach Bankengruppen

Der größte Teil des Anstiegs bei den anderen Verwaltungsausgaben entfiel auf die Großbanken, die diesen Kostenblock um 10,2% (um 1,4 Mrd € auf 15,7 Mrd €) erheblich ausweiteten. Diese Entwicklung wurde unter anderem begründet mit regulatorisch bedingten Mehraufwendungen sowie bei einer Großbank mit hohen Aufwendungen aus der Konzernverrechnung, denen aber zum Teil im Provisionsergebnis verrechnete Mehrerträge für erbrachte Dienstleistungen im Konzern gegenüberstanden. Für die beträchtliche Ausweitung bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken um 23,4% (um 0,1 Mrd € auf 0,7 Mrd €) waren neben der Bankenabgabe im Wesentlichen höhere Projektkosten verantwortlich. Die Kreditgenossenschaften, die

Verwaltungsaufwand und Bewertungsergebnis deutscher Banken^{*)}



durch ihr vergleichsweise dichtes Filialnetz erhebliche Fixkosten aufweisen, verzeichneten mit 1,6% (um 0,1 Mrd € auf 5,8 Mrd €) den geringsten Zuwachs. Bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken wurde ein Mehraufwand von 2,2% (um 0,2 Mrd € auf 7,6 Mrd €), bei den Sparkassen von 3,9% (um 0,3 Mrd € auf 7,6 Mrd €) und bei den Landesbanken von 5,2% (um 0,2 Mrd € auf 3,4 Mrd €) verbucht. Die Realkreditinstitute reduzierten diesen Kostenblock um 8% (um 0,1 Mrd € auf 0,7 Mrd €), im Wesentlichen wegen geringerer IT- und Beratungskosten bei einer Bank.

Angesichts sinkender Ertragsaussichten insbesondere im zinsabhängigen Geschäft sowie des wachsenden Konkurrenzdrucks beim An-

Verschlechterung der Aufwand/Ertrag-Relation

²⁸ Am 1. Juli 2014 hat sich der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf einen neuen Tarifvertrag im Bankensektor geeinigt. Das Abkommen für rd. 200 000 Beschäftigte sieht eine zweistufige Entgeltanhebung (ab 1. Juli 2014 um 2,4% und ab 1. Juli 2015 um 2,1%) und eine Einmalzahlung von 150 € vor.

Aufwand/Ertrag-Relation nach Bankengruppen

in %

Bankengruppe	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Relation		
	2013	2014	2015 P)
	zum Rohertrag ¹⁾		
Alle Bankengruppen	72,2	69,9	71,3
Kreditbanken	77,7	74,4	76,4
Großbanken	82,8	77,6	79,9
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	69,8	69,7	70,3
Zweigstellen ausländischer Banken	59,5	49,4	73,9
Landesbanken	72,5	71,5	74,7
Sparkassen	66,1	67,0	68,3
Genossenschaftliche Zentralbanken	61,5	77,4	69,8
Kreditgenossenschaften	65,9	66,4	67,0
Realkreditinstitute	70,1	61,4	51,3
Bausparkassen	74,3	75,9	77,7
Banken mit Sonderaufgaben	89,3	52,5	54,2
	zu den operativen Erträgen ²⁾		
Alle Bankengruppen	69,2	69,2	70,4
Kreditbanken	72,8	73,4	75,6
Großbanken	78,3	78,1	82,9
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	64,7	66,9	64,6
Zweigstellen ausländischer Banken	48,8	41,1	61,2
Landesbanken	61,8	70,9	69,1
Sparkassen	67,2	68,3	68,9
Genossenschaftliche Zentralbanken	52,3	59,3	63,1
Kreditgenossenschaften	64,6	65,9	66,6
Realkreditinstitute	75,4	58,4	51,2
Bausparkassen	73,6	77,6	77,8
Banken mit Sonderaufgaben	89,0	50,0	52,5

1 Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss. 2 Rohertrag zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

gebot von Finanzdienstleistungen inner- und außerhalb des Bankensektors überdenken Banken zunehmend ihre Geschäftsstrategie. Die Aufwand/Ertrag-Relation, die die Verwaltungsaufwendungen ins Verhältnis zu den operativen Erträgen setzt und eine wichtige betriebswirtschaftliche Kennzahl darstellt, erlaubt Aussagen zur Kosteneffizienz. Grundsätzlich gilt: Je niedriger die Relation ausfällt, umso effizienter erwirtschaftet eine Bank ihre Erträge. Im Berichtsjahr konnte der Mehrertrag im operativen Geschäft den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen nicht ausgleichen; um 100 € zu erwirtschaften, mussten 70,4 € für die Verwaltung aufgewendet werden. Das waren 1,20 € mehr

als im Vorjahr und sogar 3,70 € mehr als im langfristigen Durchschnitt.

Seit geraumer Zeit ist zu beobachten, dass die Kreditinstitute versuchen, durch Fusionen und Anpassungen der Filialstrukturen Kosten einzusparen. Auch im Berichtsjahr hielt der Trend zu Bankstellenschließungen und Konsolidierungen weiter an. Insgesamt reduzierten die Sparkassen die Anzahl ihrer Zweigstellen um 492 auf 11 459, die Kreditgenossenschaften um 447 auf 10 822 und die Großbanken um 203 auf 7 240 Zweigstellen.

Trend zu Zweigstellenschließungen hält an

Obwohl die Großbanken von Skaleneffekten profitieren, blieben sie mit einer auf 82,9% deutlich gestiegenen Aufwand/Ertrag-Relation bezüglich der Kosteneffizienz hinter den anderen Bankengruppen zurück. Im Sparkassensektor bewegte sich diese Relation mit 68,9% und im Genossenschaftssektor mit 66,6% im üblichen Schwankungsbereich. Einhergehend mit gestiegenen operativen Erträgen und Verwaltungsaufwendungen verschlechterte sich die Aufwand/Ertrag-Relation bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken auf 63,1% erkennbar, während sie sich im Landesbankensektor auf 69,1% und bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken auf 64,6% jeweils leicht verbesserte. Dank rückläufiger Verwaltungsaufwendungen und gestiegener operativer Erträge fiel diese bei den Realkreditinstituten mit 51,2% im Vergleich zum Vorjahr sehr viel günstiger aus. Die Zahlen zur Kosteneffizienz sollten allerdings gerade im Gruppenvergleich mit Vorsicht interpretiert werden, da die Geschäftsmodelle der verschiedenen Bankengruppen sich bezüglich ihrer Kostenstruktur deutlich unterscheiden.²⁹⁾

Aufwand/Ertrag-Relation nach Bankengruppen

²⁹⁾ Weiteren Aufschluss kann hier die Eigenkapitalrentabilität geben. Siehe hierzu auch die Ausführungen zur Eigenkapitalrentabilität auf S. 83 f.

Nettozuführung zur Risikovorsorge auf historisch niedrigem Niveau

Definition des Bewertungsergebnisses

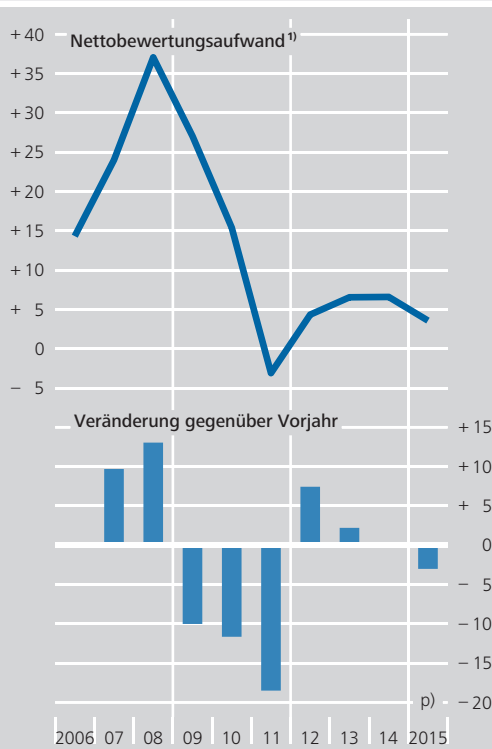
Das Bewertungsergebnis umfasst Ergebniswirkungen aus Wertberichtigungen und Zug- beziehungsweise Abschreibungen auf Buchforderungen und Wertpapiere der Liquiditätsreserve. Darüber hinaus werden Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Auflösungen von und Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft berücksichtigt.³⁰⁾ Zudem werden dort die Zuführungen zu und Auflösungen von stillen Vorsorgereserven nach § 340 f HGB gebucht. Innerhalb des Bewertungsergebnisses wird von der nach HGB zulässigen Überkreuzkompensation³¹⁾ Gebrauch gemacht. Änderungen der offenen Vorsorgereserven nach § 340 g HGB (Fonds für allgemeine Bankrisiken) werden nicht erfolgswirksam verbucht, sondern in der vorliegenden GuV-Analyse erst im Rahmen der Gewinnverwendung berücksichtigt.³²⁾

Geringerer Wertberichtigungsbedarf

Der im Vergleich zum Vorjahr nahezu halbierte Nettobewertungsaufwand lag mit 3,6 Mrd € auf historisch niedrigem Niveau. Auch gemessen an der Bilanzsumme unterschritt er mit einer Relation von 0,04% den langfristigen Durchschnittswert von 0,2% erheblich. Würde sich der Risikovorsorgebedarf beispielsweise aufgrund eines wirtschaftlichen Abschwungs wieder auf dem Niveau des langfristigen Durchschnitts einpendeln, müssten dem Bewertungsergebnis 14 Mrd € mehr zugeführt werden, was für sich genommen die Ertragslage erheblich belasten würde. Aufgrund positiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und guter Portfolioqualität besteht aber aktuell nur ein geringer Bedarf für die Bildung von Wertberichtigungen. Die anhaltend gute Lage der Binnenkonjunktur spiegelt sich auch in dem seit Jahren rückläufigen Trend bei der Anzahl der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen wider; seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999 erreichte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen einen neuen Tiefststand, die Zahl der Verbraucherinsolvenzen reduzierte sich zum fünften Mal in Folge.³³⁾

Risikovorsorge der Kreditinstitute

Mrd €



1 Ohne Sach- und Finanzanlagengeschäft.
 Deutsche Bundesbank

Die Großbanken verbuchten aufgrund einer deutlich gesunkenen Zuführung zur Kreditrisikovorsorge sowie Veräußerungsgewinnen bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve mit 0,1 Mrd € erstmals einen Nettoertrag. Bei den Sparkassen und Genossenschaftlichen Zentralbanken fiel das Bewertungsergebnis mit jeweils 0,1 Mrd € erneut positiv aus. Die Kreditgenossenschaften weiteten ihren Nettobewertungsauf-

Bewertungsergebnis nach Bankengruppen

³⁰ Das betrifft die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte wie Kreditzusagen oder Eventualverbindlichkeiten.

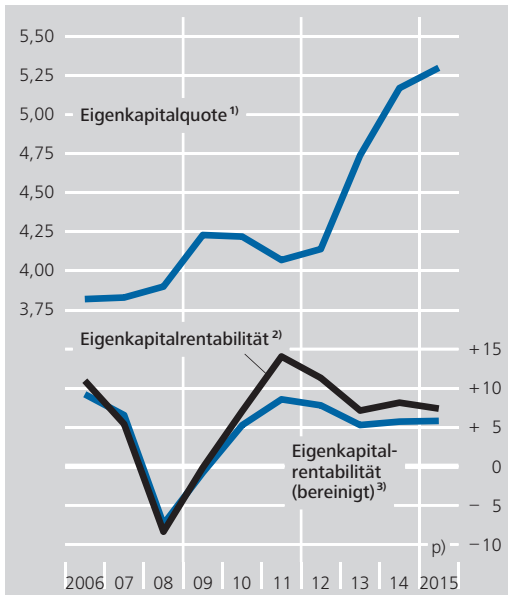
³¹ Gemäß § 340 f Abs. 3 HGB können im Rahmen der Überkreuzkompensation Aufwendungen und Erträge, die im Zusammenhang mit den Wertpapieren der Liquiditätsreserve und dem Kreditgeschäft anfallen und keinen Zinsaufwand bzw. Zinsertrag oder laufenden Ertrag darstellen, saldiert ausgewiesen werden.

³² Für weitere Informationen zur Verbuchung von Zuführungen zu und Auflösungen von stillen und offenen Vorsorgereserven siehe auch: Deutsche Bundesbank, die Auswirkungen der Umwidmung stiller Vorsorgereserven nach § 340 f HGB in offene Vorsorgereserven nach § 340 g HGB auf den Jahresabschluss im Rahmen der GuV-Statistik, Monatsbericht, September 2012, S. 27 ff.

³³ Siehe hierzu: Statistisches Bundesamt, Unternehmen und Arbeitsstätten, Fachserie 2, Reihe 4.1, Insolvenzverfahren Dezember und Jahr 2015; und Pressemitteilung Statistisches Bundesamt vom 11. März 2016 – 093/16.

Eigenkapitalquote und -rentabilität der Kreditinstitute

in %



1 Eigenkapital (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital) in % der Bilanzsumme; Jahresdurchschnitt. **2** Jahresüberschuss vor Steuern in % des durchschnittlichen Eigenkapitals. **3** Jahresüberschuss vor Steuern gemindert um Nettozuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (bereinigter Jahresüberschuss) in % des durchschnittlichen Eigenkapitals.

Deutsche Bundesbank

wand zwar um 0,3 Mrd € aus, lagen mit ihrem Bewertungsergebnis von – 0,5 Mrd € aber immer noch auf sehr niedrigem Niveau. Im Landesbankensektor reduzierte sich der Nettobewertungsaufwand um fast ein Drittel auf 1,1 Mrd €. Innerhalb dieser Gruppe war die Entwicklung aber heterogen; während der Wegfall belastender Sondereffekte bei einer Landesbank und Garantieffekte bei einem weiteren Institut den Risikovorsorgeaufwand signifikant reduzierte, wirkte sich der anhaltend hohe Kreditrisikovorsorgebedarf für Schiffsfinanzierungen bei anderen Landesbanken erheblich negativ aus. Für den Anstieg des Nettoaufwands bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken um 0,2 Mrd € auf 1,3 Mrd € gab es nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Geschäftsmodelle vielfältige Gründe; eine Ursache war auch hier die schlechte Portfolioqualität bei Schiffskrediten.

Negativsaldo im sonstigen und außerordentlichen Ergebnis ausgeweitet

Der strukturell negative Saldo in der sonstigen und außerordentlichen Rechnung der GuV-Statistik umfasst neben dem außerordentlichen Ergebnis im engeren Sinne³⁴⁾ das Resultat aus dem Finanzanlagengeschäft³⁵⁾ sowie der Verlustübernahme. Des Weiteren werden hier Aufwendungen aus abgeführten Gewinnen³⁶⁾ gebucht, da sie nicht dem eigentlichen operativen Geschäft zuzurechnen sind. Insgesamt erhöhte sich der Negativsaldo um 1,3 Mrd € auf 7,8 Mrd €. Im Wesentlichen war das auf den erheblich gestiegenen Nettoaufwand in der außerordentlichen Rechnung im engeren Sinne bei zwei Banken aus der Gruppe der Regional- und sonstigen Kreditbanken zurückzuführen.³⁷⁾ Obwohl sich der Saldo aus dem Finanzanlagengeschäft nur geringfügig veränderte, wirkten dort stark gegenläufige Effekte zweier Bankengruppen. So weitete sich das Ergebnis bei den Großbanken von – 0,5 Mrd € auf – 1,8 Mrd € aufgrund hoher Abschreibungen auf verbundene Unternehmen bei einem Institut signifikant aus, während es im Landesbankensektor vor allem als Folge des Wegfalls eines belastenden Sonderfaktors bei einer Bank von – 1,0 Mrd € auf 0,4 Mrd € wieder in den positiven Bereich drehte. Dem spürbaren Anstieg bei den Aufwendungen aus Verlustübernahme um 0,6

Negativsaldo deutlich ausgeweitet

34 In dieser Position werden nur außerordentliche Ereignisse, die nicht in dem normalen Ablauf des Geschäftsjahres enthalten sind, erfasst. Hierzu zählen u. a. Verschmelzungsgewinne und -verluste, Umwandlungsgewinne und -verluste, Gläubigerverzicht bei Sanierungen sowie Sozialplan- und Restrukturierungsaufwendungen.

35 Das Finanzanlagengeschäft enthält den Saldo aus Erträgen aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf diese Positionen.

36 Hierbei handelt es sich um Aufwendungen aus Gewinnabführungen aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages. Im Gegensatz dazu werden Erträge aus abgeführten Gewinnen im Zinsüberschuss verbucht; hier wird unterstellt, dass diese Bestandteil der geschäftspolitischen Strategie und damit des operativen Geschäfts sind.

37 Bei einer Bank schlug ein hoher Verschmelzungsverlust zu Buche, eine andere Bank verbuchte hohe Aufwendungen im Zusammenhang mit Filialschließungen und geplanten Organisationsanpassungen.

Aufgliederung des außerordentlichen Ergebnisses

Mio €

Position	2013	2014	2015 ^{P)}
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 9 270	- 6 511	- 7 793
Erträge (insgesamt)	3 276	2 905	3 546
Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	1 539	1 735	1 905
aus Verlustübernahme	865	374	1 101
Außerordentliche Erträge	872	796	540
Aufwendungen (insgesamt)	- 12 546	- 9 416	- 11 339
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	- 3 646	- 3 464	- 3 578
aus Verlustübernahme	- 651	- 609	- 1 213
Außerordentliche Aufwendungen	- 3 360	- 1 479	- 2 471
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	- 4 889	- 3 864	- 4 077

Deutsche Bundesbank

Mrd € auf 1,2 Mrd €, der im Wesentlichen auf das Ergebnis einer Großbank wegen der Übernahme der Verluste bei einer Tochtergesellschaft zurückging, standen um 0,7 Mrd € auf 1,1 Mrd € erheblich gestiegene Erträge aus Verlustübernahmen bei einzelnen Regional- und sonstigen Kreditbanken sowie Realkreditinstituten gegenüber.

Gestiegener Jahresüberschuss und Bilanzgewinn

Insbesondere aufgrund weiterhin geringer Aufwendungen für die Risikovorsorge stieg der Jahresüberschuss vor Steuern (im Folgenden: Jahresüberschuss) um 1,5 Mrd € auf 26,5 Mrd € an. Einhergehend mit einer erneut gestärkten bilanziellen Eigenkapitalbasis³⁸⁾ lag die im Vergleich zum Vorjahr praktisch unveränderte Eigenkapitalrentabilität, berechnet als Relation vom Jahresüberschuss zum bilanziellen Eigen-

kapital mit 5,8% stabil auf dem Niveau des langfristigen Durchschnitts.

Über die Bankengruppen hinweg zeigte sich eine heterogene Entwicklung. Bei den Großbanken verringerte sich der Jahresüberschuss um 1 Mrd € auf 2,7 Mrd € deutlich; hier konnten die Mehrbelastungen bei den Verwaltungsaufwendungen und in der außerordentlichen Rechnung nicht vollständig durch die günstige Entwicklung bei den operativen Erträgen und der Risikovorsorge ausgeglichen werden. Bei gleichzeitig erheblich gestärkter bilanzieller Eigenkapitalbasis reduzierte sich die Eigenkapitalrentabilität um 1,3 Prozentpunkte auf 3%. Die Landesbanken und die Realkreditinstitute profitierten vom Wegfall belastender Sonderfaktoren außerhalb des operativen Geschäfts und wiesen nach Jahresfehlbeträgen von 0,4 Mrd € beziehungsweise 0,2 Mrd € wieder Über-

Jahresüberschuss und Eigenkapitalrentabilität nach Bankengruppen

Anstieg des Jahresüberschusses

³⁸ Siehe hierzu auch die Ausführungen zur verwendeten Datenbasis auf S. 65.

Eigenkapitalrentabilität einzelner Bankengruppen¹⁾

in %

Bankengruppe	2011		2012		2013		2014		2015 ^{P)}	
Alle Bankengruppen	8,57	(6,68)	7,80	(5,58)	5,28	(3,51)	5,72	(3,98)	5,81	(3,96)
Kreditbanken	1,77	(0,75)	6,55	(3,68)	4,96	(3,54)	4,80	(3,51)	3,54	(2,18)
darunter:										
Großbanken	-0,12	(-0,83)	6,65	(2,91)	4,58	(3,24)	4,33	(3,16)	3,01	(1,81)
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	4,80	(3,33)	6,08	(4,75)	5,27	(3,81)	5,22	(3,89)	4,23	(2,72)
Landesbanken ¹⁾	0,12	(-1,02)	3,91	(2,77)	-0,80	(-1,58)	-0,63	(-1,50)	3,27	(1,89)
Sparkassen	27,35	(22,88)	12,96	(9,32)	10,61	(7,33)	9,94	(6,72)	9,67	(6,52)
Genossenschaftliche Zentralbanken	10,27	(9,50)	4,94	(8,30)	4,10	(3,16)	4,18	(2,64)	1,72	(-1,08)
Kreditgenossenschaften	16,39	(11,87)	15,71	(11,50)	14,75	(10,98)	12,22	(8,59)	10,72	(7,34)
Realkreditinstitute	-1,72	(-2,14)	0,58	(0,46)	0,73	(0,18)	-1,03	(-1,67)	4,94	(4,29)
Bausparkassen	17,86	(15,47)	7,65	(5,60)	4,95	(2,77)	8,42	(5,60)	4,49	(3,66)

* Jahresüberschuss vor Steuern (in Klammer: nach Steuern) in % des durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital). ¹⁾ Ab 2012 Zuordnung der Portigon AG (Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“.

Deutsche Bundesbank

schüsse von 1,8 Mrd € beziehungsweise 0,7 Mrd € aus. Einhergehend mit einer zurückgeführten bilanziellen Eigenkapitalbasis lag die Eigenkapitalrentabilität im Landesbankensektor mit 3,3% und bei den Realkreditinstituten mit 4,9% wieder im positiven Bereich. Die Kreditgenossenschaften verminderten ihren Jahresüberschuss um 0,3 Mrd € auf 6,7 Mrd €, während die Sparkassen diesen um 0,3 Mrd € auf 9 Mrd € erhöhten. Bei erneut deutlich gestärkter bilanzieller Eigenkapitaldecke in beiden Bankengruppen unterschritten die Kreditgenossenschaften mit einer Eigenkapitalrentabilität von 10,7% den Vorjahreswert spürbar, die Sparkassen mit 9,7% leicht. Die Verbundinstitute belegten damit aber weiterhin die Spitzenplätze im Bankengruppenvergleich. Im Wesentlichen als Folge hoher Belastungen in der außerordentlichen Rechnung nahm der Jahresüberschuss bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken auf 0,3 Mrd € um mehr als die Hälfte ab. Bei gleichzeitig weiter ausgebauter bilanzieller Eigenkapitalausstattung fiel die Eigenkapitalren-

tabilität mit 1,7% signifikant niedriger aus als im Vorjahr.

Seit 2008 wurde die bilanzielle Eigenkapitalausstattung des deutschen Bankensystems um fast 40% auf 456 Mrd € gestärkt. Die Eigenkapitalquote, berechnet als Relation von bilanziellem Eigenkapital zur Bilanzsumme, erhöhte sich während dieser Zeit von 3,9% auf 5,3%. Im Rahmen der Absicherung gegen die besonderen Risiken des Bankgeschäfts und um das bankenaufsichtlich anerkannte Eigenkapital weiter zu steigern, wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken aus dem Jahresüberschuss des Berichtsjahres netto 7,2 Mrd € (nach 10,6 Mrd € im Vorjahr) zugeführt. Vor allem Verbundinstitute stärkten damit ihre Eigenkapitaldecke. Die Rücklagen erhöhten sich um 2,5 Mrd €. Insgesamt stieg das bilanzielle Eigenkapital aus der

Gestärkte bilanzielle Eigenkapitalbasis

Innenfinanzierung im Berichtsjahr um 9,7 Mrd €. ³⁹⁾

Bilanzgewinn erhöht

Nach Abzug der Ertragsteuern erhöhten die deutschen Banken per saldo ihren Bilanzgewinn um 0,7 Mrd € auf 2,7 Mrd €. Dies hing aber nicht mit dem weiteren Ausbau der Bilanzgewinne zusammen – diese gingen um 0,6 Mrd € auf 7,4 Mrd € zurück –, sondern mit der um 1,4 Mrd € auf 4,7 Mrd € deutlichen Verringerung der Bilanzverluste. Im Wesentlichen war diese Entwicklung dem Abbau hoher Verlustvorträge durch Rücklagenaufösungen bei einem Realcreditinstitut geschuldet.

■ Ausblick

Die ungünstigen Rahmenbedingungen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld dürften die Erwirtschaftung auskömmlicher Erträge im zinsabhängigen Geschäft zunehmend erschweren. Hinsichtlich der Ertragslage am aktuellen Rand ist die unterjährige Berichterstattung der Gruppe der großen deutschen, international tätigen Kreditinstitute, ⁴⁰⁾ die nach IFRS bilanzieren und für die Zwischenberichte auf Konzernebene vorliegen, zwar nicht repräsentativ für den Gesamtmarkt, kann aber gleichwohl Anhaltspunkte für die erwartete Entwicklung der Ertragslage der Banken im laufenden Jahr geben. So schlug sich das schwierige und durch

hohe Unsicherheit geprägte Marktumfeld im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in einem erheblich reduzierten Überschuss vor Steuern nieder. Dabei standen geringeren Verwaltungsaufwendungen rückläufige Erträge aus dem operativen Geschäft gegenüber. Der Risikovorsorgeaufwand, dessen Aussagekraft im ersten Halbjahr aber beschränkt ist und erfahrungsgemäß bis zum Jahresende deutlichen Korrekturen unterworfen wird, fiel wesentlich höher aus. Auch wenn sich die Ertragslage deutscher Banken bisher als robust erwiesen hat und die weiterhin expansive Geldpolitik sich positiv auf die Refinanzierungsbedingungen auswirkt, unterliegen die Banken durch das niedrige Zinsniveau einem Margendruck, der ihr Ertragspotenzial aus dem zinsabhängigen Geschäft zunehmend verringert. Bei einem weiter wachsenden Einlagenbestand bei den Kreditinstituten ist daher auch im laufenden Jahr nicht mit einer Umkehr des Trends sinkender Nettoerträge aus dem Einlagen- und Kreditgeschäft zu rechnen.

³⁹⁾ Hinsichtlich der Interpretation der Angaben zur Eigenkapitalbasis ist zu berücksichtigen, dass die im jeweiligen Berichtsjahr aus dem Jahresüberschuss zugeführten Beträge das bilanzielle Eigenkapital erst im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses erhöhen, während Entnahmen aus der Eigenkapitalposition spätestens mit Aufstellung des Jahresabschlusses vom bilanziellen Eigenkapital abzuziehen sind.

⁴⁰⁾ Diese Gruppe umfasst neun Kreditinstitute (Großbanken sowie ausgewählte Kreditinstitute aus der Gruppe der Landesbanken).

Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ^{*)}

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Banken- gruppen	Kreditbanken			Landes- ban- ken ¹⁾	Spar- kas- sen	Genos- sen- schaft- liche Zentral- banken	Kredit- genos- sen- schaften	Real- kredit- institute	Bau- sparkas- sen	Banken mit Sonder- aufga- ben ¹⁾
		ins- gesamt	darunter:								
		Groß- banken	Regio- nal- banken und sonstige Kredit- banken								
Zinserträge ²⁾											
2009	3,87	3,24	2,93	4,07	3,82	4,37	2,85	4,41	5,38	4,10	3,75
2010	3,25	2,60	2,19	3,74	3,21	4,02	2,27	4,03	4,47	4,02	2,96
2011	3,31	2,02	1,56	3,78	5,39	3,96	2,14	3,93	4,96	3,96	3,05
2012	2,88	1,77	1,37	3,35	4,87	3,72	1,90	3,68	4,25	3,82	2,59
2013	2,61	1,70	1,29	3,09	3,49	3,40	1,75	3,40	3,91	3,59	2,80
2014	2,49	1,74	1,38	2,91	3,20	3,15	1,57	3,15	3,86	3,35	2,62
2015	2,33	1,66	1,33	2,71	3,04	2,90	1,46	2,84	4,07	3,18	2,42
Zinsaufwendungen											
2009	2,71	2,04	1,84	2,57	3,11	2,25	2,41	2,18	4,91	2,40	3,22
2010	2,10	1,45	1,24	2,05	2,52	1,82	1,79	1,69	4,02	2,35	2,45
2011	2,27	1,17	0,93	2,09	4,69	1,75	1,69	1,63	4,56	2,25	2,59
2012	1,88	0,92	0,69	1,84	4,24	1,59	1,42	1,47	3,83	2,20	2,14
2013	1,58	0,80	0,61	1,50	2,81	1,29	1,22	1,15	3,53	2,06	2,61
2014	1,39	0,77	0,60	1,30	2,47	1,06	1,16	0,94	3,38	1,92	2,18
2015	1,22	0,67	0,52	1,14	2,29	0,84	0,95	0,71	3,47	1,85	1,99
Saldo der Zinserträge und -aufwendungen = Zinsüberschuss (Zinsspanne)											
2009	1,15	1,20	1,09	1,50	0,72	2,13	0,45	2,23	0,47	1,70	0,53
2010	1,15	1,14	0,95	1,69	0,68	2,20	0,48	2,33	0,44	1,67	0,51
2011	1,03	0,85	0,64	1,69	0,70	2,21	0,45	2,30	0,41	1,71	0,46
2012	1,00	0,85	0,68	1,51	0,63	2,12	0,48	2,21	0,43	1,62	0,45
2013	1,02	0,89	0,69	1,60	0,68	2,10	0,52	2,25	0,38	1,53	0,19
2014	1,10	0,97	0,77	1,62	0,72	2,09	0,40	2,21	0,48	1,43	0,44
2015	1,11	0,99	0,81	1,56	0,76	2,06	0,51	2,14	0,60	1,32	0,43
Saldo aus Provisionserträgen und -aufwendungen = Provisionsüberschuss											
2009	0,33	0,55	0,50	0,70	0,07	0,55	0,14	0,58	0,02	-0,16	0,10
2010	0,34	0,56	0,50	0,72	0,08	0,57	0,13	0,59	0,02	-0,19	0,09
2011	0,31	0,42	0,35	0,70	0,07	0,57	0,13	0,58	0,02	-0,25	0,08
2012	0,29	0,37	0,32	0,61	0,06	0,56	0,12	0,56	0,02	-0,26	0,09
2013	0,32	0,43	0,38	0,62	0,06	0,57	0,13	0,56	0,01	-0,31	0,11
2014	0,35	0,47	0,43	0,63	0,07	0,58	0,14	0,56	0,00	-0,26	0,12
2015	0,35	0,47	0,43	0,62	0,09	0,60	0,14	0,57	0,00	-0,27	0,10

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. ^{o)} Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen und der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken. Anmerkung 1 und 2 siehe S. 88.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ¹⁾

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ²⁾

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken ¹⁾	Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Bausparkassen	Banken mit Sonderaufgaben ¹⁾
		insgesamt	darunter:								
			Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken							
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen											
2009	1,02	1,40	1,31	1,65	0,45	1,80	0,41	1,98	0,18	1,02	0,21
2010	0,99	1,32	1,20	1,67	0,44	1,74	0,38	1,88	0,17	0,99	0,19
2011	0,89	0,97	0,80	1,62	0,44	1,74	0,37	1,88	0,22	0,98	0,20
2012	0,89	0,92	0,77	1,55	0,46	1,76	0,37	1,86	0,24	0,97	0,26
2013	0,97	1,03	0,89	1,55	0,54	1,77	0,40	1,85	0,27	0,91	0,27
2014	1,01	1,08	0,93	1,57	0,57	1,79	0,42	1,84	0,29	0,89	0,29
2015	1,05	1,11	0,99	1,53	0,63	1,81	0,45	1,82	0,30	0,81	0,29
Nettoergebnis des Handelsbestandes ³⁾											
2009	0,08	0,18	0,22	0,08	0,06	0,02	0,33	0,01	0,00	0,00	0,00
2010	0,07	0,17	0,23	0,00	0,03	0,00	0,19	0,00	0,00	0,00	0,00
2011	0,05	0,13	0,15	0,05	-0,04	0,00	0,06	0,00	0,00	0,00	0,00
2012	0,07	0,14	0,16	0,04	0,05	0,00	0,28	0,00	0,00	0,00	0,00
2013	0,07	0,11	0,14	0,04	0,11	0,00	0,12	0,00	0,00	0,00	0,00
2014	0,04	0,09	0,10	0,04	0,01	0,00	0,16	0,00	0,00	0,00	0,00
2015	0,04	0,08	0,09	0,04	0,05	0,00	0,11	0,00	0,00	0,00	0,00
Betriebsergebnis vor Bewertung											
2009	0,55	0,51	0,40	0,77	0,43	0,90	0,52	0,92	0,31	0,51	0,42
2010	0,56	0,50	0,35	0,91	0,37	1,03	0,42	1,07	0,30	0,44	0,42
2011	0,50	0,46	0,30	1,04	0,30	1,03	0,27	1,06	0,08	0,48	0,36
2012	0,49	0,45	0,35	0,84	0,31	0,92	0,51	0,97	0,23	0,41	0,30
2013	0,43	0,38	0,25	0,85	0,33	0,86	0,37	1,01	0,09	0,33	0,03
2014	0,45	0,39	0,26	0,78	0,23	0,83	0,29	0,95	0,21	0,26	0,29
2015	0,44	0,36	0,20	0,84	0,28	0,82	0,26	0,91	0,29	0,23	0,26
Bewertungsergebnis											
2009	-0,33	-0,31	-0,28	-0,40	-0,38	-0,42	0,01	-0,33	-0,43	-0,06	-0,25
2010	-0,19	-0,16	-0,08	-0,36	-0,15	-0,33	0,00	-0,33	-0,31	0,00	-0,05
2011	0,03	-0,11	-0,06	-0,31	-0,05	0,69	0,41	-0,04	-0,25	0,38	0,08
2012	-0,05	-0,10	-0,09	-0,11	-0,01	0,06	-0,05	0,04	-0,11	0,01	-0,04
2013	-0,07	-0,06	-0,03	-0,13	-0,27	0,01	-0,12	0,04	-0,08	-0,04	-0,08
2014	-0,08	-0,11	-0,10	-0,12	-0,14	0,00	0,00	-0,03	-0,07	0,13	-0,10
2015	-0,04	-0,03	0,00	-0,14	-0,10	0,01	0,04	-0,06	-0,09	-0,03	-0,06

Anmerkungen *, ²⁾ siehe S. 87. ¹⁾ Ab 2012 Zuordnung der Portigon AG (Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“. ²⁾ Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. ³⁾ Bis 2009 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ◊

Geschäftsjahr	Alle Banken- gruppen	Kreditbanken			Landes- ban- ken 1)	Spar- kassen	Genos- sen- schaft- liche Zentral- banken	Kredit- genos- sen- schaften	Real- kredit- institute	Bau- sparkas- sen	Banken mit Sonder- aufga- ben 1)
		ins- gesamt	darunter:								
			Groß- banken	Regio- nal- banken und sonstige Kredit- banken							
Betriebsergebnis											
2009	0,22	0,20	0,12	0,37	0,05	0,48	0,53	0,58	-0,12	0,45	0,18
2010	0,38	0,35	0,27	0,55	0,22	0,71	0,42	0,74	0,00	0,43	0,37
2011	0,54	0,34	0,24	0,73	0,25	1,73	0,68	1,02	-0,18	0,86	0,43
2012	0,45	0,35	0,25	0,73	0,30	0,98	0,46	1,00	0,11	0,41	0,26
2013	0,36	0,33	0,21	0,72	0,06	0,88	0,25	1,06	0,01	0,28	-0,05
2014	0,37	0,28	0,16	0,65	0,10	0,83	0,29	0,93	0,14	0,39	0,19
2015	0,40	0,33	0,21	0,70	0,18	0,83	0,31	0,85	0,20	0,20	0,20
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen											
2009	-0,25	-0,43	-0,47	-0,37	-0,42	-0,04	-0,27	-0,08	-0,05	-0,10	-0,01
2010	-0,15	-0,23	-0,17	-0,40	-0,28	-0,09	-0,18	-0,05	-0,01	-0,10	0,01
2011	-0,19	-0,29	-0,24	-0,47	-0,25	-0,17	-0,24	-0,04	0,13	-0,14	-0,05
2012	-0,12	-0,16	-0,09	-0,40	-0,14	-0,12	-0,26	0,00	-0,10	-0,09	-0,07
2013	-0,11	-0,16	-0,08	-0,41	-0,10	-0,09	-0,06	-0,04	0,02	-0,07	-0,07
2014	-0,08	-0,10	-0,02	-0,34	-0,13	-0,05	-0,08	-0,02	-0,18	-0,03	0,01
2015	-0,09	-0,19	-0,11	-0,45	-0,01	-0,03	-0,22	-0,02	-0,01	0,00	0,04
Jahresüberschuss vor Steuern											
2009	-0,03	-0,24	-0,35	0,00	-0,37	0,44	0,26	0,50	-0,18	0,35	0,17
2010	0,22	0,12	0,10	0,14	-0,06	0,62	0,23	0,69	-0,01	0,34	0,38
2011	0,35	0,06	0,00	0,26	0,00	1,56	0,44	0,98	-0,05	0,72	0,39
2012	0,32	0,20	0,16	0,32	0,17	0,86	0,21	1,00	0,02	0,32	0,19
2013	0,25	0,17	0,13	0,30	-0,04	0,78	0,19	1,02	0,02	0,21	-0,12
2014	0,30	0,19	0,14	0,32	-0,03	0,78	0,21	0,91	-0,04	0,36	0,20
2015	0,31	0,14	0,10	0,25	0,17	0,79	0,09	0,84	0,20	0,20	0,24
Jahresüberschuss nach Steuern											
2009	-0,09	-0,23	-0,31	-0,06	-0,39	0,23	0,28	0,28	-0,20	0,21	0,17
2010	0,16	0,08	0,08	0,07	-0,05	0,38	0,24	0,45	-0,01	0,18	0,37
2011	0,27	0,02	-0,02	0,18	-0,04	1,30	0,41	0,71	-0,06	0,62	0,38
2012	0,23	0,11	0,07	0,25	0,12	0,62	0,35	0,73	0,01	0,23	0,18
2013	0,17	0,12	0,09	0,22	-0,08	0,54	0,15	0,76	0,01	0,12	-0,12
2014	0,21	0,14	0,10	0,23	-0,08	0,53	0,13	0,64	-0,06	0,24	0,21
2015	0,21	0,09	0,06	0,16	0,10	0,53	-0,06	0,57	0,17	0,16	0,23

*, ◊ Anmerkungen siehe S. 87. Anmerkung 1 siehe S. 88.

Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute ^{*)}

Geschäftsjahr	Zahl der berichtenden Institute	Nachrichtlich: Bilanzsumme im Jahresdurchschnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Nettoergebnis des Handelsbestandes ³⁾	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	Operative Erträge ⁴⁾ (Sp. 3+6+9+10)
			Zinsüberschuss (Sp. 4–5)	Zinserträge ²⁾	Zinsaufwendungen	Provisionsüberschuss (Sp. 7–8)	Provisionserträge	Provisionsaufwendungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Mrd €											
2008	1 889	8 515,1	93,8	441,0	347,1	29,4	42,6	13,2	- 18,7	5,7	110,2
2009	1 843	8 214,3	94,7	317,8	223,0	27,1	40,7	13,6	6,9	0,5	129,3
2010	1 821	8 301,6	95,4	270,1	174,7	28,3	42,0	13,7	5,7	- 0,7	128,7
2011	1 801	9 166,8	94,7	303,0	208,3	28,3	41,0	12,8	4,6	0,6	128,2
2012	1 776	9 543,1	95,5	274,7	179,2	27,5	40,0	12,5	7,1	1,6	131,8
2013	1 748	8 756,6	89,5	228,2	138,7	28,0	40,6	12,6	5,9	- 0,8	122,6
2014	1 715	8 454,9	93,4	210,8	117,4	29,3	42,6	13,3	3,6	- 2,5	123,8
2015	1 679	8 605,6	95,9	200,9	105,0	30,5	44,5	14,1	3,7	- 2,2	127,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2009	- 2,4	- 3,5	1,0	- 27,9	- 35,8	- 7,8	- 4,4	3,2	.	- 91,1	17,3
2010	- 1,2	1,1	0,7	- 15,0	- 21,7	4,3	3,2	0,9	- 17,3	.	- 0,4
2011	- 1,1	10,4	- 0,7	12,2	19,3	0,1	- 2,3	- 7,1	- 19,4	.	- 0,4
2012	- 1,4	4,1	0,8	- 9,4	- 14,0	- 2,8	- 2,7	- 2,5	55,3	167,1	2,8
2013	- 1,6	- 8,2	- 6,3	- 16,9	- 22,6	2,0	1,7	1,0	- 18,0	.	- 7,0
2014	- 1,9	- 3,4	4,4	- 7,6	- 15,3	4,5	5,0	6,0	- 38,2	- 201,0	1,1
2015	- 2,1	1,8	2,7	- 4,7	- 10,6	4,0	4,5	5,6	3,0	11,5	3,3
in % der durchschnittlichen Bilanzsumme											
2008	.	.	1,10	5,18	4,08	0,35	0,50	0,15	- 0,22	0,07	1,29
2009	.	.	1,15	3,87	2,71	0,33	0,50	0,17	0,08	0,01	1,57
2010	.	.	1,15	3,25	2,10	0,34	0,51	0,17	0,07	- 0,01	1,55
2011	.	.	1,03	3,31	2,27	0,31	0,45	0,14	0,05	0,01	1,40
2012	.	.	1,00	2,88	1,88	0,29	0,42	0,13	0,07	0,02	1,38
2013	.	.	1,02	2,61	1,58	0,32	0,46	0,14	0,07	- 0,01	1,40
2014	.	.	1,10	2,49	1,39	0,35	0,50	0,16	0,04	- 0,03	1,46
2015	.	.	1,11	2,33	1,22	0,35	0,52	0,16	0,04	- 0,03	1,49

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen und der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken. **2** Zinserträge zuzüglich Deutsche Bundesbank

Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. **3** Bis 2009 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften. **4** Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Nettoergebnis des

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			Betriebs- ergebnis vor Bewertung (Sp. 11 – 12)	Bewer- tungs- ergebnis (ohne Sach- und Finanz- anlagen- geschäft)	Betriebs- ergebnis (Sp. 15 + 16)	Saldo der anderen und außer- ordent- lichen Erträge und Auf- wendungen	Jahresüber- schuss vor Steuern (Sp. 17 + 18)	Steuern vom Ein- kommen und vom Ertrag	Jahresüber- schuss bzw. -fehl- betrag (-) (Sp. 19 – 20)	Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13 + 14)	Personal- aufwand	andere Ver- waltungs- aufwen- dungen insge- samt ⁵⁾								
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
Mrd €										
80,8	43,0	37,8	29,4	-37,1	- 7,7	- 16,9	- 24,6	1,6	- 26,2	2008
84,2	45,8	38,3	45,1	-27,0	18,0	-20,8	- 2,8	4,2	- 7,0	2009
82,2	43,1	39,1	46,6	-15,4	31,2	-12,7	18,4	5,5	12,9	2010
82,0	42,5	39,6	46,2	3,1	49,3	-17,4	31,9	7,0	24,9	2011
84,8	44,6	40,2	47,0	- 4,3	42,7	-11,9	30,8	8,8	22,0	2012
84,8	43,8	41,0	37,8	- 6,5	31,2	- 9,3	22,0	7,4	14,6	2013
85,8	44,0	41,8	38,1	- 6,6	31,5	- 6,5	25,0	7,6	17,4	2014
90,0	46,0	44,0	37,9	- 3,6	34,3	- 7,8	26,5	8,4	18,0	2015
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
4,2	6,6	1,4	53,3	27,0	.	-23,2	88,6	161,1	73,3	2009
-2,4	-6,1	2,0	3,3	43,1	72,8	39,0	.	31,5	.	2010
-0,2	-1,4	1,2	- 0,8	.	58,1	-36,4	73,1	27,9	92,3	2011
3,3	5,0	1,5	1,8	.	-13,4	31,7	- 3,5	24,6	-11,5	2012
0,0	-1,9	2,2	-19,6	-50,9	-26,8	21,8	-28,7	-15,8	-33,9	2013
1,1	0,5	1,8	0,9	- 0,7	0,9	29,8	13,9	3,0	19,4	2014
5,0	4,7	5,3	- 0,6	45,7	8,8	-19,7	6,0	11,2	3,7	2015
in % der durchschnittlichen Bilanzsumme										
0,95	0,51	0,44	0,35	- 0,44	- 0,09	- 0,20	- 0,29	0,02	- 0,31	2008
1,02	0,56	0,47	0,55	- 0,33	0,22	- 0,25	- 0,03	0,05	- 0,09	2009
0,99	0,52	0,47	0,56	- 0,19	0,38	- 0,15	0,22	0,07	0,16	2010
0,89	0,46	0,43	0,50	0,03	0,54	- 0,19	0,35	0,08	0,27	2011
0,89	0,47	0,42	0,49	- 0,05	0,45	- 0,12	0,32	0,09	0,23	2012
0,97	0,50	0,47	0,43	- 0,07	0,36	- 0,11	0,25	0,08	0,17	2013
1,01	0,52	0,49	0,45	- 0,08	0,37	- 0,08	0,30	0,09	0,21	2014
1,05	0,53	0,51	0,44	- 0,04	0,40	- 0,09	0,31	0,10	0,21	2015

Handelsbestandes (bis 2009 aus Finanzgeschäften) sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. ⁵ Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung).

Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ^{*)}

Geschäfts- jahr	Mio €										
	Zahl der berich- tenden Institute	Bilanz- summe im Jah- res- durch- schnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Netto- ergebnis des Handels- bestan- des	Saldo der sonstigen betriebs- lichen Erträge und Aufwen- dungen	Operative Erträge ³⁾ (Sp. 3+ 6+9+10)
			Zinsüber- schuss (Sp. 4–5)	Zins- erträge ²⁾	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 7–8)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Alle Bankengruppen											
2010	1 821	8 301 646	95 418	270 076	174 658	28 261	42 000	13 739	5 712	- 665	128 726
2011	1 801	9 166 779	94 726	303 044	208 318	28 279	41 049	12 770	4 602	605	128 212
2012	1 776	9 543 098	95 505	274 705	179 200	27 493	39 950	12 457	7 149	1 616	131 763
2013	1 748	8 756 612	89 484	228 193	138 709	28 038	40 618	12 580	5 861	- 821	122 562
2014	1 715	8 454 914	93 398	210 821	117 423	29 298	42 639	13 341	3 624	- 2 471	123 849
2015	1 679	8 605 560	95 885	200 863	104 978	30 458	44 540	14 082	3 733	- 2 188	127 888
Kreditbanken											
2010	183	2 845 575	32 525	73 870	41 345	15 799	22 770	6 971	4 706	- 1 165	51 865
2011	183	3 825 768	32 580	77 223	44 643	16 136	22 744	6 608	4 987	760	54 463
2012	183	4 132 098	34 935	73 017	38 082	15 424	21 857	6 433	5 605	540	56 504
2013	183	3 669 592	32 689	62 225	29 536	15 946	22 387	6 441	4 136	- 861	51 910
2014	183	3 532 938	34 370	61 502	27 132	16 686	24 065	7 379	3 026	- 2 335	51 747
2015	177	3 678 042	36 279	60 993	24 714	17 336	25 182	7 846	2 867	- 2 317	54 165
Großbanken											
2010	4	2 061 016	19 584	45 236	25 652	10 215	13 552	3 337	4 706	- 2 529	31 976
2011	4	3 010 173	19 121	47 102	27 981	10 591	13 399	2 808	4 576	- 1 057	33 231
2012	4	3 217 291	21 944	44 179	22 235	10 152	12 771	2 619	5 213	- 1 417	35 892
2013	4	2 798 461	19 235	36 200	16 965	10 698	13 043	2 345	3 821	- 2 086	31 668
2014	4	2 647 559	20 491	36 414	15 923	11 336	14 269	2 933	2 635	- 2 844	31 618
2015	4	2 736 876	22 151	36 394	14 243	11 762	14 569	2 807	2 496	- 3 732	32 677
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken											
2010	161	751 218	12 664	28 097	15 433	5 442	9 068	3 626	- 16	1 248	19 338
2011	161	778 662	13 160	29 469	16 309	5 416	9 199	3 783	392	1 759	20 727
2012	160	840 168	12 687	28 162	15 475	5 143	8 942	3 799	372	1 904	20 106
2013	160	822 706	13 161	25 462	12 301	5 119	9 200	4 081	295	1 153	19 728
2014	160	833 806	13 500	24 305	10 805	5 245	9 674	4 429	375	428	19 548
2015	154	884 457	13 831	23 939	10 108	5 468	10 491	5 023	353	1 349	21 001
Zweigstellen ausländischer Banken											
2010	18	33 341	277	537	260	142	150	8	16	116	551
2011	18	36 933	299	652	353	129	146	17	19	58	505
2012	19	74 639	304	676	372	129	144	15	20	53	506
2013	19	48 425	293	563	270	129	144	15	20	72	514
2014	19	51 573	379	783	404	105	122	17	16	81	581
2015	19	56 709	297	660	363	106	122	16	18	66	487
Landesbanken ⁷⁾											
2010	10	1 512 276	10 325	48 471	38 146	1 225	3 379	2 154	472	205	12 227
2011	10	1 504 774	10 548	81 148	70 600	1 113	3 037	1 924	- 541	44	11 164
2012	9	1 371 385	8 702	66 849	58 147	876	2 612	1 736	708	286	10 572
2013	9	1 229 051	8 383	42 870	34 487	732	2 582	1 850	1 340	227	10 682
2014	9	1 139 438	8 243	36 437	28 194	847	2 632	1 785	112	- 37	9 165
2015	9	1 087 623	8 230	33 092	24 862	995	2 816	1 821	535	210	9 970
Sparkassen											
2010	429	1 070 231	23 506	43 023	19 517	6 124	6 591	467	46	31	29 707
2011	426	1 078 852	23 791	42 686	18 895	6 182	6 575	393	- 20	66	29 887
2012	423	1 096 261	23 280	40 731	17 451	6 137	6 516	379	17	- 106	29 328
2013	417	1 098 581	23 117	37 298	14 181	6 241	6 633	392	19	- 476	28 901
2014	416	1 110 362	23 237	35 028	11 791	6 441	6 854	413	8	- 563	29 123
2015	413	1 130 688	23 286	32 809	9 523	6 775	7 210	435	- 7	- 257	29 797

Anmerkungen *, 1–7 siehe S. 94f.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen												Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13+14)	Personalaufwand	andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt ⁴⁾	Betriebsergebnis vor Bewertung (Sp. 11-12)	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 15+16)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 17+18)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ⁵⁾	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 19-20)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁶⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 21+22)	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Alle Bankengruppen												
82 167	43 073	39 094	46 559	- 15 396	31 163	- 12 717	18 446	5 500	12 946	- 13 625	- 679	2010
82 035	42 480	39 555	46 177	- 3 103	49 280	- 17 352	31 928	7 034	24 894	- 25 706	- 812	2011
84 775	44 607	40 168	46 988	- 4 334	42 654	- 11 852	30 802	8 762	22 040	- 22 237	- 197	2012
84 798	43 757	41 041	37 764	- 6 542	31 222	- 9 270	21 952	7 375	14 577	- 16 232	- 1 655	2013
85 754	43 978	41 776	38 095	- 6 585	31 510	- 6 511	24 999	7 596	17 403	- 15 453	1 950	2014
90 030	46 039	43 991	37 858	- 3 574	34 284	- 7 793	26 491	8 445	18 046	- 15 356	2 690	2015
Kreditbanken												
37 580	17 407	20 173	14 285	- 4 434	9 851	- 6 512	3 339	1 104	2 235	- 241	1 994	2010
36 987	16 814	20 173	17 476	- 4 311	13 165	- 10 992	2 173	1 259	914	754	1 668	2011
37 987	17 711	20 276	18 517	- 3 962	14 555	- 6 430	8 125	3 563	4 562	- 1 568	2 994	2012
37 800	16 903	20 897	14 110	- 2 036	12 074	- 5 769	6 305	1 812	4 493	- 2 794	1 699	2013
37 990	16 216	21 774	13 757	- 3 797	9 960	- 3 367	6 593	1 776	4 817	- 2 812	2 005	2014
40 959	17 528	23 431	13 206	- 1 181	12 025	- 6 890	5 135	1 967	3 168	- 1 873	1 295	2015
Großbanken												
24 754	11 873	12 881	7 222	- 1 714	5 508	- 3 469	2 039	488	1 551	837	2 388	2010
24 107	11 095	13 012	9 124	- 1 887	7 237	- 7 331	- 94	563	- 657	2 645	1 988	2011
24 682	11 814	12 868	11 210	- 3 034	8 176	- 3 038	5 138	2 885	2 253	1 001	3 254	2012
24 792	11 174	13 618	8 876	- 958	5 918	- 2 367	3 551	1 036	2 515	- 756	1 759	2013
24 683	10 450	14 233	6 935	- 2 717	4 218	- 559	3 659	993	2 666	- 729	1 937	2014
27 101	11 422	15 679	5 576	85	5 661	- 2 953	2 708	1 082	1 626	- 216	1 410	2015
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken												
12 538	5 441	7 097	6 800	- 2 694	4 106	- 3 035	1 071	536	535	- 1 068	- 533	2010
12 647	5 612	7 035	8 080	- 2 433	5 647	- 3 661	1 986	609	1 377	- 1 849	- 472	2011
13 059	5 786	7 273	7 047	- 940	6 107	- 3 394	2 713	593	2 120	- 2 547	- 427	2012
12 757	5 617	7 140	6 971	- 1 076	5 895	- 3 402	2 493	690	1 803	- 2 017	- 214	2013
13 068	5 655	7 413	6 480	- 1 042	5 438	- 2 808	2 630	672	1 958	- 2 066	- 108	2014
13 560	5 985	7 575	7 441	- 1 264	6 177	- 3 937	2 240	801	1 439	- 1 633	- 194	2015
Zweigstellen ausländischer Banken												
288	93	195	263	- 26	237	- 8	229	80	149	- 10	139	2010
233	107	126	272	9	281	0	281	87	194	- 42	152	2011
246	111	135	260	12	272	2	274	85	189	- 22	167	2012
251	112	139	263	- 2	261	0	261	86	175	- 21	154	2013
239	111	128	342	- 38	304	0	304	111	193	- 17	176	2014
298	121	177	189	- 2	187	0	187	84	103	- 24	79	2015
Landesbanken ⁷⁾												
6 689	3 261	3 428	5 538	- 2 270	3 268	- 4 197	- 929	- 101	- 828	690	- 138	2010
6 681	3 202	3 479	4 483	- 684	3 799	- 3 727	72	697	- 625	267	- 358	2011
6 305	3 127	3 178	4 267	- 118	4 149	- 1 853	2 296	667	1 629	- 1 954	- 325	2012
6 605	3 200	3 405	4 077	- 3 321	756	- 1 235	- 479	469	- 948	973	25	2013
6 498	3 261	3 237	2 667	- 1 580	1 087	- 1 455	- 368	511	- 879	1 406	527	2014
6 893	3 488	3 405	3 077	- 1 114	1 963	- 158	1 805	764	1 041	- 580	461	2015
Sparkassen												
18 665	11 546	7 119	11 042	- 3 493	7 549	- 963	6 586	2 513	4 073	- 2 555	1 518	2010
18 735	11 562	7 173	11 152	7 468	18 620	- 1 824	16 796	2 747	14 049	- 12 437	1 612	2011
19 256	12 068	7 188	10 072	660	10 732	- 1 272	9 460	2 657	6 803	- 5 200	1 603	2012
19 410	12 085	7 325	9 491	130	9 621	- 1 020	8 601	2 664	5 937	- 4 401	1 536	2013
19 891	12 606	7 285	9 232	1	9 233	- 593	8 640	2 794	5 846	- 4 288	1 558	2014
20 520	12 950	7 570	9 277	76	9 353	- 392	8 961	2 913	6 048	- 4 472	1 576	2015

noch: Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berichten- den Institute	Mio €									
		Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Netto- ergebnis des Handels- bestan- des	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Aufwen- dungen	Operative Erträge ³⁾ (Sp. 3+ 6+9+10)
			Zinsüber- schuss (Sp. 4–5)	Zins- erträge ²⁾	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 7–8)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Genossenschaftliche Zentralbanken											
2010	2	262 437	1 259	5 958	4 699	347	828	481	491	– 17	2 080
2011	2	275 900	1 242	5 912	4 670	352	766	414	179	– 10	1 763
2012	2	294 430	1 403	5 594	4 191	364	715	351	836	– 2	2 601
2013	2	282 833	1 479	4 940	3 461	367	747	380	347	– 22	2 171
2014	2	281 348	1 136	4 406	3 270	393	776	383	461	6	1 996
2015	2	291 157	1 490	4 262	2 772	398	834	436	324	– 124	2 088
Kreditgenossenschaften											
2010	1 138	697 694	16 264	28 085	11 821	4 114	4 926	812	10	226	20 614
2011	1 121	711 046	16 331	27 929	11 598	4 091	4 937	846	11	497	20 930
2012	1 101	739 066	16 354	27 223	10 869	4 107	4 969	862	16	432	20 909
2013	1 078	750 899	16 881	25 539	8 658	4 182	5 083	901	10	417	21 490
2014	1 047	771 932	17 063	24 305	7 242	4 324	5 266	942	10	143	21 540
2015	1 021	798 178	17 077	22 705	5 628	4 563	5 570	1 007	4	134	21 778
Realkreditinstitute											
2010	18	793 476	3 505	35 431	31 926	197	800	603	– 6	86	3 782
2011	18	645 145	2 616	32 016	29 400	138	373	235	– 4	– 825	1 925
2012	17	565 008	2 413	24 026	21 613	97	327	230	0	143	2 653
2013	17	482 524	1 828	18 864	17 036	58	267	209	2	– 134	1 754
2014	17	421 014	2 007	16 232	14 225	14	225	211	– 4	108	2 125
2015	16	376 908	2 245	15 323	13 078	– 11	212	223	– 2	9	2 241
Bausparkassen											
2010	23	196 443	3 282	7 895	4 613	– 378	1 386	1 764	0	– 106	2 798
2011	23	198 108	3 384	7 846	4 462	– 499	1 394	1 893	0	10	2 895
2012	22	201 224	3 253	7 680	4 427	– 531	1 403	1 934	0	46	2 768
2013	22	205 733	3 143	7 381	4 238	– 630	1 381	2 011	0	25	2 538
2014	21	212 395	3 037	7 125	4 088	– 546	1 339	1 885	0	– 54	2 437
2015	21	214 613	2 841	6 818	3 977	– 590	1 375	1 965	0	– 2	2 249
Banken mit Sonderaufgaben ⁷⁾											
2010	18	923 514	4 752	27 343	22 591	833	1 320	487	– 7	75	5 653
2011	18	927 186	4 234	28 284	24 050	766	1 223	457	– 10	195	5 185
2012	19	1 143 626	5 165	29 585	24 420	1 019	1 551	532	– 33	277	6 428
2013	20	1 037 399	1 964	29 076	27 112	1 142	1 538	396	7	3	3 116
2014	20	985 487	4 305	25 786	21 481	1 139	1 482	343	11	261	5 716
2015	20	1 028 351	4 437	24 861	20 424	992	1 341	349	12	159	5 600
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾											
2010	42	666 637	9 104	22 602	13 498	3 331	5 236	1 905	371	28	12 834
2011	39	756 406	9 868	23 908	14 040	3 234	4 934	1 700	– 173	447	13 376
2012	37	803 313	8 502	20 365	11 863	2 885	4 501	1 616	1 215	415	13 017
2013	37	692 773	8 266	15 323	7 057	2 633	4 282	1 649	1 106	301	12 306
2014	35	680 177	8 347	14 546	6 199	3 025	4 966	1 941	343	– 45	11 670
2015	33	735 491	8 383	13 502	5 119	2 919	4 834	1 915	435	456	12 193

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen und der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken. **2** Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. **3** Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich

Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. **4** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung). **5** Teil-

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen													Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13+14)	Personalaufwand	andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt ⁴⁾	Betriebsergebnis vor Bewertung (Sp. 11-12)	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 15+16)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 17+18)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ⁵⁾	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 19-20)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁶⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 21+22)		
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		
Genossenschaftliche Zentralbanken													
990	545	445	1 090	7	1 097	- 483	614	- 6	620	- 402	218	2010	
1 018	530	488	745	1 124	1 869	- 659	1 210	91	1 119	- 1 018	101	2011	
1 099	562	537	1 502	- 137	1 365	- 758	607	- 412	1 019	- 815	204	2012	
1 135	589	546	1 036	- 329	707	- 172	535	123	412	- 177	235	2013	
1 183	619	564	813	13	826	- 227	599	220	379	- 58	321	2014	
1 317	621	696	771	123	894	- 630	264	430	- 166	513	347	2015	
Kreditgenossenschaften													
13 134	7 940	5 194	7 480	- 2 316	5 164	- 375	4 789	1 620	3 169	- 1 796	1 373	2010	
13 382	7 983	5 399	7 548	- 317	7 231	- 250	6 981	1 924	5 057	- 3 674	1 383	2011	
13 774	8 210	5 564	7 135	263	7 398	13	7 411	1 989	5 422	- 4 001	1 421	2012	
13 886	8 303	5 583	7 604	322	7 926	- 276	7 650	1 956	5 694	- 4 285	1 409	2013	
14 201	8 538	5 663	7 339	- 198	7 141	- 153	6 988	2 077	4 911	- 3 480	1 431	2014	
14 505	8 752	5 753	7 273	- 466	6 807	- 136	6 671	2 105	4 566	- 3 212	1 354	2015	
Realkreditinstitute													
1 374	533	841	2 408	- 2 423	- 15	- 71	- 86	- 17	- 69	- 4 494	- 4 563	2010	
1 418	552	866	507	- 1 641	- 1 134	827	- 307	74	- 381	- 4 321	- 4 702	2011	
1 371	559	812	1 282	- 645	637	- 540	97	21	76	- 4 669	- 4 593	2012	
1 322	525	797	432	- 405	27	90	117	88	29	- 4 775	- 4 746	2013	
1 241	529	712	884	- 278	606	- 772	- 166	103	- 269	- 1 714	- 1 983	2014	
1 147	492	655	1 094	- 327	767	- 20	747	98	649	- 1 385	- 736	2015	
Bausparkassen													
1 938	814	1 124	860	- 7	853	- 192	661	308	353	- 202	151	2010	
1 949	806	1 143	946	755	1 701	- 273	1 428	191	1 237	- 914	323	2011	
1 953	758	1 195	815	17	832	- 189	643	172	471	- 300	171	2012	
1 867	702	1 165	671	- 88	583	- 144	439	193	246	- 104	142	2013	
1 891	751	1 140	546	282	828	- 66	762	255	507	- 388	119	2014	
1 749	721	1 028	500	- 72	428	- 2	426	78	348	- 4	344	2015	
Banken mit Sonderaufgaben ⁷⁾													
1 797	1 027	770	3 856	- 460	3 396	76	3 472	79	3 393	- 4 625	- 1 232	2010	
1 865	1 031	834	3 320	709	4 029	- 454	3 575	51	3 524	- 4 363	- 839	2011	
3 030	1 612	1 418	3 398	- 412	2 986	- 823	2 163	105	2 058	- 3 730	- 1 672	2012	
2 773	1 450	1 323	343	- 815	- 472	- 744	- 1 216	70	- 1 286	- 669	- 1 955	2013	
2 859	1 458	1 401	2 857	- 1 028	1 829	122	1 951	- 140	2 091	- 4 119	- 2 028	2014	
2 940	1 487	1 453	2 660	- 613	2 047	435	2 482	90	2 392	- 4 343	- 1 951	2015	
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
7 618	3 432	4 186	5 216	- 1 697	3 519	- 1 439	2 080	550	1 530	- 34	1 496	2010	
7 950	3 551	4 399	5 426	- 2 084	3 342	- 1 582	1 760	271	1 489	- 409	1 080	2011	
8 097	3 643	4 454	4 920	- 285	4 635	- 1 339	3 296	735	2 561	- 32	2 529	2012	
8 230	3 773	4 457	4 076	- 474	3 602	- 1 481	2 121	513	1 608	- 558	1 050	2013	
7 920	3 516	4 404	3 750	- 439	3 311	- 1 308	2 003	320	1 683	- 725	958	2014	
8 503	3 992	4 511	3 690	- 479	3 211	- 1 723	1 488	430	1 058	- 396	662	2015	

weise einschl. Steueraufwendungen der den Landesbanken angeschlossenen rechtlich unselbständigen Bausparkassen. ⁶ Einschl. Gewinn- und Verlustvortrag aus dem Vorjahr sowie Entnahmen aus dem bzw. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken. ⁷ Ab 2012 Zuordnung der Portigon AG (Rechtsnach-

folgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“. ⁸ Ausgliederung der in den Bankengruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen (rechtlich selbständigen) Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

Aufwands- und Ertragspositionen der Kreditinstitute *)

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Aufwendungen, Mrd €										
								Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
		ins- gesamt	Zins- auf- wen- dun- gen	Provi- sionsauf- wen- dun- gen	Netto- aufwand des Han- delsbe- standes 1)	Roh- er- gebnis aus Waren- ver- kehr und Neben- betrie- ben	insgesamt	Personalaufwand			andere Verwal- tungsauf- wen- dun- gen 2)	
								insgesamt	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		darunter: für Alters- versor- gung
2007	1 928	482,7	332,3	12,1	4,5	0,0	79,8	45,6	35,8	9,8	4,0	34,3
2008	1 889	532,5	347,1	13,2	19,8	0,0	77,1	43,0	33,5	9,5	4,2	34,1
2009	1 843	388,2	223,0	13,6	1,2	0,0	80,6	45,8	35,2	10,7	4,9	34,7
2010	1 821	329,1	174,7	13,7	0,7	0,0	78,7	43,1	35,2	7,9	2,3	35,6
2011	1 801	367,1	208,3	12,8	1,2	0,0	78,6	42,5	34,7	7,8	2,4	36,1
2012	1 776	329,0	179,2	12,5	0,2	0,0	80,9	44,6	35,5	9,1	3,4	36,3
2013	1 748	285,8	138,7	12,6	0,3	0,0	81,1	43,8	35,2	8,6	2,9	37,4
2014	1 715	262,8	117,4	13,3	0,4	0,0	82,0	44,0	35,3	8,7	3,2	38,0
2015	1 679	256,7	105,0	14,1	0,5	0,0	86,0	46,0	36,4	9,6	3,7	39,9

Geschäfts- jahr	Erträge, Mrd €									
	insgesamt	Zinserträge			Laufende Erträge				Erträge aus Gewinn- gemein- schaften, Gewinn- abführungs- oder Teil- gewinn- abführungs- verträgen	Provisions- erträge
		insgesamt	aus Kredit- und Geldmarkt- geschäften	aus festver- zinslichen Wert- papieren und Schuld- buch- forderungen	insgesamt	aus Aktien und anderen nicht fest- verzinslichen Wert- papieren	aus Betei- ligungen 5)	aus Anteilen an ver- bundenen Unter- nehmen		
2007	497,4	397,8	325,7	72,1	24,3	18,3	1,9	4,0	4,9	43,6
2008	506,3	416,6	337,0	79,6	19,3	12,7	1,5	5,1	5,1	42,6
2009	381,2	303,0	247,7	55,3	11,7	7,2	0,9	3,5	3,1	40,7
2010	342,0	255,5	212,0	43,5	12,4	7,2	1,0	4,3	2,1	42,0
2011	392,0	288,8	246,1	42,7	11,2	6,7	1,2	3,3	3,0	41,0
2012	351,0	256,3	220,3	36,0	12,2	7,5	1,0	3,8	6,2	40,0
2013	300,4	213,6	184,9	28,7	10,0	6,0	1,0	3,0	4,6	40,6
2014	280,2	196,4	170,2	26,1	11,3	6,3	1,1	4,0	3,1	42,6
2015	274,7	183,1	160,1	22,9	15,0	6,7	1,8	6,5	2,8	44,5

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. 1 Bis 2009 Nettoaufwand aus Finanzgeschäften. 2 Aufwandsposition enthält nicht die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle An-

lagewerte und Sachanlagen, gekürzt um Abschreibungen auf Leasinggegenstände („enge“ Abgrenzung). In allen anderen Tabellen sind „andere Verwaltungsaufwendungen“ weit abgegrenzt. 3 Einschl. Leasingaufwendungen und Zu-

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen												Geschäftsjahr
zu-	darunter:	Sonstige betriebliche Aufwendungen ³⁾	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	Aufwendungen aus Verlustübernahme	Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	Außerordentliche Aufwendungen	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ⁴⁾	Sonstige Steuern	Aufgrund einer Gewinn-gemeinschaft, eines Gewinn-abführungs- oder eines Teil-gewinn-abführungs-vertrages abgeführte Gewinne		
zusammen	auf Leasinggegenstände											
3,8	0,0	5,6	26,9	3,9	0,9	0,1	1,4	6,2	0,2	5,0	2007	
3,8	0,2	5,9	39,6	15,3	3,3	0,0	1,9	1,6	0,2	3,6	2008	
3,9	0,3	8,4	29,0	9,6	3,8	0,0	7,4	4,2	0,2	3,4	2009	
3,9	0,5	11,6	18,4	4,0	3,9	0,0	10,4	5,5	0,3	3,2	2010	
5,4	2,0	17,2	11,9	11,2	6,6	0,0	2,7	7,0	0,6	3,6	2011	
5,8	2,0	15,3	11,7	7,1	0,6	0,0	2,4	8,8	0,2	4,3	2012	
5,5	1,9	16,8	10,6	3,6	0,7	0,0	3,4	7,4	0,2	4,9	2013	
5,5	1,8	16,4	10,5	3,5	0,6	0,0	1,5	7,6	0,2	3,9	2014	
5,9	1,8	17,9	7,3	3,6	1,2	0,0	2,5	8,4	0,3	4,1	2015	

Nettoertrag des Handelsbestandes ⁶⁾	Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	Sonstige betriebliche Erträge			Außerordentliche Erträge	Erträge aus Verlustübernahme	Geschäftsjahr
				zusammen ⁷⁾	darunter: aus Leasinggeschäften	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			
3,3	0,2	2,9	9,0	9,1	0,0	0,0	2,1	0,0	2007
1,0	0,2	2,5	1,8	11,8	0,5	0,1	3,6	1,7	2008
8,1	0,2	1,9	1,1	9,2	0,8	0,0	1,3	0,9	2009
6,4	0,2	3,0	1,6	11,5	0,9	0,0	6,1	1,2	2010
5,8	0,2	15,0	0,7	20,2	6,3	0,0	0,8	5,2	2011
7,4	0,2	7,4	1,4	18,9	5,1	0,0	0,7	0,5	2012
6,2	0,2	4,0	1,5	17,9	4,7	0,0	0,9	0,9	2013
4,0	0,2	4,0	1,7	15,7	4,5	0,0	0,8	0,4	2014
4,2	0,2	3,7	1,9	17,6	4,7	0,0	0,5	1,1	2015

führungen zum Fonds zur baupartechnischen Absicherung. **4** Teilweise einschl. Steueraufwendungen der den Landesbanken angeschlossenen rechtlich unselbständigen Bausparkassen. **5** Einschl. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften.

6 Bis 2009 Nettoertrag aus Finanzgeschäften. **7** Einschl. Entnahmen aus dem Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR (6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
			M3	gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2014 Nov.	7,0	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,5	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	8,1	3,8	3,8	3,5	- 0,1	- 0,7	- 2,1	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	8,6	3,8	3,6	3,8	0,1	- 0,6	- 2,1	- 0,05	0,06	1,1
Febr.	8,8	3,9	3,9	4,0	0,2	- 0,3	- 2,2	- 0,04	0,05	1,0
März	9,7	4,4	4,4	4,5	0,6	- 0,0	- 2,6	- 0,05	0,03	0,8
April	10,2	4,7	5,1	4,8	0,9	0,2	- 2,9	- 0,07	0,00	0,8
Mai	11,0	4,8	4,8	4,9	1,3	0,5	- 2,9	- 0,11	- 0,01	1,3
Juni	11,4	5,0	4,7	4,8	1,3	0,2	- 3,0	- 0,12	- 0,01	1,6
Juli	11,8	5,2	5,0	4,8	1,8	0,8	- 3,0	- 0,12	- 0,02	1,5
Aug.	11,2	4,9	4,7	4,8	2,2	1,0	- 3,1	- 0,12	- 0,03	1,3
Sept.	11,3	5,0	4,7	4,8	2,1	0,7	- 3,3	- 0,14	- 0,04	1,3
Okt.	11,2	5,1	5,0	4,8	2,2	0,9	- 3,4	- 0,14	- 0,05	1,1
Nov.	10,7	5,0	4,8	4,8	2,6	1,1	- 3,3	- 0,13	- 0,09	1,1
Dez.	10,4	5,0	4,5	4,8	2,2	0,6	- 3,0	- 0,20	- 0,13	1,2
2016 Jan.	10,5	5,5	5,1	4,8	2,7	0,9	- 3,4	- 0,24	- 0,15	1,1
Febr.	10,2	5,4	5,0	5,0	3,1	1,2	- 3,4	- 0,24	- 0,18	1,0
März	10,2	5,5	5,1	4,9	3,0	1,0	- 3,3	- 0,29	- 0,23	0,9
April	9,7	5,1	4,6	4,9	3,2	1,2	- 2,8	- 0,34	- 0,25	0,9
Mai	9,1	5,1	4,9	4,9	3,5	1,3	- 2,5	- 0,34	- 0,26	0,8
Juni	8,7	4,9	5,0	4,9	3,8	1,5	- 2,3	- 0,33	- 0,27	0,7
Juli	8,4	4,8	4,8	...	3,8	1,3	- 2,6	- 0,33	- 0,29	0,6
Aug.	- 0,34	- 0,30	0,5

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43* 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2014 Nov.	+ 26 171	+ 24 430	+ 59 036	+ 16 939	+ 9 596	+ 5 135	+ 26 665	+ 701	1,2472	99,0	94,9
Dez.	+ 40 751	+ 26 282	- 1 489	- 11 250	+ 40 684	+ 1 901	- 33 948	+ 1 125	1,2331	99,0	94,8
2015 Jan.	+ 8 190	+ 15 546	- 19 202	+ 43 382	- 67 536	+ 4 977	- 1 172	+ 1 147	1,1621	95,2	91,0
Febr.	+ 15 217	+ 28 986	- 46 512	+ 13 291	- 51 358	+ 12 415	- 25 114	+ 4 255	1,1350	93,3	89,5
März	+ 31 468	+ 29 539	+ 32 907	+ 37 613	- 11 095	+ 10 363	- 4 264	+ 291	1,0838	90,6	86,9
April	+ 25 237	+ 30 086	- 2 919	- 5 652	+ 46 619	+ 6 265	- 46 356	- 3 795	1,0779	89,7	86,1
Mai	+ 8 373	+ 26 827	+ 29 955	+ 8 546	+ 10 242	+ 4 049	+ 8 793	- 1 674	1,1150	91,6	87,8
Juni	+ 37 499	+ 34 775	+ 52 007	- 17 093	+ 58 588	- 6 188	+ 13 607	+ 3 093	1,1213	92,3	88,5
Juli	+ 40 938	+ 39 741	+ 35 838	+ 11 235	+ 75 484	+ 9 879	- 53 760	- 7 000	1,0996	91,3	87,5
Aug.	+ 20 665	+ 19 491	+ 6 546	+ 4 875	+ 8 581	- 6 744	- 1 555	+ 1 390	1,1139	93,0	88,9
Sept.	+ 35 712	+ 30 284	+ 15 333	- 26 501	+ 10 265	- 4 327	+ 27 613	+ 8 282	1,1221	93,8	89,6
Okt.	+ 31 397	+ 33 983	+ 110 995	+ 58 836	+ 15 473	+ 11 274	+ 31 421	- 6 009	1,1235	93,6	89,6
Nov.	+ 32 667	+ 33 470	- 33 913	- 86 265	+ 23 496	+ 21 148	+ 5 245	+ 2 462	1,0736	91,1	87,1
Dez.	+ 42 223	+ 31 582	+ 93 562	+ 66 716	+ 82 571	+ 21 452	- 85 632	+ 8 126	1,0877	92,5	88,3
2016 Jan.	+ 9 463	+ 13 908	- 16 395	- 31 926	+ 87 039	+ 14 844	- 85 197	- 1 155	1,0860	93,6	89,1
Febr.	+ 14 376	+ 28 013	- 5 502	+ 45 000	+ 34 158	+ 6 811	- 92 532	+ 1 061	1,1093	94,7	90,0
März	+ 36 771	+ 39 425	+ 70 765	+ 30 453	+ 21 452	- 3 096	+ 20 892	+ 1 064	1,1100	94,1	89,5
April	+ 36 199	+ 34 546	+ 42 818	+ 7 929	+ 121 056	- 6 093	- 78 475	- 1 599	1,1339	94,8	90,1
Mai	+ 16 454	+ 31 681	+ 45 678	+ 38 595	+ 7 632	- 493	- 3 176	+ 3 120	1,1311	95,1	90,5
Juni	+ 37 582	+ 38 132	+ 59 763	+ 2 416	+ 19 012	- 917	+ 38 546	+ 706	1,1229	94,7	90,2
Juli	1,1069	94,9	p) 90,3
Aug.	1,1212	95,2	p) 90,6

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81*/ 82* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾										
2013	- 0,2	0,0	0,5	1,4	- 0,8	0,6	- 3,2	1,1	- 1,7	3,0
2014	1,1	1,3	1,6	2,8	- 0,7	0,6	0,6	8,5	- 0,3	2,4
2015	2,0	1,4	1,7	1,4	0,2	1,3	- 0,2	26,3	0,8	2,7
2015 1.Vj.	1,8	1,1	1,3	1,2	- 0,5	1,4	0,3	28,1	0,2	1,8
2.Vj.	2,0	1,5	1,8	1,9	0,6	1,2	1,3	24,3	0,9	2,8
3.Vj.	2,0	1,3	1,8	1,9	- 0,1	1,1	- 1,7	24,4	0,8	3,5
4.Vj.	2,0	1,6	2,1	0,8	0,7	1,4	- 0,7	28,4	1,2	2,7
2016 1.Vj.	1,7	1,4	1,5	1,5	0,8	1,5	- 0,9	3,9	0,9	2,1
2.Vj.	1,6	1,4	3,1	0,8	1,1	2,0	- 0,4	4,1	1,1	2,1
Industrieproduktion ¹⁾³⁾										
2013	- 0,7	1,0	0,2	4,2	- 3,2	- 0,6	- 3,2	- 2,2	- 3,0	- 0,7
2014	0,8	0,9	1,3	4,3	- 1,9	- 0,8	- 2,0	20,9	- 0,7	- 0,9
2015	2,0	- 0,1	0,8	- 2,4	- 1,1	1,5	1,0	37,1	1,1	3,6
2015 1.Vj.	2,0	0,0	0,6	1,9	- 3,4	1,3	2,9	47,0	0,0	1,6
2.Vj.	1,9	- 1,7	1,6	- 1,7	- 1,1	1,7	- 2,7	27,2	1,1	5,7
3.Vj.	2,5	0,1	1,6	- 4,0	- 0,1	1,1	1,5	38,7	2,1	3,8
4.Vj.	1,8	1,2	- 0,3	- 5,5	0,0	2,0	2,6	36,5	1,3	3,0
2016 1.Vj.	1,2	4,1	1,3	- 2,3	- 0,7	0,7	- 1,0	- 0,2	1,6	3,7
2.Vj.	1,0	p)	0,6	- 1,8	2,6	0,5	5,0	0,5	0,0	4,4
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾										
2013	78,4	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	71,6	72,0
2014	80,4	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2015	81,3	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	-	75,5	71,5
2015 2.Vj.	81,2	79,8	84,4	70,7	79,1	82,7	67,7	-	76,1	72,2
3.Vj.	81,2	80,0	84,0	72,7	79,0	82,9	63,5	-	75,5	71,4
4.Vj.	81,6	79,2	84,6	71,0	80,1	83,4	64,2	-	75,9	71,0
2016 1.Vj.	81,9	80,0	85,0	72,5	79,5	82,6	65,5	-	77,1	72,3
2.Vj.	81,5	79,3	84,6	73,8	78,0	82,8	67,8	-	76,5	73,0
3.Vj.	81,6	79,7	84,8	73,0	73,8	83,7	67,8	-	76,0	71,8
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾										
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2015	10,9	8,5	4,6	6,2	9,4	10,4	24,9	9,4	11,9	9,9
2016 März	10,2	8,1	4,3	6,6	9,1	10,1	23,8	8,3	11,4	9,7
April	10,1	8,3	4,2	6,4	9,1	9,9	23,5	8,3	11,5	9,5
Mai	10,1	8,4	4,3	6,5	9,1	9,9	23,6	8,4	11,4	9,5
Juni	10,1	8,4	4,3	7,0	9,1	10,1	23,4	8,4	11,6	9,6
Juli	10,1	8,3	4,3	...	9,1	10,3	...	8,3	11,4	9,5
Aug.	8,3
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,2	0,0
2014	6) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2015	7) 0,0	0,6	0,1	0,1	- 0,2	0,1	- 1,1	0,0	0,1	0,2
2016 März	0,0	1,6	0,1	0,5	0,0	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,6
April	- 0,2	1,5	- 0,3	0,0	0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,7
Mai	- 0,1	1,6	0,0	0,0	0,3	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,8
Juni	0,1	1,8	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1	- 0,2	- 0,6
Juli	0,2	2,0	0,4	0,8	0,5	0,4	0,2	0,1	- 0,2	0,1
Aug.	0,2	2,0	0,3	1,1	0,5	0,4	0,4	- 0,4	- 0,1	- 0,1
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁸⁾										
2013	- 3,0	- 3,0	- 0,2	- 0,2	- 2,6	- 4,0	- 13,0	- 5,7	- 2,9	- 0,9
2014	- 2,6	- 3,1	0,3	0,8	- 3,2	- 4,0	- 3,6	- 3,8	- 3,0	- 1,6
2015	- 2,1	- 2,6	0,7	0,4	- 2,7	- 3,5	- 7,2	- 2,3	- 2,6	- 1,3
Staatliche Verschuldung ⁸⁾										
2013	91,1	105,2	77,1	9,9	55,5	92,4	177,7	120,0	129,0	39,1
2014	92,0	106,5	74,5	10,4	59,3	95,4	180,1	107,5	132,5	40,8
2015	90,7	106,0	71,0	9,7	63,1	95,8	176,9	93,8	132,7	36,4

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

ber, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾										
3,6	4,3	4,5	- 0,2	0,1	- 1,1	1,4	- 1,1	- 1,7	- 5,9	2013
3,0	4,1	3,5	1,4	0,6	0,9	2,5	3,1	1,4	- 2,5	2014
1,6	4,8	6,1	2,0	1,0	1,4	3,6	2,3	3,2	1,6	2015
1,2	5,2	6,1	2,6	0,8	1,5	2,9	2,5	2,7	0,1	2015 1.Vj.
1,4	5,4	6,3	1,9	0,5	1,6	3,4	2,0	3,3	1,4	2.Vj.
1,7	5,4	6,0	2,0	1,4	1,5	3,7	2,0	3,5	2,3	3.Vj.
2,0	3,5	6,3	1,4	1,1	1,2	4,3	2,8	3,3	2,4	4.Vj.
2,4	4,5	5,3	1,5	1,6	0,8	3,5	2,3	3,2	2,6	2016 1.Vj.
1,9	...	3,0	2,3	1,2	0,8	3,7	2,7	3,1	2,9	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾										
3,2	- 3,1	- 5,3	0,5	0,8	0,5	3,9	- 1,4	- 1,7	- 13,5	2013
0,3	4,4	- 5,7	- 2,9	0,9	1,8	8,6	1,7	1,3	- 0,9	2014
4,5	1,2	6,3	- 3,4	1,8	1,7	7,0	5,4	3,4	3,6	2015
4,2	1,2	4,6	0,8	1,6	0,3	12,4	6,9	1,6	0,2	2015 1.Vj.
4,5	1,6	8,3	- 4,8	0,7	1,9	5,0	5,6	3,2	3,1	2.Vj.
4,0	0,7	7,3	- 5,4	2,8	2,4	6,0	5,4	4,2	4,4	3.Vj.
5,3	1,5	5,0	- 4,5	2,3	2,2	5,0	3,7	4,8	6,4	4.Vj.
5,7	1,5	- 5,2	- 2,5	1,4	0,9	2,2	5,7	2,9	10,1	2016 1.Vj.
- 0,9	0,6	- 4,4	2,8	p)	2,3	6,4	5,7	1,3	p)	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾										
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	76,3	77,1	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	78,4	80,7	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	80,4	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
74,4	65,6	78,7	82,3	84,2	80,4	79,1	83,4	77,2	60,3	2015 2.Vj.
73,6	69,0	77,2	82,2	84,4	80,1	86,2	83,6	77,6	56,4	3.Vj.
74,3	72,2	77,9	82,2	83,4	80,4	83,4	82,3	78,1	61,1	4.Vj.
75,9	72,4	77,8	81,4	85,0	80,0	85,4	83,2	79,0	56,9	2016 1.Vj.
76,1	76,1	78,9	81,7	84,0	80,8	83,0	83,1	77,8	63,9	2.Vj.
75,5	77,6	79,8	81,5	83,2	79,6	84,3	83,7	78,4	58,7	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾										
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	6,0	5,8	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
9,1	6,4	5,4	6,9	5,7	12,6	11,5	9,0	22,1	15,0	2015
8,4	6,3	4,5	6,4	5,8	12,0	10,1	8,3	20,3	12,7	2016 März
8,0	6,3	4,2	6,4	5,9	11,6	10,0	8,1	20,2	12,2	April
8,2	6,2	4,0	6,3	6,1	11,2	9,9	8,1	20,1	11,9	Mai
8,4	6,2	4,0	6,1	6,1	11,1	9,8	8,0	19,9	11,8	Juni
8,8	6,2	3,9	6,0	6,0	11,1	9,7	7,9	19,6	11,6	Juli
...	Aug.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	- 0,2	- 0,1	0,4	- 0,2	- 0,3	2014
- 0,7	0,1	1,2	0,2	0,8	0,5	- 0,3	- 0,8	- 0,6	- 1,5	2015
0,8	- 0,6	1,0	0,5	0,7	0,5	- 0,5	- 0,9	- 1,0	- 2,2	2016 März
0,8	- 0,6	0,8	- 0,2	0,6	0,5	- 0,4	- 0,7	- 1,2	- 2,1	April
0,2	- 0,6	1,0	- 0,2	0,6	0,4	- 0,7	- 0,5	- 1,1	- 1,9	Mai
0,4	- 0,4	1,0	- 0,2	0,6	0,7	- 0,7	0,1	- 0,9	- 2,0	Juni
0,0	- 0,4	0,9	- 0,6	0,6	0,7	- 0,9	- 0,1	- 0,7	- 0,4	Juli
0,5	- 0,2	1,0	0,1	p)	0,6	- 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,6	Aug.
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁸⁾										
- 2,6	0,8	- 2,6	- 2,4	- 1,3	- 4,8	- 2,7	- 15,0	- 6,9	- 4,9	2013
- 0,7	1,7	- 2,0	- 2,4	- 2,7	- 7,2	- 2,7	- 5,0	- 5,9	- 8,9	2014
- 0,2	1,2	- 1,5	- 1,8	- 1,2	- 4,4	- 3,0	- 2,9	- 5,1	- 1,0	2015
Staatliche Verschuldung ⁸⁾										
38,8	23,3	68,6	67,9	80,8	129,0	55,0	71,0	93,7	102,5	2013
40,7	22,9	67,1	68,2	84,3	130,2	53,9	81,0	99,3	108,2	2014
42,7	21,4	63,9	65,1	86,2	129,0	52,9	83,2	99,2	108,9	2015

werten des Statistischen Bundesamtes. **6** Ab 2014 einschl. Lettland. **7** Ab 2015 einschl. Litauen. **8** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition). EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank, regelmäßig aktualisiert. Mit-

gliedstaaten außer Deutschland: letzte Datenveröffentlichung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Eurostat). Deutschland: aktueller Datenstand gemäß Statistischem Bundesamt und eigenen Berechnungen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2014 Dez.	- 45,0	- 9,1	- 12,2	- 35,9	- 43,7	- 10,0	- 115,3	- 105,4	- 29,4	- 2,9	2,3	- 30,9	2,2
2015 Jan.	73,1	- 2,1	3,3	75,2	53,0	- 15,0	197,7	212,7	- 1,9	- 12,3	0,5	- 9,0	18,9
Febr.	11,3	21,4	2,1	- 10,2	- 0,3	- 23,3	- 18,1	5,2	- 14,6	- 8,8	- 1,4	- 9,8	5,3
März	75,4	43,1	1,0	32,3	29,1	10,6	- 30,2	- 40,9	- 20,5	- 12,4	- 1,3	- 26,2	19,4
April	54,4	17,6	16,8	36,8	32,5	- 57,6	38,4	95,9	- 47,5	- 18,8	- 2,1	- 15,5	- 11,0
Mai	27,4	10,9	- 0,8	16,4	31,2	25,2	- 55,0	- 80,2	- 21,3	- 8,3	- 1,7	- 23,5	12,2
Juni	6,6	- 16,6	- 28,1	23,2	24,5	56,0	- 87,7	- 143,7	- 21,5	- 13,8	- 1,2	- 12,9	6,5
Juli	61,8	58,0	50,8	3,7	4,0	- 65,0	- 0,3	64,7	- 5,3	10,4	- 0,9	- 21,4	6,6
Aug.	15,3	- 23,6	7,0	38,8	47,7	- 23,3	10,5	33,8	- 10,0	- 2,4	- 1,4	- 8,5	2,4
Sept.	26,4	- 13,0	- 8,7	39,4	45,8	- 7,7	- 94,8	- 87,0	- 20,8	- 3,2	- 0,7	- 26,1	9,3
Okt.	24,8	2,7	- 15,4	22,2	18,6	9,5	22,6	13,1	- 39,9	- 25,3	- 1,1	- 17,3	3,8
Nov.	87,2	48,1	2,0	39,1	47,1	3,5	- 15,3	- 18,9	- 6,5	- 13,5	- 1,7	- 4,8	13,5
Dez.	- 113,9	- 75,0	- 2,2	- 38,8	- 33,8	- 10,5	- 196,1	- 185,6	- 9,0	4,1	- 0,6	- 26,5	14,0
2016 Jan.	156,9	46,6	5,3	110,2	95,2	- 39,8	127,3	167,2	- 28,2	- 8,8	- 0,4	- 19,1	0,1
Febr.	88,9	47,6	- 0,0	41,2	50,1	- 81,5	32,0	113,5	- 15,4	12,1	- 1,2	- 24,7	- 1,5
März	60,3	21,5	- 3,1	38,7	39,5	21,3	- 86,0	- 107,3	- 16,8	- 6,5	- 0,9	0,1	- 9,5
April	92,6	44,4	25,2	48,2	43,0	- 61,5	118,7	180,2	- 4,2	- 4,6	- 1,3	- 0,7	2,4
Mai	70,1	22,9	13,1	47,2	53,5	- 0,1	62,6	62,6	0,8	- 5,2	- 0,5	- 0,3	6,8
Juni	53,8	5,2	- 5,6	48,5	60,1	23,2	- 31,7	- 54,9	- 9,7	- 20,8	- 0,8	- 11,7	23,5
Juli	61,1	37,8	22,7	23,3	22,4	- 87,3	60,1	147,3	- 28,9	- 7,0	- 0,6	- 23,8	2,5

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2014 Dez.	- 15,5	1,5	5,4	- 17,1	- 10,0	- 5,7	- 33,1	- 27,4	- 17,5	- 7,3	0,2	- 8,1	- 2,2
2015 Jan.	28,5	13,0	7,0	15,4	6,5	- 57,6	52,2	109,8	- 0,8	- 3,4	- 0,0	1,8	0,8
Febr.	9,4	4,6	- 1,1	4,8	1,7	2,9	- 11,1	- 13,9	1,8	- 1,5	- 1,3	2,3	2,3
März	15,2	9,7	8,4	5,6	7,2	- 12,1	- 19,0	- 6,9	- 15,3	- 4,8	- 1,3	- 9,1	- 0,1
April	17,3	3,3	0,7	14,0	4,9	7,7	39,9	26,2	- 13,2	- 10,0	- 2,2	- 0,6	- 0,4
Mai	- 3,5	4,5	- 4,8	- 8,0	4,4	1,1	- 11,7	- 12,8	- 14,6	- 1,6	- 1,6	- 11,7	0,4
Juni	- 0,9	- 2,7	- 5,7	1,7	5,1	16,2	- 25,0	- 41,1	0,4	- 3,8	- 1,4	1,8	3,7
Juli	31,5	22,9	21,3	8,6	6,4	- 27,6	- 8,7	19,0	12,5	16,5	- 1,5	- 0,6	- 1,9
Aug.	12,9	7,2	- 1,5	5,7	9,0	- 20,7	- 0,9	19,9	- 6,5	0,5	- 1,5	- 4,5	- 1,0
Sept.	11,5	4,1	- 2,6	7,3	8,7	15,9	- 2,0	- 17,9	- 11,7	- 2,5	- 1,4	- 7,4	- 0,4
Okt.	3,4	- 3,8	- 9,4	7,1	3,5	- 8,5	- 13,1	- 4,6	- 10,7	- 9,0	- 1,3	0,7	- 1,1
Nov.	27,3	21,3	7,8	6,0	10,6	- 13,0	- 35,7	- 22,7	- 12,8	- 3,6	- 1,2	- 3,9	- 4,1
Dez.	- 19,9	- 11,6	- 5,8	- 8,2	- 2,8	5,2	- 52,1	- 57,3	- 24,0	- 3,9	- 0,9	- 22,1	2,9
2016 Jan.	19,7	5,7	- 3,0	14,0	10,4	- 21,1	24,7	45,8	- 1,2	- 1,5	- 1,3	2,8	- 1,2
Febr.	15,6	10,9	- 4,2	4,7	4,8	- 29,2	7,3	36,5	- 11,8	- 1,8	- 1,3	- 7,7	- 1,0
März	12,3	4,4	0,6	7,8	8,2	7,3	- 22,6	- 29,8	0,9	- 0,0	- 1,1	2,4	- 0,4
April	22,8	12,3	0,7	10,6	5,9	- 40,1	13,5	53,7	- 2,3	- 3,3	- 1,1	1,7	0,4
Mai	22,0	16,2	4,9	5,8	9,1	1,7	1,2	- 0,5	4,8	0,8	- 1,0	5,0	- 0,0
Juni	2,5	1,7	0,5	0,8	6,5	- 2,9	23,9	26,8	- 5,7	- 1,5	- 0,7	- 7,3	3,8
Juli	25,7	13,2	1,4	12,5	9,5	- 19,1	7,1	26,2	- 10,4	- 0,8	- 0,9	- 5,1	- 3,6

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
- 50,1	- 0,1	-	24,6	36,3	52,7	23,8	28,9	- 12,7	- 3,7	- 13,4	- 17,7	19,5	2014 Dez.	
- 80,8	- 43,5	-	22,7	5,5	34,9	- 2,7	37,5	- 37,0	7,7	23,7	20,2	- 5,9	2015 Jan.	
- 28,6	- 15,4	-	46,5	21,8	28,7	4,1	24,6	- 8,5	1,6	38,1	8,7	2,6	Febr.	
- 22,6	53,2	-	30,8	53,7	51,2	7,7	43,4	- 5,4	7,9	1,7	- 10,0	- 6,0	März	
- 43,3	- 25,4	-	113,0	77,8	91,5	8,8	82,7	- 15,5	1,8	- 17,5	21,9	6,3	April	
44,1	- 0,4	-	30,2	64,2	94,6	6,7	88,0	- 35,2	4,8	- 5,9	- 9,1	- 6,8	Mai	
14,0	64,9	-	5,2	38,3	63,8	10,7	53,1	- 25,5	0,0	- 20,1	- 17,1	8,2	Juni	
- 42,3	- 29,4	-	73,8	42,7	41,8	14,2	27,6	1,4	- 0,6	- 1,8	24,4	- 12,1	Juli	
- 14,8	- 0,6	-	17,4	11,5	13,3	- 1,9	15,2	- 5,4	3,6	0,7	11,0	- 4,5	Aug.	
28,7	31,7	-	- 20,9	6,3	23,1	- 2,8	25,9	- 8,4	- 8,5	- 7,7	- 15,7	- 0,8	Sept.	
33,0	- 60,9	-	102,1	67,9	82,8	2,2	80,6	- 10,1	- 4,8	- 6,1	21,8	1,1	Okt.	
- 17,2	61,1	-	53,4	54,6	58,7	5,7	53,0	- 1,9	- 2,2	4,0	15,1	1,0	Nov.	
- 72,3	- 42,9	-	- 0,2	53,9	45,3	14,4	30,8	7,8	0,9	- 31,1	- 23,9	- 10,8	Dez.	
87,7	- 18,8	-	76,4	37,3	36,2	- 11,4	47,6	- 9,3	10,4	22,5	17,6	8,0	2016 Jan.	
- 14,1	5,1	-	31,7	14,5	21,2	1,3	19,9	- 11,9	5,2	43,2	- 1,2	6,8	Febr.	
31,8	28,9	-	37,6	55,0	43,0	3,5	39,5	9,7	2,3	- 5,6	- 12,2	1,1	März	
- 35,9	- 30,1	-	101,4	75,1	92,5	4,7	87,8	- 17,1	- 0,3	- 4,5	17,1	3,5	April	
20,1	15,8	-	33,4	35,0	47,5	2,3	45,3	- 20,4	7,9	- 9,5	0,7	- 3,0	Mai	
60,5	7,7	-	18,5	30,7	34,6	8,5	26,0	- 2,5	- 1,4	2,5	- 9,8	6,3	Juni	
- 29,0	- 61,5	-	93,2	69,9	63,4	9,8	53,5	5,9	0,6	- 22,6	16,7	4,2	Juli	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit	
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)					
- 1,3	12,2	3,6	5,0	- 14,6	- 18,1	8,2	2,2	- 6,2	- 0,1	- 0,6	0,6	2014 Dez.		
6,3	- 59,5	2,4	- 0,8	24,9	26,3	- 5,1	- 1,1	3,4	0,0	1,4	1,4	2015 Jan.		
- 6,7	- 11,4	2,1	0,8	28,6	23,5	0,7	0,9	1,2	0,0	2,3	2,3	Febr.		
2,9	10,3	2,3	2,2	5,2	5,5	0,3	- 0,9	- 0,4	0,0	0,8	0,8	März		
- 2,7	5,0	2,2	1,8	35,9	29,6	- 1,2	- 0,2	3,8	- 0,1	4,1	4,1	April		
1,4	- 4,8	2,4	1,1	15,5	28,1	- 3,3	0,2	- 6,4	0,1	3,1	3,1	Mai		
2,2	12,7	0,9	3,5	- 0,1	5,6	- 3,5	- 0,3	- 1,6	0,1	0,3	0,3	Juni		
- 3,2	- 18,6	4,7	3,3	13,1	12,9	- 0,0	- 0,4	1,2	0,0	0,6	0,6	Juli		
- 0,3	- 13,1	2,4	- 0,5	12,1	14,7	- 3,8	0,3	2,0	0,1	1,2	1,2	Aug.		
1,8	16,8	2,8	- 0,8	20,5	14,4	- 3,4	0,8	0,5	0,5	7,8	7,8	Sept.		
- 0,6	- 25,3	3,0	- 0,3	31,4	30,7	- 3,8	1,3	- 0,5	- 0,0	3,7	3,7	Okt.		
- 1,2	- 15,2	2,0	1,8	43,4	34,3	6,8	0,9	- 0,5	- 0,1	2,1	2,1	Nov.		
10,3	15,2	2,6	2,3	- 16,2	- 21,3	6,3	3,0	- 3,6	- 0,4	0,2	0,2	Dez.		
- 0,8	- 24,2	- 0,7	- 1,9	24,7	27,8	- 5,5	0,9	0,3	0,3	0,9	0,9	2016 Jan.		
7,1	- 24,1	0,6	0,4	15,3	13,3	- 1,9	1,6	1,4	- 0,1	1,0	1,0	Febr.		
21,0	3,1	2,1	0,6	- 5,5	- 12,5	10,9	- 0,8	- 0,9	- 0,2	2,0	2,0	März		
- 17,4	- 20,6	1,2	1,0	23,1	24,1	- 1,1	- 0,7	0,5	- 0,5	0,7	0,7	April		
18,7	- 19,6	2,9	- 0,5	19,9	21,5	0,3	- 0,6	- 0,2	- 0,4	0,7	0,7	Mai		
13,0	- 8,0	4,2	1,5	0,2	2,0	- 0,7	- 0,4	- 1,0	0,0	0,4	0,4	Juni		
- 31,8	25,0	3,7	2,1	23,8	12,3	4,0	- 0,1	0,9	- 0,2	6,9	6,9	Juli		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet		
	Aktiva / Passiva insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte						
insgesamt		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)				
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)												
2014 Juni	25 131,3	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 751,1	4 170,9	
Juli	25 303,6	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 853,0	4 274,6	
Aug.	25 538,7	16 141,2	12 650,4	10 537,6	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 877,2	4 520,3	
Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4	
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4	
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,5	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1	
Dez.	25 873,2	16 227,8	12 671,7	10 633,1	1 271,8	766,8	3 556,1	1 132,4	2 423,6	4 972,7	4 672,7	
2015 Jan.	26 939,0	16 401,5	12 757,6	10 707,2	1 274,4	775,9	3 644,0	1 158,9	2 485,0	5 407,2	5 130,2	
Febr.	26 880,5	16 426,5	12 787,1	10 726,6	1 276,5	784,0	3 639,5	1 144,2	2 495,2	5 402,2	5 051,8	
März	27 260,2	16 520,0	12 840,1	10 772,7	1 275,9	791,4	3 679,9	1 148,8	2 531,1	5 476,5	5 263,8	
April	26 929,5	16 545,2	12 839,5	10 757,3	1 274,8	807,3	3 705,7	1 152,9	2 552,8	5 415,1	4 969,2	
Mai	26 769,2	16 559,3	12 850,1	10 769,1	1 276,3	804,8	3 709,1	1 138,4	2 570,8	5 410,3	4 799,6	
Juni	26 207,9	16 518,1	12 811,3	10 766,8	1 254,0	790,5	3 706,8	1 136,8	2 570,0	5 269,8	4 420,1	
Juli	26 434,1	16 604,5	12 875,5	10 773,6	1 300,2	801,7	3 729,0	1 135,4	2 593,7	5 290,5	4 539,1	
Aug.	26 280,8	16 580,5	12 822,1	10 732,5	1 302,7	786,9	3 758,4	1 126,5	2 631,9	5 241,9	4 458,4	
Sept.	26 222,5	16 606,0	12 794,3	10 719,8	1 303,1	771,4	3 811,7	1 121,0	2 690,7	5 158,7	4 457,8	
Okt.	26 416,5	16 658,0	12 814,5	10 743,8	1 288,2	782,6	3 843,5	1 125,0	2 718,5	5 245,2	4 513,3	
Nov.	26 732,3	16 772,7	12 884,4	10 797,5	1 295,5	791,3	3 888,2	1 117,1	2 771,2	5 308,0	4 651,7	
Dez.	25 927,1	16 619,0	12 780,6	10 705,2	1 296,1	779,3	3 838,4	1 110,3	2 728,1	5 023,5	4 284,6	
2016 Jan.	26 490,8	16 767,8	12 809,6	10 736,0	1 306,1	767,5	3 958,2	1 127,1	2 831,2	5 137,0	4 586,0	
Febr.	26 826,4	16 855,5	12 852,4	10 781,9	1 312,6	757,8	4 003,1	1 118,6	2 884,5	5 215,6	4 755,3	
März	26 482,1	16 903,8	12 856,7	10 788,1	1 314,3	754,4	4 047,1	1 117,9	2 929,3	5 018,7	4 559,6	
April	26 627,0	16 981,5	12 888,2	10 794,1	1 325,5	768,6	4 093,3	1 128,0	2 965,3	5 161,7	4 483,8	
Mai	26 878,9	17 068,2	12 916,9	10 808,1	1 341,1	767,7	4 151,2	1 121,7	3 029,5	5 258,1	4 552,7	
Juni	27 143,6	17 114,8	12 904,3	10 806,0	1 345,7	752,6	4 210,5	1 110,6	3 099,9	5 260,9	4 768,0	
Juli	27 220,7	17 180,7	12 938,4	10 813,8	1 362,0	762,6	4 242,3	1 111,5	3 130,8	5 313,5	4 726,4	
Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2014 Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5	
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9	
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0	
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4	
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5	
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5	
Dez.	5 973,4	3 696,4	2 931,4	2 527,7	143,6	260,1	764,9	364,1	400,8	1 209,1	1 068,0	
2015 Jan.	6 233,3	3 728,3	2 948,0	2 536,5	142,2	269,2	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 191,4	
Febr.	6 174,3	3 739,4	2 953,8	2 542,4	142,3	269,1	785,5	375,5	410,0	1 301,2	1 133,7	
März	6 272,2	3 758,2	2 967,1	2 546,4	144,1	276,5	791,2	374,0	417,2	1 306,4	1 207,5	
April	6 202,9	3 772,6	2 966,9	2 546,0	135,6	285,3	805,7	382,9	422,8	1 317,1	1 113,2	
Mai	6 140,5	3 770,8	2 972,2	2 555,9	135,0	281,3	798,6	370,7	427,9	1 317,8	1 052,0	
Juni	5 995,7	3 767,1	2 967,3	2 557,3	133,3	276,7	799,9	367,0	432,9	1 279,1	949,4	
Juli	6 058,3	3 803,0	2 993,0	2 561,0	153,8	278,2	810,0	368,0	442,0	1 274,1	981,2	
Aug.	6 026,6	3 813,0	2 996,1	2 567,6	155,4	273,1	816,9	364,9	452,0	1 260,5	953,1	
Sept.	6 041,7	3 824,0	2 996,1	2 572,5	157,2	266,4	827,9	364,5	463,4	1 257,0	960,7	
Okt.	6 041,6	3 832,0	2 994,6	2 578,6	150,5	265,6	837,4	368,4	469,0	1 257,1	952,5	
Nov.	6 104,5	3 864,8	3 019,5	2 594,8	153,5	271,2	845,3	363,9	481,3	1 236,6	1 003,2	
Dez.	5 924,8	3 839,8	3 003,6	2 586,5	155,7	261,3	836,3	358,3	477,9	1 166,4	918,6	
2016 Jan.	6 057,5	3 858,0	3 004,8	2 592,8	154,8	257,3	853,1	362,0	491,2	1 191,2	1 008,3	
Febr.	6 155,1	3 874,6	3 014,0	2 607,0	151,1	255,9	860,6	362,0	498,6	1 209,7	1 070,8	
März	6 060,3	3 885,2	3 015,6	2 607,8	151,8	256,0	869,6	361,6	508,0	1 163,7	1 011,4	
April	6 049,9	3 908,1	3 026,3	2 617,8	152,2	256,3	881,8	366,1	515,7	1 181,7	960,2	
Mai	6 090,9	3 934,4	3 043,0	2 629,7	153,3	260,0	891,4	362,8	528,6	1 187,1	969,4	
Juni	6 220,9	3 939,5	3 042,5	2 629,1	152,9	260,5	897,0	357,3	539,7	1 221,3	1 060,1	
Juli	6 245,3	3 968,2	3 054,3	2 639,2	155,3	259,7	913,9	360,3	553,6	1 228,3	1 048,9	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva										Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Unternehmen und Privatpersonen						
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)										
935,3	11 050,7	10 387,6	10 424,2	4 447,5	1 104,4	434,9	2 255,8	2 097,2	84,4	2014 Juni
944,7	11 022,8	10 378,1	10 420,0	4 448,9	1 115,3	430,6	2 244,8	2 095,2	85,0	Juli
946,8	11 015,1	10 414,4	10 454,5	4 478,1	1 124,0	427,2	2 241,3	2 097,5	86,3	Aug.
947,0	11 017,4	10 417,6	10 466,0	4 522,5	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	Sept.
950,6	11 004,8	10 402,5	10 465,5	4 557,8	1 109,4	415,2	2 212,0	2 084,5	86,5	Okt.
956,8	11 109,7	10 480,5	10 532,6	4 637,2	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	Nov.
980,6	11 155,3	10 549,3	10 627,7	4 728,8	1 089,3	399,5	2 217,4	2 105,6	87,0	Dez.
979,1	11 312,2	10 597,4	10 701,8	4 827,2	1 073,8	389,0	2 213,3	2 109,9	88,4	2015 Jan.
983,2	11 295,5	10 605,0	10 704,1	4 847,7	1 039,2	389,0	2 230,9	2 110,1	87,2	Febr.
990,9	11 362,5	10 639,0	10 750,7	4 900,1	1 040,0	384,7	2 221,9	2 118,1	85,9	März
999,8	11 356,7	10 684,2	10 784,8	4 972,1	1 030,6	378,6	2 200,2	2 119,3	83,9	April
1 006,4	11 453,0	10 726,9	10 824,8	5 049,8	1 001,7	374,0	2 192,9	2 123,9	82,3	Mai
1 017,1	11 472,1	10 727,2	10 828,4	5 096,7	977,6	370,2	2 178,6	2 124,1	81,2	Juni
1 031,3	11 470,9	10 759,7	10 875,8	5 134,9	983,3	367,9	2 187,5	2 121,8	80,4	Juli
1 029,4	11 455,3	10 756,8	10 867,7	5 137,0	981,6	362,4	2 183,4	2 124,2	79,1	Aug.
1 026,5	11 489,3	10 772,2	10 875,0	5 162,4	977,2	358,8	2 179,5	2 118,7	78,3	Sept.
1 028,8	11 577,7	10 817,5	10 927,6	5 244,4	973,5	356,8	2 161,0	2 114,5	77,3	Okt.
1 034,5	11 602,0	10 851,3	10 947,8	5 288,4	971,2	350,3	2 150,5	2 111,6	75,7	Nov.
1 048,9	11 562,3	10 889,6	10 998,3	5 324,9	981,8	349,1	2 152,3	2 115,0	75,2	Dez.
1 037,4	11 686,0	10 926,9	11 027,4	5 364,3	973,3	348,8	2 142,8	2 123,8	74,3	2016 Jan.
1 038,7	11 695,4	10 946,4	11 050,3	5 383,7	968,1	344,9	2 154,4	2 126,1	73,1	Febr.
1 042,2	11 760,0	10 990,5	11 080,8	5 418,0	973,3	343,0	2 145,4	2 128,8	72,3	März
1 046,9	11 788,0	11 050,7	11 145,3	5 503,2	963,9	339,9	2 139,3	2 128,5	70,5	April
1 049,2	11 838,9	11 078,2	11 164,6	5 544,0	946,2	333,9	2 134,4	2 136,0	70,0	Mai
1 057,7	11 900,5	11 073,0	11 160,7	5 563,8	946,0	331,7	2 114,7	2 135,1	69,3	Juni
1 067,5	11 923,4	11 127,5	11 207,4	5 615,0	954,1	327,0	2 107,5	2 134,9	68,8	Juli
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	2014 Juni
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	Juli
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,8	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	Aug.
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	Sept.
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	Okt.
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	Nov.
229,7	3 207,5	3 142,6	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,6	531,0	76,4	Dez.
228,9	3 233,6	3 156,6	3 045,0	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.
229,7	3 249,6	3 172,0	3 062,0	1 562,7	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	Febr.
232,0	3 253,1	3 175,8	3 062,6	1 569,0	187,1	31,4	671,6	528,7	74,8	März
233,8	3 265,4	3 191,1	3 080,3	1 598,9	187,3	31,7	661,3	528,5	72,7	April
234,9	3 289,4	3 214,1	3 094,6	1 620,0	183,7	31,9	659,5	528,5	71,1	Mai
238,3	3 287,5	3 208,9	3 090,0	1 626,3	178,9	32,2	654,6	528,3	69,7	Juni
241,6	3 312,5	3 236,6	3 120,9	1 643,3	179,8	32,4	669,3	527,9	68,2	Juli
241,2	3 321,2	3 246,0	3 123,4	1 651,0	175,8	32,2	669,5	528,2	66,7	Aug.
240,3	3 330,8	3 253,8	3 131,7	1 667,0	172,0	31,7	666,7	529,0	65,3	Sept.
240,1	3 349,1	3 271,6	3 154,0	1 698,6	170,8	32,9	657,5	530,3	64,0	Okt.
241,9	3 386,8	3 309,9	3 182,3	1 732,8	168,6	33,2	653,8	531,1	62,8	Nov.
244,2	3 379,0	3 293,1	3 168,8	1 711,8	176,9	34,4	649,6	534,1	61,9	Dez.
242,2	3 398,2	3 312,7	3 191,1	1 739,2	172,6	35,6	647,9	535,1	60,7	2016 Jan.
242,7	3 412,8	3 319,7	3 197,4	1 747,9	172,1	35,8	645,5	536,7	59,4	Febr.
243,3	3 428,4	3 315,7	3 188,8	1 735,7	176,5	37,5	644,9	535,9	58,3	März
244,2	3 429,1	3 334,3	3 208,5	1 759,1	178,5	38,3	640,3	535,1	57,2	April
243,7	3 469,8	3 356,2	3 222,9	1 779,2	175,2	37,3	640,6	534,4	56,2	Mai
245,2	3 481,5	3 352,9	3 218,7	1 779,1	173,1	38,3	638,8	533,9	55,4	Juni
247,4	3 464,1	3 368,1	3 233,1	1 793,5	174,6	38,2	638,3	533,8	54,6	Juli

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva														
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-			
	öffentliche Haushalte											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte		mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	insgesamt	darunter: auf Euro		
	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten								
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2014 Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9		
Juli	292,8	310,0	132,6	101,9	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5		
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,7	2 521,4	1 888,8		
Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0		
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8		
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9		
Dez.	216,7	310,9	138,0	100,5	11,5	39,5	16,4	5,1	297,0	290,7	414,2	2 479,0	1 820,8		
2015 Jan.	300,7	309,7	134,9	99,3	11,3	39,9	18,8	5,4	321,6	311,4	434,3	2 505,0	1 797,9		
Febr.	272,1	319,3	142,1	99,8	11,6	40,0	20,3	5,3	359,7	349,6	443,1	2 502,5	1 783,8		
März	294,7	317,1	139,7	100,2	12,7	39,2	20,1	5,3	361,8	355,6	433,1	2 493,0	1 762,7		
April	251,4	320,6	144,8	97,9	12,8	39,5	20,4	5,1	344,0	336,3	455,0	2 462,0	1 743,3		
Mai	295,5	332,7	157,0	97,0	13,1	39,9	20,7	5,0	338,3	331,7	445,9	2 443,7	1 719,2		
Juni	309,5	334,1	157,1	97,6	13,1	40,9	20,5	4,9	318,0	314,5	428,8	2 431,8	1 704,8		
Juli	267,3	327,8	148,2	100,3	13,4	38,8	22,3	4,9	316,3	313,1	453,2	2 404,1	1 681,3		
Aug.	252,6	335,1	154,3	100,4	13,4	38,8	23,4	4,8	316,7	311,6	451,7	2 373,3	1 671,8		
Sept.	281,7	332,7	152,4	101,4	13,2	39,4	21,5	4,8	309,0	301,4	445,9	2 342,9	1 659,8		
Okt.	316,6	333,5	156,3	98,6	13,2	39,6	20,9	4,7	303,1	293,6	467,6	2 336,2	1 639,5		
Nov.	299,4	354,9	167,1	108,5	13,0	39,7	21,9	4,7	307,5	302,3	482,7	2 365,7	1 645,2		
Dez.	227,4	336,6	154,4	104,6	13,7	39,7	19,5	4,7	276,1	274,2	458,9	2 317,9	1 633,0		
2016 Jan.	315,1	343,4	160,9	102,3	14,3	39,7	21,0	5,2	298,5	296,9	475,9	2 299,4	1 613,5		
Febr.	301,0	344,0	162,6	98,1	14,4	39,9	24,0	5,1	341,8	337,9	474,6	2 284,9	1 595,5		
März	333,3	345,9	159,5	102,0	15,1	40,8	23,6	5,0	335,7	332,5	462,8	2 263,8	1 588,8		
April	297,6	345,2	161,9	97,2	15,4	42,2	23,5	4,9	327,9	323,1	480,2	2 268,7	1 585,0		
Mai	317,7	356,6	167,0	102,1	15,5	43,1	24,0	4,9	318,7	312,8	480,9	2 275,4	1 572,8		
Juni	378,3	361,6	171,3	102,4	15,9	43,7	23,5	4,8	321,3	318,0	471,5	2 271,8	1 566,0		
Juli	349,2	366,8	174,0	101,7	18,2	43,8	24,3	4,8	298,6	297,4	488,1	2 247,0	1 540,8		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2014 Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3		
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5		
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6		
Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7		
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7		
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7		
Dez.	11,3	177,1	50,7	82,3	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,3	547,3	280,7		
2015 Jan.	18,7	170,0	44,7	81,2	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,3	566,9	283,7		
Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	573,3	287,6		
März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	573,0	285,6		
April	12,0	173,1	46,9	80,2	9,3	33,0	3,1	0,7	11,4	8,7	3,2	567,3	280,9		
Mai	13,4	181,4	54,6	80,0	9,7	33,3	3,2	0,6	5,0	3,8	3,3	557,3	272,4		
Juni	15,6	181,8	53,2	80,8	9,7	34,4	3,1	0,6	3,3	2,2	3,4	555,5	269,8		
Juli	12,4	179,3	49,8	83,6	9,8	32,3	3,1	0,6	4,5	3,3	3,4	558,4	267,2		
Aug.	12,1	185,7	56,0	83,8	9,8	32,5	3,1	0,6	6,6	4,6	3,5	547,0	266,9		
Sept.	14,0	185,1	54,4	84,5	9,7	32,8	3,1	0,6	7,0	4,9	4,0	547,0	272,6		
Okt.	13,4	181,6	54,1	80,9	9,8	33,1	3,1	0,6	6,6	5,0	3,9	555,3	275,2		
Nov.	12,3	192,2	55,6	90,2	9,5	33,2	3,1	0,6	6,1	4,5	3,8	562,5	270,9		
Dez.	22,6	187,6	54,3	86,0	10,2	33,4	3,1	0,5	2,5	2,0	3,4	533,4	254,9		
2016 Jan.	21,8	185,2	54,5	83,2	10,5	33,4	3,1	0,5	2,8	2,7	3,7	534,8	257,0		
Febr.	28,9	186,5	59,1	79,7	10,5	33,7	3,1	0,5	4,2	3,7	3,6	527,9	250,2		
März	49,3	190,2	57,4	84,1	10,8	34,3	3,1	0,5	3,2	2,0	3,4	518,7	250,5		
April	31,9	188,7	58,2	80,3	10,9	35,6	3,2	0,5	3,7	2,4	3,0	521,8	249,1		
Mai	50,6	196,3	60,4	84,9	11,1	36,2	3,3	0,5	3,5	2,4	2,5	530,9	244,9		
Juni	63,6	199,2	62,2	85,0	11,5	36,6	3,3	0,5	2,5	2,3	2,6	523,0	241,2		
Juli	31,9	199,1	59,9	85,2	13,3	36,8	3,3	0,5	3,4	3,2	2,4	523,5	241,2		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosysteem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾											Nachrichtlich				Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post-, Schatzämter) ¹⁴⁾				
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾		Geldkapitalbildung ¹³⁾			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾															
44,4	35,9	2 452,8	3 375,2	2 456,9	- 50,4	4 138,9	-	5 600,8	9 386,0	9 986,6	7 300,5	106,7	2014 Juni		
37,6	35,2	2 451,4	3 438,4	2 469,0	- 46,1	4 239,4	-	5 611,4	9 402,4	10 016,6	7 300,4	107,8	Juli		
41,0	34,2	2 446,2	3 451,1	2 493,6	- 59,1	4 451,8	-	5 648,2	9 445,8	10 067,0	7 317,6	108,3	Aug.		
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	- 67,6	4 470,9	-	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	Sept.		
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	- 83,4	4 520,1	-	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 251,3	107,8	Okt.		
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	- 68,5	4 715,3	-	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	Nov.		
61,6	42,8	2 374,7	3 561,6	2 459,6	- 45,1	4 570,9	-	5 938,9	9 682,5	10 313,4	7 183,3	112,3	Dez.		
58,6	42,3	2 404,1	3 918,8	2 555,0	- 99,2	5 012,3	-	6 030,9	9 754,1	10 405,4	7 306,2	110,6	2015 Jan.		
59,2	43,3	2 400,1	3 946,4	2 547,9	- 115,4	4 917,5	-	6 061,3	9 752,3	10 427,4	7 311,4	109,1	Febr.		
53,4	44,2	2 395,3	3 978,1	2 577,1	- 65,3	5 129,0	-	6 119,8	9 816,0	10 469,8	7 324,7	109,5	März		
57,0	45,8	2 359,2	4 005,8	2 544,2	- 72,9	4 835,0	-	6 203,6	9 883,9	10 571,4	7 232,3	107,6	April		
54,0	42,2	2 347,5	3 963,5	2 552,5	- 67,3	4 633,2	-	6 302,5	9 953,7	10 607,6	7 220,2	110,0	Mai		
58,6	44,7	2 328,5	3 794,9	2 534,5	- 61,0	4 271,9	-	6 361,5	9 986,3	10 605,9	7 168,7	112,4	Juni		
46,0	45,1	2 313,0	3 892,3	2 533,6	- 68,0	4 400,5	-	6 407,3	10 038,0	10 688,7	7 158,2	114,8	Juli		
35,6	47,3	2 290,3	3 887,3	2 532,2	- 67,5	4 302,4	-	6 415,1	10 042,3	10 682,6	7 128,5	116,3	Aug.		
32,7	46,4	2 263,8	3 812,6	2 536,2	- 53,3	4 313,2	-	6 437,1	10 049,4	10 669,3	7 102,1	117,3	Sept.		
32,4	47,0	2 256,8	3 865,9	2 562,3	- 75,9	4 350,7	-	6 524,1	10 122,9	10 776,3	7 101,8	115,7	Okt.		
31,1	49,2	2 285,4	3 920,2	2 567,1	- 77,3	4 529,8	-	6 591,2	10 188,4	10 840,9	7 123,1	121,9	Nov.		
22,8	47,8	2 247,2	3 669,0	2 551,0	- 48,0	4 091,0	-	6 630,6	10 234,9	10 834,3	7 070,1	123,0	Dez.		
29,2	50,8	2 219,4	3 809,3	2 575,2	- 73,1	4 382,3	-	6 664,9	10 269,9	10 908,8	7 056,6	123,6	2016 Jan.		
33,5	54,3	2 197,1	3 921,2	2 612,1	- 92,1	4 549,9	-	6 686,8	10 283,4	10 940,6	7 081,7	122,8	Febr.		
37,1	51,6	2 175,1	3 739,0	2 594,6	- 90,5	4 374,6	-	6 720,4	10 326,8	10 966,7	7 033,1	121,3	März		
42,2	49,9	2 176,7	3 926,3	2 606,4	- 96,5	4 279,0	-	6 814,0	10 403,0	11 066,1	7 040,0	122,7	April		
39,6	49,0	2 186,8	4 032,5	2 603,4	- 78,1	4 358,0	-	6 866,2	10 444,6	11 105,7	7 042,6	126,6	Mai		
49,7	47,1	2 175,0	3 954,5	2 667,5	- 57,4	4 556,2	-	6 900,0	10 475,1	11 126,3	7 075,1	127,7	Juni		
53,6	47,9	2 145,5	4 090,4	2 681,1	- 101,2	4 525,7	-	6 963,9	10 544,8	11 219,8	7 051,5	128,1	Juli		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	2014 Juni		
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	Juli		
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	- 607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	-	Aug.		
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	Sept.		
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	Okt.		
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	Nov.		
10,3	7,7	529,4	633,4	535,7	- 605,7	1 648,7	267,9	1 557,8	2 405,7	2 430,3	1 855,6	-	Dez.		
11,8	8,2	546,9	763,4	553,3	- 674,0	1 780,3	270,3	1 586,4	2 426,5	2 456,5	1 888,6	-	2015 Jan.		
14,3	7,9	551,0	751,7	550,7	- 678,0	1 715,9	272,4	1 610,2	2 452,0	2 485,5	1 887,4	-	Febr.		
14,9	8,5	549,6	755,9	557,2	- 670,7	1 793,0	274,7	1 616,8	2 458,5	2 492,8	1 886,7	-	März		
18,9	8,3	540,2	770,7	553,7	- 666,9	1 698,4	276,9	1 645,8	2 485,8	2 527,5	1 861,4	-	April		
18,6	5,6	533,1	764,2	556,8	- 676,8	1 641,5	279,3	1 674,6	2 511,5	2 544,0	1 854,4	-	Mai		
18,5	5,4	531,7	718,1	555,8	- 670,9	1 543,2	280,2	1 679,6	2 512,5	2 543,1	1 846,8	-	Juni		
18,2	5,2	535,1	742,1	552,4	- 692,2	1 577,2	284,9	1 693,1	2 529,7	2 561,0	1 857,9	-	Juli		
16,2	5,9	524,9	754,9	552,8	- 711,7	1 552,8	287,3	1 707,0	2 539,8	2 571,9	1 847,1	-	Aug.		
21,9	8,0	517,2	736,7	553,5	- 709,5	1 572,5	290,1	1 721,4	2 551,4	2 592,3	1 836,0	-	Sept.		
25,8	7,8	521,7	737,2	558,6	- 735,5	1 566,6	293,1	1 752,7	2 580,5	2 624,6	1 835,4	-	Okt.		
26,4	9,6	526,5	724,9	553,7	- 754,5	1 621,4	295,2	1 788,4	2 624,1	2 670,0	1 830,6	-	Nov.		
26,3	9,3	497,8	659,6	552,5	- 742,7	1 537,4	297,8	1 766,1	2 610,8	2 652,3	1 795,8	-	Dez.		
25,2	11,2	498,4	702,8	560,8	- 766,0	1 620,7	297,1	1 793,6	2 633,8	2 676,6	1 801,7	-	2016 Jan.		
25,5	11,8	490,7	739,6	574,8	- 790,7	1 683,0	297,7	1 807,0	2 644,8	2 689,9	1 804,6	-	Febr.		
24,0	10,9	483,8	699,0	569,9	- 784,5	1 622,4	299,8	1 793,1	2 641,1	2 682,7	1 791,6	-	März		
23,9	11,7	486,1	753,1	575,6	- 803,0	1 566,8	300,9	1 817,3	2 663,6	2 705,9	1 795,3	-	April		
22,8	12,3	495,8	758,5	571,4	- 823,1	1 577,5	303,9	1 839,6	2 685,7	2 726,9	1 800,7	-	Mai		
23,8	11,8	487,5	783,3	592,6	- 834,3	1 670,0	308,0	1 841,3	2 686,4	2 727,1	1 811,5	-	Juni		
29,8	12,6	481,1	808,6	595,2	- 824,9	1 673,4	311,7	1 853,4	2 702,0	2 750,2	1 806,5	-	Juli		

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2014 April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.
März	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
April	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4
Mai
Juni	655,7	95,9	406,6	0,1	383,1	99,7	0,0	1 027,4	76,5	34,5	303,4	1 430,5
Juli	642,9	82,4	443,2	0,3	471,8	103,1	0,0	1 042,7	96,3	17,2	381,4	1 527,2
Aug.
Sept.	627,4	72,4	462,2	0,6	550,8	148,0	0,0	1 055,3	63,4	18,1	428,4	1 631,8
Okt.	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5
Nov.
Dez.	612,2	66,1	459,3	0,1	730,7	173,1	0,0	1 056,5	93,5	51,5	493,8	1 723,4
2016 Jan.	611,6	71,6	466,9	0,2	811,8	196,6	0,0	1 072,8	82,5	53,2	557,1	1 826,5
Febr.
März	607,8	62,9	461,7	0,1	907,6	230,5	0,0	1 063,4	115,6	73,9	556,5	1 850,4
April	627,3	58,1	460,8	0,2	1 000,1	262,0	0,0	1 069,3	147,4	97,7	570,0	1 901,3
Mai
Juni	640,3	53,9	456,3	0,2	1 105,3	309,0	0,0	1 076,6	123,9	122,8	623,8	2 009,4
Juli	666,1	47,6	471,6	0,1	1 227,1	323,1	0,0	1 087,1	175,5	169,4	657,5	2 067,7
Aug.
Deutsche Bundesbank												
2014 April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.
März	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1
April	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5
Mai
Juni	159,2	3,6	28,8	0,0	83,9	28,6	0,0	242,5	2,0	- 100,4	102,8	373,9
Juli	155,4	2,1	36,4	0,0	102,5	25,5	0,0	246,2	3,4	- 101,4	122,8	394,4
Aug.
Sept.	151,2	1,8	40,0	0,0	119,1	42,4	0,0	249,5	2,9	- 118,3	135,9	427,7
Okt.	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9
Nov.
Dez.	146,1	3,2	43,3	0,0	156,3	56,1	0,0	249,1	9,3	- 116,3	150,7	455,9
2016 Jan.	144,8	3,6	48,4	0,1	174,0	50,0	0,0	252,4	18,0	- 124,0	174,4	476,8
Febr.
März	143,7	1,9	46,3	0,0	193,9	59,8	0,0	250,4	26,1	- 113,3	162,9	473,1
April	152,2	3,1	45,0	0,0	214,1	67,6	0,0	252,1	37,3	- 105,1	162,4	482,1
Mai
Juni	156,4	3,3	45,3	0,0	237,2	87,3	0,0	254,7	41,1	- 127,2	186,5	528,4
Juli	163,3	2,7	44,7	0,0	263,4	89,8	0,0	257,4	47,2	- 117,0	196,6	543,9
Aug.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	2014 April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	+ 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Okt.
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	Febr.
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3	März
+ 29,8	- 23,0	+ 20,5	- 0,1	+ 92,5	+ 31,1	± 0,0	+ 11,5	+ 6,3	+ 29,4	+ 41,6	+ 84,1	April
- 12,8	- 13,5	+ 36,6	+ 0,2	+ 88,7	+ 3,4	± 0,0	+ 15,3	+ 19,8	- 17,3	+ 78,0	+ 96,7	Mai
- 15,5	- 10,0	+ 19,0	+ 0,3	+ 79,0	+ 44,9	± 0,0	+ 12,6	- 32,9	+ 0,9	+ 47,0	+ 104,6	Juni
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7	Juli
- 6,9	- 4,1	- 2,8	- 0,0	+ 87,5	+ 20,3	± 0,0	+ 4,1	- 1,7	+ 22,6	+ 28,5	+ 52,9	Aug.
- 0,6	+ 5,5	+ 7,6	+ 0,1	+ 81,1	+ 23,5	± 0,0	+ 16,3	- 11,0	+ 1,7	+ 63,3	+ 103,1	Sept.
- 3,8	- 8,7	- 5,2	- 0,1	+ 95,8	+ 33,9	± 0,0	- 9,4	+ 33,1	+ 20,7	- 0,6	+ 23,9	Okt.
+ 19,5	- 4,8	- 0,9	+ 0,1	+ 92,5	+ 31,5	± 0,0	+ 5,9	+ 31,8	+ 23,8	+ 13,5	+ 50,9	Nov.
+ 13,0	- 4,2	- 4,5	± 0,0	+ 105,2	+ 47,0	± 0,0	+ 7,3	- 23,5	+ 25,1	+ 53,8	+ 108,1	Dez.
+ 25,8	- 6,3	+ 15,3	- 0,1	+ 121,8	+ 14,1	± 0,0	+ 10,5	+ 51,6	+ 46,6	+ 33,7	+ 58,3	2016 Jan.
												Febr.
												März
												April
												Mai
												Juni
												Juli
												Aug.
												2014 April
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	Mai
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Juni
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juli
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Aug.
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Sept.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Okt.
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Nov.
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Dez.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	2015 Jan.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	Febr.
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	März
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4	April
+ 7,7	- 2,0	- 0,7	- 0,0	+ 19,2	+ 7,4	± 0,0	+ 2,6	+ 0,8	- 0,0	+ 13,5	+ 23,4	Mai
- 3,8	- 1,5	+ 7,6	- 0,0	+ 18,6	- 3,1	± 0,0	+ 3,7	+ 1,4	- 1,0	+ 19,9	+ 20,5	Juni
- 4,1	- 0,3	+ 3,7	+ 0,0	+ 16,6	+ 16,9	± 0,0	+ 3,2	- 0,4	- 17,0	+ 13,1	+ 33,2	Juli
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2	Aug.
- 2,3	+ 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 18,1	+ 15,2	± 0,0	+ 0,3	+ 4,1	- 0,4	- 0,6	+ 15,0	Sept.
- 1,3	+ 0,5	+ 5,1	+ 0,1	+ 17,7	- 6,0	± 0,0	+ 3,3	+ 8,7	- 7,6	+ 23,7	+ 21,0	Okt.
- 1,0	- 1,7	- 2,1	- 0,0	+ 19,9	+ 9,8	± 0,0	- 2,1	+ 8,1	+ 10,7	- 11,5	- 3,8	Nov.
+ 8,4	+ 1,1	- 1,3	+ 0,0	+ 20,3	+ 7,8	± 0,0	+ 1,7	+ 11,3	+ 8,2	- 0,4	+ 9,0	Dez.
+ 4,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 23,1	+ 19,7	± 0,0	+ 2,6	+ 3,8	- 22,1	+ 24,1	+ 46,3	2016 Jan.
+ 6,9	- 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 26,2	+ 2,6	± 0,0	+ 2,8	+ 6,1	+ 10,2	+ 10,1	+ 15,4	Febr.
												März
												April
												Mai
												Juni
												Juli
												Aug.

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. **6** Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. **7** Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. **8** Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2016 Jan.	1. 2 781,1	338,7	307,1	80,4	226,7	31,1	20,2	20,2	–
	8. 2 766,9	338,7	308,8	80,4	228,4	29,2	19,9	19,9	–
	15. 2 778,3	338,7	308,4	80,4	228,0	29,9	21,5	21,5	–
	22. 2 794,5	338,7	308,0	80,4	227,6	31,8	21,6	21,6	–
	29. 2 808,3	338,7	305,5	80,5	225,0	33,3	22,4	22,4	–
Febr.	5. 2 811,9	338,7	304,8	79,3	225,5	31,9	22,7	22,7	–
	12. 2 827,6	338,7	304,5	78,6	225,9	32,0	22,3	22,3	–
	19. 2 837,6	338,7	305,1	78,1	227,0	31,0	21,3	21,3	–
	26. 2 850,3	338,7	307,3	79,7	227,6	31,5	21,6	21,6	–
März	4. 2 859,8	338,7	306,9	79,7	227,2	32,6	21,8	21,8	–
	11. 2 872,3	338,7	306,9	79,7	227,3	32,2	22,1	22,1	–
	18. 2 886,2	338,7	307,9	79,7	228,2	29,5	21,4	21,4	–
	25. 2 897,7	338,7	309,2	79,7	229,5	27,9	21,8	21,8	–
April	1. 2 941,8	377,3	297,5	77,4	220,1	29,2	20,9	20,9	–
	8. 2 953,1	377,3	296,1	77,4	218,6	30,5	19,4	19,4	–
	15. 2 966,1	377,3	295,5	77,4	218,0	31,7	18,5	18,5	–
	22. 2 983,2	377,3	294,8	77,4	217,4	31,9	18,2	18,2	–
	29. 3 000,8	377,3	296,5	77,2	219,4	32,3	18,0	18,0	–
Mai	6. 3 017,8	377,3	298,2	77,0	221,1	29,0	17,5	17,5	–
	13. 3 032,8	377,3	298,7	77,0	221,8	29,7	17,6	17,6	–
	20. 3 054,1	377,3	297,6	76,8	220,8	30,9	18,0	18,0	–
	27. 3 067,5	377,3	299,0	76,8	222,2	30,4	18,4	18,4	–
2016 Juni	3. 3 078,6	377,3	300,6	76,8	223,7	30,1	18,6	18,6	–
	10. 3 093,9	377,3	300,0	76,6	223,4	30,3	18,8	18,8	–
	17. 3 109,6	377,3	298,0	76,6	221,4	31,1	17,8	17,8	–
	24. 3 131,1	377,3	299,6	76,6	223,1	30,1	18,3	18,3	–
Juli	1. 3 232,6	413,1	309,0	77,6	231,3	33,2	18,3	18,3	–
	8. 3 237,9	413,1	307,8	77,6	230,1	34,7	18,4	18,4	–
	15. 3 249,2	413,1	305,9	77,6	228,3	33,9	17,9	17,9	–
	22. 3 265,8	413,1	308,6	77,6	231,0	30,6	17,3	17,3	–
	29. 3 284,3	413,1	307,6	77,4	230,1	33,2	17,5	17,5	–
Aug.	5. 3 286,1	413,1	308,4	77,2	231,2	32,9	16,6	16,6	–
	12. 3 296,6	413,1	307,3	77,2	230,1	33,6	17,1	17,1	–
	19. 3 313,3	413,1	308,9	77,2	231,6	32,2	17,2	17,2	–
	26. 3 330,5	413,1	310,1	77,2	232,8	32,6	17,2	17,2	–
Sept.	2. 3 341,8	413,1	311,3	77,3	234,0	30,5	17,3	17,3	–
Deutsche Bundesbank									
2014 Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	–	–	–	–
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	–	–	–	–
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	–	–	–	–
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	–	–	–	–
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	–	–	–	–
April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	–	–	–
Mai	860,3	120,0	56,8	21,1	35,7	0,0	–	–	–
Juni	880,1	113,8	54,5	20,6	33,8	–	–	–	–
Juli	903,5	113,8	53,3	19,9	33,4	–	–	–	–
Aug.	930,8	113,8	53,1	20,2	32,9	–	–	–	–
Sept.	936,9	109,0	53,0	20,1	32,8	–	–	–	–
Okt.	956,3	109,0	53,1	20,1	33,0	–	–	–	–
Nov.	1 002,6	109,0	52,6	20,0	32,6	0,0	–	–	–
Dez.	1 011,5	105,8	53,7	20,3	33,4	–	0,0	0,0	–
2016 Jan.	1 018,5	105,8	53,6	20,4	33,2	0,0	–	–	–
Febr.	1 043,7	105,8	55,0	22,0	33,0	0,0	–	–	–
März	1 077,6	117,8	53,4	21,5	32,0	0,0	–	–	–
April	1 112,7	117,8	54,1	21,5	32,7	0,0	0,0	0,0	–
Mai	1 159,5	117,8	54,9	21,5	33,4	0,0	–	–	–
Juni	1 214,0	129,0	55,7	21,5	34,1	0,7	–	–	–
Juli	1 209,4	129,0	56,0	21,5	34,5	0,2	–	–	–
Aug.	1 239,2	129,0	56,1	21,4	34,7	0,3	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
559,0	89,0	469,5	–	–	0,5	–	107,9	1 161,2	803,1	358,0	25,1	230,8	2016 Jan.	1.
540,2	70,6	469,5	–	–	0,0	–	110,6	1 169,1	812,4	356,7	25,1	225,3		8.
535,4	65,7	469,5	–	–	0,1	–	111,8	1 185,4	829,7	355,7	25,1	221,9		15.
534,8	65,2	469,5	–	–	0,0	–	114,7	1 202,1	846,7	355,4	25,1	217,7		22.
534,0	69,0	465,0	–	–	0,1	–	114,1	1 218,1	864,3	353,8	25,1	217,0		29.
526,2	61,2	465,0	–	–	0,0	–	113,2	1 231,6	878,9	352,8	27,1	215,7	Febr.	5.
525,1	60,2	464,9	–	–	0,0	–	115,9	1 246,1	893,9	352,2	27,1	216,0		12.
526,7	61,8	464,9	–	–	0,1	–	114,2	1 260,0	907,6	352,3	27,1	213,4		19.
522,6	65,8	456,7	–	–	0,1	–	114,7	1 272,8	921,4	351,3	27,1	214,0		26.
518,0	61,3	456,7	–	–	0,0	–	114,4	1 288,2	936,8	351,4	27,1	212,2	März	4.
517,6	60,8	456,7	–	–	0,0	–	113,5	1 301,5	951,0	350,5	27,1	212,8		11.
516,4	59,7	456,7	–	–	0,0	–	114,2	1 315,4	965,2	350,2	27,1	215,6		18.
517,4	60,6	456,7	–	–	0,1	–	112,1	1 327,8	977,7	350,1	27,1	215,7		25.
525,1	62,3	462,7	–	–	0,0	–	111,2	1 336,9	986,2	350,7	27,0	216,7	April	1.
519,1	56,0	462,7	–	–	0,3	–	111,3	1 356,3	1 006,1	350,2	27,0	216,2		8.
519,0	55,7	462,7	–	–	0,6	–	110,0	1 371,3	1 022,3	349,0	27,0	216,0		15.
516,8	54,0	462,7	–	–	0,0	–	109,8	1 390,8	1 041,5	349,3	27,0	216,7		22.
514,9	56,3	458,5	–	–	0,1	–	114,5	1 406,3	1 060,0	346,3	27,0	213,9		29.
512,4	53,5	458,5	–	–	0,3	–	117,6	1 425,4	1 077,7	347,7	27,0	213,5	Mai	6.
510,1	51,4	458,5	–	–	0,1	–	114,4	1 443,0	1 096,0	347,0	27,0	215,2		13.
508,6	49,9	458,5	–	–	0,1	–	117,3	1 460,7	1 113,8	346,9	27,0	216,8		20.
511,7	60,2	451,2	–	–	0,3	–	108,1	1 480,9	1 133,7	347,1	27,0	214,8		27.
503,2	51,9	451,2	–	–	0,1	–	108,3	1 499,4	1 152,4	347,0	27,0	214,2	2016 Juni	3.
502,1	50,8	451,2	–	–	0,1	–	107,4	1 517,3	1 171,3	346,1	27,0	213,7		10.
500,4	49,1	451,2	–	–	0,1	–	107,7	1 537,0	1 191,4	345,6	27,0	213,4		17.
501,2	49,9	451,2	–	–	0,1	–	103,5	1 559,0	1 212,9	346,1	27,0	215,1		24.
540,0	53,1	486,8	–	–	0,2	–	96,5	1 573,4	1 225,6	347,8	26,5	222,5	Juli	1.
531,2	44,1	486,8	–	–	0,3	–	95,3	1 589,0	1 243,7	345,3	26,5	221,9		8.
529,3	42,5	486,8	–	–	0,0	–	95,8	1 605,9	1 263,6	342,3	26,5	220,8		15.
530,6	43,6	486,8	–	–	0,2	–	94,4	1 623,7	1 281,4	342,3	26,5	221,1		22.
533,6	49,6	484,0	–	–	0,0	–	94,0	1 639,4	1 298,8	340,6	26,5	219,5		29.
527,1	43,0	484,0	–	–	0,1	–	93,1	1 650,0	1 312,3	337,6	26,5	218,4	Aug.	5.
525,6	41,6	484,0	–	–	–	–	92,2	1 663,2	1 325,6	337,6	26,5	217,9		12.
525,7	41,7	484,0	–	–	0,0	–	93,8	1 676,5	1 339,3	337,2	26,5	219,5		19.
526,8	42,8	484,0	–	–	0,0	–	95,7	1 689,0	1 351,8	337,2	26,5	219,5		26.
526,5	43,8	482,7	–	–	0,0	–	96,3	1 702,2	1 365,6	336,6	26,5	218,0	Sept.	2.
Deutsche Bundesbank														
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	2014 Okt.	
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.	
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.	
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.	
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.	
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März	
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	April	
31,0	3,4	27,6	–	–	0,0	–	3,7	90,3	90,3	–	4,4	554,2	Mai	
43,3	2,5	40,7	–	–	0,1	–	3,3	102,1	102,1	–	4,4	558,7	Juni	
42,2	2,1	40,0	–	–	0,1	–	5,1	114,6	114,6	–	4,4	570,1	Juli	
41,6	1,8	39,7	–	–	0,1	–	4,6	124,4	124,4	–	4,4	588,9	Aug.	
46,3	4,1	42,2	–	–	0,0	–	4,2	136,8	136,8	–	4,4	583,2	Sept.	
45,8	4,1	41,7	–	–	0,0	–	3,8	149,1	149,1	–	4,4	591,2	Okt.	
50,2	3,1	47,1	–	–	0,0	–	3,5	161,7	161,7	–	4,4	621,2	Nov.	
58,1	9,1	48,6	–	–	0,3	–	3,5	172,3	172,3	–	4,4	613,7	Dez.	
51,2	2,6	48,5	–	–	0,0	–	2,8	185,0	185,0	–	4,4	615,7	2016 Jan.	
44,9	1,9	43,0	–	–	0,0	–	2,3	197,6	197,6	–	4,4	633,6	Febr.	
49,7	3,7	46,0	–	–	0,0	–	3,4	210,4	210,4	–	4,4	638,4	März	
49,7	4,2	45,5	–	–	0,0	–	4,3	227,3	227,3	–	4,4	655,0	April	
48,8	3,8	45,0	–	–	0,0	–	4,3	244,8	244,8	–	4,4	684,4	Mai	
47,3	2,8	44,5	–	–	0,0	–	5,2	261,8	261,8	–	4,4	710,0	Juni	
46,4	2,3	44,1	–	–	0,0	–	5,5	279,9	279,9	–	4,4	688,0	Juli	
46,3	2,3	44,1	–	–	0,0	–	5,5	292,6	292,6	–	4,4	705,0	Aug.	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Mrd €													
	Passiva insgesamt	Banknoten-umlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlage-fazilität	Termin-einlagen	Verbind-lichkeiten aus Ge-schäften mit Rück-nahme-verein-barung	Einlagen aus dem Marge-nausgleich			insgesamt	Einlagen von öffent-lichen Haus-halten	Sonstige Verbind-lichkeiten	
Eurosystem 4)														
2016 Jan.	1.	2 781,1	1 083,5	768,4	555,9	212,4	-	-	0,1	5,2	-	141,8	59,3	82,5
	8.	2 766,9	1 073,9	773,7	563,4	210,1	-	-	0,1	4,9	-	149,4	67,5	82,0
	15.	2 778,3	1 065,6	763,7	547,5	216,0	-	-	0,2	4,9	-	178,4	95,4	83,0
	22.	2 794,5	1 061,5	757,2	549,6	207,4	-	-	0,2	5,1	-	204,9	117,4	87,4
	29.	2 808,3	1 062,6	778,4	556,5	221,8	-	-	0,1	5,1	-	195,8	107,9	87,9
Febr.	5.	2 811,9	1 065,0	788,0	555,2	232,7	-	-	0,1	5,0	-	180,8	90,0	90,8
	12.	2 827,6	1 064,1	782,1	562,3	219,7	-	-	0,1	4,9	-	196,1	105,9	90,2
	19.	2 837,6	1 061,6	752,9	529,4	223,4	-	-	0,1	4,8	-	243,7	153,0	90,7
	26.	2 850,3	1 062,6	786,1	563,6	222,4	-	-	0,1	5,0	-	220,4	128,0	92,3
März	4.	2 859,8	1 065,5	811,3	564,3	246,8	-	-	0,1	4,9	-	199,4	102,8	96,7
	11.	2 872,3	1 066,1	818,5	556,2	262,2	-	-	0,1	4,8	-	202,0	108,4	93,6
	18.	2 886,2	1 066,8	786,0	539,2	246,7	-	-	0,1	4,8	-	243,7	151,7	92,0
	25.	2 897,7	1 073,3	768,4	543,2	225,1	-	-	0,1	4,4	-	269,9	179,7	90,1
April	1.	2 941,8	1 071,0	844,2	575,6	268,4	-	-	0,3	4,2	-	220,5	129,7	90,9
	8.	2 953,1	1 069,7	883,6	593,4	290,0	-	-	0,3	4,2	-	201,7	111,1	90,6
	15.	2 966,1	1 068,8	865,8	584,3	281,2	-	-	0,2	4,1	-	231,1	138,4	92,6
	22.	2 983,2	1 068,6	854,8	579,0	274,9	-	-	0,9	4,1	-	255,9	162,2	93,7
	29.	3 000,8	1 073,6	899,3	594,5	304,6	-	-	0,2	3,8	-	210,9	115,8	95,1
Mai	6.	3 017,8	1 077,7	949,2	633,4	315,6	-	-	0,2	3,8	-	182,0	85,1	96,9
	13.	3 032,8	1 078,0	944,8	635,4	309,2	-	-	0,2	4,0	-	200,0	102,7	97,3
	20.	3 054,1	1 075,5	911,9	604,1	307,6	-	-	0,2	4,2	-	247,5	150,8	96,7
	27.	3 067,5	1 076,4	920,8	611,8	308,8	-	-	0,2	4,2	-	262,7	167,6	95,1
2016 Juni	3.	3 078,6	1 081,3	968,5	620,8	347,5	-	-	0,3	3,9	-	223,3	122,6	100,7
	10.	3 093,9	1 081,8	984,3	643,8	340,3	-	-	0,2	3,9	-	220,9	117,9	103,1
	17.	3 109,6	1 081,7	932,6	611,2	321,2	-	-	0,2	4,0	-	287,4	183,7	103,7
	24.	3 131,1	1 082,2	911,0	613,1	297,6	-	-	0,3	3,8	-	332,3	233,0	99,3
Juli	1.	3 232,6	1 088,5	1 023,4	693,0	330,3	-	-	0,0	3,8	-	251,2	154,2	97,0
	8.	3 237,9	1 092,1	1 030,7	688,5	342,1	-	-	0,1	3,6	-	237,1	140,9	96,3
	15.	3 249,2	1 093,8	1 008,0	674,6	333,3	-	-	0,0	3,6	-	275,2	177,8	97,4
	22.	3 265,8	1 093,5	985,5	664,9	320,6	-	-	0,0	3,6	-	309,5	213,3	96,2
	29.	3 284,3	1 097,0	1 029,7	698,4	331,2	-	-	0,0	3,6	-	277,0	179,4	97,7
Aug.	5.	3 286,1	1 099,2	1 094,4	753,7	340,8	-	-	0,0	3,6	-	208,9	111,2	97,7
	12.	3 296,6	1 100,4	1 097,3	742,5	354,8	-	-	0,0	3,9	-	225,0	126,4	98,6
	19.	3 313,3	1 096,8	1 099,6	740,9	358,7	-	-	0,0	3,9	-	240,9	142,7	98,2
	26.	3 330,5	1 093,1	1 086,5	740,0	346,4	-	-	0,0	4,2	-	270,2	171,6	98,6
Sept.	2.	3 341,8	1 095,5	1 143,0	764,0	378,9	-	-	0,1	4,1	-	217,0	118,2	98,8
Deutsche Bundesbank														
2014 Okt.		736,9	230,7	72,3	62,5	9,7	-	-	-	-	-	21,8	0,8	21,0
Nov.		734,0	232,1	63,1	54,1	9,0	-	-	0,0	-	-	24,7	0,7	23,9
Dez.		771,0	240,5	90,2	81,2	9,0	-	-	-	-	-	9,9	1,9	7,9
2015 Jan.		805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	-	-	-	-	-	19,1	0,8	18,2
Febr.		800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	-	-	-	-	-	28,8	1,1	27,7
März		847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	-	-	-	-	-	35,1	1,7	33,4
April		856,5	241,4	120,1	93,5	26,6	-	-	-	-	-	38,6	1,3	37,3
Mai		860,3	242,7	122,3	97,6	24,7	-	-	-	-	-	42,0	0,7	41,2
Juni		880,1	245,1	141,6	115,5	26,1	-	-	0,0	-	-	45,9	3,2	42,7
Juli		903,5	248,6	155,8	118,0	37,8	-	-	-	-	-	44,3	2,3	42,0
Aug.		930,8	248,0	185,8	135,3	50,6	-	-	-	-	-	42,2	1,9	40,3
Sept.		936,9	247,5	173,5	139,4	34,1	-	-	0,0	-	-	56,8	2,3	54,5
Okt.		956,3	247,9	184,3	140,9	43,3	-	-	0,0	-	-	65,5	2,8	62,7
Nov.		1 002,6	249,0	212,4	154,3	58,0	-	-	0,0	-	-	79,3	2,9	76,4
Dez.		1 011,5	254,8	208,7	155,1	53,6	-	-	0,0	-	-	71,9	11,6	60,2
2016 Jan.		1 018,5	249,9	228,7	172,7	56,0	-	-	-	-	-	75,6	10,7	64,8
Febr.		1 043,7	250,1	231,5	165,9	65,6	-	-	-	-	-	88,2	18,7	69,5
März		1 077,6	251,9	227,3	167,8	59,6	-	-	-	-	-	108,8	39,9	69,0
April		1 112,7	252,5	272,4	180,8	91,6	-	-	-	-	-	96,3	24,2	72,1
Mai		1 159,5	253,4	293,2	200,0	93,2	-	-	-	-	-	121,2	41,8	79,4
Juni		1 214,0	255,6	299,7	214,4	85,3	-	-	0,0	-	-	130,6	56,5	74,1
Juli		1 209,4	258,0	320,7	235,4	85,4	-	-	0,0	-	-	101,4	25,3	76,1
Aug.		1 239,2	257,1	334,5	242,3	92,2	-	-	0,0	0,0	-	110,4	33,5	76,9

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochenstichtage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
54,5	2,8	3,7	3,7	–	59,2	218,6	–	346,2	97,2	2016 Jan. 1.
38,9	2,8	5,1	5,1	–	59,2	215,6	–	346,2	97,2	8.
38,2	4,5	4,2	4,2	–	59,2	215,9	–	346,2	97,6	15.
39,1	6,3	3,7	3,7	–	59,2	213,9	–	346,2	97,6	22.
40,5	5,8	3,1	3,1	–	59,2	214,1	–	346,2	97,6	29.
46,5	4,8	3,8	3,8	–	59,2	214,9	–	346,2	97,7	Febr. 5.
52,3	3,6	4,3	4,3	–	59,2	216,7	–	346,2	98,2	12.
49,9	3,9	4,5	4,5	–	59,2	212,8	–	346,2	98,2	19.
52,3	5,3	5,0	5,0	–	59,2	210,2	–	346,2	98,2	26.
54,5	7,2	4,1	4,1	–	59,2	209,4	–	346,2	98,2	März 4.
55,7	6,8	4,6	4,6	–	59,2	210,4	–	346,2	98,2	11.
58,7	5,7	4,9	4,9	–	59,2	212,1	–	346,2	98,2	18.
56,7	4,6	4,7	4,7	–	59,2	211,9	–	346,2	98,5	25.
53,2	4,5	3,6	3,6	–	57,5	208,4	–	376,0	98,7	April 1.
47,6	4,3	4,0	4,0	–	57,5	205,9	–	376,0	98,7	8.
51,9	3,8	4,0	4,0	–	57,5	204,4	–	376,0	98,7	15.
55,0	3,2	4,2	4,2	–	57,5	205,2	–	376,0	98,7	22.
67,4	4,0	4,3	4,3	–	57,5	205,2	–	376,0	98,7	29.
57,0	2,8	4,2	4,2	–	57,5	208,5	–	376,0	99,0	Mai 6.
59,0	2,8	4,9	4,9	–	57,5	206,7	–	376,0	99,1	13.
62,2	3,3	5,1	5,1	–	57,5	211,9	–	376,0	99,0	20.
58,5	2,9	5,7	5,7	–	57,5	203,9	–	376,0	99,0	27.
56,1	3,2	6,3	6,3	–	57,5	203,5	–	376,0	99,0	2016 Juni 3.
58,2	3,3	6,0	6,0	–	57,5	202,9	–	376,0	99,0	10.
59,7	2,9	5,0	5,0	–	57,5	203,8	–	376,0	99,0	17.
56,6	3,1	4,5	4,5	–	57,5	203,3	–	376,0	100,8	24.
70,9	3,0	5,2	5,2	–	58,5	206,3	–	420,9	100,8	Juli 1.
79,2	3,4	5,5	5,5	–	58,5	206,0	–	420,9	100,8	8.
72,8	3,5	6,2	6,2	–	58,5	205,8	–	420,9	100,8	15.
79,0	3,0	6,4	6,4	–	58,5	205,0	–	420,9	100,8	22.
83,0	3,1	7,4	7,4	–	58,5	203,3	–	420,9	100,8	29.
83,8	3,2	7,9	7,9	–	58,5	204,8	–	420,9	100,8	Aug. 5.
76,1	3,1	7,8	7,8	–	58,5	202,7	–	420,9	100,8	12.
77,4	3,1	8,1	8,1	–	58,5	203,4	–	420,9	100,8	19.
81,2	3,1	8,6	8,6	–	58,5	203,4	–	420,9	100,8	26.
85,6	3,2	8,6	8,6	–	58,5	204,5	–	420,9	100,8	Sept. 2.
Deutsche Bundesbank										
3,6	0,0	1,4	1,4	–	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	2014 Okt.
2,9	0,0	1,6	1,6	–	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov.
12,3	0,0	0,8	0,8	–	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez.
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.
33,9	0,0	1,9	1,9	–	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr.
17,1	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März
12,9	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	April
7,2	0,0	2,2	2,2	–	15,5	23,2	279,3	121,0	5,0	Mai
9,2	0,0	1,3	1,3	–	15,2	23,5	280,2	113,1	5,0	Juni
12,1	0,0	0,9	0,9	–	15,2	23,6	284,9	113,1	5,0	Juli
10,0	0,0	0,5	0,5	–	15,2	23,7	287,3	113,1	5,0	Aug.
16,2	0,0	0,5	0,5	–	15,1	24,0	290,1	108,2	5,0	Sept.
12,4	0,0	0,8	0,8	–	15,1	24,1	293,1	108,2	5,0	Okt.
13,9	0,0	0,4	0,4	–	15,1	24,2	295,2	108,2	5,0	Nov.
27,2	0,0	0,6	0,6	–	15,3	24,4	297,8	105,7	5,0	Dez.
16,0	0,0	0,1	0,1	–	15,3	25,0	297,1	105,7	5,0	2016 Jan.
28,0	0,0	0,2	0,2	–	15,3	22,0	297,7	105,7	5,0	Febr.
30,5	0,0	0,3	0,3	–	14,9	22,8	299,8	116,2	5,0	März
30,7	0,0	0,8	0,8	–	14,9	22,9	300,9	116,2	5,0	April
27,2	0,0	1,4	1,4	–	14,9	23,1	303,9	116,2	5,0	Mai
47,0	0,0	1,0	1,0	–	15,2	23,4	308,0	128,5	5,0	Juni
43,8	0,0	1,4	1,4	–	15,2	23,6	311,7	128,5	5,0	Juli
48,9	0,0	1,7	1,7	–	15,2	23,7	314,1	128,5	5,0	Aug.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern							insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	
Privat-		öffentliche Haushalte		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014	
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015	
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	2014 Okt.	
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	Dez.	
285,2	588,8	336,7	252,1	423,2	273,3	147,1	149,9	31,2	118,7	1 136,5	885,6	1 180,2	2015 Jan.	
283,4	595,1	339,8	255,3	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 128,8	880,6	1 122,6	Febr.	
290,5	593,0	339,0	253,9	425,0	276,3	146,2	148,7	30,5	118,2	1 129,2	872,6	1 196,3	März	
293,3	601,3	347,6	253,7	423,5	275,6	148,0	147,8	30,9	117,0	1 145,0	890,4	1 101,9	April	
286,6	585,3	336,3	249,0	427,0	278,1	148,3	148,9	29,9	119,0	1 143,6	887,2	1 040,4	Mai	
278,9	579,9	332,5	247,4	423,9	275,2	144,1	148,7	30,0	118,7	1 110,5	851,9	937,6	Juni	
300,7	583,5	333,2	250,3	422,6	276,6	145,3	146,0	30,4	115,6	1 110,7	854,8	969,6	Juli	
295,8	584,7	330,3	254,4	424,6	278,9	146,2	145,7	30,1	115,5	1 097,3	843,1	941,6	Aug.	
290,4	584,3	330,1	254,2	426,9	279,2	146,0	147,7	30,0	117,8	1 094,7	841,4	948,8	Sept.	
284,3	586,1	333,2	252,9	425,2	278,4	146,7	146,8	30,8	116,1	1 090,1	833,3	940,4	Okt.	
287,8	585,4	329,5	255,9	432,0	285,5	148,6	146,6	30,0	116,6	1 075,0	813,3	991,0	Nov.	
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	Dez.	
286,1	578,4	328,4	250,1	419,8	275,5	149,5	144,3	29,2	115,2	1 026,3	765,1	996,1	2016 Jan.	
285,4	578,0	328,0	249,9	417,4	274,6	153,0	142,8	29,5	113,4	1 031,4	767,7	1 058,7	Febr.	
283,6	574,7	327,8	246,9	419,2	273,3	149,1	145,9	29,3	116,6	992,1	727,7	998,5	März	
286,2	576,5	331,6	244,8	417,6	272,8	150,4	144,8	30,0	114,8	1 005,6	741,1	947,2	April	
286,6	571,3	329,5	241,9	425,1	280,0	153,3	145,1	28,9	116,2	1 012,9	750,5	956,2	Mai	
286,0	561,8	323,9	237,9	424,4	281,2	155,2	143,2	28,9	114,3	1 036,4	774,7	1 046,2	Juni	
286,8	567,0	327,0	240,0	425,2	284,1	159,3	141,0	28,9	112,1	1 041,7	785,1	1 036,1	Juli	
Veränderungen 3)														
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	- 42,3	- 40,4	- 4,5	- 1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	- 0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	- 112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014	
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	1,4	5,1	2,4	- 3,7	- 0,9	- 2,7	- 80,1	- 93,5	- 150,1	2015	
1,7	- 2,8	- 2,4	- 0,4	4,6	2,8	- 1,5	1,8	- 0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	2014 Nov.	
3,7	- 15,6	- 7,2	- 8,4	- 2,8	- 1,4	- 3,0	- 1,4	0,2	- 1,6	- 30,9	- 33,1	42,1	Dez.	
8,5	9,9	8,2	1,6	6,5	1,0	2,5	5,5	0,6	4,9	53,7	49,4	124,4	2015 Jan.	
- 2,5	6,3	3,0	3,2	- 1,5	- 1,2	- 2,5	- 0,2	0,1	- 0,3	- 11,2	- 7,8	- 57,6	Febr.	
5,8	- 2,4	- 0,9	1,5	1,6	2,8	0,3	- 1,2	- 0,7	- 0,4	- 17,0	- 24,3	73,7	März	
3,4	8,7	8,7	0,0	- 0,6	0,0	2,8	- 0,6	0,5	- 1,1	32,6	34,1	- 94,4	April	
- 6,3	- 16,1	- 11,4	- 4,6	2,7	1,8	0,3	1,0	- 1,0	1,9	- 11,1	- 12,2	- 61,5	Mai	
- 7,5	- 5,1	- 3,7	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 3,7	0,0	0,3	- 0,3	- 25,1	- 28,1	- 102,8	Juni	
21,5	4,6	1,8	2,8	- 2,1	0,6	0,8	- 2,7	0,4	- 3,0	- 7,0	- 3,9	32,0	Juli	
- 3,9	1,1	- 3,0	4,1	3,6	3,9	1,5	- 0,3	- 0,2	0,1	- 1,6	- 1,2	- 28,0	Aug.	
- 4,4	- 1,2	- 1,0	- 0,2	2,9	1,8	0,1	- 1,1	- 0,4	1,5	- 1,5	- 1,0	7,2	Sept.	
- 7,1	1,4	2,9	- 1,5	- 2,5	- 1,5	0,8	- 1,0	0,8	- 1,8	- 4,9	- 7,9	- 8,4	Okt.	
3,0	- 0,9	- 3,8	2,9	5,3	5,7	0,9	- 0,4	- 0,8	0,4	- 31,5	- 35,3	50,6	Nov.	
0,9	- 10,1	- 4,9	- 5,2	- 12,8	- 8,0	- 1,3	- 4,8	- 0,6	- 4,2	- 55,6	- 55,3	- 85,4	Dez.	
- 0,1	3,4	3,8	- 0,4	4,3	1,4	4,3	2,9	- 0,2	3,1	24,8	22,8	90,5	2016 Jan.	
- 0,3	- 0,7	- 0,4	- 0,2	- 1,6	- 0,2	3,7	- 1,4	0,3	- 1,8	5,8	3,0	63,5	Febr.	
- 1,9	- 3,0	- 0,2	- 2,9	2,8	- 0,3	- 2,8	3,1	- 0,2	3,3	- 23,5	- 25,4	- 60,2	März	
2,7	1,8	3,9	- 2,1	- 1,4	- 0,3	1,7	- 1,1	0,7	- 1,8	12,9	13,1	- 44,4	April	
0,6	- 5,2	- 2,3	- 2,9	6,1	5,7	1,4	0,4	- 1,0	1,4	1,0	3,7	13,0	Mai	
- 0,5	- 9,7	- 5,7	- 4,0	1,0	2,0	2,4	- 1,0	0,0	- 1,0	24,7	25,5	89,6	Juni	
0,8	5,3	3,1	2,1	0,9	3,0	4,3	- 2,2	- 0,0	- 2,2	5,5	10,7	- 11,1	Juli	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht- täglich fällig		
		ins- gesamt	von Banken		ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Kündigungsfrist		zu- sammen			täglich fällig
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4		
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3		
2014 Okt.	7 755,6	1 353,0	1 123,0	230,0	3 177,6	3 085,6	1 490,7	988,8	290,9	606,0	528,0	80,1	36,6		
Nov.	7 840,0	1 348,2	1 116,1	232,1	3 198,0	3 105,3	1 514,5	985,5	290,7	605,3	527,6	81,0	36,6		
Dez.	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4		
2015 Jan.	8 125,6	1 383,4	1 138,5	244,9	3 214,5	3 114,1	1 530,7	976,8	292,7	606,6	529,1	82,4	37,2		
Febr.	8 061,5	1 368,7	1 134,4	234,3	3 220,8	3 126,5	1 543,4	977,0	294,6	606,1	530,0	83,3	38,9		
März	8 173,0	1 382,3	1 134,8	247,5	3 218,1	3 120,2	1 542,4	973,8	295,3	603,9	529,1	84,8	40,8		
April	8 084,0	1 367,5	1 118,0	249,5	3 226,8	3 129,0	1 565,9	961,6	292,7	601,5	528,8	86,9	42,4		
Mai	8 004,0	1 343,4	1 103,5	239,9	3 247,4	3 148,5	1 592,3	956,2	289,1	600,0	529,0	86,1	40,9		
Juni	7 799,5	1 303,2	1 090,5	212,7	3 241,5	3 140,1	1 594,8	947,1	283,6	598,3	528,6	88,9	42,0		
Juli	7 867,6	1 294,3	1 080,0	214,3	3 268,2	3 169,4	1 608,2	964,8	288,6	596,4	528,2	88,5	42,7		
Aug.	7 840,0	1 281,1	1 072,9	208,1	3 279,0	3 182,1	1 625,2	961,8	286,7	595,1	528,5	86,5	41,3		
Sept.	7 829,3	1 281,8	1 076,3	205,5	3 274,0	3 174,2	1 624,8	954,9	283,2	594,5	529,3	87,9	41,9		
Okt.	7 856,5	1 295,4	1 096,9	198,5	3 283,6	3 187,7	1 650,4	942,7	278,9	594,6	530,6	85,1	39,5		
Nov.	7 940,1	1 312,0	1 108,5	203,5	3 307,5	3 215,4	1 672,6	948,6	287,1	594,2	531,5	82,8	39,5		
Dez.	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3		
2016 Jan.	7 823,5	1 266,8	1 066,5	200,3	3 322,6	3 225,5	1 686,6	942,9	286,9	596,0	535,4	85,3	41,5		
Febr.	7 913,1	1 264,9	1 062,1	202,8	3 324,6	3 227,5	1 694,0	937,1	283,2	596,3	537,0	86,0	42,5		
März	7 783,4	1 252,3	1 058,8	193,5	3 319,6	3 221,8	1 682,6	944,7	290,4	594,4	536,2	86,8	40,1		
April	7 806,5	1 258,6	1 060,8	197,8	3 332,8	3 240,8	1 704,9	943,2	291,0	592,7	535,6	82,4	38,4		
Mai	7 817,2	1 230,3	1 027,5	202,8	3 348,6	3 253,7	1 717,2	945,3	292,6	591,1	535,0	84,9	41,7		
Juni	7 920,6	1 241,7	1 039,1	202,6	3 350,9	3 250,2	1 718,1	942,1	290,9	590,0	534,5	89,4	44,9		
Juli	7 942,1	1 226,7	1 023,7	203,0	3 362,7	3 267,1	1 733,1	945,0	295,2	589,1	534,5	85,5	40,7		
Veränderungen 4)															
2008	313,3	65,8	121,7	55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	20,2	21,2	7,5	0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	- 2,6	3,3		
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	2,4	- 2,5	0,0		
2015	- 179,5	- 61,1	- 49,6	- 11,5	104,9	105,5	153,7	- 36,9	- 10,0	- 11,3	4,2	- 0,2	- 0,3		
2014 Nov.	84,4	- 4,9	- 7,0	2,1	20,4	19,8	23,8	- 3,3	- 0,2	- 0,7	- 0,4	0,9	- 0,0		
Dez.	- 54,1	- 25,6	- 5,4	- 20,2	- 1,3	1,5	- 0,9	- 0,0	7,3	2,4	2,2	- 1,5	- 2,4		
2015 Jan.	278,4	54,3	23,1	31,3	13,8	5,2	14,5	- 8,2	- 4,7	- 1,2	- 1,1	2,2	2,5		
Febr.	- 70,0	- 14,9	- 4,3	- 10,7	5,9	12,1	12,4	0,2	1,8	- 0,5	0,8	0,8	1,7		
März	86,5	10,9	- 1,2	12,0	- 4,6	- 8,0	- 1,9	- 4,0	0,2	- 2,2	- 0,9	1,2	1,8		
April	- 63,9	- 11,7	- 15,3	3,7	9,7	10,2	24,5	- 11,9	- 2,3	- 2,4	- 0,2	1,7	1,0		
Mai	- 92,5	- 25,5	- 15,3	- 10,2	19,8	18,8	25,9	- 5,6	- 3,8	- 1,5	0,2	- 0,9	- 1,7		
Juni	- 191,7	- 39,1	- 12,4	- 26,7	- 5,2	- 7,8	2,9	- 9,0	- 5,3	- 1,7	- 0,4	2,9	1,2		
Juli	57,5	- 9,9	- 11,0	1,1	25,9	28,6	12,9	- 17,6	1,0	- 1,9	- 0,4	- 0,5	0,6		
Aug.	- 8,8	- 11,6	- 6,1	- 5,5	11,9	13,6	17,7	- 2,8	- 1,8	- 1,3	0,3	- 1,8	- 1,3		
Sept.	- 7,3	0,8	3,6	- 2,8	- 4,9	- 7,7	- 0,4	- 6,7	- 3,3	- 0,6	0,8	1,4	0,6		
Okt.	25,1	13,7	20,6	- 7,0	9,5	13,5	25,6	- 12,2	- 4,3	0,1	1,3	- 2,8	- 2,5		
Nov.	59,7	14,4	10,3	4,1	22,2	26,3	21,0	5,6	8,0	- 0,3	0,9	- 2,6	- 0,2		
Dez.	- 252,6	- 42,5	- 41,5	- 1,0	1,0	0,9	- 1,4	0,1	4,5	2,2	3,0	- 1,8	- 4,1		
2016 Jan.	169,4	- 0,4	1,0	- 1,4	16,0	10,8	16,5	- 5,3	- 4,5	- 0,4	0,9	4,6	6,3		
Febr.	94,5	- 0,5	3,3	2,7	4,3	4,2	7,4	- 3,5	- 1,8	0,3	1,6	0,7	1,0		
März	- 107,0	- 10,1	- 1,9	- 8,3	- 3,2	- 4,6	- 10,1	7,4	7,0	- 1,9	- 0,8	1,1	- 2,3		
April	31,0	6,3	2,0	4,3	13,1	18,9	22,2	- 1,5	0,6	- 1,8	- 0,7	- 4,5	- 1,6		
Mai	35,3	- 1,4	- 5,7	4,2	14,8	12,0	11,7	- 1,8	1,4	- 1,5	- 0,6	2,4	3,2		
Juni	108,2	13,0	12,4	0,6	2,2	- 3,0	- 1,0	- 2,9	- 1,5	- 1,1	- 0,4	3,9	3,2		
Juli	21,7	- 15,0	- 15,4	0,4	11,7	16,9	15,0	2,8	4,3	- 0,9	- 0,1	- 3,9	- 4,2		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende																
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007			
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008			
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009			
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010			
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011			
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012			
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013			
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014			
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015			
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	2014 Okt.			
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.			
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	Dez.			
41,8	15,5	3,4	2,7	18,0	12,7	6,8	3,5	1 103,7	44,2	614,3	543,2	1 256,2	2015 Jan.			
41,0	14,5	3,4	2,7	11,0	8,9	8,0	3,5	1 104,3	44,7	610,1	557,4	1 188,7	Febr.			
40,5	14,7	3,4	2,7	13,1	9,2	7,6	3,5	1 108,0	46,2	624,5	565,4	1 263,6	März			
41,1	15,7	3,4	2,7	10,9	9,4	11,4	3,3	1 098,8	47,6	647,9	563,4	1 164,9	April			
41,9	16,2	3,4	2,7	12,8	9,5	5,0	3,4	1 087,3	42,9	645,6	567,6	1 104,3	Mai			
43,5	18,0	3,4	2,8	12,5	10,9	3,3	3,5	1 076,1	41,2	605,9	564,7	1 001,3	Juni			
42,4	16,9	3,4	2,7	10,3	8,9	4,5	3,5	1 077,7	39,0	627,0	565,1	1 027,2	Juli			
41,8	14,9	3,4	2,8	10,4	9,7	6,6	3,5	1 061,0	36,3	634,9	573,2	1 000,8	Aug.			
42,6	14,8	3,4	2,7	12,0	10,5	7,0	4,1	1 060,5	43,6	606,7	577,1	1 018,1	Sept.			
42,2	15,5	3,4	2,8	10,8	8,7	6,6	4,1	1 069,9	48,1	609,1	578,5	1 009,4	Okt.			
40,0	14,3	3,4	2,8	9,3	7,8	6,1	3,9	1 075,9	50,6	599,6	574,7	1 060,4	Nov.			
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	Dez.			
40,4	15,0	3,3	2,7	11,8	8,4	2,8	3,8	1 021,1	49,5	583,5	566,5	1 056,5	2016 Jan.			
40,1	14,9	3,3	2,7	11,2	8,5	4,2	3,7	1 020,2	51,2	595,3	579,5	1 120,8	Febr.			
43,5	18,6	3,3	2,7	11,0	8,3	3,2	3,5	1 014,7	49,0	557,1	576,3	1 056,7	März			
40,7	17,0	3,2	2,7	9,6	7,9	3,7	3,1	1 019,3	50,3	606,6	583,6	998,9	April			
40,0	15,9	3,2	2,7	10,0	8,1	3,5	2,7	1 029,8	49,8	611,6	583,9	1 007,0	Mai			
41,3	17,1	3,2	2,7	11,3	8,8	2,5	2,7	1 023,9	50,0	618,1	587,3	1 093,4	Juni			
41,6	16,2	3,2	2,7	10,1	8,1	3,4	2,5	1 021,1	55,9	656,1	578,8	1 090,9	Juli			
Veränderungen 4)																
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	- 50,2	- 0,1	- 39,3	- 56,1	2008			
- 5,7	- 7,7	0,1	- 0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009			
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010			
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	- 13,7	137,8	2011			
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012			
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	- 4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013			
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	35,9	26,1	178,3	2014			
- 0,0	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 0,9	- 0,0	- 80,5	9,3	- 26,6	28,0	- 143,3	2015			
0,9	0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	0,4	- 0,0	2,2	- 0,6	25,3	- 5,1	46,1	2014 Nov.			
0,9	0,8	0,0	0,0	- 1,4	- 0,3	- 6,2	- 0,1	- 13,5	- 1,9	- 31,8	- 6,2	30,6	Dez.			
- 0,4	- 0,4	0,1	0,0	6,4	1,2	3,4	0,0	8,1	4,0	63,5	3,9	131,3	2015 Jan.			
- 0,9	- 1,1	0,0	0,0	- 7,0	- 3,8	1,2	- 0,0	- 1,7	0,5	- 5,7	13,6	- 68,4	Febr.			
- 0,5	0,1	- 0,0	- 0,0	2,2	0,4	- 0,4	- 0,0	- 6,5	1,2	6,4	5,4	75,3	März			
0,7	1,1	0,0	0,0	- 2,2	0,2	3,8	- 0,2	0,4	1,7	31,8	0,6	- 98,3	April			
0,7	0,5	0,0	0,0	1,9	0,1	- 6,4	- 0,1	- 16,7	- 4,9	- 7,1	2,8	- 59,4	Mai			
1,6	1,8	0,0	0,0	- 0,3	1,5	- 1,6	0,1	- 7,2	- 1,6	- 36,0	- 1,8	- 100,8	Juni			
- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,1	- 2,0	1,2	- 0,0	- 3,1	- 2,4	17,4	- 0,7	26,6	Juli			
- 0,5	- 2,0	- 0,0	0,0	0,1	0,8	2,0	0,1	- 10,3	- 2,6	13,0	9,7	- 23,6	Aug.			
0,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	1,4	0,6	0,5	0,5	- 0,2	7,3	- 27,9	4,0	19,9	Sept.			
- 0,3	0,7	- 0,0	0,0	- 1,1	- 1,8	- 0,4	0,0	10,8	5,9	2,3	0,0	- 10,7	Okt.			
- 2,4	- 1,2	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,9	- 0,5	- 0,1	- 4,0	2,3	- 16,8	- 6,7	51,2	Nov.			
2,3	1,8	- 0,0	0,0	2,0	1,8	- 3,6	- 0,5	- 50,1	- 2,1	- 67,8	- 2,8	- 86,4	Dez.			
- 1,7	- 1,0	- 0,0	- 0,0	0,5	- 1,3	0,3	0,3	5,8	1,3	59,2	- 2,2	90,4	2016 Jan.			
- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	0,1	1,4	- 0,1	- 1,1	1,6	11,6	13,2	65,7	Febr.			
3,5	4,0	- 0,0	- 0,0	0,3	0,4	- 0,9	- 0,2	4,8	- 1,8	- 30,7	- 0,2	- 66,4	März			
- 2,8	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,5	0,5	- 0,4	3,9	- 1,2	49,2	7,2	- 48,8	April			
- 0,8	- 1,2	- 0,0	- 0,0	0,4	0,3	- 0,2	- 0,4	4,9	- 0,7	0,9	4,3	12,4	Mai			
0,7	0,8	- 0,0	- 0,0	1,3	0,7	- 1,0	0,0	- 5,0	0,3	8,4	3,9	86,7	Juni			
0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,7	0,9	- 0,2	- 3,0	5,6	38,0	- 8,2	- 2,4	Juli			

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen ¹⁾

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme ¹⁾	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen ¹⁾	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2016 Febr.	1 772	7 955,7	192,3	2 475,1	1 952,8	517,5	4 013,8	366,8	2 859,7	0,7	775,0	119,1	1 155,3
März	1 771	7 826,0	194,6	2 415,9	1 892,9	518,0	4 001,6	357,4	2 855,3	0,7	777,9	119,4	1 094,5
April	1 769	7 849,5	207,7	2 456,6	1 934,4	516,7	4 023,1	371,9	2 866,1	0,7	773,7	119,0	1 043,1
Mai	1 769	7 860,5	226,7	2 431,2	1 912,1	513,8	4 031,1	368,5	2 876,2	0,6	775,5	119,1	1 052,4
Juni	1 764	7 963,8	243,4	2 447,8	1 929,9	512,6	4 010,8	355,9	2 876,6	0,6	769,7	119,4	1 142,4
Juli	1 754	7 985,3	264,9	2 438,2	1 928,9	505,3	4 030,4	366,5	2 888,1	0,5	769,5	119,7	1 132,0
Kreditbanken ⁶⁾													
2016 Juni	268	3 244,3	144,0	1 006,8	918,4	88,2	1 179,3	181,9	749,9	0,3	242,4	56,8	857,4
Juli	266	3 276,1	177,2	1 002,2	915,7	86,3	1 191,0	190,3	752,6	0,3	244,9	56,9	848,8
Großbanken ⁷⁾													
2016 Juni	4	1 983,8	45,0	566,7	527,2	39,4	499,3	100,8	276,6	0,1	117,7	50,2	822,7
Juli	4	1 993,9	52,2	573,0	534,6	38,3	505,3	106,8	277,1	0,1	118,9	50,3	813,1
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2016 Juni	159	926,3	57,7	229,4	185,1	44,2	605,0	58,7	431,8	0,2	113,9	5,7	28,5
Juli	159	944,9	69,9	228,2	184,6	43,5	611,9	61,2	435,4	0,2	114,8	5,6	29,3
Zweigstellen ausländischer Banken													
2016 Juni	105	334,2	41,2	210,7	206,1	4,6	75,1	22,4	41,6	-	10,8	0,9	6,3
Juli	103	337,3	55,0	201,0	196,5	4,5	73,8	22,3	40,1	-	11,2	0,9	6,4
Landesbanken													
2016 Juni	9	944,5	14,1	283,0	209,3	73,3	508,8	53,3	359,8	0,1	94,3	11,0	127,7
Juli	9	945,2	13,2	283,8	212,2	71,2	509,0	56,1	360,1	0,1	91,4	11,0	128,3
Sparkassen													
2016 Juni	412	1 150,3	21,2	187,4	67,7	119,3	911,7	50,4	706,6	0,1	154,4	14,5	15,5
Juli	408	1 153,9	23,7	185,0	66,0	118,8	915,4	49,5	710,6	0,1	155,1	14,5	15,4
Kreditgenossenschaften													
2016 Juni	1 018	829,6	13,1	166,5	58,9	107,0	616,1	33,0	482,5	0,0	100,5	15,5	18,4
Juli	1 014	834,8	12,7	169,2	61,2	107,3	618,9	31,9	485,5	0,1	101,3	15,6	18,4
Realkreditinstitute													
2016 Juni	15	288,9	1,5	54,7	38,2	16,3	222,9	4,7	176,8	-	41,4	0,2	9,5
Juli	15	286,8	1,7	52,9	37,4	15,3	222,7	4,7	177,0	-	40,9	0,2	9,4
Bausparkassen													
2016 Juni	21	213,6	0,3	57,9	40,6	17,2	150,8	1,4	126,8	.	22,7	0,3	4,2
Juli	21	214,5	0,9	57,8	40,4	17,4	151,1	1,4	127,0	.	22,8	0,3	4,4
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben ab Juli 2016 einschließlich DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ Bank)													
2016 Juni	19	992,8	46,6	522,9	456,0	63,5	357,1	19,1	250,9	-	85,5	7,8	58,3
Juli	21	1 273,9	35,6	687,3	596,0	89,0	422,4	32,5	275,3	0,0	113,1	21,3	107,3
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁸⁾													
2016 Juni	139	1 032,8	79,8	391,7	348,1	43,6	452,2	63,1	276,8	0,2	109,7	4,4	104,6
Juli	137	1 053,8	103,4	385,6	342,9	42,6	457,0	64,2	277,6	0,2	112,4	4,4	103,4
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁹⁾													
2016 Juni	34	698,5	38,6	180,9	141,9	39,0	377,1	40,7	235,2	0,2	98,9	3,5	98,4
Juli	34	716,5	48,4	184,5	146,4	38,1	383,2	41,9	237,5	0,2	101,2	3,5	96,9

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr. 1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Spareinlagen 4)	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-ein-lagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)							
Alle Bankengruppen															
1 706,1	509,6	1 196,5	3 482,7	1 834,6	286,3	693,3	62,6	605,2	544,4	63,3	1 120,6	478,6	1 167,7	2016 Febr.	
1 682,0	497,5	1 184,5	3 450,0	1 807,2	281,8	694,8	40,4	603,2	543,6	63,0	1 110,4	480,2	1 103,3	März	
1 718,2	493,9	1 224,2	3 483,4	1 836,5	290,4	692,7	60,3	601,4	542,9	62,4	1 119,0	483,5	1 045,4	April	
1 691,4	531,5	1 159,8	3 502,4	1 852,5	294,6	693,4	58,2	599,8	542,3	62,2	1 132,7	480,6	1 053,4	Mai	
1 717,7	550,2	1 167,4	3 495,4	1 855,4	285,8	694,0	48,7	598,6	541,8	61,7	1 125,6	485,3	1 139,9	Juni	
1 729,0	548,3	1 180,6	3 519,6	1 866,2	299,0	695,6	60,7	597,6	541,7	61,3	1 113,0	486,6	1 137,1	Juli	
Kreditbanken 6)															
785,4	375,1	410,3	1 326,9	806,5	153,7	237,6	28,5	104,4	96,4	24,7	155,5	163,3	813,3	2016 Juni	
798,9	377,6	421,3	1 348,6	813,2	165,9	240,7	43,5	104,0	96,1	24,8	157,7	163,6	807,3	Juli	
Großbanken 7)															
441,0	213,4	227,6	564,1	323,9	84,1	85,6	28,5	64,7	63,3	5,8	120,8	97,2	760,8	2016 Juni	
438,4	196,1	242,3	581,6	329,1	95,8	86,5	43,5	64,5	63,1	5,8	123,1	97,1	753,7	Juli	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
174,4	66,7	107,7	614,5	386,0	47,0	124,5	0,0	39,3	32,8	17,7	34,2	57,9	45,3	2016 Juni	
185,6	74,5	111,0	620,5	388,4	47,8	127,4	0,0	39,1	32,8	17,7	34,2	58,4	46,3	Juli	
Zweigstellen ausländischer Banken															
169,9	94,9	75,0	148,4	96,6	22,6	27,5	–	0,4	0,2	1,2	0,5	8,3	7,2	2016 Juni	
175,0	107,0	68,0	146,4	95,6	22,3	26,8	–	0,4	0,2	1,3	0,5	8,1	7,3	Juli	
Landesbanken															
262,6	53,8	208,9	300,7	128,7	63,0	95,4	15,8	13,6	10,5	0,1	202,9	55,3	122,9	2016 Juni	
263,4	53,1	210,2	296,4	122,4	64,7	95,5	11,8	13,6	10,5	0,2	204,0	55,3	126,2	Juli	
Sparkassen															
134,6	11,2	123,5	861,4	507,5	17,0	15,3	–	294,2	263,0	27,4	13,8	100,4	40,1	2016 Juni	
133,4	9,9	123,5	865,9	513,5	16,5	15,3	–	293,7	262,9	26,9	13,8	101,0	39,8	Juli	
Kreditgenossenschaften															
105,8	3,5	102,3	616,2	373,2	32,7	16,6	–	185,9	171,5	7,8	8,6	68,4	30,6	2016 Juni	
105,4	2,3	103,1	621,4	378,8	32,7	16,4	–	185,9	171,7	7,7	8,4	68,7	30,8	Juli	
Realkreditinstitute															
54,8	6,9	48,0	120,4	8,2	9,9	102,2	–	0,1	0,1	–	94,1	9,7	9,9	2016 Juni	
52,9	6,7	46,1	119,6	8,2	10,0	101,3	–	0,1	0,1	–	94,6	9,7	10,1	Juli	
Bausparkassen															
20,6	3,2	17,5	166,3	1,0	0,9	163,9	–	0,3	0,3	0,2	2,5	10,2	14,0	2016 Juni	
21,7	3,9	17,8	165,9	1,1	0,9	163,4	–	0,3	0,3	0,2	2,5	10,2	14,2	Juli	
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
ab Juli 2016 einschließlich DZ Bank															
195,9	45,9	150,0	75,7	17,2	4,1	54,4	2,1	–	–	–	599,1	62,8	59,3	2016 Juni	
353,3	94,7	258,6	101,9	29,1	8,3	63,0	5,4	–	–	–	632,1	78,0	108,7	Juli	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
341,2	171,7	169,5	516,1	354,9	52,1	79,1	8,6	21,4	20,9	8,6	21,3	50,4	103,8	2016 Juni	
359,1	190,0	169,1	517,6	355,0	53,0	79,5	9,4	21,4	20,9	8,6	21,1	50,3	105,7	Juli	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
171,3	76,8	94,5	367,6	258,3	29,4	51,6	8,6	21,0	20,7	7,4	20,8	42,2	96,6	2016 Juni	
184,1	83,0	101,1	371,2	259,4	30,7	52,8	9,4	21,0	20,7	7,3	20,6	42,2	98,4	Juli	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2015 Febr.	15,2	69,7	1 486,0	1 125,7	0,0	3,1	357,2	1,6	3 205,1	2 736,8	0,4	1,3	466,6
März	15,2	97,5	1 488,9	1 127,0	0,0	3,2	358,6	1,6	3 212,0	2 738,7	0,3	1,5	471,5
April	15,9	91,7	1 473,6	1 117,3	0,0	3,4	352,8	1,6	3 221,1	2 745,0	0,4	1,5	474,2
Mai	16,1	95,0	1 466,4	1 114,3	0,0	3,5	348,6	1,6	3 207,9	2 743,3	0,3	1,7	462,5
Juni	15,1	115,4	1 424,2	1 082,1	0,0	3,3	338,8	1,6	3 200,4	2 745,2	0,3	2,4	452,5
Juli	15,4	116,6	1 429,7	1 091,8	0,0	2,7	335,2	1,6	3 228,7	2 748,4	0,3	2,4	477,6
Aug.	15,2	133,6	1 418,0	1 086,8	0,0	2,1	329,1	1,6	3 230,9	2 751,1	0,3	1,9	477,5
Sept.	15,6	139,8	1 384,6	1 059,7	0,0	2,3	322,7	1,6	3 230,8	2 756,1	0,3	1,7	472,8
Okt.	16,2	140,0	1 421,3	1 100,0	0,0	2,1	319,1	1,6	3 232,0	2 764,6	0,3	1,5	465,6
Nov.	15,7	152,2	1 438,4	1 122,6	0,0	2,6	313,2	1,6	3 249,0	2 775,2	0,3	1,0	472,5
Dez.	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016 Jan.	16,2	170,9	1 368,7	1 086,0	0,0	2,0	280,8	1,6	3 238,7	2 771,0	0,4	0,7	466,5
Febr.	15,9	164,3	1 379,8	1 098,3	0,0	1,8	279,7	1,6	3 248,0	2 781,4	0,4	1,5	464,7
März	17,2	166,6	1 358,5	1 076,3	0,0	2,0	280,2	1,6	3 247,2	2 785,9	0,3	1,2	459,7
April	16,9	179,8	1 392,1	1 110,3	0,0	2,1	279,7	1,6	3 260,6	2 798,3	0,4	1,3	460,6
Mai	18,4	197,2	1 367,7	1 086,7	0,0	1,8	279,2	1,5	3 264,8	2 805,3	0,3	1,4	457,8
Juni	19,1	213,5	1 356,7	1 078,8	0,0	1,6	276,2	1,7	3 252,1	2 797,2	0,3	1,8	452,9
Juli	19,4	233,0	1 349,1	1 074,3	0,0	1,3	273,4	1,7	3 264,5	2 806,4	0,3	1,7	456,1
Veränderungen *)													
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	– 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	– 68,6	– 37,5	–	– 4,6	– 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	– 0,2	– 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	– 48,8	– 204,1	– 170,6	+ 0,0	– 0,7	– 32,7	– 0,2	+ 4,4	+ 0,3	– 0,1	– 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	– 4,3	– 119,3	– 87,1	+ 0,0	+ 0,4	– 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	– 0,1	– 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	– 80,7	– 4,3	– 0,0	– 0,4	– 75,9	– 0,1	+ 68,9	+ 54,1	– 0,0	– 0,3	+ 15,1
2015 Febr.	– 0,0	+ 0,4	– 4,7	– 2,8	+ 0,0	+ 0,4	– 2,2	– 0,0	+ 13,5	+ 11,2	– 0,0	+ 0,2	+ 2,1
März	+ 0,1	+ 27,8	+ 3,0	+ 1,4	–	+ 0,2	+ 1,4	– 0,0	+ 7,0	+ 1,9	– 0,0	+ 0,2	+ 4,9
April	+ 0,6	– 5,7	– 15,3	– 9,7	–	+ 0,2	– 5,8	+ 0,0	+ 9,1	+ 6,4	+ 0,0	– 0,0	+ 2,8
Mai	+ 0,3	+ 3,3	– 7,2	– 3,0	+ 0,0	+ 0,1	– 4,3	– 0,1	– 13,1	– 1,5	– 0,0	+ 0,2	– 11,7
Juni	– 1,1	+ 20,4	– 42,1	– 32,1	– 0,0	– 0,2	– 9,8	+ 0,1	– 7,5	+ 1,9	– 0,0	+ 0,7	– 10,1
Juli	+ 0,3	+ 1,2	+ 5,5	+ 9,7	– 0,0	– 0,6	– 3,6	– 0,0	+ 28,3	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 25,1
Aug.	– 0,1	+ 17,0	– 12,4	– 5,6	+ 0,0	– 0,7	– 6,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,0	– 0,5	– 0,1
Sept.	+ 0,3	+ 6,3	– 33,3	– 27,1	–	+ 0,2	– 6,4	– 0,0	– 0,1	+ 4,9	+ 0,0	– 0,3	– 4,7
Okt.	+ 0,7	+ 0,1	+ 36,6	+ 40,3	– 0,0	– 0,2	– 3,5	– 0,0	+ 1,2	+ 8,5	+ 0,0	– 0,1	– 7,2
Nov.	– 0,6	+ 12,3	+ 17,3	+ 22,7	–	+ 0,5	– 5,9	+ 0,0	+ 16,7	+ 10,3	– 0,0	– 0,5	+ 6,9
Dez.	+ 3,6	+ 2,8	– 91,8	– 59,9	–	– 0,9	– 31,0	+ 0,1	– 15,1	– 11,1	+ 0,1	– 0,6	– 3,5
2016 Jan.	– 3,1	+ 15,9	+ 22,2	+ 23,4	–	+ 0,3	– 1,5	– 0,0	+ 4,5	+ 6,7	– 0,0	+ 0,3	– 2,4
Febr.	– 0,3	– 6,5	+ 11,9	+ 13,1	–	– 0,2	– 1,0	– 0,0	+ 9,6	+ 10,6	– 0,1	+ 0,8	– 1,7
März	+ 1,3	+ 2,3	– 21,3	– 22,1	–	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,0	– 0,8	+ 4,5	– 0,0	– 0,3	– 5,0
April	– 0,3	+ 13,2	+ 33,6	+ 34,0	–	+ 0,1	– 0,6	– 0,1	+ 13,3	+ 12,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,8
Mai	+ 1,5	+ 17,4	+ 3,9	+ 4,8	–	– 0,4	– 0,5	– 0,0	+ 5,7	+ 8,4	– 0,1	+ 0,1	– 2,7
Juni	+ 0,7	+ 16,4	– 10,9	– 7,8	–	– 0,1	– 3,0	+ 0,2	– 11,9	– 7,3	– 0,0	+ 0,4	– 5,0
Juli	+ 0,4	+ 19,4	– 7,6	– 4,5	–	– 0,3	– 2,8	– 0,1	+ 13,3	+ 10,2	– 0,0	– 0,0	+ 3,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *: statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	26,2	92,3	1 133,5	169,2	964,3	0,0	11,3	3 137,7	1 549,4	918,3	606,1	63,8	30,8	2015 Febr.
-	25,9	92,3	1 134,4	178,0	956,4	0,0	11,2	3 131,7	1 548,8	916,0	603,9	63,0	30,7	März
-	25,8	92,5	1 117,5	163,4	954,0	0,0	11,2	3 140,9	1 572,3	905,2	601,5	61,9	30,2	April
-	25,7	92,8	1 103,0	164,4	938,6	0,0	11,1	3 158,8	1 597,3	900,5	600,0	61,0	30,2	Mai
-	25,3	92,5	1 090,2	161,7	928,4	0,0	11,1	3 151,7	1 600,1	892,9	598,3	60,4	29,6	Juni
-	25,0	92,4	1 079,0	152,5	926,5	0,0	10,8	3 179,3	1 612,9	910,4	596,4	59,5	29,5	Juli
-	25,0	92,1	1 072,5	149,0	923,4	0,0	10,8	3 193,8	1 630,7	909,1	595,2	58,8	29,5	Aug.
-	24,9	92,0	1 076,0	153,1	922,9	0,0	10,8	3 186,8	1 630,7	903,5	594,6	58,1	29,5	Sept.
-	24,7	91,9	1 096,4	150,5	945,8	0,0	10,6	3 197,7	1 655,5	890,2	594,6	57,5	29,5	Okt.
-	24,5	92,0	1 108,0	158,2	949,7	0,0	10,5	3 224,8	1 676,9	896,7	594,3	56,8	29,5	Nov.
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	Dez.
-	20,3	90,0	1 066,1	145,0	921,1	0,0	6,0	3 233,8	1 689,6	893,3	596,1	54,8	29,3	2016 Jan.
-	20,2	89,8	1 061,7	151,8	909,9	0,0	5,9	3 236,2	1 697,4	887,8	596,4	54,6	29,3	Febr.
-	19,9	90,3	1 058,6	147,9	910,7	0,0	5,9	3 231,2	1 687,4	894,9	594,5	54,4	29,1	März
-	19,8	89,8	1 060,2	149,7	910,4	0,0	5,9	3 249,8	1 709,6	893,5	592,7	54,0	29,0	April
-	19,7	89,9	1 026,8	142,0	884,7	0,0	5,8	3 262,7	1 721,8	896,1	591,2	53,7	29,0	Mai
-	19,6	89,9	1 038,6	152,5	886,0	0,0	6,0	3 259,9	1 722,6	894,1	590,0	53,1	28,7	Juni
-	19,5	90,1	1 022,8	140,0	882,7	0,0	5,9	3 275,7	1 737,1	896,8	589,1	52,7	28,6	Juli
Veränderungen *)														
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	+ 0,1	- 0,9	- 4,4	- 5,6	+ 1,2	-	+ 0,0	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	2015 Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 8,8	- 7,9	+ 0,0	- 0,1	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	März
-	- 0,1	+ 0,2	- 17,0	- 14,6	- 2,4	- 0,0	- 0,0	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,4	- 1,0	- 0,5	April
-	- 0,1	+ 0,3	- 14,4	+ 1,0	- 15,4	+ 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 1,5	- 0,9	- 0,1	Mai
-	- 0,3	- 0,3	- 12,9	- 2,8	- 10,1	- 0,0	- 0,1	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 1,7	- 0,6	- 0,5	Juni
-	- 0,3	- 0,2	- 11,1	- 9,2	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 1,9	- 1,1	- 0,1	Juli
-	- 0,1	- 0,3	- 7,1	- 3,4	- 3,7	- 0,0	+ 0,0	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	- 0,1	- 0,1	+ 3,7	+ 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 0,6	- 0,7	- 0,1	Sept.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 20,3	- 2,6	+ 22,9	+ 0,0	- 0,2	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	Okt.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 11,6	+ 7,7	+ 3,9	+ 0,0	- 0,1	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	- 0,3	- 0,6	- 0,0	Nov.
-	- 0,1	- 2,0	- 42,4	- 27,1	- 15,2	-	- 0,1	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	Dez.
-	- 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 13,9	- 13,4	- 0,0	- 0,1	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	2016 Jan.
-	- 0,1	- 0,2	- 3,1	+ 7,0	- 10,1	+ 0,0	- 0,0	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	Febr.
-	- 0,3	+ 0,5	- 3,2	- 4,0	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	- 1,9	- 0,2	- 0,2	März
-	- 0,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,9	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 18,6	+ 22,2	- 1,3	- 1,8	- 0,5	- 0,1	April
-	- 0,1	+ 0,1	- 5,1	- 2,9	- 2,2	+ 0,0	- 0,0	+ 12,9	+ 12,2	+ 2,5	- 1,5	- 0,3	- 0,0	Mai
-	- 0,1	+ 0,0	+ 12,8	+ 10,8	+ 2,0	-	+ 0,2	- 2,5	+ 0,9	- 1,7	- 1,1	- 0,5	- 0,3	Juni
-	- 0,1	- 0,0	- 15,8	- 12,5	- 3,3	-	- 0,1	+ 15,8	+ 14,5	+ 2,7	- 0,9	- 0,5	- 0,0	Juli

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2015 Febr.	0,2	1 198,1	956,6	687,3	269,3	9,3	232,2	1,1	766,7	444,5	115,7	328,9	6,6	315,5
März	0,3	1 186,6	944,4	654,9	289,5	10,9	231,4	1,1	777,0	447,4	113,2	334,2	7,2	322,4
April	0,2	1 199,9	958,7	675,5	283,1	10,0	231,3	1,1	780,2	455,7	124,6	331,1	6,1	318,4
Mai	0,3	1 189,7	948,9	665,0	284,0	9,1	231,7	1,1	787,3	459,0	127,1	331,8	6,3	322,0
Juni	0,3	1 142,5	903,1	617,1	286,0	8,1	231,3	1,1	765,7	435,1	104,4	330,7	7,5	323,1
Juli	0,3	1 149,0	911,5	625,0	286,5	6,6	230,9	1,1	760,0	433,4	103,3	330,1	5,0	321,6
Aug.	0,3	1 140,9	904,7	619,3	285,3	6,1	230,2	1,1	761,5	435,8	106,9	328,8	5,8	319,9
Sept.	0,3	1 152,8	914,7	627,4	287,4	4,4	233,7	1,1	760,7	434,9	106,6	328,3	6,0	319,8
Okt.	0,3	1 138,7	900,4	617,1	283,4	2,9	235,3	1,1	772,2	446,5	116,4	330,1	6,1	319,6
Nov.	0,3	1 112,9	873,2	598,4	274,8	2,8	237,0	1,1	784,8	450,0	103,7	346,4	6,9	327,9
Dez.	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016 Jan.	0,3	1 080,5	844,9	570,2	274,8	1,9	233,6	1,0	766,7	440,2	101,3	338,8	8,9	317,6
Febr.	0,3	1 095,3	854,5	580,2	274,3	3,1	237,8	1,0	765,9	445,3	102,6	342,7	10,2	310,3
März	0,3	1 057,4	816,6	551,7	264,9	3,0	237,8	1,0	754,4	427,1	87,9	339,2	9,1	318,2
April	0,3	1 064,5	824,2	559,7	264,5	3,3	237,1	1,0	762,5	440,0	99,9	340,0	9,4	313,1
Mai	0,3	1 063,5	825,4	554,4	271,0	3,5	234,6	1,0	766,3	439,7	94,3	345,4	8,9	317,7
Juni	0,3	1 091,2	851,1	580,7	270,4	3,6	236,4	1,0	758,7	435,5	89,4	346,1	6,4	316,8
Juli	0,3	1 089,1	854,6	586,5	268,0	2,7	231,9	1,0	766,0	448,5	100,1	348,4	4,1	313,4
Veränderungen *)														
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2015 Febr.	+ 0,0	- 17,1	- 12,0	+ 2,2	- 14,2	- 1,5	- 3,6	-	- 5,8	- 2,1	- 2,2	+ 0,1	- 0,4	- 3,2
März	+ 0,0	- 24,0	- 24,5	- 39,9	+ 15,4	+ 1,5	- 1,1	+ 0,0	+ 1,9	- 3,7	- 3,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,1
April	- 0,0	+ 25,3	+ 26,1	+ 27,4	- 1,3	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	+ 10,4	+ 14,3	+ 12,7	+ 1,6	- 1,1	- 2,9
Mai	+ 0,0	- 17,8	- 17,3	- 15,2	- 2,0	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	+ 0,2	+ 2,9
Juni	+ 0,0	- 41,3	- 40,1	- 44,0	+ 4,0	- 0,9	- 0,3	- 0,0	- 18,3	- 21,2	- 20,7	- 0,5	+ 1,2	+ 1,7
Juli	+ 0,0	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,9	- 1,6	- 1,5	- 0,5	-	- 9,1	- 4,4	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 2,2
Aug.	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,9	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 0,7
Sept.	+ 0,0	+ 14,0	+ 12,2	+ 10,0	+ 2,2	- 1,7	+ 3,6	- 0,0	- 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,0
Okt.	+ 0,0	- 20,2	- 20,2	- 13,9	- 6,3	- 1,5	+ 1,5	+ 0,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,9
Nov.	+ 0,0	- 38,2	- 39,4	- 25,9	- 13,5	- 0,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 4,9	- 2,7	- 5,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 6,8
Dez.	- 0,0	- 36,7	- 33,4	- 37,5	+ 4,1	- 1,6	- 1,7	- 0,1	- 27,1	- 20,7	- 18,9	- 1,9	+ 0,8	- 7,2
2016 Jan.	- 0,0	+ 16,1	+ 16,8	+ 15,6	+ 1,2	+ 0,7	- 1,4	+ 0,0	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,6	- 0,4	+ 1,3	- 1,3
Febr.	+ 0,0	+ 14,9	+ 9,6	+ 10,3	- 0,7	+ 1,1	+ 4,2	+ 0,0	- 0,2	+ 5,8	+ 2,1	+ 3,7	+ 1,1	- 7,1
März	- 0,0	- 26,3	- 26,5	- 22,8	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 12,2	- 13,6	+ 1,3	- 0,9	+ 9,3
April	- 0,0	+ 6,6	+ 7,0	+ 7,6	- 0,5	+ 0,3	- 0,8	+ 0,0	+ 7,5	+ 12,7	+ 11,9	+ 0,7	+ 0,1	- 5,3
Mai	+ 0,0	- 5,7	- 3,3	- 7,9	+ 4,6	+ 0,2	- 2,6	+ 0,0	+ 0,8	- 2,7	- 4,6	+ 1,9	- 0,4	+ 3,9
Juni	+ 0,0	+ 28,8	+ 26,7	+ 26,9	- 0,3	+ 0,1	+ 2,0	- 0,0	- 5,5	- 2,8	- 4,3	+ 1,4	- 2,8	+ 0,1
Juli	- 0,0	- 1,0	+ 4,4	+ 6,2	- 1,9	- 1,0	- 4,4	+ 0,0	+ 8,0	+ 13,6	+ 10,9	+ 2,7	- 2,3	- 3,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)							Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite			
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006		
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007		
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010		
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013		
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014		
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015		
14,0	35,7	672,5	310,8	361,7	269,4	92,3	0,1	263,7	143,1	120,7	61,8	58,9	0,8	2015 Febr.		
14,1	36,1	712,5	369,6	342,9	256,1	86,9	0,1	253,6	131,2	122,4	64,7	57,7	0,9	März		
13,8	36,0	729,9	348,1	381,8	297,3	84,5	0,1	265,1	146,9	118,2	62,3	55,9	0,9	April		
13,8	36,8	714,0	357,6	356,4	270,8	85,7	0,1	265,4	142,7	122,7	70,8	51,9	0,9	Mai		
13,6	36,4	671,4	331,2	340,2	256,3	83,9	0,1	240,5	127,7	112,8	61,6	51,2	0,9	Juni		
13,6	35,3	690,6	342,8	347,7	266,7	81,0	0,1	244,4	131,9	112,5	62,0	50,5	0,9	Juli		
13,7	35,2	681,5	334,5	347,0	264,5	82,5	0,1	253,6	135,3	118,3	65,9	52,4	0,9	Aug.		
13,7	35,2	672,0	346,4	325,5	244,3	81,2	0,1	234,5	128,3	106,3	53,2	53,1	0,9	Sept.		
13,5	35,2	656,9	362,9	294,0	212,7	81,3	0,1	243,4	134,6	108,8	56,6	52,3	0,8	Okt.		
13,6	34,8	649,0	373,8	275,2	190,5	84,6	0,1	243,2	136,3	106,9	55,7	51,2	0,8	Nov.		
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	Dez.		
13,2	29,6	637,8	352,2	285,7	201,3	84,3	0,1	237,7	129,1	108,6	60,5	48,2	0,8	2016 Jan.		
13,2	29,0	644,4	357,8	286,6	201,8	84,8	0,1	246,4	137,2	109,2	61,8	47,5	0,8	Febr.		
13,3	28,9	623,4	349,6	273,8	192,0	81,8	0,0	218,8	119,8	99,0	52,9	46,1	0,8	März		
13,3	28,9	658,0	344,2	313,8	234,1	79,6	0,0	233,6	126,9	106,7	62,0	44,8	0,8	April		
13,3	28,9	664,6	389,5	275,1	195,6	79,5	0,0	239,7	130,6	109,0	64,2	44,8	0,7	Mai		
13,1	29,2	679,1	397,7	281,4	203,4	77,9	0,0	235,5	132,8	102,7	57,2	45,5	0,7	Juni		
13,1	29,4	706,1	408,3	297,8	217,9	80,0	0,0	244,0	129,1	114,9	68,2	46,6	0,7	Juli		
Veränderungen *)																
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007		
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008		
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009		
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010		
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011		
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012		
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013		
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014		
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015		
- 0,0	- 0,1	- 20,1	- 28,2	+ 8,1	+ 8,6	- 0,5	-	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	- 1,5	+ 0,1	2015 Febr.		
+ 0,1	+ 0,3	+ 32,7	+ 56,4	- 23,8	- 17,3	- 6,4	- 0,0	- 12,6	- 13,0	+ 0,4	+ 2,4	- 2,0	+ 0,0	März		
- 0,4	- 0,0	+ 25,2	- 17,7	+ 42,9	+ 44,3	- 1,3	-	+ 12,9	+ 16,0	- 3,0	- 1,9	- 1,1	- 0,0	April		
+ 0,0	+ 0,1	- 20,1	+ 8,0	- 28,1	- 28,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,9	- 4,8	+ 3,9	+ 8,2	- 4,3	- 0,0	Mai		
- 0,2	- 0,3	- 39,2	- 25,0	- 14,1	- 12,8	- 1,3	- 0,0	- 23,9	- 14,5	- 9,3	- 8,9	- 0,5	+ 0,0	Juni		
+ 0,0	- 1,2	+ 16,0	+ 10,6	+ 5,4	+ 8,7	- 3,3	- 0,0	+ 3,0	+ 3,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 0,0	Juli		
+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	- 6,7	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	-	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 4,3	+ 2,2	- 0,0	Aug.		
+ 0,1	+ 0,0	- 9,5	+ 12,0	- 21,5	- 20,1	- 1,4	- 0,0	- 18,9	- 7,0	- 11,9	- 12,6	+ 0,7	+ 0,0	Sept.		
- 0,2	- 0,1	- 18,2	+ 15,2	- 33,4	- 33,1	- 0,3	- 0,0	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,0	+ 3,1	- 1,1	- 0,2	Okt.		
+ 0,1	- 0,5	- 14,3	+ 8,4	- 22,7	- 25,2	+ 2,5	-	- 2,3	+ 0,6	- 2,9	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	Nov.		
- 0,2	- 4,3	- 32,0	- 48,3	+ 16,4	+ 15,5	+ 0,8	- 0,0	- 40,4	- 32,6	- 7,9	- 6,0	- 1,9	- 0,1	Dez.		
+ 0,1	- 0,9	+ 27,6	+ 29,5	- 1,9	- 1,6	- 0,2	-	+ 36,9	+ 26,4	+ 10,6	+ 11,2	- 0,6	+ 0,1	2016 Jan.		
+ 0,0	- 0,4	+ 6,2	+ 5,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,3	-	+ 8,9	+ 8,3	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 0,0	Febr.		
+ 0,0	- 0,0	- 14,0	- 5,4	- 8,6	- 6,7	- 2,0	- 0,0	- 25,6	- 16,5	- 9,1	- 7,9	- 1,2	+ 0,0	März		
+ 0,0	- 0,0	+ 34,2	- 5,7	+ 39,9	+ 40,6	- 0,7	-	+ 14,7	+ 7,1	+ 7,6	+ 9,1	- 1,4	- 0,0	April		
+ 0,0	+ 0,0	+ 2,8	+ 44,1	- 41,3	- 40,6	- 0,7	+ 0,0	+ 5,0	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,9	- 0,2	- 0,1	Mai		
- 0,2	+ 0,3	+ 16,8	+ 9,4	+ 7,4	+ 7,8	- 0,4	- 0,0	- 4,5	+ 2,2	- 6,8	- 7,3	+ 0,5	+ 0,0	Juni		
+ 0,0	+ 0,4	+ 27,8	+ 11,0	+ 16,8	+ 14,7	+ 2,1	- 0,0	+ 8,5	- 3,8	+ 12,3	+ 11,5	+ 0,8	- 0,0	Juli		

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2015 Febr.	3 205,1	2 737,1	275,8	218,9	217,8	1,0	57,0	56,7	0,2	2 929,2	2 391,5
März	3 212,0	2 739,0	278,1	220,4	219,4	1,0	57,7	57,1	0,6	2 933,9	2 399,1
April	3 221,1	2 745,4	284,0	216,6	215,7	1,0	67,3	66,8	0,5	2 937,1	2 403,4
Mai	3 207,9	2 743,6	272,4	215,8	214,7	1,1	56,6	55,9	0,7	2 935,5	2 407,1
Juni	3 200,4	2 745,5	279,2	223,8	222,5	1,3	55,4	54,3	1,1	2 921,2	2 397,0
Juli	3 228,7	2 748,7	273,0	215,4	214,0	1,3	57,6	56,5	1,1	2 955,7	2 430,2
Aug.	3 230,9	2 751,4	269,4	214,0	212,9	1,1	55,5	54,6	0,9	2 961,4	2 432,5
Sept.	3 230,8	2 756,4	271,8	218,5	217,6	0,9	53,3	52,5	0,8	2 959,0	2 428,4
Okt.	3 232,0	2 764,9	268,0	212,4	211,7	0,7	55,6	54,8	0,8	2 964,0	2 433,8
Nov.	3 249,0	2 775,5	264,2	212,9	212,3	0,6	51,3	50,9	0,4	2 984,8	2 451,1
Dez.	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016 Jan.	3 238,7	2 771,4	259,0	208,1	207,7	0,4	50,9	50,5	0,3	2 979,7	2 452,5
Febr.	3 248,0	2 781,8	266,3	214,3	213,6	0,7	52,0	51,2	0,8	2 981,7	2 456,1
März	3 247,2	2 786,3	271,4	218,7	217,9	0,8	52,6	52,2	0,4	2 975,9	2 454,1
April	3 260,6	2 798,7	273,9	217,9	217,2	0,8	56,0	55,5	0,5	2 986,6	2 466,5
Mai	3 264,8	2 805,6	276,1	221,2	220,4	0,8	55,0	54,4	0,6	2 988,7	2 472,7
Juni	3 252,1	2 797,5	268,8	217,8	216,8	1,1	51,0	50,3	0,7	2 983,3	2 472,8
Juli	3 264,5	2 806,6	268,7	213,7	212,7	1,0	55,0	54,2	0,7	2 995,8	2 484,1
Veränderungen *)											
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	+ 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	+ 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	+ 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2015 Febr.	+ 13,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,0	- 0,1	+ 5,6	+ 3,1
März	+ 7,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,7	+ 7,6
April	+ 9,1	+ 6,4	+ 5,9	- 3,7	- 3,8	+ 0,0	+ 9,6	+ 9,7	- 0,0	+ 3,3	+ 4,3
Mai	- 13,1	- 1,6	- 11,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 10,9	+ 0,1	- 1,6	+ 3,8
Juni	- 7,5	+ 1,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,8	+ 0,2	- 1,2	- 1,6	+ 0,4	- 14,3	- 10,1
Juli	+ 28,3	+ 3,1	- 6,2	- 8,4	- 8,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 34,4	+ 31,9
Aug.	+ 2,3	+ 2,9	- 3,4	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 2,2	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	+ 2,6
Sept.	- 0,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 0,1	- 2,4	- 3,4
Okt.	+ 1,2	+ 8,6	- 3,8	- 6,0	- 5,9	- 0,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 5,1	+ 5,7
Nov.	+ 16,7	+ 10,3	- 0,9	+ 3,4	+ 3,5	- 0,1	- 4,3	- 3,9	- 0,4	+ 17,6	+ 14,1
Dez.	- 15,1	- 11,0	- 8,6	- 5,1	- 4,7	- 0,4	- 3,5	- 3,3	- 0,2	- 6,5	+ 0,3
2016 Jan.	+ 4,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,1
Febr.	+ 9,6	+ 10,5	+ 7,6	+ 6,4	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,6
März	- 0,8	+ 4,5	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 6,0	- 2,2
April	+ 13,3	+ 12,4	+ 2,6	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,1	+ 10,7	+ 12,3
Mai	+ 5,7	+ 8,3	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,0	- 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 3,5	+ 7,7
Juni	- 11,9	- 7,3	- 6,5	- 2,5	- 2,8	+ 0,3	- 4,0	- 4,1	+ 0,1	- 5,4	+ 0,2
Juli	+ 13,3	+ 10,2	- 0,1	- 4,1	- 4,0	- 0,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 0,1	+ 13,4	+ 12,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 179,6	251,4	1 928,1	212,0	24,1	537,7	283,1	32,7	250,4	254,6	–	2,1	2015 Febr.	
2 180,6	251,7	1 928,9	218,6	23,8	534,8	281,9	32,3	249,5	252,9	–	2,1	März	
2 182,1	250,5	1 931,7	221,3	23,7	533,7	280,8	29,5	251,3	252,9	–	2,1	April	
2 192,6	253,2	1 939,4	214,5	23,6	528,4	280,4	29,5	250,9	248,0	–	2,1	Mai	
2 190,5	251,5	1 939,0	206,5	23,3	524,2	278,3	28,7	249,5	246,0	–	2,0	Juni	
2 201,5	250,8	1 950,6	228,7	23,0	525,5	276,6	28,5	248,2	248,9	–	2,0	Juli	
2 208,2	251,0	1 957,2	224,4	22,9	528,9	275,7	28,2	247,6	253,1	–	2,0	Aug.	
2 208,7	251,2	1 957,4	219,7	22,9	530,6	277,5	29,3	248,2	253,1	–	2,0	Sept.	
2 220,0	253,2	1 966,8	213,8	22,7	530,2	278,5	29,3	249,2	251,8	–	2,0	Okt.	
2 233,7	256,1	1 977,6	217,4	22,5	533,8	278,6	28,1	250,5	255,1	–	2,0	Nov.	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	Dez.	
2 235,3	257,1	1 978,3	217,2	18,2	527,2	277,8	27,7	250,1	249,4	–	2,1	2016 Jan.	
2 240,2	257,4	1 982,8	215,9	18,0	525,6	276,8	27,7	249,1	248,8	–	2,1	Febr.	
2 240,5	257,3	1 983,2	213,5	17,9	521,8	275,6	27,5	248,1	246,2	–	2,0	März	
2 249,9	258,6	1 991,3	216,6	17,8	520,1	276,1	27,5	248,7	244,0	–	2,0	April	
2 255,8	258,0	1 997,8	216,9	17,7	516,0	275,1	27,1	247,9	240,9	–	2,0	Mai	
2 256,9	258,7	1 998,2	216,0	17,8	510,4	273,5	26,9	246,6	236,9	–	1,8	Juni	
2 267,0	258,7	2 008,2	217,1	17,7	511,7	272,7	25,9	246,8	239,0	–	1,8	Juli	
Veränderungen *)													
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 4,4	– 1,1	+ 5,4	– 1,2	+ 0,1	+ 2,4	– 0,9	– 0,0	– 0,9	+ 3,4	–	– 0,0	2015 Febr.	
+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 6,6	– 0,2	– 2,9	– 1,2	– 0,3	– 0,9	– 1,7	–	– 0,0	März	
+ 1,6	– 1,2	+ 2,8	+ 2,7	– 0,1	– 1,0	– 1,1	– 1,8	+ 0,7	+ 0,0	–	– 0,0	April	
+ 10,6	+ 2,8	+ 7,8	– 6,8	– 0,1	– 5,5	– 0,5	– 0,1	– 0,5	– 4,9	–	– 0,0	Mai	
– 2,1	– 1,7	– 0,4	– 8,0	– 0,3	– 4,2	– 2,1	– 0,7	– 1,4	– 2,0	–	– 0,1	Juni	
+ 9,7	– 0,7	+ 10,4	+ 22,2	– 0,3	+ 2,5	– 0,4	– 0,2	– 0,2	+ 2,9	–	– 0,0	Juli	
+ 6,9	+ 0,1	+ 6,8	– 4,3	– 0,1	+ 3,1	– 1,1	– 0,3	– 0,8	+ 4,3	–	– 0,0	Aug.	
+ 1,3	+ 0,6	+ 0,7	– 4,7	– 0,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	– 0,1	–	– 0,0	Sept.	
+ 11,6	+ 1,9	+ 9,7	– 5,9	– 0,1	– 0,7	+ 0,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,3	–	– 0,0	Okt.	
+ 10,5	+ 2,0	+ 8,6	+ 3,6	– 0,2	+ 3,5	+ 0,2	– 1,1	+ 1,3	+ 3,4	–	–	Nov.	
– 1,3	– 0,1	– 1,2	+ 1,6	– 0,2	– 6,8	– 1,7	– 0,2	– 1,5	– 5,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 3,0	+ 0,4	+ 2,5	– 1,8	– 0,1	+ 0,2	+ 0,9	– 0,2	+ 1,1	– 0,6	–	+ 0,0	2016 Jan.	
+ 4,8	+ 1,0	+ 3,7	– 1,1	– 0,1	– 1,7	– 1,1	– 0,0	– 1,0	– 0,6	–	+ 0,0	Febr.	
+ 0,2	– 0,1	+ 0,2	– 2,4	– 0,2	– 3,8	– 1,2	– 0,2	– 1,0	– 2,6	–	– 0,1	März	
+ 9,2	+ 1,2	+ 8,0	+ 3,0	– 0,0	– 1,6	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	– 2,2	–	– 0,0	April	
+ 7,4	+ 0,8	+ 6,6	+ 0,3	– 0,1	– 4,2	– 1,1	– 0,4	– 0,8	– 3,1	–	– 0,0	Mai	
+ 1,2	+ 0,7	+ 0,5	– 0,9	+ 0,1	– 5,6	– 1,6	– 0,2	– 1,4	– 4,0	–	– 0,2	Juni	
+ 11,0	+ 0,9	+ 10,1	+ 1,1	– 0,1	+ 1,3	– 0,8	– 1,0	+ 0,2	+ 2,1	–	– 0,0	Juli	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:													
	Kredite für den Wohnungsbau				Kredite an Unternehmen und Selbständige									
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2014	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
2015 Juni	2 413,0	1 234,8	1 205,1	992,0	213,1	1 309,4	334,8	128,1	99,4	61,4	123,2	49,1	67,1	130,2
2015 Sept.	2 426,3	1 244,5	1 218,5	1 001,2	217,3	1 309,0	336,5	127,5	100,6	61,7	125,3	50,0	65,6	129,5
2015 Dez.	2 440,0	1 253,3	1 230,2	1 010,4	219,8	1 314,2	339,6	127,4	100,9	60,5	125,2	50,0	65,3	130,5
2016 März	2 458,5	1 227,2	1 235,2	987,0	248,2	1 328,6	342,5	133,3	101,9	62,2	126,6	50,1	62,6	131,6
2016 Juni	2 473,6	1 235,1	1 248,0	996,2	251,8	1 332,0	345,8	131,5	101,7	62,7	125,4	50,9	59,0	133,7
Kurzfristige Kredite														
2014	212,1	-	7,6	-	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
2015 Juni	222,5	-	8,3	-	8,3	188,3	4,2	35,5	5,5	12,9	41,4	4,3	6,0	27,7
2015 Sept.	217,6	-	8,5	-	8,5	183,3	4,3	34,6	5,3	12,8	43,5	4,4	5,2	26,6
2015 Dez.	207,6	-	8,5	-	8,5	173,8	4,3	33,7	4,7	11,5	42,0	3,9	5,3	24,1
2016 März	218,0	-	7,7	-	7,7	185,1	4,1	39,4	4,9	13,0	43,6	4,0	5,3	24,6
2016 Juni	216,8	-	7,9	-	7,9	184,7	4,3	37,0	4,7	13,1	42,1	4,2	5,1	27,2
Mittelfristige Kredite														
2014	251,7	-	35,8	-	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
2015 Juni	251,5	-	35,7	-	35,7	177,9	13,6	24,3	5,2	10,2	16,1	4,3	11,5	39,3
2015 Sept.	251,2	-	35,5	-	35,5	176,8	13,4	24,0	5,1	10,3	15,8	4,4	11,3	39,3
2015 Dez.	256,0	-	35,2	-	35,2	181,3	13,3	23,8	5,1	10,4	16,4	4,4	11,7	41,1
2016 März	257,3	-	34,8	-	34,8	181,8	13,2	23,9	5,1	10,4	16,2	4,5	11,5	41,2
2016 Juni	258,7	-	34,7	-	34,7	182,1	13,2	23,7	5,1	10,5	16,6	4,5	11,1	40,4
Langfristige Kredite														
2014	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
2015 Juni	1 939,0	1 234,8	1 161,1	992,0	169,1	943,3	317,0	68,3	88,8	38,3	65,7	40,5	49,7	63,2
2015 Sept.	1 957,4	1 244,5	1 174,5	1 001,2	173,3	948,9	318,8	68,8	90,2	38,5	66,0	41,2	49,0	63,6
2015 Dez.	1 976,3	1 253,3	1 186,4	1 010,4	176,0	959,1	322,0	70,0	91,2	38,5	66,9	41,7	48,3	65,3
2016 März	1 983,2	1 227,2	1 192,7	987,0	205,7	961,7	325,3	70,1	91,9	38,8	66,8	41,7	45,8	65,8
2016 Juni	1 998,2	1 235,1	1 205,5	996,2	209,3	965,3	328,3	70,7	91,9	39,1	66,8	42,1	42,8	66,0
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2015 2.Vj.	+ 13,3	+ 4,7	+ 12,6	+ 7,5	+ 5,2	+ 4,1	+ 4,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,5	- 1,8	+ 1,0	- 2,9	+ 1,8
2015 3.Vj.	+ 13,2	+ 9,8	+ 13,6	+ 9,3	+ 4,3	- 0,6	+ 2,0	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,9	- 1,4	- 0,6
2015 4.Vj.	+ 13,7	+ 9,0	+ 11,4	+ 9,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,1	- 0,4	+ 0,7	- 1,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 1,2
2016 1.Vj.	+ 18,5	+ 3,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 0,2	+ 14,1	+ 2,9	+ 5,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,1	- 2,8	+ 1,0
2016 2.Vj.	+ 17,4	+ 7,0	+ 12,9	+ 8,9	+ 4,0	+ 5,7	+ 3,4	- 1,1	- 0,1	+ 0,5	- 1,0	+ 0,6	- 3,7	+ 3,3
Kurzfristige Kredite														
2015 2.Vj.	+ 3,2	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 3,9	+ 0,3	+ 0,7	- 0,5	- 0,0	- 0,9	+ 0,4	- 0,3	+ 2,1
2015 3.Vj.	- 4,7	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 4,8	+ 0,0	- 0,8	- 0,2	- 0,2	+ 2,0	+ 0,0	- 0,7	- 1,2
2015 4.Vj.	- 7,1	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 0,1	- 1,3	- 1,1	- 0,5	+ 0,3	- 2,2
2016 1.Vj.	+ 10,6	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 11,4	- 0,0	+ 5,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
2016 2.Vj.	- 0,4	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	+ 0,1	- 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 2,6
Mittelfristige Kredite														
2015 2.Vj.	- 0,1	-	+ 0,4	-	+ 0,4	- 1,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,1
2015 3.Vj.	- 0,0	-	- 0,2	-	- 0,2	- 0,8	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1
2015 4.Vj.	+ 3,8	-	- 0,3	-	- 0,3	+ 3,4	- 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,6
2016 1.Vj.	+ 1,4	-	- 0,4	-	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1
2016 2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,3
Langfristige Kredite														
2015 2.Vj.	+ 10,2	+ 4,7	+ 11,6	+ 7,5	+ 4,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	- 0,6	+ 0,4	- 2,4	- 0,2
2015 3.Vj.	+ 17,9	+ 9,8	+ 13,7	+ 9,3	+ 4,4	+ 5,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	- 0,5	+ 0,6
2015 4.Vj.	+ 17,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 9,0	+ 2,7	+ 8,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	- 0,7	+ 1,8
2016 1.Vj.	+ 6,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 2,6	+ 0,6
2016 2.Vj.	+ 15,1	+ 7,0	+ 12,9	+ 8,9	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 3,1	+ 0,4

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderun-

gen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8	2014	
650,7	190,9	34,8	174,6	393,1	48,1	1 089,6	866,8	222,8	151,6	11,0	14,1	3,5	2015 Juni	
649,0	191,5	32,0	175,9	394,7	47,7	1 103,0	878,4	224,6	153,6	11,0	14,2	3,6	2015 Sept.	
654,3	193,4	32,4	176,5	395,6	46,8	1 111,6	887,1	224,6	154,4	10,1	14,2	3,5	2015 Dez.	
660,2	194,8	34,4	177,4	397,2	47,1	1 115,9	889,2	226,6	156,8	10,3	14,1	3,4	2016 März	
667,2	198,4	34,6	178,1	399,4	46,9	1 127,6	898,7	228,9	159,6	9,8	14,0	3,5	2016 Juni	
Kurzfristige Kredite														
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	2014	
54,9	8,6	6,9	10,9	27,0	6,6	33,7	4,1	29,5	1,9	11,0	0,6	0,0	2015 Juni	
51,0	8,6	6,2	10,4	26,1	6,3	33,8	4,2	29,6	1,7	11,0	0,6	0,0	2015 Sept.	
48,7	8,7	4,9	10,7	25,4	5,6	33,2	4,2	29,0	1,7	10,1	0,5	0,0	2015 Dez.	
50,3	8,1	6,5	10,5	25,6	6,2	32,4	3,7	28,7	1,8	10,3	0,5	0,0	2016 März	
51,2	8,6	6,1	10,7	25,5	5,9	31,6	3,6	28,1	1,8	9,8	0,5	0,0	2016 Juni	
Mittelfristige Kredite														
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0	2014	
66,9	9,9	7,0	19,4	32,1	3,6	73,2	22,0	51,2	46,2	-	0,5	0,0	2015 Juni	
66,5	9,9	7,0	19,5	32,3	3,5	73,9	22,1	51,9	46,9	-	0,5	0,0	2015 Sept.	
68,4	10,1	7,3	19,3	32,4	3,5	74,2	21,9	52,3	47,4	-	0,6	0,0	2015 Dez.	
69,1	10,1	7,2	19,4	32,7	3,5	74,9	21,5	53,3	48,1	-	0,6	0,0	2016 März	
70,1	10,6	7,3	19,0	33,0	3,6	76,0	21,4	54,6	49,3	-	0,6	0,0	2016 Juni	
Langfristige Kredite														
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	-	13,4	3,7	2014	
528,8	172,4	20,8	144,3	333,9	37,9	982,7	840,6	142,1	103,6	-	13,0	3,5	2015 Juni	
531,5	173,0	18,8	146,0	336,3	37,9	995,3	852,1	143,2	105,0	-	13,2	3,6	2015 Sept.	
537,3	174,6	20,2	146,5	337,8	37,7	1 004,2	861,0	143,3	105,3	-	13,0	3,5	2015 Dez.	
540,8	176,7	20,7	147,6	338,9	37,4	1 008,6	864,0	144,6	106,9	-	13,0	3,4	2016 März	
545,8	179,2	21,2	148,5	340,9	37,4	1 019,9	873,7	146,2	108,6	-	13,0	3,4	2016 Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
+ 4,9	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,3	- 0,1	+ 9,6	+ 8,6	+ 1,0	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	- 0,3	2015 2.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,3	+ 13,5	+ 11,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.	
+ 4,6	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	- 0,9	+ 9,0	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,0	- 0,9	- 0,3	- 0,1	2015 4.Vj.	
+ 6,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.	
+ 7,3	+ 3,1	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 11,8	+ 9,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
+ 2,4	+ 0,3	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0	2015 2.Vj.	
- 3,7	+ 0,1	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	2015 3.Vj.	
- 1,6	+ 0,1	- 1,1	+ 0,4	- 0,9	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	2015 4.Vj.	
+ 2,1	- 0,4	+ 1,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,8	- 0,2	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	2016 1.Vj.	
+ 1,0	+ 0,5	- 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,0	-	2016 2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
- 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,1	+ 1,2	-	+ 0,0	- 0,0	2015 2.Vj.	
- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2015 3.Vj.	
+ 1,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,5	-	-	- 0,0	2015 4.Vj.	
+ 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	- 0,3	+ 1,1	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2016 1.Vj.	
+ 1,2	+ 0,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	+ 1,2	-	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 3,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,3	- 0,1	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	+ 0,7	-	- 0,2	- 0,3	2015 2.Vj.	
+ 2,9	+ 0,5	- 0,5	+ 1,7	+ 2,8	- 0,0	+ 12,7	+ 11,4	+ 1,3	+ 1,4	-	+ 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.	
+ 5,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5	- 0,2	+ 8,6	+ 8,6	+ 0,0	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	2015 4.Vj.	
+ 3,2	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 3,1	+ 1,3	+ 1,1	-	+ 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.	
+ 5,2	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,1	+ 11,4	+ 9,7	+ 1,7	+ 1,7	-	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:			
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos	
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre						
Inländische Nichtbanken insgesamt													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4	
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7	
2015	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5	
2015 Aug.	3 193,8	1 630,7	909,1	241,4	667,7	33,5	634,2	595,2	58,8	29,5	22,7	2,7	
Sept.	3 186,8	1 630,7	903,5	238,9	664,6	33,2	631,4	594,6	58,1	29,5	22,7	2,6	
Okt.	3 197,7	1 655,5	890,2	231,6	658,6	34,7	623,9	594,6	57,5	29,5	22,7	1,9	
Nov.	3 224,8	1 676,9	896,7	239,6	657,1	35,1	622,0	594,3	56,8	29,5	22,5	2,0	
Dez.	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5	
2016 Jan.	3 233,8	1 689,6	893,3	236,2	657,1	39,0	618,1	596,1	54,8	29,3	20,1	0,5	
Febr.	3 236,2	1 697,4	887,8	232,0	655,9	39,5	616,4	596,4	54,6	29,3	19,9	0,8	
März	3 231,2	1 687,4	894,9	236,4	658,5	41,4	617,1	594,5	54,4	29,1	19,8	1,6	
April	3 249,8	1 709,6	893,5	235,9	657,7	42,2	615,5	592,7	54,0	29,0	19,7	1,7	
Mai	3 262,7	1 721,8	896,1	237,7	658,3	41,9	616,5	591,2	53,7	29,0	19,6	1,5	
Juni	3 259,9	1 722,6	894,1	235,9	658,2	42,8	615,4	590,0	53,1	28,7	19,5	1,5	
Juli	3 275,7	1 737,1	896,8	238,0	658,8	44,5	614,3	589,1	52,7	28,6	19,3	1,0	
Veränderungen *)													
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7	
2015	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 13,6	- 14,7	+ 7,6	- 22,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	- 5,7	- 1,2	
2015 Aug.	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 0,3	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 1,1	
Sept.	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 2,6	- 3,0	- 0,2	- 2,8	- 0,6	- 0,7	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	
Okt.	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	- 7,2	- 6,0	+ 1,5	- 7,5	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,7	
Nov.	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	+ 8,0	- 1,5	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	
Dez.	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 3,4	- 1,7	+ 2,2	- 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	- 2,0	- 1,5	
2016 Jan.	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 7,2	+ 1,4	+ 1,7	- 0,3	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,1	
Febr.	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	- 2,8	- 0,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,4	
März	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,7	- 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,8	
April	+ 18,6	+ 22,2	- 1,3	- 0,5	- 0,9	+ 0,8	- 1,7	- 1,8	- 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	
Mai	+ 12,9	+ 12,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,0	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,2	
Juni	- 2,5	+ 0,9	- 1,7	- 1,6	- 0,1	+ 0,9	- 1,0	- 1,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,0	
Juli	+ 15,8	+ 14,5	+ 2,7	+ 2,1	+ 0,6	+ 1,7	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,5	
Inländische öffentliche Haushalte													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7	
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5	
2015	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5	
2015 Aug.	197,1	60,8	129,2	85,3	43,8	9,7	34,1	3,7	3,5	28,2	2,8	1,9	
Sept.	197,4	59,8	130,4	86,4	44,0	9,7	34,3	3,7	3,5	28,1	2,9	2,1	
Okt.	191,6	58,7	125,6	81,3	44,3	9,8	34,5	3,7	3,5	28,1	2,9	1,6	
Nov.	200,5	58,4	134,7	90,7	44,0	9,5	34,5	3,7	3,5	28,1	2,8	1,6	
Dez.	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5	
2016 Jan.	193,0	56,6	129,2	83,9	45,3	10,6	34,7	3,7	3,6	27,9	2,7	0,1	
Febr.	194,5	61,4	125,9	80,4	45,6	10,6	34,9	3,6	3,6	27,9	2,7	0,5	
März	198,3	60,5	130,5	84,1	46,4	10,9	35,5	3,6	3,7	27,7	2,7	1,2	
April	196,0	60,8	127,7	79,9	47,8	11,0	36,9	3,7	3,7	27,6	2,6	1,3	
Mai	204,3	63,5	133,0	84,4	48,6	11,2	37,4	3,8	4,0	27,6	2,6	1,1	
Juni	204,0	62,1	134,0	84,6	49,4	11,6	37,8	3,9	4,0	27,3	2,6	0,2	
Juli	203,8	60,1	135,8	84,5	51,3	13,3	38,0	3,9	4,1	27,2	2,6	0,2	
Veränderungen *)													
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2	
2015	+ 10,1	+ 5,2	+ 3,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,5	- 1,7	- 0,0	+ 1,2	- 1,2	- 2,1	+ 0,1	
2015 Aug.	+ 7,9	+ 6,8	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	+ 0,6	
Sept.	+ 0,2	- 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	
Okt.	- 6,2	- 1,1	- 5,1	- 5,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5	
Nov.	+ 8,8	- 0,3	+ 9,1	+ 9,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	
Dez.	- 3,0	- 0,9	- 2,1	- 2,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 1,0	
2016 Jan.	- 4,5	- 1,0	- 3,5	- 3,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4	
Febr.	+ 3,0	+ 4,8	- 1,8	- 2,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,4	
März	+ 3,8	- 0,9	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,8	
April	- 2,3	+ 0,4	- 2,8	- 4,3	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	-	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	
Mai	+ 8,2	+ 2,6	+ 5,2	+ 4,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2	
Juni	- 0,2	- 1,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,9	
Juli	- 0,2	- 2,0	+ 1,7	- 0,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:			
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos	
					insgesamt	zusammen	bis 2 Jahre einschl.						über 2 Jahre
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7	
2014	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2	
2015	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-	
2015 Aug.	2 996,7	1 569,9	780,0	156,1	623,9	23,8	600,1	591,5	55,3	1,4	19,9	0,8	
Sept.	2 989,4	1 570,9	773,0	152,4	620,6	23,5	597,1	590,9	54,6	1,4	19,8	0,5	
Okt.	3 006,2	1 596,7	764,6	150,3	614,3	24,9	589,4	590,9	53,9	1,3	19,8	0,3	
Nov.	3 024,3	1 618,5	762,0	149,0	613,0	25,6	587,5	590,5	53,3	1,4	19,7	0,4	
Dez.	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-	
2016 Jan.	3 040,8	1 633,0	764,1	152,3	611,8	28,4	583,5	592,4	51,3	1,4	17,4	0,4	
Febr.	3 041,7	1 636,1	761,9	151,6	610,3	28,8	581,5	592,7	51,0	1,4	17,2	0,3	
März	3 032,9	1 626,9	764,4	152,2	612,2	30,5	581,6	590,9	50,7	1,4	17,2	0,3	
April	3 053,8	1 648,8	765,8	156,0	609,8	31,2	578,6	589,0	50,3	1,4	17,1	0,3	
Mai	3 058,5	1 658,3	763,1	153,3	609,7	30,7	579,0	587,4	49,7	1,4	17,0	0,4	
Juni	3 055,9	1 660,5	760,1	151,3	608,8	31,2	577,6	586,2	49,1	1,4	16,9	1,2	
Juli	3 071,8	1 677,0	761,1	153,6	607,5	31,2	576,3	585,2	48,6	1,4	16,7	0,8	
Veränderungen *)													
2014	+ 70,8	+ 106,0	- 21,4	- 0,0	- 21,4	- 1,5	- 19,9	- 2,5	- 11,2	- 0,4	- 2,7	+ 0,5	
2015	+ 96,4	+ 151,0	- 32,0	- 16,5	- 15,4	+ 5,1	- 20,6	- 11,3	- 11,3	- 0,4	- 3,7	- 1,2	
2015 Aug.	+ 6,6	+ 11,0	- 2,3	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,8	- 1,2	- 0,8	- 0,0	- 0,1	+ 0,4	
Sept.	- 7,1	+ 0,9	- 6,7	- 3,7	- 3,0	- 0,1	- 3,0	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,3	
Okt.	+ 17,2	+ 25,9	- 8,1	- 1,8	- 6,3	+ 1,4	- 7,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,2	
Nov.	+ 18,2	+ 21,8	- 2,6	- 1,3	- 1,3	+ 0,7	- 2,0	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	
Dez.	+ 3,0	- 2,3	+ 3,9	+ 6,4	- 2,5	+ 1,5	- 4,0	+ 2,2	- 0,7	+ 0,0	- 1,9	- 0,4	
2016 Jan.	+ 13,6	+ 16,8	- 2,2	- 3,3	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	
Febr.	+ 1,8	+ 3,1	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 0,7	- 1,7	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	
März	- 8,8	- 9,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	-	
April	+ 20,9	+ 21,8	+ 1,4	+ 3,8	- 2,3	+ 0,7	- 3,0	- 1,9	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	-	
Mai	+ 4,8	+ 9,6	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	- 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	
Juni	- 2,2	+ 2,3	- 2,8	- 1,8	- 1,0	+ 0,5	- 1,5	- 1,2	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,9	
Juli	+ 15,9	+ 16,4	+ 1,0	+ 2,3	- 1,3	- 0,0	- 1,3	- 1,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,2	- 0,4	
darunter: inländische Unternehmen													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7	
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2	
2015	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-	
2015 Aug.	1 029,4	488,2	520,1	97,0	423,1	12,1	411,0	7,1	13,9	1,3	15,7	0,8	
Sept.	1 024,3	489,3	514,0	94,5	419,5	11,8	407,7	7,1	13,9	1,3	15,7	0,5	
Okt.	1 031,8	504,5	506,3	93,2	413,1	12,9	400,2	7,1	13,9	1,3	15,8	0,3	
Nov.	1 033,9	508,8	504,3	92,7	411,6	13,4	398,2	7,0	13,9	1,3	15,8	0,4	
Dez.	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-	
2016 Jan.	1 037,6	512,8	504,2	97,4	406,9	15,3	391,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,4	
Febr.	1 033,9	510,7	502,8	97,4	405,3	15,7	389,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,3	
März	1 029,9	504,8	504,6	98,0	406,7	17,2	389,5	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3	
April	1 032,3	506,7	505,1	101,3	403,8	17,5	386,4	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3	
Mai	1 035,5	513,4	501,5	98,2	403,3	17,0	386,3	7,3	13,3	1,3	13,7	0,4	
Juni	1 027,4	508,9	498,0	95,7	402,2	17,6	384,7	7,3	13,3	1,3	13,7	1,2	
Juli	1 027,0	506,7	499,6	98,2	401,4	17,5	384,0	7,4	13,4	1,3	13,6	0,8	
Veränderungen *)													
2014	- 1,4	+ 28,8	- 29,5	- 1,0	- 28,5	+ 0,4	- 28,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5	
2015	+ 22,7	+ 46,0	- 22,1	- 3,8	- 18,3	+ 3,7	- 22,0	+ 0,3	- 1,5	- 0,5	- 2,5	- 1,2	
2015 Aug.	+ 4,1	+ 5,1	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,7	- 0,0	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,4	
Sept.	- 5,0	+ 1,0	- 5,9	- 2,5	- 3,5	- 0,2	- 3,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,3	
Okt.	+ 8,0	+ 15,3	- 7,3	- 1,0	- 6,4	+ 1,1	- 7,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	
Nov.	+ 2,1	+ 4,3	- 2,1	- 0,5	- 1,6	+ 0,5	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	
Dez.	- 4,1	- 5,9	+ 2,2	+ 7,2	- 4,9	+ 1,0	- 5,9	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	- 1,8	- 0,4	
2016 Jan.	+ 7,9	+ 10,0	- 2,2	- 2,6	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,4	
Febr.	- 2,9	- 2,1	- 0,8	+ 0,4	- 1,1	+ 0,5	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	
März	- 4,1	- 5,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	-	
April	+ 2,4	+ 1,9	+ 0,5	+ 3,3	- 2,8	+ 0,3	- 3,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	-	
Mai	+ 3,3	+ 6,8	- 3,6	- 3,1	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	
Juni	- 7,8	- 4,4	- 3,4	- 2,3	- 1,1	+ 0,5	- 1,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9	
Juli	- 0,1	- 2,0	+ 1,6	+ 2,4	- 0,8	- 0,1	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,4	

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)						
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen					
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck					
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6	
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8	
2015	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6	
2016 Febr.	2 007,8	1 125,4	1 091,4	192,6	754,6	144,1	34,0	259,1	246,6	24,8	180,2	41,6	
März	2 003,0	1 122,1	1 088,6	188,6	756,1	143,9	33,5	259,7	247,0	24,8	180,6	41,7	
April	2 021,5	1 142,1	1 108,3	193,2	769,7	145,5	33,8	260,7	247,7	25,1	180,7	41,9	
Mai	2 023,0	1 144,9	1 110,3	193,7	771,7	144,9	34,7	261,5	248,5	25,3	181,2	42,0	
Juni	2 028,5	1 151,7	1 116,7	191,3	779,9	145,5	34,9	262,1	248,8	25,5	181,3	42,0	
Juli	2 044,8	1 170,3	1 135,8	198,4	791,4	146,0	34,5	261,5	247,9	25,7	180,7	41,5	
Veränderungen *)													
2014	+ 72,3	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6	
2015	+ 73,7	+ 105,0	+ 101,1	+ 15,6	+ 75,4	+ 10,1	+ 3,9	- 9,9	- 8,1	- 3,0	- 4,5	- 0,7	
2016 Febr.	+ 4,7	+ 5,2	+ 3,6	+ 0,5	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,5	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	
März	- 4,8	- 3,3	- 2,7	- 4,0	+ 1,5	- 0,2	- 0,5	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	
April	+ 18,5	+ 20,0	+ 19,7	+ 4,6	+ 13,5	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	
Mai	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	
Juni	+ 5,6	+ 6,7	+ 6,5	- 2,4	+ 8,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	
Juli	+ 16,1	+ 18,4	+ 18,8	+ 7,1	+ 10,4	+ 1,4	- 0,4	- 0,6	- 0,9	+ 0,2	- 0,8	- 0,3	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1	
2015	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5	
2016 Febr.	194,5	8,5	2,8	2,9	2,7	0,1	14,1	46,9	15,0	14,7	16,3	0,9	13,5	
März	198,3	8,3	3,3	2,3	2,6	0,1	14,0	51,4	15,3	19,2	16,0	0,9	13,3	
April	196,0	7,9	3,2	2,0	2,6	0,1	14,0	49,3	14,5	16,9	17,0	0,9	13,2	
Mai	204,3	8,1	3,3	2,1	2,7	0,1	14,0	49,4	13,7	17,7	17,1	0,9	13,2	
Juni	204,0	8,8	3,9	2,2	2,6	0,1	13,8	51,7	14,7	19,0	17,1	0,9	13,1	
Juli	203,8	8,1	3,6	1,8	2,6	0,1	13,8	53,9	15,1	20,4	17,5	0,8	13,1	
Veränderungen *)														
2014	- 1,2	- 3,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5	
2015	+ 10,1	- 1,9	+ 0,5	+ 0,4	- 2,9	+ 0,0	- 0,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6	
2016 Febr.	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	
März	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	- 0,0	-	- 0,0	+ 4,4	+ 0,3	+ 4,5	- 0,4	+ 0,0	- 0,1	
April	- 2,3	- 0,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 2,0	- 0,9	- 2,2	+ 1,0	+ 0,0	- 0,1	
Mai	+ 8,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	
Juni	- 0,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	+ 2,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	
Juli	- 0,2	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	-	2013
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	-	2014
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	-	2015
12,6	54,1	205,0	13,2	191,8	585,5	576,5	9,0	37,7	0,1	3,5	-	2016 Febr.
12,7	54,2	205,5	13,4	192,1	583,6	574,6	9,0	37,6	0,1	3,4	-	März
13,0	54,7	206,0	13,8	192,2	581,8	572,7	9,0	37,1	0,1	3,4	-	April
13,0	55,1	206,4	13,7	192,7	580,1	571,1	9,0	36,4	0,1	3,3	-	Mai
13,3	55,6	206,5	13,6	192,9	578,9	569,9	9,0	35,9	0,1	3,2	-	Juni
13,6	55,4	206,1	13,7	192,3	577,8	568,9	9,0	35,2	0,1	3,1	-	Juli
Veränderungen ^{*)}												
+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	- 2,0	+ 9,0	- 2,1	- 1,9	- 0,3	- 10,9	+ 0,0	- 1,9	-	2014
- 1,8	- 12,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4	- 11,5	- 11,1	- 0,5	- 9,8	+ 0,0	- 1,2	-	2015
- 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	-	2016 Febr.
+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	- 1,9	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	-	März
+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	- 1,9	- 1,9	- 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	-	April
+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,5	- 1,7	- 1,6	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	-	Mai
+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 1,3	+ 0,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	-	Juni
+ 0,3	- 0,2	- 0,5	+ 0,1	- 0,6	- 1,0	- 1,0	- 0,0	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	-	Juli

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
												Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	-	2014
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	-	2015
50,0	27,3	9,0	8,5	5,2	0,4	89,1	16,3	53,7	18,1	1,0	-	2016 Febr.
48,8	25,8	9,2	8,6	5,3	0,4	89,8	16,1	53,5	19,2	1,1	-	März
49,0	26,1	9,0	8,7	5,3	0,4	89,8	17,1	52,0	19,6	1,1	-	April
53,6	30,1	9,3	8,8	5,5	0,4	93,2	16,5	55,3	20,0	1,3	-	Mai
50,7	27,7	8,6	9,0	5,5	0,4	92,7	15,8	54,8	20,8	1,4	-	Juni
48,3	25,4	8,0	9,4	5,5	0,4	93,5	16,0	54,2	21,9	1,5	-	Juli
Veränderungen ^{*)}												
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 2,9	- 2,4	+ 4,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	2014
+ 4,1	+ 3,8	- 1,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,2	-	2015
+ 3,2	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	- 1,8	+ 0,2	- 2,5	+ 0,6	- 0,0	-	2016 Febr.
- 1,2	- 1,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	+ 1,0	+ 0,0	-	März
+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 1,1	- 1,5	+ 0,4	+ 0,1	-	April
+ 4,6	+ 4,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	-	+ 3,3	- 0,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,2	-	Mai
- 2,9	- 2,4	- 0,7	+ 0,1	+ 0,1	-	- 0,4	- 0,7	- 0,5	+ 0,8	+ 0,0	-	Juni
- 2,5	- 2,3	- 0,6	+ 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,8	+ 0,2	- 0,6	+ 1,1	+ 0,1	-	Juli

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nicht-banken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken
	ins-gesamt	zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu-sammen	darunter mit drei-monatiger Kündigungs-frist	zu-sammen			zu-sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8	
2015	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	4,4	64,9	56,1	41,0	8,7	
2016 März	603,2	594,5	536,3	375,6	58,2	44,4	8,7	7,3	0,1	63,0	54,4	39,3	8,5	
April	601,4	592,7	535,6	373,4	57,1	43,3	8,6	7,3	0,1	62,4	54,0	38,9	8,4	
Mai	599,8	591,2	535,0	369,7	56,2	42,3	8,6	7,3	0,1	62,2	53,7	38,4	8,5	
Juni	598,6	590,0	534,6	369,2	55,5	41,6	8,5	7,2	0,1	61,7	53,1	38,0	8,5	
Juli	597,6	589,1	534,5	367,6	54,6	40,8	8,4	7,2	0,2	61,3	52,7	37,7	8,6	
Veränderungen *)														
2014	- 3,0	- 2,4	- 2,4	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8	
2015	- 11,6	- 11,3	+ 4,3	- 20,6	- 15,6	- 16,3	- 0,3	+ 0,0	.	- 15,1	- 10,1	- 6,6	- 5,1	
2016 März	- 2,0	- 1,9	- 0,8	- 2,1	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,2	
April	- 1,8	- 1,8	- 0,7	- 2,2	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,1	
Mai	- 1,6	- 1,5	- 0,6	- 3,7	- 0,9	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,2	- 0,3	- 0,5	+ 0,1	
Juni	- 1,2	- 1,1	- 0,4	- 0,5	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,0	
Juli	- 1,0	- 0,9	- 0,1	- 1,7	- 0,8	- 0,8	- 0,1	- 0,0	.	- 0,4	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	ins-gesamt	darunter:				mit Laufzeit				ins-gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen-fähige Schuld-verschrei-bungen	nicht börsen-fähige Schuld-verschrei-bungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremd-wäh-rungs-anlei-hen 3) 4)	Certificates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
						zu-sammen	darunter ohne Nominal-betrags-garantie 5)	zu-sammen	darunter ohne Nominal-betrags-garantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2016 März	1 077,6	178,4	30,8	378,0	92,2	113,7	2,4	31,1	5,7	932,9	0,3	0,2	32,8	0,5
April	1 085,7	177,9	32,2	386,4	95,9	118,6	2,4	31,3	5,9	935,7	0,3	0,2	33,3	0,5
Mai	1 098,6	177,9	32,6	403,2	98,4	120,3	2,7	32,4	6,0	946,0	0,2	0,2	34,0	0,5
Juni	1 091,5	175,7	32,3	396,8	97,9	119,7	2,5	32,1	5,9	939,7	0,2	0,2	34,1	0,5
Juli	1 079,0	174,5	30,6	387,9	92,6	114,1	4,0	33,8	6,2	931,1	0,4	0,2	34,0	0,5
Veränderungen *)														
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2015	- 38,5	- 97,2	+ 3,9	+ 30,1	+ 19,5	+ 26,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,7	- 66,8	- 0,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7
2016 März	- 10,9	- 8,7	- 1,2	- 14,8	- 4,4	- 5,4	- 0,1	- 1,5	- 0,1	- 4,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	-
April	+ 7,8	- 0,5	+ 1,4	+ 8,4	+ 3,6	+ 4,9	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 2,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,5	-
Mai	+ 13,0	- 0,0	+ 0,4	+ 16,8	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,0	+ 10,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,8	-
Juni	- 7,2	- 2,2	- 0,3	- 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 6,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0
Juli	- 12,5	- 1,2	- 1,7	- 8,9	- 5,4	- 5,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,3	- 8,6	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6
2015	21	213,6	43,1	0,0	17,5	15,8	93,4	17,5	21,4	2,0	21,3	159,2	5,3	2,4	9,9	98,5
2016 Mai	21	212,5	40,8	0,0	17,5	15,1	94,7	17,6	22,3	2,1	18,2	160,8	5,2	2,4	10,1	7,8
Juni	21	213,6	40,9	0,0	17,2	14,8	95,6	17,7	22,7	2,1	18,6	160,8	5,5	2,5	10,2	7,4
Juli	21	214,5	41,3	0,0	17,4	14,7	95,8	17,8	22,8	2,1	19,5	160,4	5,5	2,5	10,2	7,0
Private Bausparkassen																
2016 Mai	12	146,6	24,8	-	9,1	11,2	73,7	15,1	9,3	1,4	15,5	105,6	4,9	2,4	6,6	4,8
Juni	12	147,5	24,9	-	9,0	11,0	74,4	15,2	9,5	1,4	15,7	105,7	5,1	2,5	6,6	4,6
Juli	12	148,4	25,4	-	9,2	10,9	74,5	15,2	9,5	1,4	16,7	105,3	5,1	2,5	6,6	4,4
Öffentliche Bausparkassen																
2016 Mai	9	65,9	16,0	0,0	8,3	3,9	21,0	2,6	13,0	0,7	2,8	55,2	0,3	-	3,5	3,1
Juni	9	66,1	16,0	0,0	8,2	3,8	21,2	2,6	13,2	0,7	2,8	55,1	0,4	-	3,7	2,9
Juli	9	66,1	15,9	0,0	8,2	3,8	21,4	2,6	13,2	0,7	2,8	55,1	0,4	-	3,7	2,6

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zutei-lun-gen 11)	ins-gesamt	Zuteilungen			neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	ins-gesamt	dar-unter aus Zutei-lungen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal		
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-krediten							
Alle Bausparkassen																
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2015	28,1	2,5	8,2	51,5	31,2	44,4	19,9	4,2	5,3	3,6	19,2	15,6	8,1	9,5	8,3	0,4
2016 Mai	2,5	0,0	0,5	3,5	2,1	3,1	1,3	0,3	0,3	0,2	1,4	16,1	8,5	0,7		0,0
Juni	2,3	0,0	0,8	4,2	2,3	3,7	1,6	0,3	0,4	0,3	1,8	16,1	8,3	0,7	1,9	0,0
Juli	2,1	0,0	0,8	4,4	2,7	3,8	1,8	0,4	0,4	0,3	1,6	16,2	8,4	0,6		0,0
Private Bausparkassen																
2016 Mai	1,6	0,0	0,3	2,6	1,4	2,4	1,0	0,2	0,3	0,2	1,1	11,3	5,1	0,5		0,0
Juni	1,5	0,0	0,3	3,2	1,7	2,8	1,2	0,2	0,3	0,2	1,4	11,4	5,1	0,5	1,4	0,0
Juli	1,4	0,0	0,4	3,4	2,0	3,0	1,4	0,3	0,3	0,3	1,3	11,6	5,1	0,5		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2016 Mai	0,9	0,0	0,3	1,0	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1	0,0	0,3	4,8	3,4	0,2		0,0
Juni	0,8	0,0	0,5	1,0	0,6	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,6	3,3	0,2	0,5	0,0
Juli	0,8	0,0	0,4	1,0	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,3	0,2		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **2** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **3** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **4** Einschl. Ausgleichsforderungen. **5** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **6** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **7** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. **8** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **9** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **10** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **11** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **12** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. **13** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite				Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken		insgesamt	zusammen	an deutsche Nichtbanken				an ausländische Nichtbanken
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9
2015	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0
2015 Sept.	51	199	1 977,3	586,4	568,5	180,7	387,8	17,9	624,9	507,9	13,9	494,0	117,0	766,0	552,1
Okt.	51	199	1 946,7	558,2	540,2	152,9	387,3	18,0	633,7	513,2	13,9	499,3	120,5	754,8	525,1
Nov.	51	199	1 980,5	533,8	515,8	150,0	365,8	18,0	658,8	528,5	14,6	513,9	130,4	787,9	557,2
Dez.	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0
2016 Jan.	50	196	1 960,5	540,7	523,3	169,1	354,2	17,4	652,2	529,7	14,2	515,5	122,6	767,5	568,7
Febr.	49	192	2 022,6	555,3	538,2	173,5	364,7	17,2	658,4	538,2	14,3	523,9	120,2	808,8	607,9
März	49	192	1 943,8	558,9	543,2	172,4	370,8	15,7	642,2	529,2	14,6	514,6	113,1	742,6	557,5
April	49	192	1 933,2	545,0	529,1	177,2	351,8	15,9	659,8	545,1	14,7	530,4	114,7	728,4	539,0
Mai	48	187	1 930,1	563,9	548,9	176,4	372,5	15,0	642,5	529,8	13,6	516,3	112,7	723,7	519,2
Juni	49	188	2 036,5	569,2	553,5	182,3	371,2	15,6	674,8	556,9	14,1	542,8	117,9	792,5	593,8
Veränderungen *)															
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4
2015	- 5	- 7	- 145,0	- 56,3	- 56,0	- 40,0	- 16,0	- 0,3	+ 4,5	+ 7,0	+ 0,0	+ 7,0	- 2,6	- 109,0	- 58,2
2015 Okt.	-	-	- 32,3	- 33,6	- 33,5	- 27,8	- 5,7	- 0,1	+ 1,4	- 1,0	- 0,0	- 1,0	+ 2,4	- 12,9	- 31,3
Nov.	-	-	+ 30,2	- 35,3	- 34,8	- 2,9	- 31,9	- 0,5	+ 10,7	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,2	+ 7,8	+ 29,4	+ 23,8
Dez.	-	- 1	- 135,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 11,2	- 10,6	- 0,4	- 11,7	- 6,8	- 0,6	- 6,2	- 4,9	- 106,1	- 51,3
2016 Jan.	- 1	- 2	+ 118,2	+ 16,1	+ 15,9	+ 7,9	+ 8,1	+ 0,2	+ 20,9	+ 21,3	+ 0,2	+ 21,1	- 0,4	+ 85,8	+ 71,1
Febr.	- 1	- 4	+ 61,6	+ 13,6	+ 13,8	+ 4,4	+ 9,5	- 0,3	+ 5,1	+ 7,4	+ 0,1	+ 7,3	- 2,3	+ 40,7	+ 38,8
März	-	-	- 75,2	+ 14,9	+ 16,0	- 1,0	+ 17,0	- 1,1	- 1,0	+ 4,0	+ 0,3	+ 3,7	- 5,0	- 62,5	- 39,6
April	-	-	- 10,9	- 14,2	- 14,4	+ 4,8	- 19,2	+ 0,2	+ 15,9	+ 14,4	+ 0,2	+ 14,3	+ 1,4	- 14,5	- 18,8
Mai	- 1	- 5	- 4,7	+ 13,3	+ 14,4	- 0,9	+ 15,3	- 1,1	- 25,5	- 22,3	- 1,2	- 21,1	- 3,2	- 6,4	- 24,9
Juni	+ 1	+ 1	+ 105,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 5,9	- 2,2	+ 0,6	+ 33,6	+ 27,7	+ 0,5	+ 27,2	+ 5,9	+ 68,4	+ 75,4
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-
2015	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-
2015 Sept.	25	59	386,2	133,4	119,3	58,0	61,2	14,1	186,1	152,0	22,8	129,2	34,2	66,7	-
Okt.	25	59	380,8	130,3	114,9	55,6	59,2	15,4	185,8	152,7	22,8	129,9	33,0	64,8	-
Nov.	25	59	379,5	121,1	107,4	44,5	62,8	13,7	191,7	158,3	22,5	135,8	33,3	66,8	-
Dez.	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-
2016 Jan.	24	58	375,6	129,1	116,5	53,7	62,7	12,7	185,1	152,9	21,7	131,1	32,3	61,3	-
Febr.	24	58	359,4	120,7	108,5	50,7	57,9	12,2	174,1	141,8	22,3	119,6	32,3	64,6	-
März	24	58	352,2	113,6	102,1	47,9	54,2	11,5	173,4	140,6	22,6	118,1	32,8	65,2	-
April	24	58	349,7	116,3	104,9	48,9	56,0	11,4	169,8	137,4	23,0	114,4	32,4	63,7	-
Mai	24	57	350,4	115,3	103,9	49,0	54,9	11,4	170,6	138,2	22,9	115,3	32,4	64,5	-
Juni	24	57	356,9	117,7	107,5	52,9	54,6	10,2	170,5	138,0	22,9	115,1	32,5	68,7	-
Veränderungen *)															
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-
2015	- 4	- 5	- 23,9	- 33,3	- 28,7	- 33,3	+ 4,6	- 4,6	+ 6,5	+ 6,2	+ 0,6	+ 5,6	+ 0,3	+ 2,9	-
2015 Okt.	-	-	- 7,2	- 4,0	- 5,1	- 2,4	- 2,7	+ 1,1	- 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,1	- 2,0	-
Nov.	-	-	- 4,8	- 10,9	- 8,8	- 11,1	+ 2,3	- 2,1	+ 4,1	+ 3,8	- 0,2	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,0	-
Dez.	- 1	- 1	- 0,7	+ 6,8	+ 7,2	+ 5,6	+ 1,7	- 0,4	- 5,9	- 4,3	- 0,3	- 4,0	- 1,5	- 1,6	-
2016 Jan.	-	-	+ 0,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,4	+ 0,9	- 0,5	+ 1,4	+ 0,5	- 3,8	-
Febr.	-	-	- 16,4	- 8,5	- 8,0	- 3,1	- 5,0	- 0,5	- 11,2	- 11,2	+ 0,5	- 11,7	+ 0,0	+ 3,3	-
März	-	-	- 3,7	- 5,2	- 4,8	- 2,7	- 2,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	-
April	-	-	- 2,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,8	- 0,1	- 3,7	- 3,3	+ 0,4	- 3,7	- 0,4	- 1,5	-
Mai	-	- 1	- 1,1	- 2,0	- 1,8	+ 0,1	- 1,9	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,8	-
Juni	-	-	+ 6,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,9	- 0,3	- 1,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 4,2	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit	
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				insgesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands						
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)		auslän- dische Nicht- banken								
					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen		
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013		
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014		
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015		
1 122,3	774,4	419,2	355,3	347,8	19,4	14,9	4,5	328,4	141,6	47,3	666,1	544,8	2015 Sept.		
1 124,6	763,8	406,5	357,3	360,8	19,7	15,0	4,7	341,1	141,0	47,6	633,5	520,6	Okt.		
1 124,3	742,0	377,3	364,7	382,3	22,0	17,0	5,0	360,3	138,6	48,4	669,2	554,0	Nov.		
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	Dez.		
1 101,8	733,9	357,8	376,1	367,9	21,3	16,6	4,8	346,5	129,4	50,0	679,3	566,3	2016 Jan.		
1 105,0	734,8	368,7	366,1	370,3	22,1	17,4	4,7	348,2	127,7	49,7	740,1	605,7	Febr.		
1 083,8	714,8	344,5	370,3	369,0	23,6	19,5	4,1	345,4	121,3	49,4	689,3	559,2	März		
1 108,9	719,0	348,0	371,0	389,9	21,5	17,4	4,1	368,5	117,7	49,4	657,2	541,5	April		
1 130,1	746,9	358,9	388,0	383,2	20,7	17,2	3,6	362,5	111,0	49,7	639,4	523,0	Mai		
1 154,9	762,2	386,5	375,6	392,8	21,3	17,8	3,5	371,5	104,9	49,8	726,9	596,8	Juni		
Veränderungen *)													Auslandstöchter		
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014		
- 30,8	- 53,8	- 57,0	+ 3,2	+ 23,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 22,5	- 2,1	+ 4,7	- 124,1	- 65,8	2015		
- 2,7	- 15,5	- 12,7	- 2,8	+ 12,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 12,5	- 2,2	+ 0,2	- 32,6	- 28,7	2015 Okt.		
- 11,5	- 33,4	- 29,2	- 4,2	+ 21,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 19,6	- 6,0	+ 0,9	+ 35,7	+ 24,6	Nov.		
- 55,2	- 18,9	- 18,0	- 0,9	- 36,4	- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 35,4	- 7,2	+ 1,5	- 66,8	- 49,3	Dez.		
+ 42,4	+ 20,1	- 1,5	+ 21,6	+ 22,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 22,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 76,2	+ 70,3	2016 Jan.		
+ 2,0	- 0,4	+ 10,9	- 11,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	+ 1,6	- 2,2	- 0,3	+ 60,9	+ 39,1	Febr.		
- 9,5	- 8,6	- 24,2	+ 15,5	- 0,9	+ 1,5	+ 2,1	- 0,7	- 2,3	- 2,7	- 0,3	- 50,9	- 34,9	März		
+ 24,6	+ 3,7	+ 3,5	+ 0,2	+ 20,9	- 2,1	- 2,1	- 0,0	+ 23,0	- 4,0	- 0,0	- 32,0	- 18,0	April		
+ 15,1	+ 22,0	+ 10,9	+ 11,1	- 6,9	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 6,2	- 8,3	+ 0,3	- 17,9	- 23,8	Mai		
+ 24,0	+ 14,3	+ 27,6	- 13,2	+ 9,6	+ 0,6	+ 0,7	- 0,1	+ 9,1	- 6,5	+ 0,0	+ 87,5	+ 74,4	Juni		
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013		
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014		
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015		
301,6	168,9	94,6	74,3	132,7	14,4	11,9	2,5	118,2	14,4	26,3	44,0	-	2015 Sept.		
298,3	166,2	91,7	74,5	132,1	14,8	12,3	2,5	117,3	13,4	26,5	42,6	-	Okt.		
293,4	159,3	90,2	69,0	134,1	11,8	9,2	2,6	122,3	14,8	26,7	44,7	-	Nov.		
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	Dez.		
294,1	170,0	101,9	68,1	124,1	11,9	9,4	2,6	112,2	14,5	26,4	40,6	-	2016 Jan.		
282,1	157,1	99,1	58,0	125,0	13,2	10,5	2,8	111,8	12,9	24,3	40,1	-	Febr.		
275,0	160,5	100,5	59,9	114,5	13,4	10,5	2,9	101,1	13,3	24,2	39,6	-	März		
274,5	161,1	102,8	58,3	113,4	13,8	10,9	2,9	99,6	13,5	24,2	37,5	-	April		
275,9	164,2	103,6	60,6	111,8	12,7	9,9	2,8	99,1	13,3	24,3	36,8	-	Mai		
284,5	163,7	101,1	62,6	120,8	12,1	9,3	2,7	108,7	12,3	24,0	36,1	-	Juni		
Veränderungen *)													Auslandstöchter		
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014		
- 12,3	- 11,2	- 1,5	- 9,7	- 1,1	- 7,2	- 4,0	- 3,2	+ 6,1	- 4,0	+ 0,4	- 7,9	-	2015		
- 4,7	- 3,5	- 2,9	- 0,6	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 1,5	- 1,1	+ 0,2	- 1,7	-	2015 Okt.		
- 7,8	- 8,6	- 1,5	- 7,1	+ 0,8	- 3,0	- 3,1	+ 0,1	+ 3,8	+ 1,4	+ 0,2	+ 1,4	-	Nov.		
+ 1,3	+ 8,7	+ 9,3	- 0,6	- 7,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,0	- 8,7	- 0,4	- 0,4	- 1,2	-	Dez.		
+ 2,3	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,3	- 1,3	- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 1,9	-	2016 Jan.		
- 12,1	- 12,9	- 2,8	- 10,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,5	- 1,6	- 2,1	- 0,7	-	Febr.		
- 4,2	+ 4,8	+ 1,4	+ 3,4	- 9,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 9,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	-	März		
- 0,5	+ 0,6	+ 2,3	- 1,7	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,2	- 0,1	- 2,1	-	April		
+ 0,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,4	- 2,3	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	-	Mai		
+ 8,8	- 0,4	- 2,5	+ 2,1	+ 9,2	- 0,6	- 0,6	- 0,1	+ 9,8	- 1,0	- 0,3	- 0,7	-	Juni		

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 8)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016 Juni	11 630,2	116,3	115,8	657,5	541,6	0,0
Juli p)	11 712,7	117,1	116,7
Aug. p)
Sept. p)

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016 Juni	3 205 801	27,6	32 058	31 887	196 614	164 727	0
Juli p)	3 226 967	27,6	32 270	32 101
Aug. p)
Sept. p)	3 280 948	...	32 810	32 643

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 153	556	2 170
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	9 437	601	2 324
2012 3)	5 388	4 696	2 477	9 626	4 886	248	1 247
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 123	239	1 263
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 375	216	1 312
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016 Juni	5 967	5 196	2 366	10 742	5 805	231	1 583
Juli	5 978	5 220	2 470	10 751	5 834	232	1 617
Aug. p)
Sept. p)	6 076	5 556	2 483	10 847	5 897	236	...

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 3)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016 Juni	2 128 104	3 241	378 003	590 967	105 797
Juli	2 149 432	2 352	378 231	589 495	107 539
Aug. p)
Sept. p)	2 168 640	2 072	418 510	587 510	104 297

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der

Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95	2016 1. Juli	–0,88
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2016 10. Aug.	41 621	41 621	0,00	–	–	7
17. Aug.	41 652	41 652	0,00	–	–	7
24. Aug.	42 778	42 778	0,00	–	–	7
31. Aug.	43 781	43 781	0,00	–	–	7
7. Sept.	41 777	41 777	0,00	–	–	7
14. Sept.	41 581	41 581	0,00	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2016 29. Juni	6 724	6 724	0,00	–	–	819
29. Juni	399 289	399 289	0,00	–	–	1 456
30. Juni	7 726	7 726	2) ...	–	–	91
28. Juli	7 010	7 010	2) ...	–	–	91
1. Sept.	5 015	5 015	2) ...	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmontatsgeld	Neunmontatsgeld	Zwölfmontatsgeld
2016 Febr.	–0,24	–0,27	–0,25	–0,18	–0,12	–0,06	–0,01
März	–0,29	–0,32	–0,31	–0,23	–0,13	–0,07	–0,01
April	–0,34	–0,36	–0,34	–0,25	–0,14	–0,07	–0,01
Mai	–0,34	–0,36	–0,35	–0,26	–0,14	–0,08	–0,01
Juni	–0,33	–0,37	–0,36	–0,27	–0,16	–0,10	–0,03
Juli	–0,33	–0,38	–0,37	–0,29	–0,19	–0,12	–0,06
Aug.	–0,34	–0,38	–0,37	–0,30	–0,19	–0,12	–0,05

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Juli	0,52	82 865	1,73	221 848	0,27	76 685	2,19	17 642
Aug.	0,51	81 011	1,71	221 355	0,26	77 081	2,17	17 717
Sept.	0,50	79 461	1,70	221 031	0,26	75 281	2,17	17 611
Okt.	0,49	78 623	1,69	220 371	0,25	74 750	2,15	17 702
Nov.	0,48	77 788	1,67	219 914	0,24	76 639	2,09	17 194
Dez.	0,46	77 515	1,66	221 625	0,22	79 591	2,04	17 364
2016 Jan.	0,45	76 746	1,64	221 432	0,22	79 489	2,00	17 335
Febr.	0,44	75 932	1,62	221 154	0,21	80 142	2,00	17 271
März	0,44	76 809	1,61	221 229	0,20	82 706	1,95	17 573
April	0,44	77 166	1,59	220 954	0,19	83 708	1,92	17 490
Mai	0,43	77 295	1,58	220 985	0,19	80 922	1,86	18 025
Juni	0,42	77 303	1,56	220 707	0,16	78 910	1,80	18 063
Juli	0,41	77 121	1,55	219 655	0,14	80 542	1,76	18 144

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Juli	2,64	5 301	2,49	27 836	3,46	1 028 020	7,46	54 891	4,54	78 042	4,59	306 587
Aug.	2,63	5 233	2,46	27 881	3,44	1 032 080	7,46	54 768	4,51	78 424	4,56	307 560
Sept.	2,64	5 135	2,44	27 890	3,41	1 036 799	7,55	55 936	4,48	78 671	4,54	306 905
Okt.	2,62	5 160	2,41	27 887	3,38	1 041 492	7,43	54 093	4,44	79 409	4,51	307 750
Nov.	2,61	5 139	2,38	27 838	3,36	1 044 861	7,39	53 821	4,42	79 222	4,49	308 002
Dez.	2,62	5 029	2,36	27 692	3,33	1 047 658	7,38	54 838	4,39	79 345	4,46	306 514
2016 Jan.	2,61	5 011	2,34	27 438	3,30	1 047 865	7,44	52 884	4,35	79 779	4,43	307 381
Febr.	2,60	5 022	2,36	27 364	3,27	1 049 663	7,45	53 249	4,31	80 351	4,41	307 866
März	2,63	5 014	2,34	27 371	3,24	1 052 498	7,49	54 287	4,29	80 695	4,38	307 355
April	2,56	4 928	2,31	27 215	3,21	1 057 019	7,33	52 229	4,27	81 376	4,35	308 474
Mai	2,57	4 959	2,29	27 187	3,19	1 059 863	7,36	52 678	4,24	81 793	4,33	309 250
Juni	2,57	4 863	2,28	27 272	3,16	1 064 491	7,39	53 521	4,22	82 252	4,31	309 025
Juli	2,50	4 836	2,25	27 233	3,13	1 069 851	7,26	51 406	4,20	82 844	4,29	310 390

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Juli	2,80	130 434	2,43	125 698	2,85	585 342
Aug.	2,82	130 317	2,41	126 738	2,84	587 082
Sept.	2,86	132 444	2,39	126 160	2,82	585 043
Okt.	2,80	130 602	2,36	127 257	2,80	587 398
Nov.	2,82	128 922	2,33	129 015	2,78	594 272
Dez.	2,77	125 750	2,29	129 455	2,74	593 021
2016 Jan.	2,68	130 505	2,26	129 655	2,72	595 850
Febr.	2,67	134 107	2,23	130 842	2,70	598 794
März	2,65	137 421	2,20	130 530	2,67	597 332
April	2,66	136 364	2,18	131 883	2,64	601 069
Mai	2,60	136 538	2,15	132 698	2,62	605 918
Juni	2,62	135 941	2,13	133 455	2,60	604 497
Juli	2,60	132 948	2,09	133 580	2,57	608 453

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Hochrechnungsverfahren wurde nach den Vorgaben der EZB (Guideline ECB/2014/15) geändert. Die für Juni 2010 bis Mai 2015 veröffentlichten Daten wurden mit der neuen Methode neu berechnet. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen.

o) Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47•).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte													
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)					
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten			
		Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
Erhebungs- zeitraum													
2015 Juli	0,14	1 073 284	0,33	6 953	0,74	656	0,93	866	0,44	527 609	0,54	68 185	
Aug.	0,14	1 079 170	0,32	5 546	0,65	636	0,94	879	0,43	527 949	0,52	66 653	
Sept.	0,14	1 079 060	0,34	6 158	0,87	668	1,12	971	0,42	528 705	0,51	65 229	
Okt.	0,15	1 089 962	0,34	5 760	0,71	793	0,90	1 088	0,41	529 980	0,49	63 966	
Nov.	0,14	1 107 307	0,34	5 900	0,69	840	0,89	1 196	0,40	530 810	0,47	62 774	
Dez.	0,13	1 111 065	0,28	6 140	0,50	1 161	0,97	1 379	0,39	533 865	0,45	61 900	
2016 Jan.	0,12	1 117 856	0,35	7 184	0,62	1 024	1,00	1 360	0,37	534 775	0,43	60 627	
Febr.	0,12	1 123 332	0,34	6 226	0,71	914	1,03	1 493	0,36	536 409	0,40	59 334	
März	0,11	1 120 146	0,34	6 804	0,82	1 137	0,93	1 721	0,34	535 575	0,39	58 239	
April	0,10	1 140 220	0,35	5 852	0,69	994	0,94	1 130	0,32	534 792	0,38	57 125	
Mai	0,10	1 142 947	0,34	5 430	0,69	747	0,89	901	0,31	534 122	0,37	56 154	
Juni	0,08	1 149 604	0,27	6 027	0,73	759	0,83	935	0,30	533 649	0,36	55 415	
Juli	0,08	1 168 418	0,27	5 846	0,57	856	0,80	903	0,28	533 501	0,35	54 560	

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
		Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.
Erhebungs- zeitraum								
2015 Juli	0,06	351 672	0,17	10 002	0,31	565	0,61	1 243
Aug.	0,06	354 182	0,11	8 622	0,30	312	0,73	305
Sept.	0,05	357 208	0,15	8 732	0,22	723	0,54	351
Okt.	0,05	373 013	0,10	10 805	0,28	798	0,43	528
Nov.	0,05	377 900	0,11	10 676	0,39	574	0,56	326
Dez.	0,04	375 456	0,07	14 914	0,36	1 338	0,57	872
2016 Jan.	0,03	370 533	0,10	9 780	0,32	1 283	0,42	489
Febr.	0,03	369 125	0,08	10 334	0,48	890	0,50	244
März	0,05	369 344	- 0,03	14 907	0,20	931	1,34	1 057
April	0,05	377 546	- 0,01	10 820	0,13	851	0,40	439
Mai	0,01	380 942	- 0,02	9 700	0,18	694	0,52	1 123
Juni	0,01	376 365	- 0,02	10 619	0,16	689	0,46	858
Juli	0,01	378 718	- 0,02	9 596	0,14	569	0,25	476

Kredite an private Haushalte																	
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)																	
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)				variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen					
		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren					
		Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Erhebungs- zeitraum																	
2015 Juli	2,08	8 720	1,92	3 489	1,75	4 272	2,75	1 149	2,27	3 299	1,93	2 649	2,91	868	2,21	2 152	
Aug.	2,12	6 485	2,01	2 170	1,88	3 121	2,72	909	2,21	2 455	2,06	1 801	2,83	694	2,16	1 665	
Sept.	2,19	6 448	1,99	2 333	1,91	3 289	2,96	838	2,30	2 321	1,96	1 949	3,21	618	2,23	1 576	
Okt.	2,07	7 280	1,93	2 886	1,76	3 823	2,75	966	2,29	2 491	1,97	2 264	2,88	745	2,21	1 636	
Nov.	2,03	6 561	1,97	2 146	1,75	3 295	2,74	872	2,17	2 394	2,07	1 872	2,81	694	2,13	1 556	
Dez.	2,05	8 344	2,03	2 796	1,81	4 005	2,75	1 136	2,11	3 203	2,06	2 469	2,80	886	2,06	2 163	
2016 Jan.	1,96	7 252	2,01	2 816	1,68	3 753	2,63	1 054	2,11	2 445	2,04	2 153	2,70	823	2,03	1 617	
Febr.	2,05	6 669	2,10	2 300	1,87	3 388	2,64	904	2,08	2 377	2,15	2 032	2,76	690	2,05	1 528	
März	2,02	7 255	1,87	2 578	1,77	3 549	2,70	996	2,09	2 710	1,96	2 167	2,81	756	2,03	1 796	
April	2,03	6 381	1,89	2 492	1,81	3 375	2,68	981	2,09	2 025	2,02	2 079	2,87	757	2,01	1 420	
Mai	2,00	5 898	1,92	1 926	1,77	2 921	2,71	876	2,03	2 101	2,01	1 859	2,97	647	1,97	1 372	
Juni	2,02	6 820	1,93	2 359	1,84	3 200	2,58	1 134	1,98	2 486	2,09	1 953	2,67	898	1,89	1 769	
Juli	1,89	6 818	1,73	2 543	1,69	3 394	2,66	936	1,89	2 488	1,88	2 323	2,82	724	1,85	1 614	

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Dezember 2014 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2015 Juli	6,48	6,40	8 959	7,81	1 769	5,09	361	5,01	3 554	7,47	5 044
Aug.	6,34	6,26	7 313	7,71	1 263	5,33	309	4,98	3 020	7,31	3 984
Sept.	6,28	6,21	7 331	7,63	1 200	5,20	338	4,94	3 052	7,28	3 941
Okt.	6,28	6,20	7 233	7,69	1 135	5,17	309	4,88	3 104	7,36	3 820
Nov.	6,21	6,15	6 657	7,58	1 055	5,24	276	4,90	2 993	7,32	3 388
Dez.	6,03	5,97	6 067	7,30	934	5,67	316	4,78	2 867	7,19	2 884
2016 Jan.	6,44	6,37	7 338	7,52	1 426	5,59	309	4,99	2 938	7,41	4 091
Febr.	6,25	6,20	7 862	7,44	1 444	5,55	322	4,94	3 260	7,22	4 280
März	6,06	6,04	8 415	7,33	1 833	5,49	341	4,79	3 577	7,07	4 497
April	6,21	6,19	8 734	7,33	1 814	5,89	310	4,88	3 548	7,16	4 876
Mai	6,22	6,20	8 244	7,47	1 715	5,89	306	4,90	3 329	7,16	4 609
Juni	6,20	6,18	8 940	7,47	1 864	5,73	314	4,87	3 616	7,15	5 010
Juli	6,20	6,18	8 468	7,49	1 767	5,97	298	4,77	3 405	7,20	4 765
darunter: besicherte Kredite 12)											
2015 Juli	-	3,44	281	-	-	2,81	28	3,93	156	2,85	97
Aug.	-	3,49	240	-	-	3,05	18	3,86	144	2,92	78
Sept.	-	3,28	238	-	-	2,52	38	3,90	116	2,78	84
Okt.	-	3,33	244	-	-	2,33	41	3,87	131	2,89	72
Nov.	-	3,58	218	-	-	2,84	23	3,90	136	3,14	59
Dez.	-	3,39	219	-	-	2,72	22	3,89	128	2,66	69
2016 Jan.	-	3,32	191	-	-	2,50	21	3,72	111	2,85	59
Febr.	-	3,51	220	-	-	2,85	33	3,84	135	3,08	52
März	-	3,29	260	-	-	2,58	25	3,71	158	2,65	77
April	-	3,49	206	-	-	2,75	13	3,80	145	2,77	48
Mai	-	3,56	202	-	-	2,69	18	3,95	135	2,79	49
Juni	-	3,62	213	-	-	2,95	17	3,96	141	2,94	55
Juli	-	3,53	193	-	-	2,85	18	3,82	135	2,86	40

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2015 Juli	2,04	1,99	25 310	2,06	6 017	2,17	2 915	1,91	2 502	1,86	10 095	2,10	9 798
Aug.	2,09	2,06	19 745	2,15	4 445	2,27	2 290	1,95	1 939	1,92	7 566	2,15	7 950
Sept.	2,07	2,03	19 161	2,08	4 209	2,17	2 344	1,98	1 851	1,92	7 276	2,12	7 690
Okt.	2,07	2,05	19 874	2,04	5 455	2,11	2 577	1,99	2 125	1,94	7 230	2,14	7 942
Nov.	2,04	2,02	18 426	2,11	4 212	2,27	2 190	1,94	1 874	1,89	7 319	2,09	7 043
Dez.	1,98	1,95	19 521	2,02	4 769	2,16	2 713	1,88	2 045	1,83	7 385	2,01	7 378
2016 Jan.	2,00	1,97	18 507	2,05	5 833	2,22	2 413	1,87	2 054	1,84	6 800	2,05	7 240
Febr.	1,97	1,96	18 778	2,16	4 870	2,45	2 584	1,86	1 994	1,79	6 837	1,97	7 363
März	1,85	1,82	22 396	1,94	4 799	2,10	2 618	1,82	2 256	1,70	8 246	1,86	9 276
April	1,93	1,88	17 859	1,94	4 981	2,16	2 206	1,82	1 820	1,67	6 054	1,97	7 779
Mai	1,86	1,79	17 968	2,03	3 654	2,19	2 133	1,83	1 698	1,62	6 635	1,83	7 502
Juni	1,82	1,76	21 409	1,94	4 079	2,04	2 567	1,85	1 931	1,60	7 424	1,79	9 487
Juli	1,78	1,73	20 287	1,83	4 967	2,01	2 464	1,79	1 866	1,59	7 230	1,75	8 727
darunter: besicherte Kredite 12)													
2015 Juli	-	1,91	11 976	-	-	2,15	1 134	1,69	1 314	1,80	4 906	2,03	4 622
Aug.	-	1,98	9 203	-	-	2,23	794	1,71	1 016	1,86	3 653	2,11	3 740
Sept.	-	1,96	8 434	-	-	2,13	912	1,74	878	1,87	3 334	2,07	3 310
Okt.	-	1,99	9 323	-	-	2,10	995	1,71	1 063	1,86	3 583	2,16	3 682
Nov.	-	1,94	8 245	-	-	2,21	812	1,69	888	1,83	3 378	2,05	3 167
Dez.	-	1,86	8 294	-	-	2,06	969	1,63	915	1,77	3 272	1,95	3 138
2016 Jan.	-	1,92	8 349	-	-	2,30	916	1,62	1 003	1,80	3 276	2,04	3 154
Febr.	-	1,89	7 875	-	-	2,47	987	1,62	875	1,73	3 048	1,95	2 965
März	-	1,74	9 786	-	-	2,01	1 002	1,63	1 075	1,63	3 807	1,81	3 902
April	-	1,89	7 980	-	-	2,17	848	1,53	843	1,62	2 827	1,75	3 462
Mai	-	1,71	7 343	-	-	2,08	783	1,53	752	1,54	2 804	1,81	3 004
Juni	-	1,67	9 111	-	-	1,96	956	1,55	849	1,53	3 475	1,75	3 831
Juli	-	1,65	8 675	-	-	1,86	927	1,51	833	1,53	3 387	1,75	3 528

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Juli	8,90	41 364	8,92	34 649	15,36	3 861	3,97	64 222	3,98	63 998		
Aug.	8,91	41 624	8,93	34 639	15,39	3 989	4,01	64 895	4,03	64 693		
Sept.	8,95	42 843	9,01	35 907	15,43	3 899	4,08	65 570	4,10	65 322		
Okt.	8,89	41 116	8,89	34 203	15,43	3 971	4,00	62 917	4,01	62 664		
Nov.	8,82	40 622	8,82	33 577	15,32	4 064	3,92	65 212	3,94	64 959		
Dez.	8,69	41 921	8,80	34 544	15,31	3 938	3,94	61 493	3,96	61 270		
2016 Jan.	8,83	40 469	8,78	33 630	15,36	4 043	3,82	65 219	3,84	65 010		
Febr.	8,82	41 049	8,81	34 005	15,36	4 071	3,79	67 167	3,80	66 930		
März	8,81	42 187	8,80	35 211	15,42	3 982	3,84	68 638	3,85	68 394		
April	8,70	40 129	8,67	33 142	15,24	4 067	3,83	66 708	3,85	66 461		
Mai	8,72	40 781	8,75	33 466	15,21	4 135	3,70	67 212	3,71	66 974		
Juni	8,75	41 709	8,77	34 494	15,23	4 093	3,74	67 687	3,75	67 430		
Juli	8,61	39 874	8,62	32 504	15,22	4 152	3,66	65 412	3,67	65 180		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)					
			neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2015 Juli	1,68	69 195	1,64	24 802	2,64	8 543	2,91	1 586	2,05	1 791	1,37	45 314	1,94	2 211	1,97	9 750
Aug.	1,62	49 640	1,67	14 967	2,64	6 644	2,99	1 260	2,03	1 321	1,28	33 589	1,99	1 497	1,98	5 329
Sept.	1,84	60 340	1,82	19 271	2,78	8 061	2,91	1 323	2,08	1 333	1,56	39 892	1,69	1 704	2,11	8 027
Okt.	1,68	57 781	1,57	20 890	2,64	8 271	2,89	1 452	2,07	1 254	1,37	37 386	1,71	2 319	1,86	7 099
Nov.	1,67	51 840	1,63	16 651	2,71	7 599	2,91	1 381	2,09	1 254	1,30	32 330	1,98	2 249	1,81	7 027
Dez.	1,68	71 770	1,68	21 964	2,63	8 367	2,90	1 688	1,98	1 765	1,42	46 829	1,79	3 286	1,82	9 835
2016 Jan.	1,60	56 798	1,62	19 979	2,58	7 835	2,87	1 331	2,02	1 328	1,26	38 673	2,16	2 309	1,90	5 322
Febr.	1,54	52 765	1,61	15 300	2,71	7 805	2,78	1 310	1,93	1 160	1,20	34 426	1,42	2 142	1,67	5 922
März	1,64	62 713	1,70	19 300	2,67	8 680	2,73	1 524	1,88	1 394	1,35	41 099	1,76	2 294	1,68	7 722
April	1,55	57 589	1,60	19 803	2,60	8 290	2,74	1 645	1,82	1 410	1,23	38 162	1,56	1 933	1,68	6 149
Mai	1,47	53 170	1,55	15 321	2,59	7 987	2,73	1 363	1,85	1 338	1,11	34 259	1,55	1 651	1,64	6 572
Juni	1,52	66 550	1,68	19 903	2,61	8 992	2,79	1 600	1,76	1 526	1,23	43 829	1,57	2 249	1,55	8 354
Juli	1,45	62 382	1,54	20 823	2,44	8 339	2,67	1 484	1,72	1 554	1,16	40 827	1,86	2 418	1,53	7 760
darunter: besicherte Kredite 12)																
2015 Juli	1,70	13 470	.	.	1,99	894	2,59	175	1,86	593	1,55	8 144	1,85	592	1,87	3 072
Aug.	1,65	6 913	.	.	2,14	546	2,69	128	1,86	445	1,41	4 037	1,91	302	1,93	1 455
Sept.	1,93	9 689	.	.	2,07	584	2,73	101	1,92	380	1,63	5 151	1,65	395	2,44	3 078
Okt.	1,72	9 269	.	.	1,99	722	2,53	160	1,94	448	1,60	5 036	1,83	752	1,78	2 151
Nov.	1,76	7 680	.	.	2,04	503	2,62	130	1,92	395	1,48	4 036	2,31	1 162	1,87	1 454
Dez.	1,61	13 483	.	.	1,98	636	2,57	150	1,76	539	1,47	7 249	1,84	1 438	1,67	3 471
2016 Jan.	1,65	9 419	.	.	2,01	674	2,55	125	1,89	463	1,33	6 286	3,51	656	1,93	1 215
Febr.	1,60	8 658	.	.	2,07	554	2,29	149	1,84	382	1,45	4 958	1,69	627	1,71	1 988
März	1,62	10 561	.	.	1,94	611	2,60	154	1,73	406	1,50	5 407	1,79	1 089	1,66	2 894
April	1,59	9 251	.	.	1,95	660	2,39	153	1,67	438	1,49	5 471	1,92	530	1,57	1 999
Mai	1,58	5 951	.	.	2,03	479	2,60	134	1,65	406	1,47	2 864	1,57	364	1,55	1 704
Juni	1,58	10 056	.	.	1,91	601	2,51	159	1,64	468	1,56	4 885	1,72	1 003	1,46	2 940
Juli	1,53	10 413	.	.	1,87	681	2,38	162	1,53	544	1,35	5 526	1,91	1 018	1,61	2 482

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine

Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsaldo auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Einschließlich echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2015	2 514,9	2 433,9	488,7	417,6	310,4	244,0	837,0	71,1	65,1	81,0
2014 2.Vj.	2 339,8	2 266,5	538,5	345,4	291,6	226,3	736,6	66,1	61,9	73,3
3.Vj.	2 380,2	2 305,6	530,3	366,1	293,9	227,3	758,5	67,2	62,3	74,7
4.Vj.	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2015 1.Vj.	2 531,6	2 454,3	517,8	411,7	305,0	239,5	845,5	70,7	64,2	77,3
2.Vj.	2 471,6	2 394,1	509,8	393,4	305,3	236,1	813,8	70,7	65,1	77,5
3.Vj.	2 485,9	2 407,4	498,1	408,3	308,8	238,7	817,7	71,0	65,0	78,5
4.Vj.	2 514,9	2 433,9	488,7	417,6	310,4	244,0	837,0	71,1	65,1	81,0
2016 1.Vj.	2 592,0	2 509,3	486,8	458,8	314,3	249,2	860,6	73,6	66,0	82,7
Versicherungen										
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2015	1 948,9	1 897,2	334,0	358,5	280,7	228,7	577,3	66,0	52,0	51,7
2014 2.Vj.	1 823,8	1 776,3	381,8	299,8	263,8	212,9	506,6	61,5	50,0	47,5
3.Vj.	1 855,8	1 807,3	375,2	316,5	266,1	213,5	523,2	62,5	50,3	48,5
4.Vj.	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2015 1.Vj.	1 976,3	1 926,5	362,6	355,3	276,2	224,9	590,0	65,7	51,8	49,9
2.Vj.	1 927,0	1 877,1	355,5	339,5	276,4	221,6	565,7	65,8	52,6	49,9
3.Vj.	1 935,2	1 884,7	345,7	351,0	279,6	224,0	566,2	65,9	52,3	50,5
4.Vj.	1 948,9	1 897,2	334,0	358,5	280,7	228,7	577,3	66,0	52,0	51,7
2016 1.Vj.	2 018,5	1 965,5	333,9	394,5	284,4	233,6	597,8	68,3	53,0	53,0
Pensionseinrichtungen 4)										
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2015	566,0	536,7	154,7	59,1	29,7	15,3	259,7	5,2	13,1	29,3
2014 2.Vj.	516,0	490,2	156,8	45,6	27,8	13,4	230,0	4,6	11,9	25,8
3.Vj.	524,4	498,3	155,1	49,6	27,8	13,8	235,2	4,7	12,0	26,1
4.Vj.	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2015 1.Vj.	555,2	527,8	155,2	56,4	28,8	14,6	255,4	4,9	12,4	27,4
2.Vj.	544,6	517,0	154,2	53,9	28,9	14,5	248,1	5,0	12,5	27,6
3.Vj.	550,7	522,7	152,4	57,2	29,1	14,7	251,6	5,0	12,7	28,0
4.Vj.	566,0	536,7	154,7	59,1	29,7	15,3	259,7	5,2	13,1	29,3
2016 1.Vj.	573,5	543,8	152,9	64,3	30,0	15,5	262,8	5,2	13,0	29,7

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte ab 2015 4.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and

pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015	2 514,9	18,3	92,3	233,1	1 975,1	1 667,5	307,6	75,7	120,3
2014 2.Vj.	2 339,8	16,2	86,7	184,1	1 844,3	1 553,4	290,9	72,6	136,1
3.Vj.	2 380,2	17,6	86,3	188,0	1 861,3	1 568,1	293,3	72,6	154,4
4.Vj.	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015 1.Vj.	2 531,6	17,7	90,8	223,1	1 937,6	1 631,9	305,8	74,8	187,5
2.Vj.	2 471,6	17,9	91,1	206,2	1 942,6	1 636,5	306,1	75,0	138,8
3.Vj.	2 485,9	17,5	91,6	208,4	1 954,5	1 647,4	307,1	75,5	138,3
4.Vj.	2 514,9	18,3	92,3	233,1	1 975,1	1 667,5	307,6	75,7	120,3
2016 1.Vj.	2 592,0	17,7	95,4	231,7	2 011,7	1 690,7	321,0	78,0	157,4
Versicherungen									
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015	1 948,9	18,3	87,3	221,7	1 468,8	1 161,7	307,1	72,4	80,3
2014 2.Vj.	1 823,8	16,2	82,3	175,6	1 380,4	1 090,0	290,4	69,6	99,8
3.Vj.	1 855,8	17,6	81,8	179,3	1 392,5	1 099,7	292,8	69,6	115,1
4.Vj.	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015 1.Vj.	1 976,3	17,7	86,1	212,6	1 449,7	1 144,4	305,3	71,6	138,7
2.Vj.	1 927,0	17,9	86,3	196,5	1 452,9	1 147,3	305,6	71,8	101,7
3.Vj.	1 935,2	17,5	86,8	198,5	1 460,5	1 153,9	306,6	72,2	99,7
4.Vj.	1 948,9	18,3	87,3	221,7	1 468,8	1 161,7	307,1	72,4	80,3
2016 1.Vj.	2 018,5	17,7	90,4	220,8	1 500,8	1 180,3	320,5	74,6	114,2
Pensionseinrichtungen 5)									
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	494,6	–	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014	536,1	–	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015	566,0	–	5,0	11,3	506,3	505,8	0,5	3,3	40,0
2014 2.Vj.	516,0	–	4,4	8,4	463,9	463,4	0,5	3,0	36,3
3.Vj.	524,4	–	4,5	8,7	468,9	468,4	0,5	3,1	39,3
4.Vj.	536,1	–	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015 1.Vj.	555,2	–	4,8	10,5	487,9	487,4	0,5	3,2	48,8
2.Vj.	544,6	–	4,8	9,7	489,8	489,3	0,5	3,2	37,1
3.Vj.	550,7	–	4,8	9,9	494,0	493,5	0,5	3,2	38,7
4.Vj.	566,0	–	5,0	11,3	506,3	505,8	0,5	3,3	40,0
2016 1.Vj.	573,5	–	5,0	10,9	510,9	510,4	0,5	3,4	43,2

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. Werte ab 2015 4.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsreuehand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb																	
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer																	
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)													
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	-	13 723	125 772												
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	.	32 978	157 940												
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	.	56 530	116 583												
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	-	26 762	96 476	.	-	123 238	244 560											
2008	76 490	66 139	-	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	-	49 813	58 254											
2009	70 208	-	538	-	114 902	22 709	91 655	70 747	12 973	8 645	.	77 181	-	19 945										
2010	146 620	-	1 212	-	7 621	24 044	-	17 635	147 831	92 682	-	103 271	22 967	172 986	53 938									
2011	33 649	-	13 575	-	46 796	850	-	59 521	20 075	-	23 876	-	94 793	36 805	34 112	57 525								
2012	51 813	-	21 419	-	98 820	-	8 701	86 103	73 231	-	3 767	-	42 017	-	3 573	41 823	55 580							
2013	-	12 603	-	101 616	-	117 187	-	153	15 415	89 013	-	18 583	-	25 778	-	12 708	57 069	-	31 185					
2014	63 381	-	31 962	-	47 404	-	1 330	16 776	95 341	51 779	-	12 124	-	11 951	-	75 854	11 601	-	-					
2015	32 891	-	36 010	-	65 778	-	26 762	3 006	68 902	123 662	-	66 330	121 164	68 828	-	90 773	-	-	-					
2015 Sept.	36 863	-	20 567	-	3 560	-	19 563	-	2 555	16 296	-	45 478	1 546	12 775	-	31 157	-	-	8 615					
Okt.	-	4 370	-	1 263	-	5 758	-	6 129	-	892	-	5 633	6 801	-	12 250	-	12 664	-	6 387	-	2 432			
Nov.	-	821	-	2 159	-	14 282	-	1 729	-	13 853	-	1 338	5 797	-	3 259	-	12 847	-	10 309	-	6 618			
Dez.	-	59 323	-	57 836	-	55 168	-	996	-	3 664	-	1 487	-	13 826	-	39 384	-	11 090	-	14 468	-	45 497		
2016 Jan.	8 853	-	1 881	-	7 474	-	2 924	-	12 279	10 733	-	6 823	2 236	12 023	-	7 436	-	-	-	2 029	-	-		
Febr.	31 114	-	19 483	-	14 851	-	1 224	-	3 407	11 631	-	20 916	2 002	12 911	-	6 003	-	-	-	10 198	-	-		
März	26 539	-	12 729	-	1 330	-	4 510	-	6 889	13 810	-	26 890	1 261	13 401	-	12 228	-	-	-	351	-	-		
April	12 556	-	3 469	-	7 238	-	1 970	-	12 677	16 025	-	34 517	-	5 143	-	15 821	-	-	-	23 839	-	21 961		
Mai	32 838	-	29 686	-	8 729	-	3 993	-	16 964	3 152	-	15 400	-	6 052	-	18 093	-	-	-	3 359	-	17 438		
Juni	-	5 007	-	7 553	-	2 177	-	4 636	-	740	-	2 545	-	15 220	-	8 528	-	-	-	16 907	-	6 841	-	20 227
Juli	-	30 718	-	26 603	-	16 263	-	1 055	-	11 394	-	4 115	-	1 569	-	9 959	-	-	-	18 064	-	9 674	-	29 149

Mio €

Zeit	Aktien									
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb					
		inländische Aktien 9)		ausländische Aktien 10)	Inländer					
		zu- sammen	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)					
2004	-	3 317	10 157	-	13 474	7 432	5 045	2 387	-	10 748
2005	-	32 364	13 766	-	18 597	1 036	10 208	-	9 172	31 329
2006	-	26 276	9 061	-	17 214	7 528	11 323	-	3 795	18 748
2007	-	5 009	10 053	-	15 062	62 308	6 702	-	55 606	57 299
2008	-	29 452	11 326	-	40 778	2 743	23 079	-	25 822	32 194
2009	-	35 980	23 962	-	12 018	30 496	8 335	-	38 831	5 484
2010	-	37 767	20 049	-	17 719	36 406	7 340	-	29 066	1 361
2011	-	25 833	21 713	-	4 120	40 804	670	-	40 134	14 971
2012	-	15 061	5 120	-	9 941	14 405	10 259	-	4 146	656
2013	-	21 553	10 106	-	11 447	18 344	11 991	-	6 353	3 209
2014	-	47 506	18 778	-	28 728	39 661	17 203	-	22 458	7 845
2015	-	38 855	7 668	-	31 187	24 017	5 421	-	29 438	14 838
2015 Sept.	-	4 412	966	-	5 378	2 610	9 059	-	6 449	1 802
Okt.	-	1 268	903	-	365	838	150	-	988	2 106
Nov.	-	4 836	640	-	4 196	1 526	5 566	-	4 040	3 310
Dez.	-	5 812	1 100	-	4 712	6 195	4 336	-	10 531	383
2016 Jan.	-	1 294	120	-	1 414	367	5 901	-	6 268	1 661
Febr.	-	611	66	-	677	1 539	5 401	-	6 940	2 150
März	-	8 290	59	-	8 231	5 935	1 861	-	4 074	2 355
April	-	949	39	-	988	472	639	-	1 111	1 421
Mai	-	5 585	288	-	5 297	6 964	2 838	-	4 126	1 379
Juni	-	1 068	335	-	733	3 576	330	-	3 906	2 508
Juli	-	2 890	464	-	2 426	2 681	2 128	-	4 809	209

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben										
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen									
Brutto-Absatz 4)																		
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344									
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600									
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69									
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–									
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–									
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–									
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–									
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–									
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–									
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–									
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–									
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 676	400 700	–									
2015 Dez.	65 645	45 949	1 436	793	32 123	11 597	8 406	11 290	–									
2016 Jan.	120 383	77 552	1 810	1 099	54 961	19 682	6 448	36 384	–									
Febr.	127 058	80 388	6 236	886	55 057	18 208	4 135	42 535	–									
März	111 271	61 483	2 722	1 030	38 521	19 209	9 240	40 548	–									
April	115 428	69 506	1 282	536	53 522	14 167	5 762	40 160	–									
Mai	109 656	67 125	3 518	355	48 486	14 766	7 177	35 353	–									
Juni	98 036	56 397	1 402	1 345	35 416	18 235	3 694	37 944	–									
Juli 5)	106 809	64 060	3 695	231	47 806	12 328	5 516	37 234	–									
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 6)																		
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320									
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400									
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69									
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–									
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–									
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–									
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–									
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–									
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–									
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–									
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–									
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742	–									
2015 Dez.	14 240	5 609	36	43	1 269	4 262	6 029	2 603	–									
2016 Jan.	29 680	15 067	1 810	1 099	7 480	4 678	3 168	11 446	–									
Febr.	36 168	19 792	5 716	540	9 953	3 582	1 579	14 797	–									
März	37 922	17 301	2 209	1 030	6 745	7 317	5 178	15 444	–									
April	30 946	11 246	1 207	511	4 680	4 848	4 481	15 219	–									
Mai	36 255	17 367	2 711	55	8 707	5 895	4 908	13 980	–									
Juni	34 458	16 553	1 291	711	6 590	7 962	2 098	15 808	–									
Juli 5)	34 008	14 977	2 759	231	9 154	2 833	3 897	15 134	–									
Netto-Absatz 7)																		
2004	167 233	81 860	1 039	–	52 615	50 142	83 293	18 768	–	22 124								
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	–	35 963						
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	–	19 208						
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	42 567	73 127	–	3 683	–	29 750						
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	65 773	25 165	34 074	–	82 653	–	31 607						
2009	76 441	–	75 554	858	–	80 646	25 579	–	21 345	48 508	–	21 037						
2010	21 566	–	87 646	–	3 754	–	63 368	–	48 822	23 748	–	10 904						
2011	22 518	–	54 582	–	1 657	–	44 290	–	44 852	–	3 189	–	5 989					
2012	–	85 298	–	100 198	–	4 177	–	41 660	–	51 099	–	6 401	–	2 605				
2013	–	140 017	–	125 932	–	17 364	–	37 778	–	4 027	–	66 760	–	3 057				
2014	–	34 020	–	56 899	–	6 313	–	23 856	–	862	–	25 869	–	2 626				
2015	–	65 147	–	77 273	–	9 271	–	9 754	–	2 758	–	74 028	–	1 441				
2015 Dez.	–	81 812	–	66 259	–	610	–	1 459	–	8 176	–	56 013	–	191				
2016 Jan.	–	6 853	–	4 029	–	3 139	–	445	–	4 467	–	3 145	–	–				
Febr.	–	16 450	–	12 194	–	4 786	–	42	–	6 832	–	534	–	–				
März	–	11 323	–	4 244	–	977	–	477	–	1 174	–	2 571	–	219				
April	–	8 359	–	7 324	–	236	–	1 468	–	6 691	–	1 865	–	159				
Mai	–	28 473	–	9 196	–	1 402	–	660	–	9 052	–	2 206	–	590				
Juni	–	3 182	–	4 261	–	2 543	–	3 575	–	1 322	–	534	–	–				
Juli 5)	–	22 944	–	15 024	–	858	–	1 014	–	14 406	–	463	–	884	–	8 803	–	59

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der

Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 6 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 7 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2016 Jan.	3 039 308	1 158 202	127 460	75 234	571 278	384 231	259 936	1 621 171	6 356
Febr.	3 055 758	1 170 396	132 246	75 276	578 109	384 765	260 058	1 625 304	6 356
März	3 067 081	1 174 640	133 223	74 800	579 283	387 335	264 380	1 628 060	6 137
April	3 058 722	1 181 964	133 459	73 331	585 974	389 200	266 289	1 610 468	5 978
Mai	3 087 195	1 191 160	132 057	72 672	595 026	391 406	269 584	1 626 451	5 389
Juni	3 084 013	1 186 899	129 514	69 097	596 349	391 940	265 527	1 631 587	5 389
Juli 2)	3 061 069	1 171 875	130 372	68 083	632 445	340 975	266 411	1 622 783	5 330

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Juli 2016

bis unter 2	996 684	452 152	36 609	28 119	254 794	132 631	49 191	495 342	1 876
2 bis unter 4	659 093	291 650	38 803	16 841	169 743	66 262	50 595	316 847	204
4 bis unter 6	447 864	180 900	25 516	9 324	94 912	51 146	35 536	231 429	341
6 bis unter 8	332 827	89 354	15 847	6 966	43 125	23 416	23 893	219 581	1 333
8 bis unter 10	221 615	73 433	10 010	4 868	37 698	20 858	14 116	134 067	111
10 bis unter 15	128 763	28 792	3 162	1 312	12 091	12 226	14 756	85 215	498
15 bis unter 20	44 936	11 874	65	600	8 760	2 449	5 295	27 768	-
20 und darüber	229 285	43 721	360	52	11 322	31 988	73 028	112 536	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen aus Gesellschaftsgewinn. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)				
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung					
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	-	1 760	-	2 286	887 217		
2005	163 071	-	1 733	2 470	1 040	694	268	-	1 443	-	3 060	1 058 532		
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	-	1 868	-	1 256	-	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	1 847	-	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	608	-	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	1 269	-	974	927 256	
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	-	486	-	993	-	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	762	-	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	-	478	-	594	-	2 411	1 150 188	
2013	171 741	-	6 879	2 971	718	476	-	1 432	-	619	-	8 992	1 432 658	
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	-	-	465	-	1 044	-	1 446	1 478 063	
2015	177 416	319	4 634	397	599	-	-	1 394	-	1 385	-	2 535	1 614 442	
2016 Jan.	177 279	-	136	112	43	-	-	2	-	222	-	68	1 468 888	
Febr.	177 125	-	154	52	-	1	-	0	-	63	-	144	1 435 286	
März	177 113	-	12	57	-	0	-	0	-	2	-	67	1 512 940	
April	176 705	-	408	31	-	34	-	281	-	2	-	188	1 528 339	
Mai	175 609	-	1 097	209	14	5	-	4	-	378	-	942	1 529 297	
Juni	175 694	85	213	67	228	-	-	30	-	305	-	87	1 432 091	
Juli	176 196	502	425	148	5	-	-	83	-	49	-	40	1 527 172	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierte Markt aufge-

hoben) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten ¹⁾							Indizes ^{2) 3)}			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren ⁴⁾		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren ⁴⁾							
% p.a.								Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016 März	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	1,2	2,4	142,21	116,20	473,69	9 965,51
April	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	1,1	2,2	141,89	112,67	474,25	10 038,97
Mai	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	1,0	2,1	142,19	113,75	478,01	10 262,74
Juni	0,0	–	0,1	–	0,0	0,7	2,0	143,74	116,88	450,95	9 680,09
Juli	–	0,1	–	0,2	–	0,7	1,7	144,06	116,16	481,02	10 337,50
Aug.	–	0,1	–	0,2	–	0,1	1,6	144,30	115,34	491,68	10 592,69

¹⁾ Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. ²⁾ Stand am Jahres- bzw. Monatsende. ³⁾ Quelle: Deutsche Börse AG. ⁴⁾ Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €														
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb						
		Offene inländische Fonds ¹⁾ (Mittelaufkommen)							Inländer						
		zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds ⁴⁾	zu-sammen	Kreditinstitute ²⁾ einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren ³⁾			Aus-länder ⁵⁾	
zu-sammen	Geldmarkt-fonds		Wertpapier-fonds	Immo-bilien-fonds	zu-sammen				darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile				
2004	14 435	1 453	– 3 978	– 6 160	– 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	– 6 400	– 124	7 001	– 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	– 14 257	490	– 9 362	– 8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	– 7 872	– 4 839	– 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	– 229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	– 7 911	– 14 409	– 12 171	– 11 149	799	6 498	10 509	11 315	– 16 625	– 9 252	27 940	19 761	– 8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	– 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	– 14 995	– 8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	– 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 511	45 221	– 1 340	– 379	– 2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	– 7 576	– 694	47 050	1 984	7 036	
2012	111 236	89 942	2 084	– 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	– 3 062	– 1 562	117 738	22 855	– 3 438	
2013	123 743	91 337	9 184	– 574	5 596	3 376	82 153	32 407	117 675	771	100	116 904	32 305	6 069	
2014	139 011	97 711	3 998	– 473	862	1 000	93 713	41 302	144 168	819	– 1 745	143 349	43 046	– 5 154	
2015	181 632	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 495	176 116	7 362	494	168 754	35 001	5 515	
2016 Jan.	17 489	15 246	2 675	366	673	1 335	12 571	2 243	18 048	– 339	– 397	18 387	2 640	– 559	
Febr.	13 857	9 934	1 404	– 79	469	704	8 530	3 924	14 315	557	107	13 758	3 817	– 457	
März	11 178	7 620	1 620	– 191	657	836	6 000	3 558	12 939	1 053	915	11 886	2 643	– 1 761	
April	12 939	6 740	1 705	– 76	940	496	5 035	6 199	14 526	671	– 230	13 855	6 429	– 1 587	
Mai	9 441	8 249	2 461	– 50	1 132	1 111	5 788	1 192	9 280	887	– 65	8 393	1 257	161	
Juni	11 123	10 640	1 664	42	565	755	8 976	483	11 561	557	– 87	11 004	570	– 439	
Juli	9 596	7 899	1 862	– 195	1 706	280	6 038	1 697	11 132	1 208	186	9 924	1 511	– 1 536	

¹⁾ Einschl. Investmentaktiengesellschaften. ²⁾ Buchwerte. ³⁾ Als Rest errechnet. ⁴⁾ Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. ⁵⁾ Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014					2015					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
Geldvermögensbildung														
Bargeld und Einlagen	4,68	- 7,30	41,49	- 4,62	- 10,85	3,71	28,11	20,52	0,15					
Schuldverschreibungen insgesamt	0,65	- 1,26	- 0,93	- 3,57	- 1,48	0,56	0,51	- 0,52	0,87					
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,56	1,62	- 0,77	0,40	- 1,06	0,93	- 1,42	0,78	0,98					
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,91	- 2,88	- 0,15	- 3,97	- 0,42	- 0,37	1,93	- 1,29	0,10					
nachrichtlich:														
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 1,27	- 1,88	0,73	- 2,74	- 0,07	0,24	0,94	- 0,38	0,51					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	- 0,10	- 0,53	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,14	- 1,26	1,93	- 0,52	0,75	- 0,27	0,87	0,58	0,31					
Staat	0,07	- 0,57	- 0,41	- 2,12	- 0,28	- 0,08	0,39	- 0,44	- 0,46					
Schuldverschreibungen des Auslands	1,91	0,62	- 1,66	- 0,83	- 1,41	0,32	- 0,42	- 0,14	0,37					
Kredite insgesamt	9,45	14,24	30,19	4,76	23,01	5,79	1,29	0,11	6,50					
kurzfristige Kredite	27,76	36,06	25,03	2,25	20,39	1,61	1,10	1,93	3,21					
langfristige Kredite	- 18,32	- 21,83	5,17	2,50	2,62	4,18	0,19	- 1,82	3,29					
nachrichtlich:														
Kredite an inländische Sektoren	2,36	10,23	11,76	8,37	17,82	- 1,20	0,44	- 5,30	0,78					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	- 0,31	2,30	9,79	- 1,43	0,02	4,30	- 0,60	3,28					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 1,81	10,65	9,68	- 1,39	19,30	- 1,17	- 3,81	- 4,64	- 2,50					
Staat	0,26	- 0,11	- 0,22	- 0,03	- 0,05	- 0,05	- 0,05	- 0,05	0,00					
Kredite an das Ausland	7,09	4,01	18,44	- 3,61	5,19	6,99	0,85	5,41	5,72					
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	39,55	10,18	47,40	- 6,68	3,23	9,09	14,47	20,61	9,11					
Anteilsrechte insgesamt	31,90	20,57	31,05	3,82	- 4,92	6,27	10,59	19,11	8,66					
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	8,70	- 1,62	- 10,41	- 2,76	- 16,68	1,41	1,98	2,88	- 6,00					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	- 5,95	- 14,10	1,07	2,12	2,86	- 6,17					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,95	3,78	- 2,37	3,19	- 2,59	0,34	- 0,14	0,02	0,17					
Börsennotierte Aktien des Auslands	1,41	9,31	7,25	0,30	10,12	- 0,22	- 5,02	2,37	1,60					
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	21,80	12,87	34,22	6,28	1,64	5,08	13,64	13,86	13,06					
Anteile an Investmentfonds	7,65	- 10,38	16,35	- 10,50	8,15	2,82	3,87	1,50	0,45					
Geldmarktfonds	- 0,15	0,23	0,21	- 0,08	- 0,25	0,17	- 0,06	0,35	- 0,30					
Sonstige Investmentfonds	7,80	- 10,61	16,13	- 10,41	8,40	2,65	3,93	1,15	0,75					
Versicherungstechnische Rückstellungen	3,02	1,04	1,65	0,06	0,29	0,55	0,56	0,25	2,07					
Finanzderivate	6,49	- 1,27	3,07	- 3,94	3,55	- 2,41	2,07	- 0,14	- 0,37					
Sonstige Forderungen	167,66	- 92,43	63,32	- 46,69	- 27,86	48,21	15,17	27,80	9,20					
Insgesamt	231,49	- 76,81	186,19	- 60,69	- 10,12	65,50	62,17	68,63	27,53					
Außenfinanzierung														
Schuldverschreibungen insgesamt	12,78	1,26	7,78	4,32	3,58	4,91	0,46	- 1,17	10,40					
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,12	- 11,63	1,96	- 0,88	1,26	- 0,04	1,01	- 0,27	2,04					
langfristige Schuldverschreibungen	13,90	12,89	5,82	5,20	2,32	4,95	- 0,55	- 0,89	8,36					
nachrichtlich:														
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	5,10	4,25	1,75	0,18	0,95	2,72	- 0,72	- 1,20	4,97					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	- 0,10	- 0,53	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66					
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,85	4,11	2,06	0,44	1,26	1,85	- 0,44	- 0,61	3,59					
Staat	- 0,05	0,00	0,02	0,00	0,01	- 0,00	0,01	0,01	0,00					
Private Haushalte	1,50	0,20	0,46	- 0,16	0,22	0,29	0,03	- 0,07	0,73					
Schuldverschreibungen des Auslands	7,67	- 2,99	6,03	4,14	2,63	2,19	1,18	0,03	5,43					
Kredite insgesamt	27,15	- 15,51	47,95	- 12,40	28,94	17,03	- 2,13	4,10	14,68					
kurzfristige Kredite	24,45	1,96	21,17	- 9,82	8,16	14,80	- 2,94	1,16	16,55					
langfristige Kredite	2,71	- 17,47	26,77	- 2,59	20,78	2,24	0,81	2,95	- 1,88					
nachrichtlich:														
Kredite von inländischen Sektoren	- 4,64	2,51	23,34	- 0,23	22,29	6,62	- 0,74	- 4,83	3,15					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	- 0,31	2,30	9,79	- 1,43	0,02	4,30	- 0,60	3,28					
finanzielle Kapitalgesellschaften	12,69	13,48	15,16	- 5,33	15,91	8,19	- 1,72	- 7,22	3,50					
Staat	- 21,23	- 10,67	5,89	- 4,68	7,81	- 1,59	- 3,32	3,00	- 3,63					
Kredite aus dem Ausland	31,74	- 18,01	24,60	- 12,18	6,65	10,41	- 1,39	8,93	11,53					
Anteilsrechte insgesamt	12,04	27,88	15,04	15,43	0,05	5,40	5,89	3,69	3,25					
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 4,47	- 0,97	6,66	- 4,69	- 1,81	- 3,65	0,73	11,39	- 2,71					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	- 5,95	- 14,10	1,07	2,12	2,86	- 6,17					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,02	1,59	11,05	- 0,31	17,66	- 5,34	- 6,36	5,09	- 1,14					
Staat	- 0,88	0,03	0,11	0,01	0,06	0,01	0,02	0,01	0,00					
Private Haushalte	- 8,21	2,80	3,55	1,57	- 5,43	0,61	4,95	3,43	4,61					
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,80	9,72	- 0,64	6,65	2,08	5,36	1,97	- 10,04	2,75					
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	8,70	19,13	9,02	13,46	- 0,22	3,70	3,20	2,34	3,21					
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,34	6,05	6,05	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51					
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	3,72	1,93	- 8,22	1,92	10,89	- 16,16	- 1,04	- 1,92	8,63					
Sonstige Verbindlichkeiten	19,44	- 11,43	56,92	- 19,56	28,57	18,60	0,16	9,60	8,40					
Insgesamt	81,46	10,18	125,52	- 8,77	73,54	31,30	4,87	15,81	46,87					

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2016					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	411,5	406,5	463,7	406,5	387,7	397,2	432,0	463,7	455,2
Schuldverschreibungen insgesamt	45,0	49,6	47,8	49,6	48,6	48,4	48,4	47,8	48,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	5,1	6,8	6,0	6,8	5,7	6,7	5,2	6,0	7,0
langfristige Schuldverschreibungen	39,9	42,9	41,7	42,9	42,9	41,7	43,2	41,7	41,7
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	24,6	22,9	23,3	22,9	23,0	23,0	23,8	23,3	23,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,6	4,1	4,5	4,2	3,6	4,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,8	12,7	14,5	12,7	13,5	13,2	14,0	14,5	14,8
Staat	6,1	5,7	5,2	5,7	5,4	5,3	5,6	5,2	4,8
Schuldverschreibungen des Auslands	20,5	26,7	24,4	26,7	25,6	25,4	24,7	24,4	24,9
Kredite insgesamt	447,0	466,0	496,0	466,0	493,4	498,2	497,4	496,0	500,1
kurzfristige Kredite	340,0	375,8	399,7	375,8	398,6	399,5	399,6	399,7	401,6
langfristige Kredite	107,0	90,2	96,3	90,2	94,9	98,7	97,9	96,3	98,5
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	305,2	315,4	327,2	315,4	333,2	332,0	332,5	327,2	328,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,5	216,2	214,8	214,8	219,1	218,5	221,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	82,1	92,8	102,4	92,8	112,1	110,9	107,1	102,4	100,0
Staat	6,5	6,4	6,2	6,4	6,4	6,3	6,3	6,2	6,2
Kredite an das Ausland	141,8	150,5	168,8	150,5	160,2	166,1	165,0	168,8	172,1
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 810,8	1 921,5	2 101,8	1 921,5	2 150,8	2 087,2	1 979,2	2 101,8	2 036,1
Anteilsrechte insgesamt	1 672,7	1 786,0	1 949,8	1 786,0	1 999,7	1 937,2	1 829,3	1 949,8	1 885,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	275,4	262,2	273,0	262,2	290,6	274,6	239,0	273,0	248,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	252,2	283,1	267,4	233,2	266,6	242,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	5,7	10,0	6,3	10,0	7,4	7,2	5,9	6,3	6,1
Börsennotierte Aktien des Auslands	52,2	62,2	69,5	62,2	74,0	71,8	66,4	69,5	70,9
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 345,1	1 461,5	1 607,3	1 461,5	1 635,1	1 590,8	1 523,9	1 607,3	1 566,0
Anteile an Investmentfonds	138,1	135,5	151,9	135,5	151,0	150,0	149,8	151,9	151,1
Geldmarktfonds	1,1	1,2	1,4	1,2	0,9	1,1	1,0	1,4	1,0
Sonstige Investmentfonds	137,0	134,4	150,6	134,4	150,1	149,0	148,8	150,6	150,1
Versicherungstechnische Rückstellungen	46,1	47,3	48,7	47,3	47,6	48,0	48,3	48,7	50,9
Finanzderivate	16,8	22,7	24,0	22,7	25,9	23,0	24,6	24,0	23,2
Sonstige Forderungen	891,1	857,9	929,5	857,9	900,0	927,0	922,0	929,5	922,9
Insgesamt	3 668,4	3 771,4	4 111,5	3 771,4	4 054,0	4 028,9	3 952,0	4 111,5	4 037,3
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	138,9	150,9	156,8	150,9	159,5	157,2	158,1	156,8	173,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	13,4	1,8	3,0	1,8	2,3	2,3	3,3	3,0	5,1
langfristige Schuldverschreibungen	125,4	149,1	153,7	149,1	157,1	154,9	154,8	153,7	168,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	51,1	60,1	58,6	60,1	62,6	62,7	60,7	58,6	65,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,6	4,1	4,5	4,2	3,6	4,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	30,8	39,8	39,9	39,8	42,0	42,8	41,3	39,9	45,9
Staat	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	15,6	15,8	15,0	15,8	16,4	15,3	15,2	15,0	15,6
Schuldverschreibungen des Auslands	87,8	90,7	98,1	90,7	96,9	94,5	97,4	98,1	107,3
Kredite insgesamt	1 418,5	1 388,8	1 439,5	1 388,8	1 422,6	1 439,0	1 436,6	1 439,5	1 451,4
kurzfristige Kredite	494,2	496,2	517,8	496,2	508,5	522,0	517,8	517,8	532,5
langfristige Kredite	924,2	892,6	921,7	892,6	914,1	917,1	918,8	921,7	918,9
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 098,7	1 083,3	1 104,9	1 083,3	1 105,3	1 112,1	1 112,3	1 104,9	1 108,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,5	216,2	214,8	214,8	219,1	218,5	221,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	821,1	814,5	828,3	814,5	831,1	839,6	838,0	828,3	828,6
Staat	61,0	52,6	58,0	52,6	59,4	57,7	55,1	58,0	57,7
Kredite aus dem Ausland	319,8	305,5	334,6	305,5	317,3	326,9	324,3	334,6	343,3
Anteilsrechte insgesamt	2 436,6	2 542,2	2 670,9	2 542,2	2 860,2	2 715,7	2 484,8	2 670,9	2 567,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	571,9	570,0	626,4	570,0	681,4	625,1	551,6	626,4	585,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	252,2	283,1	267,4	233,2	266,6	242,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	120,3	133,9	150,1	133,9	181,9	159,4	130,8	150,1	140,3
Staat	35,2	35,2	43,4	35,2	42,9	39,5	41,1	43,4	41,5
Private Haushalte	146,6	148,7	166,2	148,7	173,4	158,8	146,5	166,2	161,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	670,8	719,9	756,3	719,9	839,8	789,6	693,2	756,3	724,7
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 194,0	1 252,3	1 288,3	1 252,3	1 339,0	1 301,0	1 240,0	1 288,3	1 257,5
Versicherungstechnische Rückstellungen	243,9	249,9	256,0	249,9	251,5	253,0	254,5	256,0	257,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	37,3	54,0	42,0	54,0	63,9	46,6	44,7	42,0	49,8
Sonstige Verbindlichkeiten	964,8	985,6	1 051,6	985,6	1 037,2	1 023,9	1 025,4	1 051,6	1 044,3
Insgesamt	5 240,0	5 371,4	5 616,8	5 371,4	5 794,9	5 635,4	5 404,0	5 616,8	5 543,5

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014					2015					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
Geldvermögensbildung														
Bargeld und Einlagen	63,87	85,60	85,21	40,18	14,61	31,14	8,49	30,98	8,12					
Bargeld	8,08	15,42	14,05	6,88	4,12	7,18	3,01	0,26	2,42					
Einlagen insgesamt	55,79	70,18	71,16	33,30	10,49	23,96	5,48	31,24	5,70					
Sichteinlagen	89,41	73,84	100,96	33,62	19,30	34,43	15,01	32,22	7,24					
Termineinlagen	- 9,78	8,74	- 9,22	4,12	- 2,32	- 3,12	- 4,21	0,44	0,83					
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 23,85	- 12,41	- 20,58	- 4,44	- 6,49	- 7,35	- 5,32	- 1,43	- 2,37					
Schuldverschreibungen insgesamt	- 17,81	- 18,00	- 17,40	- 5,89	- 7,38	- 5,09	- 1,87	- 3,07	- 1,76					
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,36	- 0,67	0,75	- 0,32	0,29	0,31	0,28	- 0,13	0,10					
langfristige Schuldverschreibungen	- 17,45	- 17,33	- 18,16	- 5,57	- 7,66	- 5,40	- 2,14	- 2,95	- 1,86					
nachrichtlich:														
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 14,86	- 15,08	- 9,34	- 4,25	- 4,76	- 2,98	- 0,16	- 1,45	1,08					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,24	0,02	0,39	- 0,23	0,21	0,23	0,02	- 0,07	0,67					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 12,46	- 12,52	- 6,80	- 3,58	- 4,05	- 2,40	0,44	- 0,78	0,74					
Staat	- 3,64	- 2,58	- 2,93	- 0,44	- 0,91	- 0,81	- 0,61	- 0,60	- 0,33					
Schuldverschreibungen des Auslands	- 2,94	- 2,93	- 8,06	- 1,64	- 2,62	- 2,11	- 1,71	- 1,62	- 2,84					
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	9,63	36,87	46,39	10,43	4,53	10,53	16,85	14,48	15,67					
Anteilsrechte insgesamt	- 0,41	12,17	15,03	3,95	- 6,26	2,87	11,73	6,69	10,26					
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 5,63	4,61	4,06	1,79	- 6,53	1,13	6,67	2,79	6,59					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,29	2,69	3,77	1,55	- 5,50	0,49	6,03	2,76	4,52					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,35	1,93	0,28	- 4,25	- 1,03	0,64	0,64	0,03	2,07					
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,99	3,70	6,75	1,06	0,66	0,80	3,00	2,30	1,65					
Übrige Anteilsrechte 1)	2,24	3,86	4,22	1,10	- 0,39	0,95	2,07	1,60	2,02					
Anteile an Investmentfonds	10,04	24,70	31,36	6,49	10,79	7,66	5,12	7,79	5,41					
Geldmarktfonds	- 0,30	- 0,34	- 0,57	0,12	- 0,16	- 0,02	- 0,10	- 0,30	- 0,30					
Sonstige Investmentfonds	10,34	25,04	31,93	6,37	10,95	7,68	5,22	8,09	5,71					
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	26,02	24,46	19,75	5,88	5,63	5,07	4,93	4,12	5,70					
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	31,69	30,40	33,33	7,67	16,20	8,99	5,28	2,87	19,32					
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	19,39	28,83	28,31	7,31	6,19	4,09	6,21	11,82	3,49					
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Sonstige Forderungen 2)	9,76	- 34,02	- 15,91	- 25,03	11,75	- 10,21	0,02	- 17,47	8,37					
Insgesamt	142,56	154,13	179,68	40,55	51,53	44,53	39,90	43,72	58,91					
Außenfinanzierung														
Kredite insgesamt	11,96	19,31	38,41	4,18	3,59	11,78	14,56	8,48	6,23					
kurzfristige Kredite	- 3,31	- 1,98	- 3,17	- 2,04	1,00	- 1,26	- 1,51	- 1,40	- 0,42					
langfristige Kredite	15,27	21,29	41,58	6,22	2,59	13,04	16,07	9,88	6,64					
nachrichtlich:														
Wohnungsbaukredite	18,89	23,58	35,84	8,33	2,30	10,24	13,76	9,53	4,51					
Konsumentenkredite	- 0,30	1,21	5,44	- 1,71	1,57	2,15	1,40	0,32	2,11					
Gewerbliche Kredite	- 6,64	- 5,49	- 2,88	- 2,44	- 0,29	- 0,61	- 0,60	- 1,38	- 0,38					
nachrichtlich:														
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,60	18,87	39,35	4,17	3,27	11,60	15,09	9,38	5,24					
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	- 0,60	0,43	- 0,94	0,01	0,32	0,18	- 0,53	- 0,90	0,99					
Kredite vom Staat und Ausland	- 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Sonstige Verbindlichkeiten	- 0,01	0,78	0,31	0,31	0,25	0,05	- 0,01	0,02	0,17					
Insgesamt	11,94	20,09	38,72	4,49	3,84	11,83	14,55	8,50	6,40					

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2016					
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 910,8	1 997,9	2 083,1	1 997,9	2 012,5	2 043,6	2 052,1	2 083,1	2 091,3
Bargeld	112,0	127,5	141,5	127,5	131,6	138,8	141,8	141,5	143,9
Einlagen insgesamt	1 798,8	1 870,4	1 941,6	1 870,4	1 880,9	1 904,8	1 910,3	1 941,6	1 947,4
Sichteinlagen	907,8	981,4	1 082,4	981,4	1 000,6	1 035,1	1 050,1	1 082,4	1 089,8
Termineinlagen	245,9	256,4	246,8	256,4	254,0	250,9	246,4	246,8	248,3
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	645,1	632,7	612,4	632,7	626,2	618,9	613,8	612,4	609,3
Schuldverschreibungen insgesamt	179,0	162,2	139,8	162,2	156,8	149,2	144,0	139,8	137,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,7	2,1	2,9	2,1	2,4	2,7	3,0	2,9	2,9
langfristige Schuldverschreibungen	176,3	160,1	136,9	160,1	154,3	146,5	141,0	136,9	134,2
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	116,9	102,4	89,4	102,4	98,6	94,3	92,2	89,4	89,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	14,2	14,1	13,4	14,1	14,8	13,7	13,5	13,4	13,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	90,7	78,7	69,5	78,7	75,1	72,9	71,5	69,5	69,4
Staat	12,0	9,6	6,5	9,6	8,7	7,8	7,1	6,5	6,3
Schuldverschreibungen des Auslands	62,0	59,8	50,3	59,8	58,2	54,9	51,8	50,3	47,6
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	885,9	951,4	1 040,7	951,4	1 051,1	1 018,4	982,1	1 040,7	1 024,3
Anteilsrechte insgesamt	487,6	508,9	555,9	508,9	563,4	537,0	518,3	555,9	544,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	167,4	169,7	188,9	169,7	197,9	179,6	168,4	188,9	181,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	140,4	142,1	158,7	142,1	165,4	151,1	140,2	158,7	154,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	26,9	27,6	30,3	27,6	32,5	28,5	28,2	30,3	27,6
Börsennotierte Aktien des Auslands	55,8	64,0	74,8	64,0	74,6	71,7	67,9	74,8	73,1
Übrige Anteilsrechte 1)	264,4	275,3	292,2	275,3	290,9	285,7	282,0	292,2	290,1
Anteile an Investmentfonds	398,3	442,5	484,8	442,5	487,7	481,3	463,8	484,8	479,3
Geldmarktfonds	4,4	4,0	3,4	4,0	3,8	3,8	3,7	3,4	3,1
Sonstige Investmentfonds	393,8	438,5	481,4	438,5	483,8	477,5	460,1	481,4	476,3
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	291,3	307,3	323,0	307,3	311,5	315,7	319,8	323,0	328,7
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	847,3	885,6	922,5	885,6	903,1	912,9	918,8	922,5	941,7
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	708,3	745,6	777,9	745,6	753,2	758,2	765,2	777,9	781,4
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	36,7	35,8	34,8	35,8	35,6	35,5	35,1	34,8	34,6
Insgesamt	4 859,4	5 085,8	5 321,8	5 085,8	5 223,8	5 233,4	5 217,1	5 321,8	5 339,2
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 549,6	1 569,2	1 605,6	1 569,2	1 571,6	1 583,1	1 597,3	1 605,6	1 612,2
kurzfristige Kredite	66,4	64,6	60,9	64,6	65,6	64,1	62,6	60,9	60,5
langfristige Kredite	1 483,2	1 504,7	1 544,7	1 504,7	1 506,0	1 519,0	1 534,7	1 544,7	1 551,7
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 092,9	1 116,8	1 152,7	1 116,8	1 119,0	1 129,5	1 142,9	1 152,7	1 157,3
Konsumentenkredite	188,7	188,9	191,9	188,9	189,2	191,2	192,2	191,9	194,0
Gewerbliche Kredite	268,0	263,6	260,9	263,6	263,3	262,5	262,1	260,9	260,9
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 458,4	1 477,6	1 514,9	1 477,6	1 479,6	1 491,0	1 505,7	1 514,9	1 520,5
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,2	91,7	90,7	91,7	92,0	92,2	91,6	90,7	91,7
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	15,6	16,5	16,5	16,5	17,5	17,3	17,5	16,5	17,2
Insgesamt	1 565,2	1 585,7	1 622,1	1 585,7	1 589,1	1 600,4	1 614,8	1 622,1	1 629,4

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
	Mrd €					in % des BIP				
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2010	- 108,9	- 84,1	- 20,6	- 8,1	+ 3,8	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,1
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 1,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,6
2012	- 1,4	- 16,1	- 5,9	+ 2,2	+ 18,4	- 0,0	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7
2013 p)	- 5,7	- 8,1	- 3,1	+ 0,2	+ 5,3	- 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2
2014 p)	+ 8,1	+ 8,6	- 0,9	- 2,5	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
2015 p)	+ 22,6	+ 10,7	+ 4,7	+ 4,7	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2014 1.Hj. p)	+ 10,9	+ 1,4	- 0,8	+ 3,8	+ 6,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5
2.Hj. p)	- 2,8	+ 7,2	- 0,2	- 6,3	- 3,5	- 0,2	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,2
2015 1.Hj. p)	+ 14,1	+ 2,4	+ 3,5	+ 5,6	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2
2.Hj. p)	+ 8,5	+ 8,3	+ 1,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,0
2016 1.Hj. p)	+ 18,5	+ 9,7	+ 0,4	+ 2,5	+ 5,9	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2010	2 089,9	1 335,2	629,7	143,0	1,3	81,0	51,7	24,4	5,5	0,1
2011	2 116,8	1 342,3	644,1	146,8	1,3	78,3	49,7	23,8	5,4	0,0
2012 p)	2 193,3	1 386,6	672,3	151,0	1,2	79,5	50,3	24,4	5,5	0,0
2013 p)	2 177,8	1 389,6	650,7	153,5	1,3	77,1	49,2	23,0	5,4	0,0
2014 p)	2 177,7	1 396,0	644,2	154,1	1,4	74,5	47,7	22,0	5,3	0,0
2015 p)	2 152,9	1 372,0	646,5	154,5	1,4	71,0	45,2	21,3	5,1	0,0
2014 1.Vj. p)	2 168,9	1 386,8	646,5	153,3	1,2	75,9	48,5	22,6	5,4	0,0
2.Vj. p)	2 175,8	1 395,3	644,6	154,0	1,1	75,6	48,5	22,4	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 176,6	1 391,4	647,1	154,3	1,1	75,1	48,0	22,3	5,3	0,0
4.Vj. p)	2 177,7	1 396,0	644,2	154,1	1,4	74,5	47,7	22,0	5,3	0,0
2015 1.Vj. p)	2 185,8	1 399,3	653,5	154,3	1,4	74,2	47,5	22,2	5,2	0,0
2.Vj. p)	2 152,0	1 382,7	633,8	153,8	1,4	72,4	46,5	21,3	5,2	0,0
3.Vj. p)	2 154,1	1 377,2	641,9	154,3	1,5	71,8	45,9	21,4	5,1	0,0
4.Vj. p)	2 152,9	1 372,0	646,5	154,5	1,4	71,0	45,2	21,3	5,1	0,0
2016 1.Vj. p)	2 167,5	1 384,9	643,6	155,9	1,2	70,9	45,3	21,1	5,1	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:						
		Steuern	Sozialbeiträge	sonstige		Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2010	1 110,3	556,2	426,2	127,9	1 219,2	634,5	203,5	63,9	59,4	258,0	- 108,9	986,5
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	67,5	61,4	237,2	- 25,9	1 045,6
2012	1 220,4	624,9	454,3	141,2	1 221,8	645,5	212,3	63,1	61,5	239,3	- 1,4	1 083,7
2013 p)	1 258,0	650,6	465,0	142,4	1 263,7	666,5	217,9	56,0	60,7	262,5	- 5,7	1 119,9
2014 p)	1 306,3	674,0	482,0	150,3	1 298,2	692,5	224,1	52,0	60,9	268,7	+ 8,1	1 160,7
2015 p)	1 356,5	706,3	500,8	149,4	1 333,9	723,4	228,6	47,3	64,3	270,3	+ 22,6	1 212,5
in % des BIP												
2010	43,0	21,6	16,5	5,0	47,3	24,6	7,9	2,5	2,3	10,0	- 4,2	38,2
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	2,5	2,3	8,8	- 1,0	38,7
2012	44,2	22,7	16,5	5,1	44,3	23,4	7,7	2,3	2,2	8,7	- 0,0	39,3
2013 p)	44,5	23,0	16,5	5,0	44,7	23,6	7,7	2,0	2,1	9,3	- 0,2	39,6
2014 p)	44,7	23,1	16,5	5,1	44,4	23,7	7,7	1,8	2,1	9,2	+ 0,3	39,7
2015 p)	44,7	23,3	16,5	4,9	44,0	23,9	7,5	1,6	2,1	8,9	+ 0,7	40,0
Zuwachsraten in %												
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	- 1,7	+ 1,9	+ 14,8	.	+ 1,3
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,3	- 8,1	.	+ 6,0
2012	+ 3,2	+ 4,4	+ 2,7	- 0,3	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,8	- 6,5	+ 0,2	+ 0,9	.	+ 3,6
2013 p)	+ 3,1	+ 4,1	+ 2,4	+ 0,8	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,6	- 11,2	- 1,3	+ 9,7	.	+ 3,3
2014 p)	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,5	+ 2,7	+ 3,9	+ 2,8	- 7,2	+ 0,4	+ 2,3	.	+ 3,6
2015 p)	+ 3,8	+ 4,8	+ 3,9	- 0,5	+ 2,7	+ 4,5	+ 2,0	- 9,1	+ 5,4	+ 0,6	.	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,4	551,1	+ 3,2	1 245,1	1 236,8	+ 8,4
2015 p)	832,1	673,3	10,4	802,9	243,5	302,0	49,9	46,3	12,7	+ 29,2	574,2	572,5	+ 1,7	1 302,8	1 271,9	+ 30,9
2014 1.Vj. p)	188,2	153,6	2,0	193,9	56,7	77,9	20,0	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	296,0	305,0	- 9,0
2.Vj. p)	193,1	157,4	2,2	188,1	56,9	71,8	9,8	9,8	8,2	+ 5,0	136,4	135,8	+ 0,6	304,5	299,0	+ 5,6
3.Vj. p)	192,2	157,5	3,4	193,5	57,1	71,2	17,7	11,3	4,0	- 1,4	136,3	137,4	- 1,1	303,1	305,5	- 2,4
4.Vj. p)	219,0	174,9	3,5	211,8	65,4	73,5	9,5	16,5	3,1	+ 7,2	148,3	141,5	+ 6,8	341,6	327,6	+ 14,0
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2
2.Vj. p)	208,4	167,7	1,5	185,2	59,5	73,2	7,2	9,1	3,0	+ 23,1	142,4	142,3	+ 0,1	325,0	301,8	+ 23,2
3.Vj. p)	202,9	159,0	3,8	198,1	62,3	70,9	16,6	11,6	3,4	+ 4,7	141,2	143,4	- 2,1	318,2	315,6	+ 2,6
4.Vj. p)	222,2	178,1	2,6	219,4	63,2	77,3	7,6	17,1	3,7	+ 2,8	152,7	145,3	+ 7,4	349,1	338,9	+ 10,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungsgruppen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergäben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,2	326,4	+ 11,8	355,1	350,4	+ 4,7	232,7	229,1	+ 3,6
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	50,0	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,8	52,0	+ 2,8
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,4	- 0,5
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	- 2,0	63,0	61,0	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	58,1	53,4	+ 4,7
3.Vj. p)	85,9	89,0	- 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	57,5	56,3	+ 1,2
4.Vj. p)	91,4	83,3	+ 8,1	94,1	96,6	- 2,6	69,0	65,9	+ 3,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)		
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577
4.Vj.	174 650	153 966	85 763	60 603	7 599	27 592	- 6 908	6 754
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+ 8 163	6 433
2.Vj.	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	- 299	6 633
3.Vj.	166 468	143 854	79 783	59 551	4 520	23 006	- 392	7 558
4.Vj.	177 978	156 200	84 089	64 613	7 499	29 461	- 7 684	6 618
2016 1.Vj.	170 358	144 841	74 113	61 972	8 755	17 121	+ 8 396	6 488
2.Vj.	...	152 046	82 185	64 685	5 175	6 512
2015 Juli	.	46 607	25 316	19 962	1 329	.	.	3 053
2016 Juli	.	45 538	23 479	19 654	2 405	.	.	3 063

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501	
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517	
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040	
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031	
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802	
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049	
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059	
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783	
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139	
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741	
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838	1 183	9 907	
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029	1 409	9 453	
4.Vj.	166 901	71 295	49 816	12 457	3 842	5 180	54 111	40 873	13 238	3 484	31 407	5 265	1 339	10 701	
2016 1.Vj.	154 892	70 790	42 583	14 569	8 433	5 204	54 408	42 268	12 141	173	22 553	5 673	1 294	10 051	
2.Vj.	162 100	74 493	45 315	12 943	7 329	8 905	52 705	40 195	12 510	1 957	25 783	5 952	1 210	10 055	
2015 Juli	49 328	20 202	15 708	- 598	- 141	5 233	17 178	12 760	4 418	1 731	8 074	1 705	439	2 722	
2016 Juli	48 367	19 524	16 148	- 214	289	3 301	17 280	13 033	4 246	1 779	7 669	1 692	422	2 829	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2015: 52,3/45,5/2,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2015: 22,4/77,6. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	14 921	15 930	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	.	11 249	6 290	2 801	60 396	45 752	13 215
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	-1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638	13 858	10 792	2 786
2015 1.Vj.	4 704	2 223	3 783	5 825	2 454	1 806	570	904	.	2 760	1 668	779	14 288	10 912	2 982
2.Vj.	9 512	3 683	4 278	2 187	2 361	1 465	470	937	.	2 561	1 617	660	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 981	3 714	2 436	2 108	1 643	496	1 102	.	3 021	1 335	672	15 180	11 118	3 697
4.Vj.	15 220	5 034	4 155	1 972	1 883	1 678	534	930	.	2 906	1 670	689	14 561	11 339	2 899
2016 1.Vj.	4 620	2 722	3 979	5 946	2 489	1 685	565	547	.	3 217	1 668	787	15 639	12 090	3 121
2.Vj.	9 860	4 139	4 470	2 269	2 366	1 515	473	691	.	2 952	2 283	717
2015 Juli	3 201	1 374	1 027	628	756	584	156	347	.	1 029	446	229	.	.	.
2016 Juli	3 365	715	1 082	654	768	546	171	368	.	981	488	223	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Für die Summe siehe Tabelle X. **6** **2** Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. **3** Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. **4** Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- pierre	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+ 3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	- 1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223
2.Vj.	71 291	50 372	20 548	70 418	60 097	4 238	+ 873	34 427	31 892	2 265	183	87	4 220

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. **2** Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. **3** Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. **4** Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. **5** Einschl. Barmittel. **6** Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-
2.Vj.	8 991	7 737	278	-	7 807	3 648	203	1 847	.	147	1 288	+ 1 184	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)		Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747
2016 1.Vj.	53 320	49 292	3 500	55 424	18 044	8 879	9 374	3 470	3 419	2 955	2 458	- 2 104
2.Vj.	54 988	51 009	3 500	55 603	17 686	9 005	9 362	3 478	3 528	2 963	2 599	- 615

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2015	30 825	30 751	29 101	3 717	10 745	6 410	960	1 273	+	1 723
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236
4.Vj.	8 198	8 180	7 571	966	2 722	1 682	240	295	+	626
2016 1.Vj.	7 600	7 578	7 587	941	2 703	1 613	238	389	+	13
2.Vj.	7 918	7 901	7 659	949	2 724	1 665	244	331	+	259

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142
2016 1.Vj.	+ 61 598	+ 10 650	+ 8 501	- 19 345
2.Vj.	+ 60 691	+ 4 204	+ 3 694	+ 4 084

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2009	1 781 987	4 440	556 202	188 858	134 956	897 531
2010	2 089 946	4 440	691 199	208 244	133 531	1 052 532
2011	2 116 832	4 440	631 193	208 005	120 689	1 152 505
2012	2 193 258	4 440	634 707	200 406	140 259	1 213 445
2013	2 177 830	4 440	625 050	190 921	144 951	1 212 468
2014 p)	2 177 735	4 440	612 957	190 343	130 905	1 239 089
2015 p)	2 152 943	77 220	601 197	186 703	151 358	1 136 465
2014 1.Vj. p)	2 168 893	4 440	622 203	190 620	131 109	1 220 521
2.Vj. p)	2 175 778	4 440	619 901	189 862	131 186	1 230 389
3.Vj. p)	2 176 615	4 440	621 869	189 118	127 758	1 233 431
4.Vj. p)	2 177 735	4 440	612 957	190 343	130 905	1 239 089
2015 1.Vj. p)	2 185 757	12 335	620 410	189 242	136 092	1 227 678
2.Vj. p)	2 152 027	34 310	606 650	187 345	137 223	1 186 499
3.Vj. p)	2 154 069	54 990	610 635	188 220	138 513	1 161 710
4.Vj. p)	2 152 943	77 220	601 197	186 703	151 358	1 136 465
2016 1.Vj. p)	2 167 478	100 051	600 501	183 172	150 139	1 133 614

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 903	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 606	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 254	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 806	70	113 198	4 440	2
2013	1 816 017	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 429	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj.	1 809 286	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 383	21	110 476	4 440	2
2.Vj.	1 821 829	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	285 729	16	110 859	4 440	2
3.Vj.	1 818 450	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	280 889	16	110 147	4 440	2
4.Vj.	1 822 276	27 951	429 633	259 186	2 375	703 812	1 187	281 984	42	111 664	4 440	2
2015 1.Vj. p)	1 821 447	28 317	425 257	250 432	2 271	707 905	1 155	290 067	42	111 561	4 440	2
2.Vj. p)	1 806 385	29 575	421 582	243 299	2 031	722 562	1 133	270 776	42	110 944	4 440	2
3.Vj. p)	1 810 270	26 213	424 534	256 613	1 677	715 763	1 106	269 138	42	110 741	4 440	2
4.Vj. p)	1 811 144	19 735	429 513	246 940	1 305	725 236	1 070	271 419	42	111 442	4 440	2
2016 1.Vj. p)	1 824 563	22 315	426 579	240 281	1 205	730 491	1 051	287 519	42	110 638	4 440	2
Bund 7) 8)												
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	-	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	-	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	-	8 518	4 440	2
2015 1.Vj.	1 127 042	26 495	102 203	250 432	2 271	706 308	1 155	25 289	-	8 448	4 440	2
2.Vj.	1 121 637	27 535	101 090	243 299	2 031	720 715	1 133	13 021	-	8 373	4 440	2
3.Vj.	1 119 670	24 157	98 087	256 613	1 677	713 766	1 106	11 776	-	8 046	4 440	2
4.Vj.	1 113 741	18 536	96 389	246 940	1 305	723 238	1 070	13 825	-	7 996	4 440	2
2016 1.Vj.	1 124 391	20 526	98 232	240 281	1 205	728 457	1 051	22 533	-	7 664	4 440	2
2.Vj.	1 128 595	28 369	99 417	235 389	1 108	725 469	1 033	26 236	-	7 133	4 440	2
Länder												
2010	528 696	1 176	265 631	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 870	1 975	283 601	154 844	62	97 387	.	1
2012	540 836	950	299 750	138 698	52	101 386	.	1
2013	545 814	125	313 412	133 899	35	98 343	.	1
2014 1.Vj.	540 134	261	309 346	132 020	10	98 495	.	1
2.Vj.	542 656	1 098	314 024	128 616	5	98 913	.	1
3.Vj.	546 756	856	322 362	125 257	5	98 276	.	1
4.Vj.	549 692	0	326 188	124 802	5	98 697	.	1
2015 1.Vj. p)	547 175	1 821	323 055	123 632	5	98 662	.	1
2.Vj. p)	537 972	2 040	320 492	117 313	5	98 121	.	1
3.Vj. p)	543 326	2 056	326 447	116 573	5	98 245	.	1
4.Vj. p)	550 085	1 199	333 124	116 761	5	98 996	.	1
2016 1.Vj. p)	551 943	1 789	328 347	123 278	5	98 524	.	1
Gemeinden 9)												
2010	128 740	.	-	.	.	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	.	-	.	.	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013	137 697	.	-	.	.	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014 1.Vj.	140 198	.	-	.	.	1 046	.	135 811	11	3 330	.	.
2.Vj.	140 719	.	-	.	.	1 046	.	136 332	11	3 330	.	.
3.Vj.	141 274	.	-	.	.	1 046	.	136 888	11	3 330	.	.
4.Vj.	142 456	.	-	.	.	1 297	.	136 674	37	4 448	.	.
2015 1.Vj. p)	147 230	.	-	.	.	1 597	.	141 146	37	4 450	.	.
2.Vj. p)	146 776	.	-	.	.	1 847	.	140 442	37	4 450	.	.
3.Vj. p)	147 274	.	-	.	.	1 997	.	140 790	37	4 450	.	.
4.Vj. p)	147 318	.	-	.	.	1 997	.	140 834	37	4 450	.	.
2016 1.Vj. p)	148 229	.	-	.	.	2 034	.	141 708	37	4 450	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Wäh-

rung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 9 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2015					2016	
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	104,8	110,0	111,8	- 0,4	5,0	1,6	4,5	0,8	1,9	1,7	1,9	0,9	3,9
Baugewerbe	100,2	101,6	101,4	- 2,3	1,4	- 0,2	- 1,6	- 2,2	- 0,8	- 0,8	2,4	1,0	5,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	106,2	106,6	108,6	- 0,7	0,4	1,9	0,7	2,2	1,8	1,6	1,9	1,2	3,8
Information und Kommunikation	120,2	125,9	129,1	3,8	4,8	2,5	4,9	1,7	2,8	2,5	3,0	2,4	2,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	111,2	105,8	106,5	9,7	- 4,8	0,7	- 4,0	- 0,6	2,2	1,6	- 0,4	1,5	1,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	103,3	101,8	102,6	1,7	- 1,5	0,9	- 2,0	0,5	0,8	0,9	1,2	0,5	0,8
Unternehmensdienstleister ¹⁾	104,0	106,6	109,0	0,5	2,4	2,3	2,1	1,6	2,6	2,1	3,0	2,3	4,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,4	103,1	105,2	0,1	0,7	2,0	1,1	2,1	2,3	2,1	1,6	1,6	2,4
Sonstige Dienstleister	97,8	97,3	97,6	- 1,7	- 0,5	0,3	- 0,1	- 0,2	0,3	0,2	0,9	0,2	2,1
Bruttowertschöpfung	104,7	106,3	107,9	0,5	1,5	1,6	1,3	1,1	1,7	1,6	1,8	1,2	3,2
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,7	106,4	108,2	0,5	1,6	1,7	1,7	1,3	1,8	1,8	2,1	1,5	3,1
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	103,5	104,4	106,5	0,7	0,9	2,0	1,4	2,1	1,7	2,2	2,1	1,7	2,4
Konsumausgaben des Staates	103,2	104,5	107,4	1,2	1,2	2,7	1,6	2,2	2,8	2,6	3,4	4,4	3,9
Ausrüstungen	101,3	106,8	110,7	- 2,1	5,5	3,7	3,0	1,5	1,8	4,4	6,4	4,0	4,4
Bauten	107,5	109,5	109,8	- 1,1	1,9	0,3	0,4	- 2,0	- 0,0	0,1	3,1	2,4	5,1
Sonstige Anlagen ⁴⁾	107,1	111,4	113,5	0,6	4,0	1,9	3,2	2,0	1,6	1,8	2,1	2,4	2,7
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	0,5	- 0,1	- 0,5	0,1	- 0,4	- 1,0	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,4
Inländische Verwendung	103,0	104,5	106,2	0,9	1,4	1,6	1,7	1,2	0,7	2,0	2,5	2,1	2,8
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	- 0,4	0,3	0,2	0,1	0,1	1,2	- 0,1	- 0,3	- 0,5	0,6
Exporte	113,4	118,0	124,1	1,9	4,1	5,2	4,6	5,5	6,7	4,9	3,6	1,6	4,9
Importe	110,3	114,8	121,0	3,1	4,0	5,5	5,0	6,0	4,9	6,0	5,0	3,1	4,5
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,7	106,4	108,2	0,5	1,6	1,7	1,7	1,3	1,8	1,8	2,1	1,5	3,1
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 565,7	1 594,4	1 636,0	1,8	1,8	2,6	2,1	2,4	2,5	2,7	2,8	2,2	2,8
Konsumausgaben des Staates	542,2	561,1	583,7	4,3	3,5	4,0	3,4	3,3	4,1	3,8	4,9	6,1	5,4
Ausrüstungen	180,5	191,5	200,2	- 1,8	6,1	4,6	3,9	2,4	2,6	5,3	7,4	5,0	5,4
Bauten	277,2	288,7	295,0	1,5	4,2	2,2	2,0	- 0,0	1,9	1,9	4,9	4,0	7,0
Sonstige Anlagen ⁴⁾	99,5	105,0	108,6	1,6	5,5	3,5	4,6	3,7	3,2	3,3	3,7	3,8	4,0
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 7,2	- 7,4	- 20,2
Inländische Verwendung	2 657,8	2 733,2	2 803,3	2,6	2,8	2,6	2,9	2,0	1,8	2,9	3,6	3,1	3,6
Außenbeitrag	168,4	190,7	229,5
Exporte	1 284,7	1 334,8	1 418,8	1,3	3,9	6,3	5,0	6,2	8,6	6,2	4,2	0,9	2,9
Importe	1 116,4	1 144,1	1 189,3	1,5	2,5	3,9	3,6	3,7	4,5	4,7	2,8	0,1	0,3
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 826,2	2 923,9	3 032,8	2,5	3,5	3,7	3,5	3,2	3,8	3,7	4,2	3,2	4,6
IV. Preise (2010 = 100)													
Privater Konsum	104,6	105,6	106,2	1,1	1,0	0,6	0,7	0,3	0,8	0,5	0,6	0,5	0,4
Bruttoinlandsprodukt	104,6	106,6	108,7	2,0	1,8	2,0	1,8	1,9	2,0	1,9	2,1	1,7	1,4
Terms of Trade	98,2	99,5	102,0	1,1	1,3	2,6	1,7	3,0	2,1	2,5	2,6	2,3	2,2
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 430,0	1 485,5	1 539,9	2,8	3,9	3,7	3,8	3,2	3,8	3,8	3,9	4,1	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	677,7	694,1	723,4	2,2	2,4	4,2	0,5	4,0	3,6	4,1	5,3	1,9	9,8
Volkseinkommen	2 107,8	2 179,5	2 263,2	2,6	3,4	3,8	2,9	3,4	3,8	3,9	4,3	3,3	5,3
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 893,9	2 988,9	3 098,8	2,5	3,3	3,7	3,1	3,3	3,4	3,7	4,2	3,4	4,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2016. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Baugewerbe	Energie	Industrie									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100												
Gewicht in % ¹⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2012	106,3	105,9	97,4	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,7
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,8	114,8
2014	107,9	108,4	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2015	108,5	106,0	97,5	110,3	106,2	117,6	102,8	101,9	111,4	109,5	114,8	119,3
2015 2.Vj.	108,4	108,3	91,3	110,6	107,7	117,5	101,5	100,7	113,4	108,0	115,9	120,3
3.Vj.	109,0	113,8	93,1	110,4	107,4	116,6	100,2	103,2	112,2	111,0	113,5	117,5
4.Vj.	111,3	117,9	100,7	111,7	103,3	122,6	105,4	104,4	109,7	111,3	122,5	116,5
2016 1.Vj.	106,8	86,4	101,9	110,3	107,6	116,6	106,7	100,7	112,9	108,9	109,1	124,9
2.Vj. ^{x)}	108,8	107,6	89,1	111,5	108,0	119,0	105,6	101,1	114,4	109,1	113,4	124,5
2015 Juli ²⁾	111,7	116,0	94,2	113,4	109,9	121,0	97,2	104,8	114,8	111,7	116,1	126,8
Aug. ²⁾	102,1	110,2	90,7	102,4	102,5	103,8	90,8	100,8	105,8	105,0	105,6	96,8
Sept.	113,3	115,1	94,5	115,5	109,9	125,1	112,7	103,9	116,0	116,2	118,9	129,0
Okt.	113,9	119,0	99,0	115,2	110,2	123,2	109,5	106,7	117,6	112,6	116,1	130,4
Nov.	115,7	120,6	101,3	116,9	109,5	127,0	113,4	108,7	117,1	115,8	121,3	129,5
Dez.	104,2	114,2	101,7	103,1	90,2	117,7	93,4	97,7	94,3	105,5	130,1	89,7
2016 Jan.	100,3	71,5	106,5	103,6	103,2	105,7	100,1	99,6	107,6	102,2	96,1	114,6
Febr.	104,1	84,7	96,9	107,9	105,1	114,9	105,4	96,1	110,0	106,6	106,3	125,5
März	115,9	103,1	102,4	119,5	114,6	129,1	114,5	106,4	121,2	117,9	125,0	134,5
April ^{x)}	108,1	104,3	91,3	110,8	107,7	118,0	106,4	99,8	114,1	107,2	110,6	128,4
Mai ^{x)}	106,3	106,3	89,9	108,4	106,9	113,2	99,0	101,0	112,3	105,4	108,2	116,1
Juni ^{x)}	112,0	112,1	86,2	115,3	109,3	125,8	111,5	102,4	116,9	114,8	121,5	129,1
Juli ^{2)x)p)}	110,4	118,7	91,8	111,7	109,0	118,3	102,0	102,0	113,9	112,7	112,9	122,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2012	- 0,4	- 1,0	+ 1,9	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,1
2013	+ 0,1	- 0,3	- 1,0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,2	+ 1,9
2014	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,1	+ 4,1
2015	+ 0,6	- 2,2	+ 5,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,2
2015 2.Vj.	+ 1,2	- 2,0	+ 6,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,4	- 1,3
3.Vj.	+ 1,0	- 2,3	+ 7,5	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,3	- 1,3	+ 2,6
4.Vj.	- 0,3	- 0,7	+ 1,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,6	- 1,0	+ 0,1	- 2,2	- 2,0
2016 1.Vj.	+ 1,5	+ 2,8	- 2,6	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,8
2.Vj. ^{x)}	+ 0,4	- 0,6	- 2,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 4,1	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	- 2,1	+ 3,5
2015 Juli ²⁾	+ 0,6	- 2,8	+ 11,0	+ 0,3	- 0,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	- 2,3
Aug. ²⁾	+ 2,4	- 1,3	+ 6,7	+ 2,5	+ 0,6	+ 4,8	+ 8,9	+ 0,3	+ 1,9	- 0,3	- 0,7	+ 15,7
Sept.	+ 0,2	- 2,6	+ 5,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,0	- 1,2	+ 1,0	+ 0,8	- 4,3	- 1,0
Okt.	+ 0,2	- 0,8	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	+ 2,1	+ 1,2	- 2,8	+ 0,6	- 1,7	- 0,2	+ 3,5
Nov.	± 0,0	+ 0,1	+ 2,9	- 0,3	± 0,0	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 1,6	- 0,3	- 1,7	- 3,6
Dez.	- 1,0	- 1,5	- 0,2	- 1,2	- 0,1	- 1,7	- 0,5	- 2,3	- 2,1	+ 2,7	- 4,4	- 7,0
2016 Jan.	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,1	+ 3,1	+ 1,4	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 6,1
Febr.	+ 1,8	+ 7,9	- 4,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,2
März	+ 0,3	+ 0,1	- 3,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,5	- 0,3
April ^{x)}	+ 0,7	- 1,3	- 4,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 4,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,7	- 1,4	+ 6,3
Mai ^{x)}	- 0,4	- 1,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,5	- 1,6	- 0,7	+ 1,2	+ 0,4	- 0,7	- 3,5	- 3,1
Juni ^{x)}	+ 0,9	+ 0,5	- 3,5	+ 1,4	- 0,5	+ 3,2	+ 8,7	- 1,1	+ 1,5	+ 1,1	- 1,5	+ 7,3
Juli ^{2)x)p)}	- 1,2	+ 2,3	- 2,5	- 1,5	- 0,8	- 2,2	+ 4,9	- 2,7	- 0,8	+ 0,9	- 2,8	- 3,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ^{o)} Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ¹⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. ²⁾ Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
insgesamt												
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,3	- 0,9	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,4	107,4	+ 2,0
2014	112,4	+ 2,7	103,9	+ 0,6	118,6	+ 3,8	110,8	+ 4,6	102,4	+ 0,6	113,7	+ 5,9
2015	114,8	+ 2,1	103,0	- 0,9	123,2	+ 3,9	114,3	+ 3,2	106,7	+ 4,2	116,9	+ 2,8
2015 Juli	116,6	± 0,0	105,0	- 1,3	124,4	+ 0,3	118,7	+ 3,5	107,8	+ 10,0	122,6	+ 1,7
Aug.	102,7	+ 2,4	93,4	- 1,2	108,4	+ 5,3	109,7	- 0,6	99,5	+ 5,9	113,3	- 2,5
Sept.	112,0	+ 0,1	100,0	- 1,8	120,1	+ 1,0	114,2	+ 1,6	116,4	+ 6,7	113,5	- 0,1
Okt.	113,8	- 1,0	102,9	- 3,9	120,6	± 0,0	120,2	+ 4,9	114,8	+ 5,8	122,1	+ 4,5
Nov.	116,6	+ 1,7	105,3	+ 1,1	124,9	+ 2,1	115,4	+ 1,9	109,6	+ 4,6	117,4	+ 1,0
Dez.	110,6	- 1,9	90,3	- 2,5	125,5	- 2,6	106,3	+ 8,8	98,7	+ 6,2	109,0	+ 9,7
2016 Jan.	114,1	+ 0,2	102,8	- 5,2	120,3	+ 2,0	126,6	+ 11,6	116,1	+ 10,6	130,3	+ 12,0
Febr.	112,4	+ 0,1	100,6	- 1,8	120,0	+ 1,4	119,2	- 0,7	104,1	+ 2,8	124,4	- 1,8
März	127,3	+ 1,4	108,8	- 3,9	141,1	+ 4,3	123,1	+ 4,9	118,0	+ 3,6	124,9	+ 5,2
April	113,8	- 1,9	105,0	+ 1,1	120,4	- 4,0	111,6	+ 0,8	117,1	+ 12,8	109,6	- 3,1
Mai	112,2	- 1,3	101,1	- 3,3	120,1	- 0,3	111,9	+ 0,9	100,3	- 1,5	115,9	+ 1,6
Juni	118,6	- 3,9	102,5	- 3,9	130,6	- 4,3	113,9	- 0,3	110,8	+ 2,6	114,9	- 1,4
Juli p)	114,9	- 1,5	102,5	- 2,4	123,4	- 0,8	116,7	- 1,7	108,9	+ 1,0	119,4	- 2,6
aus dem Inland												
2011	109,7	+ 10,3	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	103,9	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,5	101,9	- 1,4	107,6	+ 2,1	100,4	+ 1,2	102,8	+ 0,9	99,5	+ 1,3
2014	105,6	+ 1,1	100,8	- 1,1	110,9	+ 3,1	102,4	+ 2,0	102,8	± 0,0	102,2	+ 2,7
2015	107,4	+ 1,7	99,0	- 1,8	116,3	+ 4,9	105,2	+ 2,7	102,1	- 0,7	106,3	+ 4,0
2015 Juli	112,4	+ 3,6	101,5	- 2,5	123,5	+ 9,3	110,7	+ 2,2	104,6	+ 3,0	112,9	+ 2,0
Aug.	98,9	+ 1,0	93,1	- 1,0	103,5	+ 2,5	106,6	+ 3,6	99,7	+ 4,2	109,1	+ 3,5
Sept.	105,4	+ 3,1	96,2	- 0,6	114,3	+ 6,8	107,8	+ 2,4	115,0	+ 2,4	105,3	+ 2,4
Okt.	107,8	- 1,1	98,8	- 3,1	116,8	+ 0,4	108,3	+ 1,5	113,0	+ 2,1	106,7	+ 1,3
Nov.	110,4	+ 4,2	102,0	+ 1,8	119,1	+ 6,2	108,3	+ 5,6	108,4	+ 2,0	108,2	+ 6,8
Dez.	97,9	+ 0,7	84,1	- 4,2	112,8	+ 4,4	90,8	+ 2,7	83,6	- 1,4	93,4	+ 4,1
2016 Jan.	105,6	- 2,3	98,3	- 5,7	112,7	+ 0,4	107,1	+ 0,8	105,1	+ 3,3	107,8	- 0,1
Febr.	105,6	+ 0,6	95,0	- 2,4	115,5	+ 3,3	110,1	- 0,7	99,4	+ 0,5	113,9	- 1,1
März	117,2	- 4,2	102,9	- 5,1	132,3	- 4,2	113,1	+ 2,0	114,7	+ 5,7	112,6	+ 0,7
April	108,7	+ 0,6	102,2	+ 1,7	116,3	- 0,9	101,8	+ 2,7	105,1	+ 5,3	100,6	+ 1,8
Mai	105,1	- 0,7	95,6	- 5,4	114,5	+ 2,9	105,5	+ 4,7	94,6	+ 2,6	109,4	+ 5,4
Juni	108,5	+ 1,2	96,7	- 4,0	121,6	+ 6,2	100,6	- 1,4	101,2	+ 1,2	100,4	- 2,2
Juli p)	106,8	- 5,0	99,0	- 2,5	115,1	- 6,8	103,8	- 6,2	100,3	- 4,1	105,1	- 6,9
aus dem Ausland												
2011	109,9	+ 10,3	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,4	105,2	+ 5,6
2012	109,3	- 0,5	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,7	+ 3,5	97,3	- 3,7	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,8	104,8	- 0,4	118,5	+ 6,2	110,7	+ 2,8	100,8	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2014	117,9	+ 3,9	107,4	+ 2,5	123,4	+ 4,1	118,0	+ 6,6	102,1	+ 1,3	123,5	+ 8,2
2015	120,7	+ 2,4	107,8	+ 0,4	127,4	+ 3,2	122,1	+ 3,5	110,7	+ 8,4	126,0	+ 2,0
2015 Juli	120,0	- 2,6	109,2	± 0,0	125,0	- 4,4	125,6	+ 4,5	110,5	+ 16,6	130,8	+ 1,4
Aug.	105,8	+ 3,5	93,8	- 1,4	111,4	+ 7,0	112,4	- 3,8	99,3	+ 7,2	116,9	- 6,7
Sept.	117,3	- 2,0	104,5	- 3,0	123,6	- 2,1	119,7	+ 1,0	117,6	+ 10,6	120,4	- 1,9
Okt.	118,6	- 1,0	107,7	- 4,7	122,9	- 0,2	130,4	+ 7,4	116,3	+ 9,2	135,2	+ 6,9
Nov.	121,7	- 0,2	109,2	+ 0,2	128,4	- 0,2	121,5	- 0,7	110,7	+ 7,0	125,2	- 2,9
Dez.	121,0	- 3,4	97,7	- 0,6	133,3	- 6,0	119,6	+ 13,2	111,8	+ 11,8	122,3	+ 13,7
2016 Jan.	121,0	+ 1,9	108,2	- 4,6	125,0	+ 3,0	143,3	+ 19,9	125,6	+ 16,5	149,4	+ 21,0
Febr.	118,0	- 0,3	107,1	- 1,1	122,7	+ 0,2	126,9	- 0,8	108,2	+ 4,7	133,3	- 2,3
März	135,5	+ 5,8	115,8	- 2,6	146,5	+ 9,7	131,6	+ 7,0	120,9	+ 1,9	135,3	+ 8,7
April	118,0	- 3,7	108,3	+ 0,4	122,9	- 5,8	119,9	- 0,6	127,6	+ 18,9	117,3	- 6,3
Mai	118,0	- 1,8	107,5	- 1,0	123,6	- 2,1	117,3	- 1,9	105,2	- 4,5	121,5	- 1,1
Juni	126,9	- 7,1	109,4	- 3,9	136,2	- 9,3	125,2	+ 0,2	119,2	+ 3,7	127,2	- 0,9
Juli p)	121,5	+ 1,3	106,7	- 2,3	128,5	+ 2,8	127,7	+ 1,7	116,4	+ 5,3	131,6	+ 0,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◊ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten											Gliederung nach Bauherren 1)				
	Hochbau											Tiefbau				
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	107,1	+ 7,5	112,1	+ 12,4	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,8	91,5	- 8,1	102,0	+ 2,5	112,7	+ 13,2	95,9	- 3,7
2012	114,7	+ 7,1	121,4	+ 8,3	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,8	+ 0,3	107,9	+ 5,8	118,8	+ 5,4	103,4	+ 7,8
2013	119,2	+ 3,9	126,5	+ 4,2	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,9	+ 2,3	111,9	+ 3,7	121,9	+ 2,6	107,7	+ 4,2
2014	118,5	- 0,6	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,3	126,8	- 1,0	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,8	- 0,1	104,0	- 3,4
2015	124,2	+ 4,8	133,6	+ 5,0	165,4	+ 12,8	124,3	- 2,0	98,5	+ 8,7	114,8	+ 4,5	122,6	+ 0,7	109,3	+ 5,1
2015 Juni	137,8	+ 4,4	145,5	+ 4,0	175,0	+ 7,4	139,1	+ 4,6	106,7	- 7,3	130,0	+ 4,7	134,1	+ 2,0	126,6	+ 5,4
Juli	132,0	- 3,4	139,4	- 0,4	184,5	+ 28,1	120,3	- 18,4	107,2	- 1,9	124,6	- 6,5	120,7	- 13,6	122,4	- 6,1
Aug.	123,9	+ 2,0	130,1	+ 6,2	157,6	+ 24,1	123,1	- 5,7	96,8	+ 7,9	117,6	- 2,3	119,3	- 4,3	115,0	- 0,8
Sept.	134,3	+ 10,3	151,3	+ 16,3	202,3	+ 35,8	133,8	+ 3,7	103,1	+ 7,3	117,3	+ 3,3	128,3	+ 4,0	113,1	+ 3,4
Okt.	117,7	+ 3,5	128,0	- 1,0	158,4	+ 4,2	116,4	- 10,0	102,8	+ 21,7	107,5	+ 9,7	120,5	+ 1,1	98,6	+ 6,4
Nov.	118,8	+ 19,6	137,1	+ 21,3	152,4	+ 17,1	144,6	+ 24,0	84,9	+ 24,3	100,5	+ 17,3	140,4	+ 28,9	83,2	+ 7,8
Dez.	123,3	+ 21,0	135,0	+ 10,6	166,7	+ 8,0	125,4	+ 8,9	101,2	+ 27,6	111,6	+ 36,4	114,8	+ 4,6	114,6	+ 57,2
2016 Jan.	108,5	+ 13,9	117,7	+ 15,5	147,4	+ 20,5	106,6	+ 6,1	92,0	+ 40,0	99,3	+ 11,8	111,5	+ 7,0	89,7	+ 19,0
Febr.	120,6	+ 15,0	126,0	+ 11,0	157,8	+ 15,4	115,4	+ 9,2	94,7	+ 4,2	115,3	+ 19,7	109,5	+ 5,7	117,1	+ 25,4
März	164,7	+ 15,5	168,4	+ 12,3	227,3	+ 19,9	146,7	+ 9,9	117,0	- 2,9	160,9	+ 18,9	150,0	+ 9,6	154,5	+ 19,1
April	151,0	+ 18,9	155,3	+ 16,7	195,8	+ 14,2	142,3	+ 20,0	114,0	+ 13,0	146,7	+ 21,3	140,3	+ 18,8	143,8	+ 21,7
Mai	157,4	+ 18,5	176,1	+ 27,4	209,6	+ 24,8	173,7	+ 32,6	117,6	+ 16,1	138,7	+ 8,9	156,0	+ 19,4	137,9	+ 14,1
Juni	165,1	+ 19,8	181,0	+ 24,4	223,4	+ 27,7	174,6	+ 25,5	116,8	+ 9,5	149,1	+ 14,7	161,3	+ 20,3	145,5	+ 14,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	102,7	+ 2,6	101,1	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,3	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,8	100,8	- 0,3	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,6	+ 0,9	100,7	+ 0,4	105,8	- 1,1
2013	106,3	+ 1,7	101,3	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,1	+ 0,8	95,4	- 3,6	102,3	- 2,2	103,4	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014	108,2	+ 1,8	102,8	+ 1,5	111,6	+ 2,4	104,9	+ 1,7	94,6	- 0,8	101,9	- 0,4	110,7	+ 7,1	107,1	+ 2,5
2015 3)	111,0	+ 2,6	105,4	+ 2,5	114,8	+ 2,9	105,4	+ 0,5	95,7	+ 1,2	104,7	+ 2,7	116,6	+ 5,3	115,5	+ 7,8
2015 Juli 3)	111,4	+ 3,8	106,2	+ 4,0	115,6	+ 3,2	108,1	+ 4,6	90,8	+ 0,9	103,3	+ 3,9	119,7	+ 5,2	118,7	+ 9,3
Aug.	107,7	+ 2,1	102,5	+ 2,1	115,2	+ 6,3	96,3	- 9,9	86,2	+ 3,0	99,1	- 0,2	111,6	+ 4,2	105,8	+ 6,3
Sept.	108,3	+ 3,2	102,6	+ 3,4	110,1	+ 3,8	112,3	+ 4,5	93,2	+ 1,7	102,0	+ 3,2	113,7	+ 4,9	114,6	+ 7,0
Okt.	114,2	+ 2,3	107,8	+ 1,9	115,6	+ 1,9	120,3	+ 5,8	98,0	- 0,5	110,6	+ 1,8	119,4	+ 4,5	124,8	+ 7,6
Nov.	115,7	+ 2,7	109,6	+ 2,0	116,4	+ 3,1	104,6	- 2,7	110,8	+ 1,2	114,6	+ 3,6	122,7	+ 6,0	124,5	+ 10,5
Dez.	131,3	+ 3,3	125,6	+ 3,1	133,9	+ 3,6	124,4	+ 0,7	148,4	+ 1,2	113,5	+ 5,7	130,7	+ 4,1	106,5	+ 4,6
2016 Jan.	103,7	+ 2,5	99,7	+ 2,2	108,2	+ 3,4	92,3	+ 3,8	99,0	- 2,3	93,1	+ 3,1	116,3	+ 4,1	105,7	+ 10,1
Febr.	99,8	+ 2,1	95,5	+ 2,1	105,6	+ 3,5	80,5	- 1,3	85,8	+ 0,2	94,2	+ 4,0	113,4	+ 4,7	110,7	+ 9,1
März	113,3	+ 0,7	107,3	+ 0,7	117,0	+ 1,2	97,8	- 7,7	91,1	+ 1,3	112,0	- 0,2	123,6	+ 4,3	134,6	+ 4,7
April	112,7	+ 0,7	106,0	+ 0,7	117,0	+ 0,1	112,7	+ 3,3	81,8	+ 0,2	111,4	+ 2,1	118,7	+ 2,3	130,8	+ 6,3
Mai	113,0	+ 1,3	106,3	+ 1,2	118,6	+ 1,0	109,1	+ 1,0	79,4	- 2,2	109,9	+ 1,5	118,3	+ 4,9	125,7	+ 4,3
Juni	110,3	+ 1,8	104,2	+ 1,7	116,2	+ 1,8	104,4	- 1,0	85,0	+ 3,8	103,5	+ 1,3	116,9	+ 3,0	128,5	+ 5,8
Juli	113,5	+ 1,9	107,8	+ 1,5	118,9	+ 2,9	108,9	+ 0,7	90,2	- 0,7	107,0	+ 3,6	124,1	+ 3,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufs-

räumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2015 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6)	Offene Stellen 5) 7)
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)						
2011	41 577	+ 1,4	28 687	+ 2,4	8 580	19 094	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466
2012	42 062	+ 1,2	29 341	+ 2,3	8 739	19 604	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	42 327	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 783	19 958	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457
2014	42 662	+ 0,8	30 197	+ 1,6	8 860	20 332	770	5 029	94	49	2 898	933	6,7	490
2015	43 057	+ 0,9	30 822	+ 2,1	8 937	20 839	806	4 856	88	44	2 795	859	6,4	569
2013 2.Vj.	42 262	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 747	19 867	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459
3.Vj.	42 512	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 810	19 955	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471
4.Vj.	42 644	+ 0,5	30 118	+ 1,2	8 878	20 234	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455
2014 1.Vj.	42 214	+ 0,8	29 809	+ 1,4	8 760	20 103	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452
2.Vj.	42 626	+ 0,9	30 080	+ 1,7	8 829	20 255	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487
3.Vj.	42 849	+ 0,8	30 284	+ 1,7	8 896	20 344	800	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512
4.Vj.	42 958	+ 0,7	30 614	+ 1,6	8 956	20 625	796	5 018	77	46	2 738	846	6,3	510
2015 1.Vj.	42 512	+ 0,7	30 360	+ 1,8	8 833	20 551	756	4 863	169	51	2 993	1 011	6,9	515
2.Vj.	42 985	+ 0,8	30 671	+ 2,0	8 895	20 740	792	4 863	61	47	2 772	822	6,3	560
3.Vj.	43 272	+ 1,0	30 927	+ 2,1	8 974	20 864	840	4 868	47	33	2 759	827	6,3	595
4.Vj.	43 457	+ 1,2	31 329	+ 2,3	9 049	21 201	837	4 828	77	46	2 655	775	6,0	604
2016 1.Vj.	43 053	+ 1,3	31 068	+ 2,3	8 928	21 123	793	4 786	...	50	2 892	932	6,6	610
2.Vj.	43 514	+ 1,2	31 348	+ 2,2	8 987	21 295	824	4 832	...	47	2 674	782	6,1	653
2013 April	42 095	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 746	19 866	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460
Mai	42 301	+ 0,7	29 637	+ 1,2	8 763	19 902	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457
Juni	42 390	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 764	19 866	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459
Juli	42 425	+ 0,7	29 596	+ 1,2	8 769	19 817	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469
Aug.	42 475	+ 0,5	29 843	+ 1,2	8 826	20 002	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471
Sept.	42 635	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 906	20 228	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473
Okt.	42 731	+ 0,6	30 181	+ 1,2	8 900	20 255	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466
Nov.	42 710	+ 0,5	30 149	+ 1,1	8 889	20 252	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458
Dez.	42 490	+ 0,5	29 884	+ 1,2	8 783	20 161	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440
2014 Jan.	42 164	+ 0,7	29 736	+ 1,4	8 739	20 060	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425
Febr.	42 183	+ 0,8	29 784	+ 1,5	8 750	20 088	729	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456
März	42 296	+ 0,9	29 932	+ 1,7	8 797	20 162	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476
April	42 486	+ 0,9	30 060	+ 1,7	8 826	20 244	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485
Mai	42 643	+ 0,8	30 125	+ 1,6	8 836	20 292	751	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481
Juni	42 748	+ 0,8	30 175	+ 1,9	8 854	20 295	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495
Juli	42 780	+ 0,8	30 121	+ 1,8	8 860	20 219	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502
Aug.	42 804	+ 0,8	30 312	+ 1,6	8 904	20 362	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515
Sept.	42 964	+ 0,8	30 663	+ 1,7	8 992	20 608	813	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518
Okt.	43 053	+ 0,8	30 676	+ 1,6	8 980	20 645	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517
Nov.	43 010	+ 0,7	30 636	+ 1,6	8 960	20 645	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515
Dez.	42 810	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 864	20 565	753	5 012	107	39	2 764	867	6,4	498
2015 Jan.	42 443	+ 0,7	30 276	+ 1,8	8 815	20 498	747	4 846	169	50	3 032	1 043	7,0	485
Febr.	42 464	+ 0,7	30 342	+ 1,9	8 819	20 546	756	4 821	183	52	3 017	1 034	6,9	519
März	42 630	+ 0,8	30 528	+ 2,0	8 865	20 651	777	4 829	154	50	2 932	955	6,8	542
April	42 820	+ 0,8	30 645	+ 1,9	8 895	20 723	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552
Mai	43 002	+ 0,8	30 718	+ 2,0	8 901	20 776	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557
Juni	43 134	+ 0,9	30 771	+ 2,0	8 915	20 788	819	4 902	59	45	2 711	782	6,2	572
Juli	43 177	+ 0,9	30 744	+ 2,1	8 934	20 724	840	4 908	49	35	2 773	830	6,3	589
Aug.	43 232	+ 1,0	30 986	+ 2,2	8 993	20 899	846	4 841	40	26	2 796	851	6,4	597
Sept.	43 408	+ 1,0	31 330	+ 2,2	9 076	21 150	850	4 810	51	39	2 708	799	6,2	600
Okt.	43 492	+ 1,0	31 365	+ 2,2	9 067	21 203	846	4 813	61	47	2 649	764	6,0	612
Nov.	43 526	+ 1,2	31 384	+ 2,4	9 059	21 243	842	4 845	66	52	2 633	764	6,0	610
Dez.	43 353	+ 1,3	31 145	+ 2,5	8 963	21 163	798	4 843	105	39	2 681	798	6,1	591
2016 Jan.	42 979	+ 1,3	30 967	+ 2,3	8 904	21 060	784	4 775	169	48	2 920	961	6,7	581
Febr.	43 011	+ 1,3	31 055	+ 2,3	8 921	21 116	793	4 771	177	50	2 911	947	6,6	614
März	43 170	+ 1,3	31 221	+ 2,3	8 956	21 224	808	4 783	...	52	2 845	888	6,5	635
April	43 344	+ 1,2	31 324	+ 2,2	8 985	21 285	812	4 809	...	54	2 744	817	6,3	640
Mai	43 530	+ 1,2	31 417	+ 2,3	9 001	21 339	829	4 852	...	46	2 664	774	6,0	655
Juni	43 667	+ 1,2	31 386	+ 2,0	8 993	21 296	850	4 885	...	40	2 614	754	5,9	665
Juli	43 712	+ 1,2	2 661	805	6,0	674
Aug.	2 684	830	6,1	685

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2014 und 2015 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,3 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnenden Beschäftigten um maximal 1,4 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 31,2 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 10 Ab Mai 2016 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

len mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2014 und 2015 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,3 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnenden Beschäftigten um maximal 1,4 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 31,2 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 10 Ab Mai 2016 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreis-index	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
	Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnmieten 2)	Wohnmieten 2)								
2010 = 100											2015 = 100		
Indexstand													
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	155,2	135,9
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	166,8	128,7
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	160,2	117,6
2014	106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,1	104,0	103,6	142,8	108,3
2015	106,9	112,4	105,1	107,4	106,9	106,7	111,3	103,9 8)	107,0	104,9	100,9	100,0	100,0
2014 Okt.	106,7	110,9	104,5	114,8	105,4	105,8		105,5	103,7	104,2	103,5	135,8	105,7
Nov.	106,7	110,4	104,7	113,5	105,7	105,9	110,1	105,5	103,6	104,2	102,7	126,7	106,7
Dez.	106,7	110,8	104,4	109,1	107,0	106,0		104,8	102,7	103,9	101,0	108,2	104,9
2015 Jan.	105,6	111,4	103,6	105,6	105,3	106,1		104,2	102,4	104,4	100,2	92,1	106,8
Febr.	106,5	112,3	104,0	107,8	106,9	106,2	110,8	104,3	104,8	104,7	101,6	108,0	105,9
März	107,0	112,2	105,1	109,3	106,8	106,3		104,4	105,1	105,3	102,6	109,0	107,1
April	107,0	113,2	105,3	109,8	106,0	106,5		104,5	106,0	105,6	103,2	115,5	105,6
Mai	107,1	113,2	105,1	110,9	106,2	106,5	111,1	104,5	104,8	105,4	103,0	116,8	104,7
Juni	107,0	112,6	104,9	110,4	106,3	106,6		104,4	105,3	105,3	102,5	113,3	103,4
Juli	107,2	111,8	104,4	109,8	107,8	106,7		104,4	104,5	105,4	101,8	106,0	101,6
Aug.	107,2	111,5	104,9	107,5	108,1	106,8	111,5	103,9	102,1	104,9	100,3	91,5	96,0
Sept.	107,0	112,1	105,9	105,7	107,0	106,9		103,5 8)	107,4	104,6	99,6	90,8	94,1
Okt.	107,0	112,7	106,1	104,9	106,9	107,0		103,1	108,9	104,4	99,3	91,6	93,4
Nov.	107,1	112,9	106,0	105,0	107,1	107,1	111,8	102,9	107,6	104,5	99,1	89,6	92,7
Dez.	107,0	112,4	105,6	102,0	108,4	107,1		102,4	107,3	104,1	97,9	77,5	89,4
2016 Jan.	106,1	112,4	105,0	99,5	106,8	107,3		101,7	106,8	103,9	96,4	64,5	88,2
Febr.	106,5	113,2	105,1	98,6	107,7	107,4	112,5	101,2	106,0	103,4	95,8	64,0	88,6
März	107,3	113,7	106,1	99,6	108,8	107,5		101,2	106,5	103,6	96,5	72,3	93,6
April	106,9	113,8	106,8	100,5	106,6	107,6		101,3	105,9	103,5	96,4	75,1	95,5
Mai	107,2	113,2	106,7	102,1	107,5	107,7	113,1	101,7	106,0	103,7	97,3	82,6	97,2
Juni	107,3	112,7	106,1	103,3	108,0	107,8		102,1	106,4	103,9	97,8	87,9	98,9
Juli	107,6	113,0	105,6	102,1	109,5	107,9		102,3	109,9	104,1	97,9	84,4	100,2
Aug.	107,6	112,5	105,9	101,2	109,6	108,1	83,9	98,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 33,7	+ 15,8
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,5	+ 5,3
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	- 2,6	- 4,0	- 8,6
2014	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	- 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	- 1,0	- 8,0	- 0,3	- 2,2	- 10,9	- 7,9
2015	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2	- 7,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	- 1,8 8)	- 3,7	+ 0,9	- 2,6	- 30,0	- 7,7
2014 Okt.	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 2,3	+ 1,7	+ 1,6		- 1,0	- 14,5	+ 0,3	- 1,2	- 14,0	- 4,5
Nov.	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,8	- 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	- 0,9	- 15,3	+ 0,3	- 2,1	- 20,4	- 4,8
Dez.	+ 0,2	- 1,2	+ 1,1	- 6,6	+ 1,4	+ 1,4		- 1,7	- 16,1	+ 0,1	- 3,7	- 32,7	- 6,3
2015 Jan.	- 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 9,0	+ 1,2	+ 1,3		- 2,2	- 14,3	+ 0,4	- 4,4	- 41,4	- 3,2
Febr.	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 7,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	- 2,1	- 12,2	+ 0,7	- 3,0	- 30,1	- 4,6
März	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	- 5,7	+ 1,3	+ 1,3		- 1,7	- 12,7	+ 1,4	- 1,4	- 27,3	- 2,9
April	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	- 5,9	+ 1,2	+ 1,3		- 1,5	- 12,5	+ 1,6	- 0,6	- 21,6	- 6,4
Mai	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	- 5,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,5	- 1,3	- 11,8	+ 1,4	- 0,8	- 21,5	- 5,8
Juni	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,4	- 5,9	+ 0,9	+ 1,2		- 1,4	- 10,5	+ 1,3	- 1,4	- 25,0	- 4,6
Juli	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2	- 6,2	+ 1,0	+ 1,2		- 1,3	- 8,3	+ 1,2	- 1,7	- 26,5	- 5,1
Aug.	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	- 7,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,7	- 8,4	+ 0,8	- 3,1	- 35,5	- 10,4
Sept.	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,3	- 9,3	+ 1,1	+ 1,2		- 2,1 8)	- 0,5	+ 0,3	- 4,0	- 37,2	- 10,4
Okt.	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	- 8,6	+ 1,4	+ 1,1		- 2,3	+ 5,0	+ 0,2	- 4,1	- 32,5	- 11,6
Nov.	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,2	- 7,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	- 2,5	+ 3,9	+ 0,3	- 3,5	- 29,3	- 13,1
Dez.	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,1	- 6,5	+ 1,3	+ 1,0		- 2,3	+ 4,5	+ 0,2	- 3,1	- 28,4	- 14,8
2016 Jan.	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	- 5,8	+ 1,4	+ 1,1		- 2,4	+ 4,3	- 0,5	- 3,8	- 30,0	- 17,4
Febr.	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,1	- 8,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	- 3,0	+ 1,1	- 1,2	- 5,7	- 40,7	- 16,3
März	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0	- 8,9	+ 1,9	+ 1,1		- 3,1	+ 1,3	- 1,6	- 5,9	- 33,7	- 12,6
April	- 0,1	+ 0,5	+ 1,4	- 8,5	+ 0,6	+ 1,0		- 3,1	- 0,1	- 2,0	- 6,6	- 35,0	- 9,6
Mai	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,5	- 7,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,8	- 2,7	+ 1,1	- 1,6	- 5,5	- 29,3	- 7,2
Juni	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,1	- 6,4	+ 1,6	+ 1,1		- 2,2	+ 1,0	- 1,3	- 4,6	- 22,4	- 4,4
Juli	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,1	- 7,0	+ 1,6	+ 1,1		- 2,0	+ 5,2	- 1,2	- 3,8	- 20,4	- 1,4
Aug.	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	- 5,9	+ 1,4	+ 1,2	- 8,3	+ 2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Nettomieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. 5 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 8 Ab September 2015 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	356,2	0,4	1 027,0	2,3	1 582,6	2,6	165,9	4,9	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	380,7	6,9	1 053,3	2,6	1 569,2	- 0,8	156,2	- 5,9	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	385,3	1,2	1 087,5	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	380,4	- 1,3	1 109,8	2,0	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,0	4,1	756,8	3,8	387,6	1,9	1 144,5	3,1	1 695,6	2,5	157,6	- 0,4	9,3
2013	1 167,5	3,0	778,4	2,9	396,1	2,2	1 174,5	2,6	1 719,8	1,4	154,1	- 2,2	9,0
2014	1 213,0	3,9	807,1	3,7	407,7	2,9	1 214,8	3,4	1 759,5	2,3	165,1	7,1	9,4
2015	1 260,6	3,9	836,6	3,6	422,9	3,7	1 259,4	3,7	1 811,2	2,9	175,2	6,1	9,7
2015 1.Vj.	292,2	3,4	193,7	2,7	107,6	4,0	301,3	3,1	447,6	2,9	57,8	6,5	12,9
2.Vj.	308,5	4,1	200,1	3,5	104,2	4,3	304,4	3,8	449,5	2,8	41,9	6,1	9,3
3.Vj.	311,3	4,0	211,1	3,8	105,7	3,5	316,8	3,7	454,8	3,0	37,1	6,0	8,2
4.Vj.	348,7	4,2	231,6	4,5	105,3	3,0	337,0	4,0	459,3	3,0	38,4	5,7	8,4
2016 1.Vj.	305,0	4,4	201,8	4,2	109,5	1,8	311,3	3,3	457,9	2,3	59,4	2,8	13,0
2.Vj.	319,4	3,5	207,6	3,7	106,9	2,6	314,5	3,3	462,7	2,9	43,6	4,2	9,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2016. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers, Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	
2008	96,4	2,8	96,3	2,9	96,1	3,1	95,9	3,3	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,3	2,3	98,2	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,5	2,7	104,5	2,7	104,8	2,9	104,7	2,9	106,2	2,7
2013	107,1	2,5	107,1	2,5	107,4	2,5	107,3	2,5	108,4	2,0
2014	110,3	3,0	110,2	2,9	110,4	2,8	110,4	2,9	111,4	2,8
2015	112,9	2,4	112,7	2,3	113,0	2,4	113,0	2,4	114,4	2,7
2015 1.Vj.	104,5	2,2	104,4	2,2	104,3	2,3	111,7	2,3	107,4	2,4
2.Vj.	105,9	2,3	105,8	2,2	106,1	2,3	112,9	2,3	112,2	2,9
3.Vj.	115,2	2,5	115,0	2,4	115,4	2,4	113,7	2,5	112,6	2,7
4.Vj.	126,0	2,4	125,8	2,4	126,2	2,4	113,9	2,4	125,1	2,7
2016 1.Vj.	106,6	2,0	106,4	1,9	106,8	2,3	114,3	2,3	110,5	2,8
2.Vj.	108,2	2,1	108,0	2,1	108,1	1,8	115,2	2,0	114,6	2,1
2016 Jan.	106,5	2,3	106,3	2,2	106,6	2,4	114,1	2,4	.	.
Febr.	106,4	2,1	106,2	2,1	106,5	2,3	114,1	2,3	.	.
März	107,0	1,6	106,8	1,6	107,1	2,3	114,8	2,3	.	.
April	108,3	2,0	108,1	2,0	108,3	1,9	114,9	2,0	.	.
Mai	108,2	1,9	108,0	1,9	108,2	1,8	115,3	2,3	.	.
Juni	108,2	2,6	108,0	2,5	107,6	1,9	115,3	1,9	.	.
Juli	136,1	2,0	135,8	1,9	136,3	2,0	115,8	2,0	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2016.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)		langfristig		kurzfristig		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
											insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen		Finanzschulden
Insgesamt (Mrd €)																
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,1	176,8	160,9
2012	1 904,7	1 178,7	380,6	490,5	240,6	726,0	189,9	179,1	125,9	561,6	1 343,1	719,0	380,1	624,1	180,0	160,6
2013	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,3	635,9	191,3	166,8
2014	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8
2015	2 277,6	1 428,2	476,5	582,6	283,4	849,4	216,8	195,8	140,8	641,9	1 635,6	887,8	475,2	747,8	234,6	186,1
2015 1.Vj.	2 257,4	1 399,4	456,7	558,9	284,4	858,0	220,3	212,5	139,0	607,7	1 649,8	910,0	454,1	739,7	224,9	184,3
2.Vj.	2 218,5	1 384,0	459,8	557,6	281,8	834,5	219,1	204,4	132,0	629,9	1 588,6	857,6	449,8	731,0	224,7	180,7
3.Vj.	2 206,1	1 368,1	450,6	553,4	277,8	838,0	219,0	195,9	142,1	622,7	1 583,4	861,4	450,4	722,0	213,9	179,3
4.Vj.	2 277,6	1 428,2	476,5	582,6	283,4	849,4	216,8	195,8	140,8	641,9	1 635,6	887,8	475,2	747,8	234,6	186,1
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,8	9,5	8,4
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2014	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5
2015	100,0	62,7	20,9	25,6	12,4	37,3	9,5	8,6	6,2	28,2	71,8	39,0	20,9	32,8	10,3	8,2
2015 1.Vj.	100,0	62,0	20,2	24,8	12,6	38,0	9,8	9,4	6,2	26,9	73,1	40,3	20,1	32,8	10,0	8,2
2.Vj.	100,0	62,4	20,7	25,1	12,7	37,6	9,9	9,2	6,0	28,4	71,6	38,7	20,3	33,0	10,1	8,2
3.Vj.	100,0	62,0	20,4	25,1	12,6	38,0	9,9	8,9	6,4	28,2	71,8	39,1	20,4	32,7	9,7	8,1
4.Vj.	100,0	62,7	20,9	25,6	12,4	37,3	9,5	8,6	6,2	28,2	71,8	39,0	20,9	32,8	10,3	8,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd € 2)																
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7
2012	1 540,7	921,3	258,9	388,0	222,1	619,4	172,5	140,4	98,1	443,7	1 097,0	581,8	286,6	515,2	161,0	116,5
2013	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	286,2	521,4	170,4	118,6
2014	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4
2015	1 819,7	1 102,0	305,8	460,6	268,2	717,7	199,9	150,0	108,1	490,9	1 328,8	712,5	360,0	616,3	209,5	131,2
2015 1.Vj.	1 810,1	1 084,9	291,7	445,3	269,4	725,2	202,3	162,9	108,4	470,3	1 339,8	730,0	341,4	609,8	202,0	134,5
2.Vj.	1 782,5	1 075,0	295,2	446,2	267,7	707,5	202,0	156,0	107,0	492,7	1 289,8	693,7	343,5	596,1	195,9	132,0
3.Vj.	1 771,2	1 058,9	286,4	440,9	263,7	712,3	201,8	148,8	114,7	482,6	1 288,5	697,3	345,0	591,2	185,1	129,7
4.Vj.	1 819,7	1 102,0	305,8	460,6	268,2	717,7	199,9	150,0	108,1	490,9	1 328,8	712,5	360,0	616,3	209,5	131,2
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,4	33,4	10,9	7,6
2014	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5
2015	100,0	60,6	16,8	25,3	14,7	39,4	11,0	8,2	5,9	27,0	73,0	39,2	19,8	33,9	11,5	7,2
2015 1.Vj.	100,0	59,9	16,1	24,6	14,9	40,1	11,2	9,0	6,0	26,0	74,0	40,3	18,9	33,7	11,2	7,4
2.Vj.	100,0	60,3	16,6	25,0	15,0	39,7	11,3	8,8	6,0	27,6	72,4	38,9	19,3	33,4	11,0	7,4
3.Vj.	100,0	59,8	16,2	24,9	14,9	40,2	11,4	8,4	6,5	27,3	72,8	39,4	19,5	33,4	10,5	7,3
4.Vj.	100,0	60,6	16,8	25,3	14,7	39,4	11,0	8,2	5,9	27,0	73,0	39,2	19,8	33,9	11,5	7,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,1
2012	364,0	257,4	121,7	102,6	18,4	106,5	17,4	38,7	27,9	117,9	246,1	137,1	93,6	108,9	18,9	44,2
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,8	48,2
2014	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4
2015	457,8	326,2	170,7	122,1	15,2	131,7	16,9	45,8	32,8	151,0	306,8	175,3	115,1	131,5	25,1	54,9
2015 1.Vj.	447,3	314,5	165,0	113,6	14,9	132,8	17,9	49,6	30,6	137,3	310,0	180,1	112,7	129,9	23,0	49,8
2.Vj.	436,0	309,1	164,6	111,4	14,1	126,9	17,1	48,3	25,0	137,3	298,8	163,9	106,3	134,9	28,8	48,7
3.Vj.	434,9	309,2	164,2	112,5	14,1	125,6	17,2	47,1	27,4	140,0	294,8	164,0	105,3	130,8	28,8	49,6
4.Vj.	457,8	326,2	170,7	122,1	15,2	131,7	16,9	45,8	32,8	151,0	306,8	175,3	115,1	131,5	25,1	54,9
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,1
2012	100,0	70,7	33,4	28,2	5,1	29,3	4,8	10,6	7,7	32,4	67,6	37,7	25,7	29,9	5,2	12,1
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6
2015	100,0	71,2	37,3	26,7	3,3	28,8	3,7	10,0	7,2	33,0	67,0	38,3	25,1	28,7	5,5	12,0
2015 1.Vj.	100,0	70,3	36,9	25,4	3,3	29,7	4,0	11,1	6,8	30,7	69,3	40,3	25,2	29,0	5,1	11,1
2.Vj.	100,0	70,9	37,8	25,6	3,2	29,1	3,9	11,1	5,7	31,5	68,5	37,6	24,4	30,9	6,6	11,2
3.Vj.	100,0	71,1	37,8	25,9	3,2	28,9	3,9	10,8	6,3	32,2	67,8	37,7	24,2	30,1	6,6	11,4
4.Vj.	100,0	71,2	37,3	26,7	3,3	28,8	3,7	10,0	7,2	33,0	67,0	38,3	25,1	28,7	5,5	12,0

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen, teilweise revidiert. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. Ab dem Berichtsjahr 2016 wird die Konzernabschlussstatistik

von einer Viertel- auf eine Halbjahresbasis umgestellt. Erste Ergebnisse zum Bilanzstichtag 30. Juni 2016 werden im Dezember dieses Jahres bereitgestellt. 1 Einsch. Zahlungsmitteläquivalente. 2 Einsch. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2015	2016				
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj. Ⓟ	April	Mai	Juni Ⓟ
A. Leistungsbilanz	+ 215 159	+ 251 343	+ 329 586	+ 106 287	+ 60 610	+ 90 235	+ 36 199	+ 16 454	+ 37 582
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 914 039	1 968 822	2 114 420	539 441	501 888	528 939	175 565	171 036	182 338
Einfuhr	1 703 470	1 721 229	1 760 112	440 407	420 541	424 580	141 019	139 355	144 206
Saldo	+ 210 569	+ 247 594	+ 354 310	+ 99 035	+ 81 346	+ 104 359	+ 34 546	+ 31 681	+ 38 132
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	647 717	707 405	769 169	199 912	177 758	189 327	59 415	62 538	67 374
Ausgaben	578 716	631 846	711 110	187 470	168 954	167 498	53 634	54 453	59 411
Saldo	+ 69 001	+ 75 558	+ 58 061	+ 12 443	+ 8 803	+ 21 828	+ 5 781	+ 8 084	+ 7 963
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	611 127	633 589	621 913	160 529	142 621	144 678	48 627	46 498	49 553
Ausgaben	531 996	563 804	572 481	135 510	128 129	154 910	43 948	61 328	49 634
Saldo	+ 79 131	+ 69 789	+ 49 428	+ 25 018	+ 14 492	- 10 231	+ 4 679	- 14 829	- 81
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	88 185	92 947	103 260	26 258	22 558	27 896	8 338	10 304	9 254
Ausgaben	231 725	234 539	235 475	56 468	66 590	53 617	17 145	18 786	17 686
Saldo	- 143 539	- 141 593	- 132 211	- 30 209	- 44 032	- 25 722	- 8 807	- 8 483	- 8 432
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 20 588	+ 19 086	- 15 587	+ 6 305	- 953	+ 1 274	+ 269	+ 10	+ 995
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 350 211	+ 370 297	+ 274 597	+ 170 644	+ 48 868	+ 148 259	+ 42 818	+ 45 678	+ 59 763
1. Direktinvestitionen	- 58 477	+ 59 624	+ 108 983	+ 39 287	+ 43 527	+ 48 940	+ 7 929	+ 38 595	+ 2 416
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 611 335	+ 195 890	+ 635 768	+ 181 324	+ 165 670	+ 68 553	+ 19 793	+ 59 664	- 10 904
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 669 813	+ 136 262	+ 526 787	+ 142 038	+ 122 143	+ 19 613	+ 11 864	+ 21 069	- 13 320
2. Wertpapieranlagen	- 3 844	+ 113 297	+ 201 330	+ 121 540	+ 142 649	+ 147 700	+ 121 056	+ 7 632	+ 19 012
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 258 618	+ 455 442	+ 395 319	+ 105 444	+ 134 951	+ 141 457	+ 73 290	+ 30 528	+ 37 639
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 171 690	+ 143 539	+ 12 577	- 4 109	- 17 519	+ 31 128	+ 14 565	+ 8 124	+ 8 439
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 79 370	+ 222 275	+ 371 797	+ 74 905	+ 140 305	+ 105 916	+ 74 071	+ 29 097	+ 2 748
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 7 559	+ 89 628	+ 10 944	+ 34 648	+ 12 164	+ 4 414	- 15 346	- 6 692	+ 26 452
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 262 463	+ 342 144	+ 193 989	- 16 096	- 7 698	- 6 243	- 47 766	+ 22 896	+ 18 627
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 189 935	+ 262 328	+ 239 360	+ 54 205	- 7 916	+ 62 912	+ 18 401	+ 7 174	+ 37 337
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 64 320	+ 98 062	+ 8 766	- 11 180	- 23 511	- 104 317	- 90 059	+ 15 027	- 29 285
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 8 208	- 18 242	- 54 136	- 59 120	+ 23 730	+ 35 162	+ 23 892	+ 695	+ 10 575
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 14 605	+ 42 827	+ 84 892	+ 54 203	+ 18 559	- 7 503	- 6 093	- 493	- 917
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 393 233	+ 150 171	- 131 174	- 48 966	- 156 837	- 43 105	- 78 475	- 3 176	+ 38 546
Eurosysteem	+ 57 972	+ 55 790	- 13 537	+ 3 184	- 7 278	- 19 461	- 6 860	+ 5 362	- 17 963
Staat	- 9 132	+ 10 692	+ 20 032	+ 1 906	+ 8 245	+ 942	- 4 348	+ 3 307	+ 1 983
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 262 772	+ 101 813	- 128 148	- 44 254	- 85 405	- 32 419	- 68 054	+ 7 006	+ 28 629
Unternehmen und Privatpersonen	+ 81 622	- 18 125	- 9 520	- 9 802	- 72 399	+ 7 833	+ 787	- 18 851	+ 25 897
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 691	+ 4 380	+ 10 568	+ 4 579	+ 970	+ 2 227	- 1 599	+ 3 120	+ 706
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 114 462	+ 99 869	- 39 401	+ 58 051	- 10 791	+ 56 753	+ 6 351	+ 29 215	+ 21 187

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz							Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen	Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)								
2001	- 7 911	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 155	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 116	
2002	+ 41 655	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 413	- 4 010	+ 8 038	- 2 065	- 29 606	
2003	+ 31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292	
2004	+ 101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748	
2005	+ 105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960	
2006	+ 135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511	
2007	+ 169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130	
2008	+ 143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088	
2009	+ 141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683	
2010	+ 144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351	
2011	+ 164 581	+ 163 426	- 8 900	- 32 482	+ 69 156	- 35 520	+ 1 642	+ 120 858	+ 2 836	- 45 365	
2012	+ 193 593	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 65 825	- 39 858	- 413	+ 144 802	+ 1 297	- 48 378	
2013 r)	+ 190 420	+ 211 647	- 4 331	- 43 223	+ 65 754	- 43 758	- 591	+ 219 079	+ 838	+ 29 251	
2014 r)	+ 212 880	+ 226 499	- 7 739	- 35 353	+ 62 387	- 40 653	+ 1 138	+ 244 445	- 2 564	+ 30 426	
2015 r)	+ 256 145	+ 263 186	- 4 407	- 31 230	+ 63 739	- 39 550	- 159	+ 225 551	- 2 213	- 30 434	
2013 3.Vj. r)	+ 41 102	+ 50 743	- 3 290	- 16 483	+ 16 129	- 9 287	- 5	+ 54 577	- 785	+ 13 480	
4.Vj. r)	+ 62 069	+ 53 496	- 1 273	- 6 470	+ 26 157	- 11 114	- 1 738	+ 71 549	+ 1 464	+ 11 218	
2014 1.Vj. r)	+ 48 137	+ 52 292	+ 168	- 6 298	+ 17 061	- 14 918	+ 2 142	+ 60 275	- 565	+ 9 996	
2.Vj. r)	+ 44 982	+ 54 295	- 2 031	- 7 242	+ 4 641	- 6 712	+ 519	+ 55 959	- 610	+ 10 457	
3.Vj. r)	+ 54 257	+ 60 313	- 2 818	- 15 461	+ 17 223	- 7 818	+ 367	+ 59 285	+ 332	+ 4 661	
4.Vj. r)	+ 65 503	+ 59 599	- 3 058	- 6 352	+ 23 462	- 11 206	- 1 890	+ 68 926	- 1 722	+ 5 312	
2015 1.Vj. r)	+ 58 230	+ 60 426	- 1 680	- 4 714	+ 18 340	- 15 822	+ 218	+ 30 366	- 21	- 28 082	
2.Vj. r)	+ 58 504	+ 69 391	- 2 043	- 5 941	+ 2 107	- 7 052	+ 1 098	+ 72 772	- 465	+ 13 170	
3.Vj. r)	+ 65 959	+ 68 045	+ 577	- 13 852	+ 18 393	- 6 628	+ 703	+ 64 092	- 1 455	- 2 570	
4.Vj. r)	+ 73 452	+ 65 324	- 1 260	- 6 722	+ 24 898	- 10 048	- 2 178	+ 58 322	- 272	- 12 952	
2016 1.Vj. r)	+ 64 695	+ 64 437	+ 333	- 5 707	+ 19 425	- 13 460	- 417	+ 23 864	+ 1 228	- 40 415	
2.Vj. r)	+ 72 813	+ 77 820	+ 38	- 5 040	+ 4 515	- 4 482	+ 1 557	+ 51 583	+ 761	- 22 786	
2014 Febr. r)	+ 13 109	+ 17 038	- 278	- 2 507	+ 5 908	- 7 330	+ 417	+ 22 757	- 898	+ 9 231	
März r)	+ 21 752	+ 19 819	+ 1 391	- 1 263	+ 6 413	- 3 217	+ 239	+ 35 273	+ 708	+ 13 281	
April r)	+ 16 501	+ 18 418	- 720	- 1 585	+ 2 911	- 3 243	+ 186	+ 29 516	+ 151	+ 12 830	
Mai r)	+ 12 180	+ 17 917	- 1 675	- 1 948	- 2 726	- 1 063	- 72	+ 9 391	- 631	- 2 717	
Juni r)	+ 16 301	+ 17 960	+ 363	- 3 708	+ 4 456	- 2 406	+ 405	+ 17 051	- 130	+ 345	
Juli r)	+ 20 303	+ 22 747	- 1 684	- 4 991	+ 5 562	- 3 016	- 402	+ 13 450	+ 431	- 6 451	
Aug. r)	+ 10 707	+ 14 254	- 748	- 6 617	+ 5 430	- 2 359	+ 426	+ 13 062	+ 166	+ 1 930	
Sept. r)	+ 23 247	+ 23 312	- 385	- 3 853	+ 6 231	- 2 442	+ 343	+ 32 773	- 265	+ 9 182	
Okt. r)	+ 21 331	+ 22 823	- 1 448	- 4 994	+ 6 058	- 2 556	- 112	+ 15 292	+ 203	- 5 928	
Nov. r)	+ 18 686	+ 18 095	- 382	- 2 039	+ 6 130	- 3 500	+ 152	+ 22 905	+ 30	+ 4 067	
Dez. r)	+ 25 486	+ 18 681	- 1 228	+ 681	+ 11 274	- 5 150	- 1 930	+ 30 729	- 1 955	+ 7 173	
2015 Jan. r)	+ 14 904	+ 15 713	- 1 154	- 1 713	+ 5 103	- 4 199	+ 20	- 3 642	+ 372	- 18 567	
Febr. r)	+ 16 279	+ 19 585	- 948	- 1 625	+ 5 826	- 7 505	+ 24	+ 11 595	+ 266	- 4 709	
März r)	+ 27 046	+ 25 129	+ 422	- 1 376	+ 7 411	- 4 117	+ 173	+ 22 413	- 660	- 4 806	
April r)	+ 21 546	+ 22 552	- 1 240	- 1 432	+ 3 303	- 2 877	+ 348	+ 31 171	- 69	+ 9 276	
Mai r)	+ 11 683	+ 21 472	- 437	- 2 002	- 5 805	- 1 982	+ 557	+ 17 540	- 78	+ 5 299	
Juni r)	+ 25 275	+ 25 366	- 367	- 2 507	+ 4 609	- 2 194	+ 192	+ 24 061	- 318	- 1 406	
Juli r)	+ 25 385	+ 25 485	- 1 024	- 4 339	+ 6 553	- 2 314	+ 462	+ 20 319	- 1 170	- 5 528	
Aug. r)	+ 14 429	+ 16 856	+ 472	- 5 423	+ 5 735	- 2 739	+ 40	+ 19 460	- 180	+ 4 991	
Sept. r)	+ 26 144	+ 25 704	+ 1 129	- 4 090	+ 6 106	- 1 575	+ 201	+ 24 313	- 105	- 2 033	
Okt. r)	+ 22 157	+ 24 283	+ 23	- 5 847	+ 6 808	- 3 087	- 94	+ 16 508	+ 154	- 5 555	
Nov. r)	+ 25 372	+ 22 723	- 378	- 1 741	+ 6 874	- 2 485	+ 163	+ 20 149	- 548	- 5 386	
Dez. r)	+ 25 923	+ 18 318	- 905	+ 866	+ 11 216	- 4 476	- 2 248	+ 21 665	+ 123	- 2 011	
2016 Jan. r)	+ 14 159	+ 13 749	- 183	- 2 455	+ 5 140	- 2 275	- 89	- 5 464	- 186	- 19 534	
Febr. r)	+ 20 896	+ 22 625	+ 673	- 1 143	+ 6 932	- 7 518	+ 426	+ 9 544	+ 1 478	- 11 778	
März r)	+ 29 641	+ 28 063	- 158	- 2 109	+ 7 353	- 3 666	- 754	+ 19 784	- 64	- 9 103	
April r)	+ 28 090	+ 27 389	- 188	- 845	+ 3 238	- 1 692	+ 1 267	+ 36 312	+ 696	+ 6 955	
Mai r)	+ 18 403	+ 23 759	+ 500	- 1 584	- 3 181	- 591	+ 153	+ 4 135	+ 776	- 14 420	
Juni r)	+ 26 320	+ 26 671	- 274	- 2 611	+ 4 458	- 2 199	+ 137	+ 11 136	- 711	- 15 321	
Juli r)	+ 18 644	+ 20 853	+ 167	- 4 032	+ 5 215	- 3 392	- 143	+ 15 169	+ 342	- 3 332	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lager-
verkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen
der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und
Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz
zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der
Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2013	2014	2015	2016					
					Jan. / Jun.	März	April	Mai	Juni	Juli p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 088 025	1 123 746	1 196 378	602 945	106 846	104 155	97 224	106 723	96 395
	Einfuhr	890 393	910 145	948 503	472 529	80 947	78 682	76 196	81 989	76 912
	Saldo	+ 197 632	+ 213 601	+ 247 875	+ 130 416	+ 25 900	+ 25 473	+ 21 028	+ 24 734	+ 19 483
I. Europäische Länder	Ausfuhr	743 067	761 914	805 239	414 469	72 471	71 097	66 810	72 709	...
	Einfuhr	625 934	642 738	654 059	327 616	56 235	55 372	53 179	57 255	...
	Saldo	+ 117 133	+ 119 176	+ 151 180	+ 86 853	+ 16 236	+ 15 725	+ 13 631	+ 15 454	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	618 383	648 446	693 903	358 236	62 675	61 296	57 536	62 551	...
	Einfuhr	509 738	527 117	543 498	276 539	47 311	46 843	45 149	48 523	...
	Saldo	+ 108 645	+ 121 329	+ 150 405	+ 81 696	+ 15 364	+ 14 453	+ 12 387	+ 14 027	...
EWU-Länder (19)	Ausfuhr	405 220	413 753	435 052	223 946	38 986	38 510	36 106	38 996	...
	Einfuhr	343 487	350 550	356 887	181 010	30 991	30 416	29 545	32 114	...
	Saldo	+ 61 732	+ 63 203	+ 78 164	+ 42 935	+ 7 995	+ 8 094	+ 6 561	+ 6 882	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	47 954	47 345	46 418	23 966	4 192	4 147	3 883	4 166	...
	Einfuhr	41 965	42 548	40 107	20 951	3 441	3 499	3 087	4 301	...
	Saldo	+ 5 989	+ 4 797	+ 6 310	+ 3 015	+ 751	+ 648	+ 796	- 135	...
Frankreich	Ausfuhr	99 250	100 580	102 949	52 061	9 029	8 910	8 098	8 922	...
	Einfuhr	63 489	66 714	66 921	34 224	5 791	5 688	5 673	5 911	...
	Saldo	+ 35 761	+ 33 866	+ 36 029	+ 17 837	+ 3 238	+ 3 221	+ 2 424	+ 3 011	...
Italien	Ausfuhr	53 212	54 240	58 069	31 170	5 436	5 295	5 080	5 494	...
	Einfuhr	46 911	48 522	49 055	25 730	4 413	4 329	4 379	4 511	...
	Saldo	+ 6 301	+ 5 718	+ 9 014	+ 5 441	+ 1 022	+ 965	+ 701	+ 984	...
Niederlande	Ausfuhr	70 975	72 736	79 479	39 336	6 887	6 679	6 363	6 918	...
	Einfuhr	88 698	87 796	87 937	41 402	7 235	6 802	6 905	7 072	...
	Saldo	- 17 723	- 15 060	- 8 458	- 2 066	- 348	- 122	- 542	- 153	...
Österreich	Ausfuhr	56 217	55 807	58 114	29 744	5 257	5 180	4 747	5 203	...
	Einfuhr	36 734	36 218	37 289	19 121	3 381	3 243	3 089	3 382	...
	Saldo	+ 19 483	+ 19 590	+ 20 825	+ 10 623	+ 1 876	+ 1 937	+ 1 658	+ 1 820	...
Spanien	Ausfuhr	31 349	34 820	38 784	20 816	3 527	3 658	3 446	3 661	...
	Einfuhr	23 639	24 804	26 463	14 075	2 342	2 479	2 356	2 445	...
	Saldo	+ 7 709	+ 10 016	+ 12 320	+ 6 741	+ 1 184	+ 1 180	+ 1 090	+ 1 216	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	213 163	234 693	258 851	134 290	23 688	22 786	21 430	23 555	...
	Einfuhr	166 251	176 567	186 610	95 529	16 320	16 427	15 604	16 409	...
	Saldo	+ 46 912	+ 58 126	+ 72 241	+ 38 761	+ 7 369	+ 6 358	+ 5 826	+ 7 145	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	71 280	79 163	89 284	44 760	8 029	7 347	6 704	7 831	...
	Einfuhr	39 466	38 545	38 322	17 888	2 985	3 043	2 966	2 892	...
	Saldo	+ 31 815	+ 40 618	+ 50 962	+ 26 871	+ 5 044	+ 4 304	+ 3 738	+ 4 939	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	124 684	113 468	111 336	56 234	9 796	9 801	9 274	10 158	...
	Einfuhr	116 196	115 621	110 561	51 077	8 924	8 529	8 030	8 731	...
	Saldo	+ 8 488	- 2 153	+ 775	+ 5 157	+ 872	+ 1 272	+ 1 244	+ 1 427	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	46 924	46 202	49 279	24 803	4 369	4 241	3 949	4 371	...
	Einfuhr	38 321	39 392	42 467	21 202	3 637	3 722	3 250	3 756	...
	Saldo	+ 8 603	+ 6 810	+ 6 812	+ 3 601	+ 732	+ 519	+ 699	+ 614	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	341 213	358 337	388 569	187 432	34 172	33 033	30 176	33 751	...
	Einfuhr	264 459	267 407	294 443	144 837	24 711	23 237	23 015	24 733	...
	Saldo	+ 76 754	+ 90 930	+ 94 126	+ 42 595	+ 9 462	+ 9 796	+ 7 161	+ 9 017	...
1. Afrika	Ausfuhr	21 803	22 505	24 038	12 462	2 693	2 339	1 953	2 112	...
	Einfuhr	23 108	20 242	18 241	7 979	1 347	1 287	1 291	1 521	...
	Saldo	- 1 305	+ 2 263	+ 5 797	+ 4 483	+ 1 346	+ 1 052	+ 661	+ 591	...
2. Amerika	Ausfuhr	130 427	135 293	157 416	73 791	13 934	12 475	11 790	13 119	...
	Einfuhr	75 023	74 191	84 923	41 157	7 339	6 869	6 750	6 998	...
	Saldo	+ 55 404	+ 61 103	+ 72 493	+ 32 634	+ 6 595	+ 5 606	+ 5 040	+ 6 121	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	89 348	95 928	113 990	53 365	10 536	9 024	7 884	9 519	...
	Einfuhr	48 582	49 207	59 642	29 027	5 297	4 831	4 775	4 720	...
	Saldo	+ 40 766	+ 46 721	+ 54 349	+ 24 338	+ 5 238	+ 4 193	+ 3 109	+ 4 799	...
3. Asien	Ausfuhr	179 038	190 973	196 869	96 311	16 703	17 322	15 691	17 603	...
	Einfuhr	162 960	170 050	188 341	94 149	15 761	14 812	14 672	15 978	...
	Saldo	+ 16 077	+ 20 923	+ 8 529	+ 2 162	+ 942	+ 2 510	+ 1 018	+ 1 625	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 754	35 462	39 697	18 444	3 317	3 470	3 176	3 164	...
	Einfuhr	8 921	7 865	7 318	3 131	461	453	578	571	...
	Saldo	+ 23 833	+ 27 598	+ 32 378	+ 15 313	+ 2 856	+ 3 017	+ 2 598	+ 2 594	...
Japan	Ausfuhr	17 076	16 910	17 031	8 616	1 548	1 470	1 371	1 542	...
	Einfuhr	19 492	19 007	20 220	10 788	1 964	1 839	1 707	1 877	...
	Saldo	- 2 416	- 2 097	- 3 190	- 2 172	- 416	- 369	- 336	- 335	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	66 912	74 369	71 385	36 322	6 096	6 572	5 836	6 814	...
	Einfuhr	74 544	79 828	91 697	45 005	7 416	6 917	6 833	7 597	...
	Saldo	- 7 633	- 5 459	- 20 311	- 8 684	- 1 320	- 345	- 998	- 783	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	45 894	48 476	51 669	24 749	4 284	4 423	3 926	4 581	...
	Einfuhr	36 672	38 782	42 443	21 317	3 514	3 332	3 382	3 678	...
	Saldo	+ 9 222	+ 9 695	+ 9 226	+ 3 432	+ 769	+ 1 091	+ 543	+ 903	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 946	9 566	10 246	4 867	842	898	743	916	...
	Einfuhr	3 368	2 924	2 308	1 551	263	269	302	236	...
	Saldo	+ 6 578	+ 6 641	+ 7 937	+ 3 316	+ 579	+ 629	+ 440	+ 680	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2011	- 32 482	- 8 533	- 33 755	+ 7 812	+ 2 389	+ 857	- 6 787	+ 2 939	+ 3 358	+ 64 718	+ 1 081
2012	- 32 775	- 10 189	- 35 422	+ 8 793	+ 3 030	+ 1 442	- 9 459	+ 3 103	+ 3 155	+ 61 666	+ 1 005
2013	- 43 223	- 12 075	- 37 713	+ 8 123	+ 3 605	- 758	- 5 912	+ 3 078	+ 523	+ 64 008	+ 1 223
2014	- 35 353	- 13 254	- 37 653	+ 7 817	+ 4 274	+ 2 600	- 1 785	+ 3 035	+ 259	+ 61 258	+ 871
2015	- 31 230	- 12 655	- 36 632	+ 10 181	+ 5 118	+ 3 796	- 3 659	+ 3 102	+ 735	+ 63 370	- 366
2014 4.Vj.	- 6 352	- 3 312	- 7 278	+ 2 076	+ 1 130	+ 1 550	- 1 206	+ 705	+ 132	+ 19 643	+ 3 687
2015 1.Vj.	- 4 714	- 2 926	- 5 740	+ 2 319	+ 1 306	+ 278	- 347	+ 904	+ 799	+ 18 598	- 1 057
2.Vj.	- 5 941	- 2 218	- 7 808	+ 2 272	+ 1 093	+ 1 298	- 1 155	+ 830	+ 31	+ 3 256	+ 1 118
3.Vj.	- 13 852	- 3 352	- 14 495	+ 2 779	+ 847	+ 292	- 594	+ 770	- 445	+ 20 042	- 1 204
4.Vj.	- 6 722	- 4 158	- 8 590	+ 2 811	+ 1 872	+ 1 928	- 1 563	+ 598	+ 411	+ 21 474	+ 3 013
2016 1.Vj.	- 5 707	- 2 439	- 6 421	+ 2 272	+ 1 243	+ 249	- 1 168	+ 840	+ 754	+ 19 316	- 645
2.Vj.	- 5 040	- 1 190	- 8 057	+ 2 369	+ 1 119	+ 1 108	- 955	+ 855	+ 154	+ 5 752	- 1 084
2015 Sept.	- 4 090	- 1 339	- 4 890	+ 918	+ 129	+ 412	+ 476	+ 232	- 110	+ 6 670	- 454
Okt.	- 5 847	- 1 409	- 5 526	+ 686	+ 436	+ 197	- 675	+ 235	+ 144	+ 7 076	- 411
Nov.	- 1 741	- 1 530	- 1 759	+ 1 044	+ 609	+ 260	- 683	+ 220	+ 139	+ 7 175	- 440
Dez.	+ 866	- 1 220	- 1 304	+ 1 081	+ 826	+ 1 471	- 205	+ 143	+ 128	+ 7 223	+ 3 864
2016 Jan.	- 2 455	- 921	- 1 687	+ 952	+ 184	- 459	- 722	+ 276	+ 258	+ 5 227	- 345
Febr.	- 1 143	- 1 039	- 1 723	+ 607	+ 774	+ 165	- 138	+ 290	+ 272	+ 6 590	+ 70
März	- 2 109	- 479	- 3 011	+ 714	+ 285	+ 543	- 308	+ 274	+ 224	+ 7 498	- 370
April	- 845	- 443	- 1 174	+ 809	+ 480	- 5	- 666	+ 300	- 33	+ 3 726	- 455
Mai	- 1 584	- 277	- 3 302	+ 854	+ 743	+ 197	- 268	+ 251	- 90	- 2 748	- 344
Juni	- 2 611	- 470	- 3 582	+ 707	- 104	+ 916	- 22	+ 305	- 32	+ 4 774	- 285
Juli p)	- 4 032	- 337	- 4 284	+ 691	+ 509	- 225	- 501	+ 295	- 173	+ 5 745	- 357

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)			
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:		Insgesamt
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.		Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen	
2011	- 35 520	- 21 293	- 4 446	+ 6 718	- 14 227	- 2 977	- 2 977	+ 1 642
2012	- 39 858	- 25 493	- 5 214	+ 5 206	- 14 366	- 2 952	- 2 952	+ 413
2013	- 43 758	- 29 708	- 5 611	+ 6 177	- 14 050	- 3 250	- 3 229	+ 591
2014	- 40 653	- 28 169	- 6 076	+ 8 088	- 12 485	- 3 476	- 3 451	+ 1 138
2015	- 39 550	- 25 546	- 7 065	+ 9 800	- 14 004	- 3 540	- 3 523	+ 159
2014 4.Vj.	- 11 206	- 8 633	- 1 944	+ 759	- 2 573	- 866	- 863	+ 1 890
2015 1.Vj.	- 15 822	- 12 975	- 2 614	+ 1 327	- 2 847	- 885	- 881	+ 218
2.Vj.	- 7 052	- 1 803	- 1 161	+ 6 278	- 5 249	- 885	- 881	+ 1 098
3.Vj.	- 6 628	- 3 850	- 1 196	+ 1 212	- 2 778	- 885	- 881	+ 703
4.Vj.	- 10 048	- 6 918	- 2 094	+ 981	- 3 130	- 885	- 881	+ 2 178
2016 1.Vj.	- 13 460	- 10 054	- 2 704	+ 1 284	- 3 406	- 1 270	- 1 267	+ 417
2.Vj.	- 4 482	- 998	- 1 618	+ 5 527	- 3 484	- 1 056	- 1 053	+ 1 557
2015 Sept.	- 1 575	- 551	- 291	+ 659	- 1 024	- 295	- 294	+ 201
Okt.	- 3 087	- 2 281	- 394	+ 197	- 806	- 295	- 294	+ 94
Nov.	- 2 485	- 1 543	- 722	+ 77	- 941	- 295	- 294	+ 163
Dez.	- 4 476	- 3 094	- 979	+ 707	- 1 383	- 295	- 294	+ 2 248
2016 Jan.	- 2 275	- 1 167	- 1 181	+ 586	- 1 109	- 441	- 440	+ 89
Febr.	- 7 518	- 6 258	- 1 079	+ 281	- 1 260	- 441	- 440	+ 426
März	- 3 666	- 2 629	- 444	+ 416	- 1 038	- 388	- 387	+ 754
April	- 1 692	- 703	- 509	+ 1 217	- 989	- 354	- 353	+ 1 267
Mai	- 591	+ 555	+ 408	+ 3 020	- 1 147	- 351	- 350	+ 153
Juni	- 2 199	- 850	- 701	+ 1 290	- 1 348	- 351	- 350	+ 137
Juli p)	- 3 392	- 2 338	- 454	+ 378	- 1 054	- 351	- 350	+ 143

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2011	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 591	+ 1 076	- 1 667
2014	+ 1 138	+ 2 782	- 1 643
2015	- 159	+ 2 136	- 2 295
2014 4.Vj.	- 1 890	+ 332	- 2 222
2015 1.Vj.	+ 218	- 10	+ 228
2.Vj.	+ 1 098	+ 1 143	- 45
3.Vj.	+ 703	+ 870	- 167
4.Vj.	- 2 178	+ 134	- 2 312
2016 1.Vj.	- 417	- 676	+ 259
2.Vj.	+ 1 557	+ 2 072	- 516
2015 Sept.	+ 201	+ 41	+ 160
Okt.	- 94	+ 141	- 235
Nov.	+ 163	+ 274	- 110
Dez.	- 2 248	- 281	- 1 966
2016 Jan.	- 89	+ 2	- 91
Febr.	+ 426	+ 188	+ 238
März	- 754	- 866	+ 112
April	+ 1 267	+ 1 411	- 144
Mai	+ 153	+ 244	- 91
Juni	+ 137	+ 417	- 281
Juli p)	- 143	+ 94	- 237

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2015		2016			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 60 705	+ 299 954	+ 253 658	- 53 343	+ 154 533	+ 158 948	+ 30 301	+ 59 315	- 5 154
1. Direktinvestitionen	+ 68 688	+ 85 658	+ 98 017	+ 29 606	+ 30 747	+ 11 281	+ 3 911	+ 6 565	+ 2 602
Beteiligungskapital	+ 43 586	+ 66 413	+ 69 542	+ 22 053	+ 22 203	+ 10 478	+ 4 477	+ 953	+ 4 877
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 17 880	+ 21 373	+ 15 866	+ 4 442	+ 7 335	+ 5 100	+ 2 282	+ 569	+ 3 158
Direktinvestitionskredite	+ 25 103	+ 19 246	+ 28 475	+ 7 552	+ 8 544	+ 804	- 567	+ 5 613	- 2 275
2. Wertpapieranlagen	+ 140 366	+ 149 023	+ 124 134	+ 17 656	+ 47 212	+ 34 264	+ 8 390	+ 4 587	- 614
Aktien 2)	+ 18 946	+ 12 380	+ 19 737	+ 7 552	+ 1 314	+ 4 668	+ 4 046	+ 1 559	+ 1 804
Investmentsfondanteile 3)	+ 32 407	+ 41 302	+ 35 495	+ 4 620	+ 9 724	+ 7 875	+ 1 192	+ 483	+ 1 697
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 84 469	+ 95 794	+ 73 923	+ 6 023	+ 31 209	+ 26 381	+ 6 109	+ 4 665	- 1 028
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 4 543	- 454	- 5 021	- 539	+ 4 965	- 4 659	- 2 957	- 2 120	- 3 087
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 23 944	+ 31 769	+ 25 796	+ 5 492	+ 4 925	+ 3 940	+ 1 367	+ 51	+ 3 146
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 173 131	+ 36 069	+ 7 923	- 105 825	+ 70 420	+ 108 702	+ 15 857	+ 48 823	- 10 629
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 56 929	+ 76 305	- 90 287	- 110 672	+ 11 342	+ 38 457	- 5 720	+ 23 914	+ 19 509
kurzfristig	- 50 777	+ 21 149	- 2 803	- 15 050	+ 1 948	+ 8 368	+ 6 403	+ 1 255	+ 1 189
Unternehmen und Privatpersonen 9)	- 6 152	+ 55 156	- 87 484	- 95 622	+ 9 394	+ 30 089	- 12 123	+ 22 659	+ 18 320
langfristig	+ 21 335	- 7 517	- 13 097	- 22 398	+ 29 038	- 4 036	- 10 338	- 4 893	- 9 108
kurzfristig	+ 7 033	+ 2 091	+ 12 588	+ 1 260	- 772	- 219	+ 1 803	- 1 500	- 527
Staat	+ 14 302	- 9 608	- 25 685	- 23 658	+ 29 810	- 3 817	- 12 140	- 3 394	- 8 581
langfristig	+ 7 982	+ 17 161	- 12 057	- 1 790	+ 5 061	+ 2 400	+ 2 144	+ 4 276	- 279
kurzfristig	+ 15 663	- 405	- 7 425	- 1 202	- 1 367	- 832	+ 21	- 634	- 635
Bundesbank	- 7 681	+ 17 566	- 4 632	- 588	+ 6 428	+ 3 232	+ 2 123	+ 4 910	+ 356
5. Währungsreserven	- 145 519	- 49 880	+ 123 364	+ 29 035	+ 24 980	+ 71 881	+ 29 771	+ 25 526	- 20 750
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 838	- 2 564	- 2 213	- 272	+ 1 228	+ 761	+ 776	- 711	+ 342
1. Direktinvestitionen	- 158 374	+ 55 510	+ 28 106	- 111 665	+ 130 669	+ 107 365	+ 26 166	+ 48 179	- 20 322
Beteiligungskapital	+ 47 079	+ 6 240	+ 41 579	+ 4 087	+ 26 907	+ 35 086	+ 6 432	+ 22 893	- 4 974
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 685	+ 23 991	+ 18 498	+ 1 593	+ 6 492	+ 5 101	+ 655	- 328	+ 1 508
Direktinvestitionskredite	- 4 538	+ 3 662	+ 5 765	- 1 378	+ 3 677	+ 800	+ 267	- 798	+ 1 339
2. Wertpapieranlagen	+ 46 394	- 17 751	+ 23 081	+ 2 494	+ 20 416	+ 29 985	+ 5 778	+ 23 220	- 6 482
Aktien 2)	- 20 184	+ 11 583	- 75 003	- 49 097	+ 6 102	- 32 275	+ 16 213	- 23 175	- 30 495
Investmentsfondanteile 3)	+ 4 933	+ 5 137	+ 10 255	+ 4 866	- 2 998	- 5 660	- 1 387	- 2 509	+ 190
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 6 069	- 5 154	+ 5 515	+ 584	- 2 777	- 1 864	+ 161	- 439	- 1 536
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	- 8 329	+ 14 785	- 97 980	- 32 606	- 6 427	- 32 283	+ 15 795	- 20 747	- 15 404
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 22 857	- 3 185	+ 7 207	- 21 941	+ 18 303	+ 7 533	+ 1 643	+ 520	- 13 745
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 185 270	+ 37 687	+ 61 529	- 66 655	+ 97 659	+ 104 554	+ 3 521	+ 48 462	+ 15 146
langfristig	- 158 518	+ 32 484	- 41 137	- 99 455	+ 41 213	+ 68 410	+ 8 185	+ 11 578	+ 35 884
kurzfristig	- 16 819	- 14 555	- 19 517	- 1 753	- 3 913	- 3 177	- 918	- 403	+ 2 852
Unternehmen und Privatpersonen 9)	- 141 699	+ 47 039	- 21 621	- 97 702	+ 45 126	+ 71 587	+ 9 103	+ 11 981	+ 33 033
langfristig	- 1 957	+ 16 777	+ 18 120	+ 5 579	+ 39 419	- 486	- 9 059	+ 8 541	- 20 112
kurzfristig	- 13 166	- 2 008	+ 15 290	- 1 038	+ 141	- 1 454	- 1 667	- 792	+ 897
Staat	+ 11 209	+ 18 785	+ 2 829	+ 6 616	+ 39 278	+ 968	+ 7 393	+ 9 333	- 21 009
langfristig	- 1 900	- 5 610	- 11 235	+ 204	+ 5 643	+ 6 643	- 2 733	+ 10 177	- 3 388
kurzfristig	+ 8 979	- 931	- 3 654	+ 283	- 2 478	+ 2 897	+ 67	+ 2 725	- 27
Bundesbank	- 10 878	- 4 680	- 7 582	- 79	+ 8 121	+ 3 746	- 2 800	+ 7 452	- 3 361
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	- 22 895	- 5 964	+ 95 782	+ 27 018	+ 11 384	+ 29 988	+ 7 129	+ 18 165	+ 2 762
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 219 079	+ 244 445	+ 225 551	+ 58 322	+ 23 864	+ 51 583	+ 4 135	+ 11 136	+ 15 169

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 5 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^{o)}

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva ^{3) 4)}	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen				
		insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB ¹⁾	Wertpapieranlagen ²⁾		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. ⁵⁾	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 213	37 735
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	27 694	18 259	4 474	454	83 296	12 098
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	493 509	307 199
2013 Dez.	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	13 030	8 080	28 388	512 785	500 357	54 153	405 409	311 459
Febr.	718 317	152 432	104 678	12 862	7 728	27 165	511 660	499 232	54 225	394 012	324 305
März	687 557	150 615	102 179	12 866	7 720	27 850	482 503	470 075	54 440	382 743	304 814
April	692 956	150 048	101 564	13 057	7 893	27 534	490 117	477 688	52 792	403 530	289 426
Mai	680 888	148 949	100 274	13 213	7 912	27 550	479 290	466 862	52 649	406 416	274 472
Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 582	27 622	474 245	461 817	50 874	399 788	278 348
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	378 120	282 401
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	380 001	301 323
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	386 216	310 586
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	396 445	285 345
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	400 850	282 119
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	452 230	298 833
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	444 069	300 483
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	435 366	332 490
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 617	325 820
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	437 079	321 421
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	440 233	316 029
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	446 157	317 090
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	443 522	337 764
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	466 216	308 212
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	474 882	311 811
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	491 813	321 506
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	493 509	307 199
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	485 028	322 943
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	501 590	337 745
März	837 375	171 266	117 844	14 730	6 700	31 962	621 617	609 190	44 491	504 447	332 928
April	856 266	175 738	121 562	14 793	6 759	32 623	638 201	625 774	42 327	509 204	347 063
Mai	884 887	173 927	118 133	14 970	6 839	33 984	667 972	655 544	42 988	516 540	368 347
Juni	922 232	184 628	128 963	14 746	6 780	34 139	693 498	681 070	44 106	534 708	387 524
Juli	904 044	186 300	130 417	14 698	6 736	34 449	672 748	660 320	44 996	537 414	366 631
Aug.	918 692	183 951	128 171	14 685	6 642	34 452	689 906	677 479	44 834	546 066	372 626

^{o)} Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EWU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. **3** Einschließlich Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892
2013	785 507	281 970	503 537	323 869	179 668	164 454	15 214	936 110	143 112	792 998	630 740	162 258	95 301	66 957
2014	822 028	278 523	543 506	357 855	185 651	170 854	14 797	939 809	150 429	789 379	624 860	164 519	98 104	66 415
2015	852 363	264 278	588 085	395 013	193 072	178 495	14 576	976 497	142 494	834 003	652 968	181 035	108 750	72 285
2016 Febr.	874 773	291 586	583 187	393 091	190 095	175 332	14 763	1 009 838	164 012	845 826	667 275	178 551	103 967	74 583
März	883 207	287 250	595 957	400 697	195 260	180 437	14 822	1 027 771	165 906	861 865	679 384	182 481	108 046	74 435
April	890 888	298 645	592 243	397 288	194 955	179 780	15 175	1 027 429	167 545	859 884	679 990	179 894	105 422	74 472
Mai	881 076	281 620	599 455	405 152	194 303	179 006	15 297	1 027 622	148 798	878 823	699 546	179 278	104 941	74 337
Juni r)	880 231	275 683	604 547	404 619	199 928	184 927	15 001	1 051 943	151 906	900 037	715 827	184 209	109 968	74 241
Juli	867 862	268 566	599 296	404 814	194 482	179 570	14 912	1 024 683	137 347	887 336	707 609	179 727	105 196	74 532
Industrieländer 1)														
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181
2013	694 860	278 667	416 194	294 116	122 077	108 620	13 458	849 161	141 744	707 417	593 197	114 219	79 543	34 676
2014	720 924	273 624	447 300	321 894	125 406	112 308	13 098	851 172	149 212	701 960	585 678	116 282	81 103	35 179
2015	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575
2016 Febr.	770 595	287 714	482 881	351 585	131 297	118 011	13 286	913 388	156 995	756 393	633 157	123 236	85 904	37 332
März	778 357	283 324	495 033	359 834	135 199	121 844	13 355	927 197	154 259	772 937	645 563	127 374	89 901	37 474
April	784 153	295 131	489 022	355 235	133 787	120 105	13 682	930 270	158 850	771 420	646 146	125 274	87 540	37 734
Mai	774 260	277 851	496 410	363 225	133 184	119 399	13 785	931 064	140 435	790 629	665 236	125 393	87 134	38 259
Juni r)	773 332	271 873	501 459	363 357	138 102	124 648	13 454	950 300	141 757	808 543	680 114	128 428	91 144	37 285
Juli	762 324	264 894	497 430	364 409	133 020	119 696	13 324	929 344	132 545	796 799	672 509	124 289	87 211	37 078
EU-Länder 1)														
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507
2013	586 790	264 116	322 674	235 608	87 066	76 539	10 527	710 428	127 372	583 057	503 394	79 662	53 339	26 323
2014	606 568	258 507	348 061	259 475	88 585	77 975	10 611	712 497	134 942	577 555	496 878	80 677	53 797	26 880
2015	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 071	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354
2016 Febr.	639 193	271 325	367 868	273 949	93 919	83 284	10 635	754 032	148 517	605 515	521 753	83 762	56 972	26 790
März	643 718	266 225	377 494	281 292	96 201	85 399	10 803	768 240	145 494	622 746	536 094	86 652	59 707	26 945
April	655 949	278 786	377 162	281 741	95 422	84 334	11 087	767 248	148 165	619 084	535 043	84 041	56 975	27 065
Mai	645 080	260 815	384 265	288 942	95 323	84 146	11 177	766 982	130 473	636 509	552 330	84 180	56 627	27 553
Juni r)	636 918	254 792	382 126	284 614	97 513	86 675	10 838	778 440	128 084	650 357	564 103	86 253	59 287	26 966
Juli	627 821	247 072	380 749	287 341	93 407	82 665	10 743	761 922	122 432	639 490	556 669	82 821	56 113	26 708
darunter: EWU-Mitgliedsländer 2)														
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196
2013	427 049	197 297	229 752	173 609	56 143	49 968	6 275	602 056	101 150	500 906	447 404	53 502	36 670	16 832
2014	449 392	203 069	246 323	189 755	56 568	50 348	6 120	598 660	105 883	492 777	440 290	52 487	35 568	16 919
2015	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 155
2016 Febr.	475 470	214 552	260 918	199 605	61 313	54 582	6 731	612 509	109 540	502 969	449 528	53 441	38 143	15 299
März	472 348	204 988	267 360	205 072	62 289	55 497	6 792	620 115	100 578	519 537	464 419	55 118	39 855	15 263
April	479 513	208 903	270 610	207 865	62 745	55 745	7 001	624 101	107 214	516 886	463 344	53 543	38 321	15 222
Mai	473 673	202 636	271 037	208 569	62 468	55 501	6 967	621 900	96 071	525 829	472 502	53 327	37 892	15 434
Juni r)	469 798	198 645	271 153	207 677	63 476	56 689	6 787	634 180	96 858	537 322	482 312	55 011	39 693	15 318
Juli	462 431	193 832	268 600	207 441	61 158	54 455	6 703	621 205	92 779	528 427	475 475	52 952	37 769	15 182
Schwellen- und Entwicklungsländer 3)														
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683
2013	90 640	3 303	87 337	29 751	57 586	55 829	1 757	86 946	1 368	85 578	37 543	48 035	15 755	32 280
2014	101 101	4 899	96 202	35 957	60 244	58 546	1 699	88 634	1 217	87 417	39 182	48 235	17 001	31 234
2015	104 086	3 093	100 994	40 788	60 205	58 758	1 448	90 701	997	89 704	34 836	54 868	19 157	35 710
2016 Febr.	103 209	3 062	100 147	41 494	58 653	57 175	1 478	90 274	1 041	89 233	33 918	55 315	18 064	37 251
März	103 883	3 114	100 769	40 851	59 917	58 450	1 467	89 814	1 087	88 728	33 621	55 106	18 145	36 961
April	105 756	2 701	103 055	42 041	61 014	59 521	1 493	89 565	1 301	88 264	33 645	54 619	17 881	36 738
Mai	105 804	2 956	102 848	41 893	60 956	59 444	1 512	89 407	1 412	87 995	34 110	53 885	17 806	36 078
Juni	105 866	2 995	102 871	41 228	61 643	60 096	1 547	92 780	1 526	91 254	35 513	55 741	18 785	36 956
Juli	104 495	2 855	101 639	40 370	61 269	59 682	1 587	91 996	1 659	90 338	34 900	55 438	17 985	37 453

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmontat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien. r Berichtigt.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2015 Sept.	1,5900	7,1462	7,4610	134,85	1,4882	9,3075	9,3924	1,0913	1,1221	0,73129
Okt.	1,5586	7,1346	7,4601	134,84	1,4685	9,2892	9,3485	1,0882	1,1235	0,73287
Nov.	1,5011	6,8398	7,4602	131,60	1,4248	9,2572	9,3133	1,0833	1,0736	0,70658
Dez.	1,5009	7,0193	7,4612	132,36	1,4904	9,4642	9,2451	1,0827	1,0877	0,72595
2016 Jan.	1,5510	7,1393	7,4619	128,32	1,5447	9,5899	9,2826	1,0941	1,0860	0,75459
Febr.	1,5556	7,2658	7,4628	127,35	1,5317	9,5628	9,4105	1,1018	1,1093	0,77559
März	1,4823	7,2220	7,4569	125,39	1,4697	9,4300	9,2848	1,0920	1,1100	0,78020
April	1,4802	7,3461	7,4427	124,29	1,4559	9,3224	9,2027	1,0930	1,1339	0,79230
Mai	1,5461	7,3864	7,4386	123,21	1,4626	9,3036	9,2948	1,1059	1,1311	0,77779
Juni	1,5173	7,4023	7,4371	118,45	1,4477	9,3278	9,3338	1,0894	1,1229	0,79049
Juli	1,4694	7,3910	7,4390	115,25	1,4428	9,3690	9,4742	1,0867	1,1069	0,84106
Aug.	1,4690	7,4537	7,4408	113,49	1,4557	9,3030	9,4913	1,0881	1,1212	0,85521

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik.

1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-19 1)				EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes		
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	26 ausgewählte Industrieländer 5)			37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,3	96,0	96,0	96,1	96,5	95,8	97,8	99,5	95,8	97,6	98,2	98,0	97,7
2000	87,1	86,5	85,8	85,3	87,9	85,8	91,7	97,3	85,1	90,7	92,9	91,9	90,8
2001	87,8	87,1	86,4	86,2	90,5	86,9	91,5	96,4	85,9	90,1	92,9	91,4	90,8
2002	90,1	90,2	89,3	89,6	95,0	90,5	92,2	95,4	88,5	90,6	93,5	91,9	91,7
2003	100,7	101,2	100,2	101,0	106,9	101,4	95,6	94,5	97,6	94,8	97,1	96,5	96,7
2004	104,5	105,0	103,0	104,5	111,5	105,1	95,9	93,3	100,0	95,1	98,5	98,0	98,3
2005	102,9	103,5	100,8	102,5	109,5	102,5	94,7	91,9	99,1	92,9	98,5	96,9	96,6
2006	102,8	103,5	100,1	101,4	109,4	101,8	93,5	90,3	98,6	91,2	98,6	96,5	95,8
2007	106,3	106,2	101,9	103,7	112,9	103,8	94,4	89,4	102,5	91,5	100,9	97,9	97,0
2008	109,4	108,3	103,3	107,0	117,1	105,8	94,6	88,0	105,6	90,5	102,2	97,8	97,1
2009	110,8	109,0	104,0	111,7	120,0	106,8	94,8	88,8	104,8	91,1	101,8	98,0	97,5
2010	103,6	101,3	95,6	103,6	111,5	97,8	92,3	88,5	98,4	87,3	98,8	93,6	92,0
2011	103,3	100,2	93,5	102,3	112,2	97,2	91,9	88,2	97,8	86,4	98,2	92,8	91,3
2012	97,6	95,0	88,0	95,9	107,0	92,4	90,1	88,2	92,8	83,8	95,9	89,8	88,2
2013	101,2	98,2	91,1	99,1	111,9	95,5	92,5	88,7	98,6	85,8	98,3	91,6	90,3
2014	101,8	97,8	91,2	100,5	114,7	96,0	93,3	89,6	99,2	86,6	98,5	91,8	91,0
2015	92,4	88,4	83,4 p)	91,5	106,5 p)	87,8	90,9	90,7	90,9	83,2	94,7	86,9 p)	86,3
2013 Aug.	101,7	98,7	91,1	99,3	113,3	96,6	92,6	88,7	98,9	85,9	98,6	91,9	90,9
Sept.	101,6	98,4			113,2	96,4					98,5	91,7	90,8
Okt.	102,5	99,0			114,1	96,8					98,9	92,1	91,1
Nov.	102,2	98,7	92,1	100,0	114,1	96,6	93,3	89,0	100,4	86,7	98,8	92,1	91,1
Dez.	103,4	99,9			115,7	98,0					99,3	92,7	91,9
2014 Jan.	103,0	99,4			115,8	97,9					99,2	92,5	91,9
Febr.	103,2	99,6	92,9	102,3	116,3	98,2	93,7	89,2	100,9	87,2	99,0	92,6	92,0
März	104,3	100,6			117,5	99,0					99,3	93,1	92,5
April	104,2	100,4			117,0	98,4					99,2	93,0	92,2
Mai	103,6	99,5	92,6	101,8	116,1	97,3	93,6	89,5	100,2	87,3	98,8	92,6	91,5
Juni	102,7	98,7			115,1	96,5					98,7	92,3	91,2
Juli	102,3	98,2			114,7	95,9					98,7	92,2	91,0
Aug.	101,5	97,5	90,6	99,9	114,0	95,3	93,0	89,6	98,4	86,3	98,4	91,8	90,7
Sept.	99,9	95,9			112,3	93,9					98,0	91,0	89,9
Okt.	99,1	95,0			111,8	93,2					97,6	90,4	89,4
Nov.	99,0	94,9	89,0	97,9	111,9	93,2	92,8	90,0	97,3	85,5	97,7	90,3	89,5
Dez.	99,0	94,8			113,1	93,9					97,6	90,2	89,8
2015 Jan.	95,2	91,0			108,9	90,1					95,7	88,2	87,5
Febr.	93,3	89,5	83,8 p)	92,4	107,0	88,7	90,9	90,5	91,2	83,2	95,2	87,5	86,8
März	90,6	86,9			103,8	85,9					94,3	86,1	85,2
April	89,7	86,1			102,4	84,7					94,0	85,7	84,5
Mai	91,6	87,8	82,2 p)	90,4	104,7	86,5	90,5	90,6	90,1	82,6	94,6	86,6	85,6
Juni	92,3	88,5			106,0	87,5					94,7	86,9	86,1
Juli	91,3	87,5			105,1	86,6					94,3	86,3	85,6
Aug.	93,0	88,9	83,8 p)	91,9	108,1	89,0	91,1	90,7	91,3	83,5	94,9	87,2	87,0
Sept.	93,8	89,6			109,6	90,1					95,1	87,6	87,7
Okt.	93,6	89,6			109,0	89,6					95,1	87,5	87,4
Nov.	91,1	87,1	83,9 p)	91,4	106,0 p)	86,8	91,1	90,9	91,1	83,5	94,1	86,2 p)	85,8
Dez.	92,5	88,3			108,0 p)	88,3					94,3	86,7 p)	86,5
2016 Jan.	93,6	89,1			109,9 p)	89,6					94,5	87,1 p)	87,3
Febr.	94,7	90,0	p)	85,4 p)	111,3 p)	90,8	91,6	91,2	92,0	84,4	94,9	87,6 p)	87,7
März	94,1	89,5			110,0 p)	89,9					95,0	87,4 p)	87,3
April	94,8	90,1			110,6 p)	90,2					95,4	87,9 p)	87,6
Mai	95,1	90,5	111,1 p)	90,7	91,7	91,2	92,2	84,6	95,2	88,1 p)	87,9
Juni	94,7	90,2			110,5 p)	90,3					95,0	87,9 p)	87,6
Juli	94,9 p)	90,3			110,2 p)	89,8					p)	95,3 p)	87,4
Aug.	95,2 p)	90,6	110,6 p)	90,1	p)	95,5 p)	87,5

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitts der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasi-

lien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Für Argentinien liegen aufgrund des am 7. Januar 2016 von der Regierung ausgerufenen Notstands im nationalen Statistiksystem derzeit keine Verbraucherpreisindizes vor. Aus diesem Grund fällt Argentinien seit Februar 2016 aus dieser Berechnung heraus. Über das weitere Vorgehen mit Blick auf die Einbeziehung Argentiniens wird in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung entschieden werden. 5 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 6 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 7 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

■ Geschäftsbericht

- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014
- Die Einlagensicherung in Deutschland

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2015 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2016 beigefügte Verzeichnis.

Januar 2016

- Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport
- Zur Investitionstätigkeit im Euro-Raum
- Die Aufsicht über die weniger bedeutenden Institute im einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus

Aufsätze im Monatsbericht

Februar 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2015/2016

Oktober 2015

- Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds
- Personalausgaben des Staates: Entwicklung und Perspektiven

März 2016

- Zur Schwäche des Welthandels
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2015
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014
- Zur Bedeutung und Wirkung des Agreement on Net Financial Assets (ANFA) für die Implementierung der Geldpolitik

November 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2015

Dezember 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017

April 2016

- Bewertungsniveau am Aktienmarkt – Theoretische Grundlagen und Weiterentwicklung von Kennzahlen
- Die Phillips-Kurve als Instrument der Preisanalyse und Inflationsprognose in Deutschland

Mai 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2016

Juni 2016

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017 mit einem Ausblick auf das Jahr 2018
- Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der quantitativen Lockerung im Euro-Raum
- Struktur und Dynamik der industriellen Fertigungstiefe im Spiegel der Jahresabschlüsse deutscher Unternehmen

Juli 2016

- Entwicklungen im Bank Lending Survey seit Beginn der Finanzkrise
- Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum
- Abwicklung und Restrukturierung von Banken – Die neuen Mindestanforderungen TLAC und MREL

August 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2016

September 2016

- Verteilungseffekte der Geldpolitik
- Globalisierung und die Transmission globaler finanzieller Schocks in die EWU-Mitgliedstaaten – Folgen für die (nationale) Wirtschaftspolitik
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2015

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2016³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2016²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2010 bis 2015, Mai 2016³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2012 bis 2013, Mai 2016²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2016¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 25/2016
 Flying under the radar: the effects of short-sale disclosure rules on investor behavior and stock prices
- 26/2016
 Budget-neutral labour tax wedge reductions: a simulation-based analysis for selected euro area countries
- 27/2016
 International banking and cross-border effects of regulation: lessons from Germany
- 28/2016
 Approximating fixed-horizon forecasts using fixed-event forecasts
- 29/2016
 Capturing information contagion in a stress-testing framework
- 30/2016
 How does P2P lending fit into the consumer credit market?
- 31/2016
 Inflation expectations, disagreement, and monetary policy
- 32/2016
 Below the zero lower bound – a shadow-rate term structure model for the euro area
- 33/2016
 Optimal unemployment insurance and international risk sharing

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86 •.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.